

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Wo Max Weber irrte

Breuer, Stefan: Der charismatische Staat. Ursprünge und Frühformen staatlicher Herrschaft, 319 S., WBG, Darmstadt 2014.

Indem er Max Weber besser versteht als dieser sich selbst verstanden hat, leitet der Hamburger Soziologe Stefan Breuer aus Webers Gedanken eine neue Theorie der Staatsentstehung ab. Diese ist zwar mit manchen Aussagen Webers kompatibel und bedient sich obendrein des idealtypischen Verfahrens, wendet sich aber energisch gegen Webers juristisch inspirierte Fokussierung auf den modernen europäischen Staat, die der Rezensent als Historiker der Staatsgewalt 1999 auf die Formel „Europa hat den Staat erfunden“ gebracht hat.

Tatsächlich lassen sich Webers Aussagen und Kategorien auch anders arrangieren und mit der von Breuer verfochtenen universalen Verwendung des Staatsbegriffs in Einklang bringen, wie sie in der anthropologische Forschung und der angelsächsischen Wissenschaft üblich ist. Immerhin übersieht Breuer nicht die Schwierigkeit, dass dieser weitgefasste Begriff durch Abstriche am modernen Staatsbegriff gewonnen werden muss und dass es dabei eine Untergrenze gibt, die nicht unterschritten werden kann. Sie liegt beim Anstaltscharakter und der territorialen Zurechnung des betreffenden Gemeinwesens, während das vielberufene physische Gewaltmonopol eher entbehrlich erscheint. Denn es gibt auch einen psychischen Zwang zu Gehorsam, besonders Legitimation durch magisches Charisma, das aber durchaus veralltägligt, institutionalisiert und übertragbar sein kann. Max Weber hat diesen Strang jedoch nicht verfolgt, sondern sich auf kriegerische Herrschaftsbildung konzentriert. Breuer hingegen sieht die Ursprünge in der Kontrolle der Verbindung zur Welt der Götter oder Geister durch eine dominierende Lineage, wodurch eine Häuptlingsschaft als „konischer Klan“ und schließlich nach Jonathan Friedman ein Königtum mit „konischem Klanstaat“ entsteht, mit oder ohne Beteiligung eines Priestertums, hingegen mit zunehmender Kontrolle über die Verteilung von Prestigegütern. Deren Steigerung kann dazu führen, dass Herrschaft nicht mehr auf der Nähe zu den Göttern, sondern auf der Monopolisierung von Gütern beruht, was aber bereits jenseits von Breuers Fragestellung liegt.

Dabei hängt das eine wie das andere von den jeweiligen Ressourcen und Umweltbedingungen

ab, die der Autor bei der Diskussion seiner sieben Fallstudien sorgfältig zur Erklärung der Varianten heranzieht. Denn neben der Evolution des charismatischen Staates kommt historisch auch dessen Devolution vor. Mit überwältigendem Einsatz anthropologischer, archäologischer und historischer Literatur untersucht Breuer Ozeanien, wo die Staatsbildung an Umweltgrenzen stieß und überwiegend scheiterte, dann das Andengebiet, Mesoamerika, China, Mesopotamien, Ägypten und die Ägäis. Soweit der Rezensent es zu beurteilen vermag, ist die empirische Grundlage höchst solid. Allerdings neigt der Verfasser begrifflicher Weise bisweilen dazu, Hypothesen der Forschung als Beweise für seinen Entwurf zu betrachten. Nichtsdestoweniger erscheint dieser gelungen und überzeugend.

Selbstverständlich kann man auch solche Frühformen politischer Anstaltsbildung als „Staat“ bezeichnen, vor allem wenn man den Eurozentrismus vermeiden möchte, der auch bei Max Weber latent vorhanden ist und in meiner oben genannten Formel manifest wird. Allerdings ist in diesem Fall nicht die politisch-historische Terminologie, sondern die Geschichte selbst politisch inkorrekt. Der hochzentrierte moderne nationale Machtstaat, der jederzeit zum totalen Staat übergehen kann, das machtvollste politische Gebilde, das Menschen erfunden haben, ist nun einmal eine europäische ‚Errungenschaft‘, wenn auch eine höchst zweifelhafte. Da diesen Welten von seinen Vorstufen trennen, erscheint es mir im Sinne exakter wissenschaftlicher und politischer Unterscheidung gegen Stefan Breuer und mit Max Weber nach wie vor sinnvoll – wenn nicht sogar notwendig –, den Staatsbegriff für ihn zu reservieren. Denn für die loser strukturierten Vorstufen, die sich aus Häuptlingsschaften entwickelt haben, stehen ja durchaus Alternativbegriffe zur Verfügung: ‚Reich‘ oder, wenn das vielleicht zu sehr nach einem großen Territorium und damit nach der modischen Imperienforschung klingt, ‚Königtum‘ respektive ‚Monarchie‘, denn darum handelte es sich offensichtlich trotz aller notwendigen Differenzierungen.

Freiburg i. Br.

Wolfgang Reinhard

Fortsetzung der *great divergence*-Debatte

Vries, Peer: Ursprünge des modernen Wirtschaftswachstums. England, China und die Welt in der Frühen Neuzeit, 541 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013.

Die Frage, warum das moderne Wirtschaftswachstum seine Ursprünge in Europa und nicht in anderen Regionen der Erde hatte, gehört seit einigen Jahren zu den fruchtbarsten Forschungskontroversen der Wirtschaftsgeschichte. Peer Vries ist einer ihrer wichtigsten Protagonisten. Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um seine seit langem erwartete Gesamtdarstellung der Debatte über die *great divergence*.

Vries nähert sich dem Untersuchungsgegenstand in drei Teilen. Im ersten Abschnitt überprüft er die modernen Wirtschaftswissenschaften auf ihr Theorieangebot und fragt, inwiefern sich dieses für die Debatte nutzbar machen lasse. Da es sich bei dem Problem langfristiger Entwicklung bekanntermaßen um einen blinden Fleck der neoklassischen Ökonomie handelt, erscheint das auf den ersten Blick wenig zielführend. Der Aufwand lohnt sich aber insofern, als dabei ein äußerst nützlicher Überblick über zentrale wirtschaftstheoretische Aussagen zur Rolle von natürlichen Ressourcen, Humankapital, Konsum, Innovationen, Eigentumsrechten und anderen Faktoren für dauerhaftes Wachstum entstanden ist. Die Bilanz zur Frage nach der Anwendbarkeit dieser Befunde auf das Problem der *great divergence* ist freilich ernüchternd. Angesichts einer Vielzahl widersprüchlicher und zudem schwer kontextualisierbarer Theoreme fällt der Ertrag in dieser Hinsicht mager aus.

Im zweiten Teil des Buches diskutiert Vries die historisch argumentierenden Erklärungsansätze für die *great divergence*. Das erfolgt wiederum anhand von sachlichen Gesichtspunkten wie Geographie, Arbeit, Handel, Innovationen und Institutionen. Sie werden jeweils im interkontinentalen Vergleich behandelt, wobei der Autor vor allem China und Großbritannien in den Blick nimmt. Von besonderem Interesse sind dabei die Passagen zur Rolle der Akkumulation von Ressourcen. In ihnen setzt sich Vries intensiv mit den Auffassungen der *california school* auseinander, die den zentralen Bezugspunkt der gegenwärtigen Debatten bilden. Während deren Vertreter vor allem die Vorteile herausstellen, die dem Westen durch Kolonialismus und ungleichen Tausch zugekommen seien, vertritt Vries die Position, dass die Rolle von Zwang für die wirtschaftliche Entwicklung über-, diejenige von marktbezogenem Handel dagegen unterschätzt worden sei.

In der frühneuzeitlichen Dominanz des Westens über die Weltmärkte sieht er folglich kein Zeichen für Ausbeutung, sondern ein Ergebnis überlegener Wettbewerbsfähigkeit. Diese führt

er im Wesentlichen auf zwei Gründe zurück: Auf wissenschaftlich-technische Innovationen und auf die Rolle von Institutionen. Insbesondere die Tatsache, dass Großbritannien „bis zu den 1830er Jahren ein fiskal-militärischer, merkantilistischer und imperialistischer Staat“ (S. 387) gewesen sei, habe für die wirtschaftliche Entwicklung große Vorteile gehabt. Der Verfasser hebt dabei allerdings nicht deren außenwirtschaftliche Dimension, sondern die Protektion des Binnenmarkts und die Mobilisierung von Ressourcen durch Institutionen der Steuer- und Kreditfinanzierung hervor.

Im sehr knapp gehaltenen dritten Teil dreht Vries die zuvor primär auf den Westen gerichtete Perspektive um und erläutert, warum nicht nur das Potential für eine chinesische Vorreiterfunktion, sondern auch dasjenige für eine „zügige nachholende Entwicklung“ seines Erachtens „verschwindend gering“ war (S. 431). Die vor allem auf das 18. Jahrhundert gemünzte revisionistische These von den „überraschenden Ähnlichkeiten“ zwischen China und dem Westen bezweifelt er. Stattdessen diagnostiziert er weitreichende Unterschiede im Wohlstandsniveau sowie hinsichtlich der Problemlösungskapazitäten des Staates.

In der Schlussfolgerung unterstreicht Vries seine zentralen Befunde: erstens, „dass die Entstehung des modernen Wirtschaftswachstums in Großbritannien weitaus wahrscheinlicher war als in China“ (S. 474); und zweitens, dass der britische Staat ein „Entwicklungsstaat“ gewesen sei. Die vorherrschende wirtschaftswissenschaftliche Meinung „mit ihrem Fokus auf freie Märkte, fairen Wettbewerb sowie marktfördernde Institutionen“ sei insofern für die Frage nach den Ursachen der *great divergence* „bestenfalls unerheblich“ (S. 475).

Vries' Buch bietet eine exzellente Zusammenfassung der mittlerweile kaum noch zu überblickenden Debatte. Der praktische Nutzen des Buches wird noch dadurch erhöht, dass es eine echte Fundgrube für Daten aller Art darstellt. Zudem sind sowohl seine Kritik an den Argumenten der *california school* als auch die von ihm selbst vorgebrachte Interpretation im Wesentlichen überzeugend. Das betrifft nicht nur die starke Betonung der Rolle des Staates, sondern auch Vries' aus anderen Zusammenhängen bereits bekannte Überlegungen zu Lohnarbeit und Proletarisierung, die im zweiten Teil des Buches noch einmal schlüssig zusammengefasst sind.

Diesen positiven Befunden stehen allerdings auch Defizite gegenüber. Über den vom

Autor selbst als eigensinnig und persönlich bezeichneten Stil des Buches kann man sicher hinwegsehen. Dasselbe gilt für vereinzelte Ungenauigkeiten wie zum Beispiel den wiederholten Verweis auf die von den großen britischen Agrargütern des 18. Jahrhunderts vermeintlich erzielten Skaleneffekte, deren Existenz im Lichte der neueren Forschung fragwürdig erscheint. Wichtiger ist, dass einige von Vries' zentralen Argumenten genauer spezifiziert werden müssten. So könnte die Frage, wie genau der Protektionismus und das Steuer- und Schuldensystem auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückwirkten, detaillierter untersucht werden. Vor allem aber greift Vries' Darstellung von Technik und Wissenschaft zu kurz. Er hält die diesbezügliche europäisch-chinesische Differenz zwar für zentral, versucht aber gar nicht erst, sie zu erklären, sondern nimmt sie als gegeben an. Das ist angesichts ihrer hervorgehobenen Bedeutung unbefriedigend.

Die Debatte über die *great divergence* ist mit diesem Buch deshalb nicht beendet. Wer einen auf hohem Niveau stehenden Überblick über den aktuellen Forschungsstand und eine solide Gesamtinterpretation sucht, wird bei Peer Vries aber fündig.

London/München

Peter Kramper

Wissenschaftsgeschichte der Erinnerungskultur

Ulbrich, Claudia/Medick, Hans/Schaser, Angelika (Hrsg.): *Selbstzeugnis und Person. Transkulturelle Perspektiven*, 431 S., Böhlau, Köln u. a. 2012.

Das vorliegende Werk ist das überzeugende Ergebnis eines DFG-Forschungsprojektes mit dem Titel „Selbstzeugnisse in transkultureller Perspektive“, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 2003 bewilligt wurde. Dabei orientierte sich der Untersuchungsgegenstand auf die Thematisierung des einzelnen Lebens als soziale und kulturelle Praxis in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, zu verschiedenen Zeiten und geographischen Räumen, wie auch in spezifischen Interaktionszusammenhängen. So ist allein der DFG-Antrag angesichts der gewachsenen Zahl von Selbstzeugnissen in den vergangenen zwei Jahrzehnten, die sich aber beinahe ausschließlich auf die Lebensgeschichten von Holocaustüberlebenden beziehen, eine

weitsichtige, dem globalen Trend angemessene Entscheidung. Mit dem realisierten Forschungsprojekt selbst und dem entsprechenden Endprodukt kann die Förderung durch die DFG nur begrüßt werden. Dabei ist zu fragen, weshalb trotz der inzwischen jahrzehntelangen Tradition der *oral history* – damit der Wertschätzung der individuellen Erinnerung trotz aller Quellenkritik – erst in jüngster Zeit den autobiographischen Texten auch international eine große Beachtung zugemessen wird.

Claudia Ulbrich hat den Quellenwert von unbekanntem, weil unveröffentlichten Texten erkannt und sich mit Hans Medick und Angelika Schaser mit entsprechenden Experten verbündet. Die Präsentation der einzelnen Beiträge des Bandes haben ebenfalls Experten unterschiedlicher Fachrichtungen übernommen, darunter neben Historikerinnen und Historikern, Literaturwissenschaftler, Japanologen und Turkologen. Sie haben Selbstzeugnisse von handelnden und schreibenden Personen, die im Zeitraum vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert hinein lebten, mit unterschiedlichen Fragestellungen analysiert, die gleichsam den Band strukturieren. Vor der Veröffentlichung gab es im Rahmen einer Tagung „Selbstzeugnis und Person. Transkulturelle Perspektiven“ die Gelegenheit, die Forschungsergebnisse zur Diskussion zu stellen. Unter dem Tagungstitel steht nun das zu beurteilende *opus magnum*, dessen Texte – das sei ausdrücklich vermerkt – über den wissenschaftlich interessierten Radius hinaus eine Lesbarkeit ausstrahlen, die auch für weniger wissenschaftlich orientierte Personen zum interessanten Lesestoff werden dürften. Das Buch kann im besten Sinne als populärwissenschaftliche Lektüre empfohlen werden.

Die Herausgeber haben die Einleitung zum Anlass genommen, auf wissenschaftsgeschichtliche Aspekte von Forschungen zu Egodokumenten zu verweisen, hier insbesondere auf die Terminologie und auf die „Praktiken des Schreibens“ (S. 5ff.) selbst wie auf eine Kontextualisierung von „Schreiben und Erinnern“ (S. 10ff.). Methodisch wird das Prinzip der Transkulturalität genutzt, das sich auf Prozesse und Praktiken bezieht, „die sich sowohl zwischen Kulturen, quer durch unterschiedliche Kulturen, aber auch innerkultureller Zusammenhänge entfalten“ (S. 14f.). Mit dem im Projekt erfolgreich erprobten Konzept der Transkulturalität – der Band bietet mehrere konkrete Anwendungsbeispiele – empfiehlt es sich ausdrücklich für weitere Forschungen zu Selbstzeugnissen. Die Herausgeber formulieren ein einladendes Plädoyer. Der transkulturelle wie transepochele Zugang eröffnet einen

mikrohistorischen Zugang zur Globalgeschichte und zeige einen Weg auf, „auf welchem auch die Selbstzeugnisanalyse als Teil der ‚transition narrative‘ einer ‚history that does not yet exist‘“ die Diskussion um Konzepte und methodische Ansätze der transkulturellen und transnationalen Kultur- und Geisteswissenschaften erweitern und bereichern könnte“ (S. 19). Selbstzeugnisse, damit Aufzeichnungen handelnder Menschen im Kontext ihrer kulturellen und sozialen Beziehungen, innerhalb Europas wie auch im nichteuropäischen Raum dürften mit diesen Wegen künftig zunehmend ins Forschungszentrum rücken.

Die analysierten Selbstzeugnisse könnten unterschiedlicher nicht sein. Sie stehen deshalb jeweils unter einer zusammenfassenden Überschrift. Dieser folgt eine mehrheitlich von den Herausgebern verfasste Einführung. Jedes Kapitel endet mit einem anregenden Kommentar. Im Einzelnen handelt es sich um Themengruppen wie „Person, Text und Kontext“, „Textstrukturen – Schreibkulturen“, „Kulturelle Mehrfachzugehörigkeiten“ sowie „Differenzmarkierungen“. Unter den thematisch wegweisenden Titeln stehen Frauen und Männer, die als Verfasser der Selbstzeugnisse über den Globus verteilt in Nord- und Südamerika, in Japan, im Osmanischen Reich und nicht zuletzt in Europa gelebt haben. Als extremste Niederschrift steht das Tagebuch des im heutigen Hamburg-Altona geborenen, 91 Jahre alt gewordenen Heinrich Witt (1799–1892) zur Verfügung, der als wohlhabender Kaufmann im peruanischen Lima 11.000 Seiten in insgesamt dreizehn Bänden hinterlassen hat. Christa Wetzel – ihre Herangehensweise als Historikerin sei exemplarisch vorgestellt – strukturiert das Opus streng. Sie beginnt mit dem historischen Wert des Textes für die peruanische Geschichtsschreibung und stellt dann „Witts transkulturellen Lebenslauf“ auf zwei Seiten vor (S. 142f.). Sie analysiert das schreibende Leben unter Mithilfe von Sekretären, die „Sprachenwahl“ sowie das Anliegen des Verfassers, nicht nur für sich selbst, vielmehr auch für die Nachwelt zu schreiben. Dieser wie die insgesamt achtzehn weiteren Beiträge des Bandes vermitteln eine gewollt transkulturelle Arbeitsweise.

Hinzu kommt eine genaue Sicht auf die verwendeten Begrifflichkeiten, die von den Herausgebern angeregt und zugleich erweitert wird. Sie werden in den unterschiedlichsten Formen und Funktionen der Schreibenden über sich selbst angewendet. So steht das Selbst auch als Selbstbeschreibung, Selbstverortung, als Selbstzeugnis wie auch als Autobiographie oder Lebensbeschreibung, ergänzt durch solche analytisch gewählten

Termini aus dem Englischen wie *self-narrative* und *ego-document*. Bei aller offensichtlichen Differenz in der Terminologie der Selbstzeugnisforschung gehört es zur Erkenntnis des Forschungsprojektes, dass Selbstzeugnisse auf Gemeinschaften und Zugehörigkeiten bezogen sind, ihre Relevanz nicht nur in der Geschichte des Selbst liegt, vielmehr „in einer Geschichte der Sozialität, in deren Rahmen die möglichen sozialen Räume für Individuen bereitgestellt oder verweigert, gestaltet oder eingebunden werden“ (S. 5). Wie relevant hierbei die Erinnerung selbst ist, bezeugt ein den Band abschließender Beitrag des in Osaka lehrenden, deutschen Ideenhistorikers Wolfgang Schwentker. Unter dem Titel „Schreiben und Erinnern“ stellt er nach einer wissenschaftsgeschichtlichen Rückschau auf die Erinnerungsforschung und die aktuellen Thesen sieben Fragen oder auch die sieben wichtigsten Fragen. Sie gleichen einer Anleitung für die künftige Erinnerungs-, damit Selbstzeugnisforschung, wenn dezidiert nach Form und Inhalt von Erinnerungen, nach Grenzen, „Unterschieden und Gemeinsamkeiten der politischen und sozialen Verwertung“ und der „Schreibsituation in den jeweiligen kulturellen Milieus“ gefragt wird. Außerdem sollte man sich damit befassen, welche Ereignisse erinnert werden, was vergessen oder absichtlich ausgespart wird und sich nicht zuletzt die Frage stellen, wer schreibt und wer liest das Geschriebene (S. 426). Abschließend stellt der Verfasser die Frage: „Sichert literarische Qualität Erinnerung?“ (ebd.).

Eine Erkenntnis von Astrid Erll steht als Antwort und bestätigt das wissenschaftliche Ergebnis des Bandes: „Ob und wann ein literarischer Text zu einem Medium des kollektiven Gedächtnisses wird, kann [...] nur über die Analyse seiner historischen Wirkung in der jeweiligen Erinnerungskultur beantwortet werden“ (S. 426). „Selbstzeugnis und Person“ ist damit nicht nur ein relevanter Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Erinnerungskultur. Die Erfahrungen und Ergebnisse des Bandes sind eine vorbildliche Arbeitsanleitung für die Kultur- und Geschichtswissenschaft im europäischen wie im globalen Raum.

Berlin

Sigrid Jacobeit

Geschichte und Humor

Korte, Barbara/Lechner, Doris (Hrsg.): History and Humour. British and American Perspectives, 222 S., transcript, Bielefeld 2013.

Am Ende einer kritisch-würdigenden Besprechung von Thomas Nipperdeys monumentaler „Deutscher Geschichte“ bemängelte Richard Evans vor zwei Jahrzehnten, auf 2.669 Seiten fände sich kein einziger Witz, nicht einmal ein schwaches Aufblitzen von gelehrtem Humor. Als Student empfand ich diese Kritik an einem Meisterwerk historischer Erzählung so unfair wie überraschend: Ist Geschichte nicht etwas sehr ernstes? Und muss Geschichtsschreibung, schwer wie sie ist, zudem noch witzig sein?

Gegen die Vorstellung, dass man Geschichte notwendigerweise im Modus der Ernsthaftigkeit zu begegnen hat, schreibt der vorliegende Band an. Bewerkstelligt wird dies, indem er komische Darstellungen von historischen Ereignissen und Personen seit 1800 in den Blick nimmt. Dabei ist es vielleicht kein Zufall, dass er seine Beispiele in erster Linie aus Großbritannien bezieht, dem Vaterland nicht nur von Richard Evans, sondern auch von „Blackadder“ und den „Horrible Histories“. Deutsche Traditionen eines ironisch-humoristischen Umgangs mit Geschichte wollen einem dagegen nicht so leicht einfallen.

Die Beispiele jedoch, an die man vielleicht zuallererst denken würde, vermeidet der Band weitgehend ebenso wie übergreifende Hypothesen und große Bögen. Stattdessen stützt er sich auf kleine, eher unbekannte Beispiele für einen humorvollen Umgang mit Geschichte aus zweihundert Jahren und unterschiedlichen Medien. Ein paar der Beiträge seien herausgegriffen. So zeigt Brian Maidment, dass die reichhaltige Karikaturkultur der Regency-Ära zwar mit dieser endete, die Karikaturen selbst wurden jedoch in viktorianischer Zeit vielfach nachgedruckt und lebten auf diese Art weiter. Interessant ist dabei, wie die Karikaturen, etwa durch neue Bildunterschriften, ihre Aussage veränderten, wodurch sie Aufschluss über sich wandelnde Moralvorstellungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geben. Auch in dem Beitrag von Sandra Martina Schwab geht es um Karikaturen, genauer gesagt um den Karikaturisten Richard Doyle, der immer wieder historische Themen aufgriff und historische Bezüge herstellte. Beispielsweise parodierte er die zeitgenössische Furcht vor einer französischen Invasion, indem er diese im Stil des Teppichs von Bayeux imaginierte – komplett mit einem Schiff voller Pudel, die kaum angekommen mit den britischen Bulldoggen fraternisieren. Indem Doyle gegenwärtige Ereignisse und Ängste auf ironische Weise in Beziehung zu einer überhöhten Vergangenheit setzte, relativierte er sie.

Von der visuellen geht der Band über zur performativen Satire. Stefanie Lethbridge untersucht, wie der Music Hall-Komiker Stanley Holloway in seinen Monologen historische Episoden und Figuren aufgriff, etwa den Duke of Wellington (der auch Gegenstand des Beitrags von Ulrike Zimmermann ist). Indem Holloway diesen von seinem Sockel herunterholte und in alltägliche Situation hineinstellte, forderte er, wie Lethbridge argumentiert, einen Platz in den Geschichtsbüchern für gewöhnliche Menschen ein. Zugleich ist dieser Beitrag ein gutes Beispiel für das, was die Herausgeberinnen „the debunking function of humour“ (S. 13) nennen. Humor lässt die Luft aus dem Pathos und reduziert die „große“ Geschichte auf ein menschliches Maß, ohne dabei jedoch wirklich gefährlich zu werden und etwa den Patriotismus zu untergraben.

Warum der komisch gebotenen Geschichte nicht derselbe kulturelle Rang zugebilligt wird wie der ernsthaften, zeigt Dorothea Flothow anhand der Repräsentation Charles II. in historischen Komödien zwischen 1800 und der Gegenwart. Nicht weil sie komisch waren, gelten sie – Lethbridge zufolge – nicht als Historienstücke, sondern weil sie auf das Privatleben des Königs abhoben und die Politik weitgehend aussparten. So hatten die Komödien über Charles II. über rund zweihundert Jahren hinweg und allen Unterschieden im Stil zum Trotz fast alle die erotischen Abenteuer des Königs zum Gegenstand.

Herauszuheben ist schließlich noch der originelle Beitrag von Duncan Marks über den Königin Victoria zugeschriebenen Ausspruch „We are not amused“. Er tauchte erstmals in populären Biographien der Zwischenkriegszeit auf und entsprang deshalb höchst wahrscheinlich nicht royalem Munde. Marks dient er dazu, zu zeigen, wie sich das Bild der Königin über die Jahrzehnte hinweg veränderte. So wurde Queen Victoria nach dem Zweiten Weltkrieg selbst immer öfter zum Gegenstand von Amusement, während zugleich das „We are not amused“ ein Eigenleben unabhängig von historischen Assoziationen annahm.

Insgesamt ist „History and Humor“ ein wohltuend bescheiden auftretender Band, dessen Beiträge durchweg Interessantes und Unbekanntes zutage fördern. Dass man dabei oft schmunzelt und bisweilen sogar lacht, macht das Buch zu einem Lesevergnügen. Weniger einleuchtend ist dagegen, wieso zweieinhalb Beiträge den USA gewidmet sind. Eine Konzentration auf Großbritannien hätte es womöglich erlaubt, über die Einzelbeispiele, -themen und -aspekte hinaus allgemeinere Fragen zu beantworten oder

zumindest aufzuwerfen. Inwiefern ist etwa der humorvolle Umgang mit Geschichte – die „debunking function“ des Humors – am Ende vielleicht doch etwas spezifisch Britisches? Inwiefern reflektierten oder popularisierten die betrachteten Beispiele tatsächlich Geschichte? Inwiefern haben sie am Ende weniger mit Geschichte als mit einer spezifisch britischen Tradition der Populärkultur zu tun? Denn darum – um Geschichte in der Populärkultur – geht es dem Band letztlich sehr viel mehr als um Geschichte und deren Popularisierung. Und trotzdem denkt man am Ende, dass auch der ernsthaften Geschichtsschreibung etwas Humor bisweilen nicht schaden würde. Richard Evans hatte recht.

London

Tobias Becker

Die Amerikanistik und die Frauen

Harders, Levke: *American Studies. Disziplin-geschichte und Geschlecht*, 341 S., Steiner, Stuttgart 2013.

Dass die europäischen und amerikanischen Hochschulsysteme Frauen durch ihre Organisation und Struktur benachteiligen, ist innerhalb der Universitäts- und Geschlechtergeschichte keine neue Erkenntnis. Nicht von ungefähr hat beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Jahr 2008 die „Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ initiiert, um die deutsche Hochschullandschaft gerade auf der Strukturebene chancengerechter zu gestalten.

Levke Harders verlässt in ihrer Dissertationsschrift jedoch diese Vogelperspektive auf die Hochschulen und spürt den exkludierenden Mechanismen in einem einzelnen Fach, den *american studies*, in seinem Ursprungsland, den USA, nach. Sie fasst ihre Studie selbst mit den Worten zusammen, dass sie „die Entwicklung des interdisziplinären Lehr- und Forschungsgebietes American Studies in den USA vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre“ (S. 295) schildere. Genau dies leistet sie auch und verweist dabei auf die Ungleichheitsstrukturen innerhalb des Faches. Dass die „vorliegende Studie Geschlecht als Kategorie in die Fachgeschichte von American Studies ein[schreibe]“ (S. 10), ist jedoch ein Anspruch, der nicht durchgehend umgesetzt wird.

Zwar beschreibt sie in ihrem ersten von vier Hauptkapiteln, wie sich aus einem gerade bei Frauen auf viel Resonanz stoßenden

Themenbereich allmählich ein gemeinsamer Lehr- und Forschungsgegenstand herausbildete und wie mit voranschreitender Professionalisierung und Institutionalisierung die Partizipation der Frauen zurückging. Die Wissenschaftlerinnen treten dabei jedoch hinter die Behandlung von allgemeinen Fachthemen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zurück. Dabei behandelt die Autorin in der chronologischen Darstellung die Forschungs- beziehungsweise Lehrthemen, die wissenschaftlichen Organisationen und die Fachzeitschriften; die Ausbildung von akademischen Schulen und informeller Netzwerke vernachlässigt sie hingegen. Auch bleibt das Verhältnis der Geschlechter innerhalb des Faches und in anderen Fächern, wie den *area studies*, auf die wegen der ähnlichen Entstehungsbedingungen verwiesen wird, unklar. Harders geht es nicht um den quantitativen Anteil der Studentinnen, Absolventinnen und Wissenschaftlerinnen in den *american studies*; und so werden statistische Daten sehr zurückhaltend in die Darstellung eingebunden und die Geschlechterverhältnisse selten systematisch analysiert. Vielmehr nimmt die Autorin in der Forschung bisher kaum oder gar nicht berücksichtigte Studienangebote und Wissenschaftlerinnen in den Blick. Aus dem landesweit umfassenden Lehrangebot greift sie in ihrem zweiten Kapitel drei Studiengänge heraus, die unter Mitwirkung von Wissenschaftlerinnen eingerichtet wurden, einen an einem *women's college* und zwei koedukative an staatlichen Hochschulen. Zwei der ausgewählten Institutionen liegen in New York City, die andere im Mittleren Westen. Damit gehen die Beispiele über die damals noch den Männern vorbehaltenen Privatuniversitäten, die bisher aber am besten erforscht seien, hinaus. Hier bietet die Studie einen Einblick in die Bedingungen unter denen in den *american studies* besonders Frauen in den 1940er und 1950er Jahren gelehrt und gearbeitet haben.

Im dritten Kapitel werden einzelne im ersten Kapitel aufgezeigte Aspekte der Selbstfindung der *american studies* einer Analyse unterzogen. Dazu gehört neben dem Verhältnis zur Nation auch der Anspruch der permanenten Innovation sowie der ‚neuen‘ Inhalte und eben die Geschlechterordnung. Dabei zeigt Harders wie nicht nur durch die Besetzung von Posten und die Verteilung von wissenschaftlichen Positionen, sondern unterschwellig auch durch die Verwendung von Metaphern und Sprachbildern, Frauen aus der Wissensproduktion und damit insbesondere der Forschung ausgeschlossen wurden. Wie dies

im Einzelfall ablaufen konnte, veranschaulicht sie im vierten Kapitel an den Biografien von Elizabeth Reynard, Elspeth Davies Rostow, Miriam M. Heffernan und Mary C. Turpie, die auch alle an den exemplarisch vorgestellten Studiengängen beteiligt gewesen waren. Gerade in diesem Kapitel wird deutlich, wie sehr es der Autorin um die Arbeitssituation der Amerikanistinnen an den Hochschulen geht.

So ist die Studie auch in dem Verständnis geschrieben, dass sich das Gedächtnis eines Faches „durch (De-)Kanonisierung und Bedeutungsverschiebung wandeln“ (S. 305) könne. Levke Harders bricht das gängige Narrativ der männlichen Hegemonie in den *american studies* auf und arbeitet die Beiträge der Frauen an der Genese des Faches heraus. Wie sich die aus der Analyse des Fallbeispiels gewonnenen Beobachtungen nun innerhalb der US-amerikanischen Hochschullandschaft verorten lassen und welchen Stellenwert die *american studies* in diesem Rahmen haben, wird von der Autorin jedoch offengelassen.

Essen

Verena Kümmel

Paradoxien und Ambivalenzen des Skandals

Gelz, Andreas/Hüser, Dietmar/Ruß-Sattar, Sabine (Hrsg.): Skandale zwischen Moderne und Postmoderne. Interdisziplinäre Perspektiven auf Formen gesellschaftlicher Transgression, 332 S., De Gruyter, Berlin 2014.

Skandale – lange mit dem Stigma reiner Sensationsgeschichten behaftet – erfreuen sich in den letzten Jahren zunehmend der Aufmerksamkeit der Wissenschaften. Trotz dieses „Booms“ fehlt es jedoch noch an interdisziplinären ebenso wie an internationalen Arbeiten zum Thema. Zur Schließung dieser Lücken möchte der vorliegende Sammelband beitragen. Basierend auf der Tagung „Skandal. Repräsentationsformen eines gesellschaftlichen Ärgernisses zwischen religiöser Norm und säkularer Gesellschaft“ (Freiburg 2010) vereint der Band Beiträge aus der Geschichts-, Literatur-, Politik- und Sozialwissenschaft, die einen lesenswerten Einblick in die vielfältigen Betrachtungsweisen des Phänomens Skandal liefern.

In ihrer Einleitung setzen sich die Herausgeber mit dem „Skandal als Forschungsfeld“ auseinander und beklagen, dass viele Ansätze zu wenig

Raum für die Vielschichtigkeit von Skandalen ließen, die als komplexe Phänomene eben nicht in vorformulierte Beschreibungsmodelle eingepasst werden könnten. Ziel des Sammelbandes sei daher nicht eine Definition des Skandals zu finden, sondern sich mit seinen „Paradoxien und Ambivalenzen“ (S. 6) auseinanderzusetzen. Dem folgend dient die Einleitung eher dazu, Fragen und Problemfelder aufzuzeigen, als dass sie definitive Antworten geben möchte. Das betrifft sowohl die verschiedenen Möglichkeiten der Form und Funktion von Skandalen als auch die Frage nach der Existenz nationaler Skandalkulturen und den Effekten einer transnationalen Skandalrezeption. Dabei nimmt der Sammelband ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansätze und historischer Kontexte in den Blick.

Die 14 Beiträge bauen zumeist – auch wenn die Einleitung zuerst vermuten lässt, man wolle von narrativen Fallbeschreibungen stärker abweichen – auf konkreten Beispielen in Spanien, Frankreich und Österreich/Deutschland auf; der zeitliche Rahmen reicht vom 18. bis ins 21. Jahrhundert. Stärker theoretisch geprägt sind die Aufsätze von Wolfgang Asholt, Michael Dellwing, Ingeborg Villinger und Jochen Mecke.

Die Romanisten Helmut Pfeiffer, Andreas Gelz und Jochen Mecke setzen sich mit Literaturskandalen und ihren spezifischen Erscheinungsformen auseinander. Dabei beleuchten Pfeiffer und Gelz insbesondere das Spannungsfeld konkurrierender Normen und Ansprüche von Literatur und Religion während Mecke eine Typologie des Literaturskandals entwickelt und der Frage nachgeht, ob die Postmoderne überhaupt noch Skandale hervorbringen könne. Religiöse Skandale nimmt auch der Historiker Jörn Leonhard in den Blick, der ausgehend von den Skandalen im revolutionären Frankreich eine „Pathologie des historischen Skandals als exemplarische Vertrauenskrise“ (S. 74) entwickelt. Konsequenzen von Skandalen und Reaktionsmöglichkeit der Skandalisierten stehen im Zentrum der Beiträge der Historiker Birgit Aschmann, Daniel Mollenhauer und Dietmar Hüser sowie der Politikwissenschaftlerin Sabine Ruß-Sattar. Aschmann erweitert das Zusammenspiel von Politik und Religion im Skandal am Beispiel der Sex-Skandale Isabellas II. von Spanien um den Aspekt der Geschlechterrollen und untersucht, ähnlich wie Daniel Mollenhauer am Beispiel der Dreyfus-Affäre, das komplexe Zusammenspiel von Skandalisierung und Gegenskandalisierung. Ruß-Sattar zeigt am Beispiel der *affaires politico-financières* in Frankreich, dass die Reaktionen

der Skandalisierten entscheidend für langfristige Veränderungen sein können. Demgegenüber untersucht Hüser mit den Pariser Polizeirepressionen von 1961 einen Fall, in dem es zunächst weder zum Skandal noch zu Veränderungen kommt und aus dem „Un-Skandal“ erst Jahrzehnte später ein „Post-Skandal“ wird.

Skandale entwickeln, das machen viele der Beiträge deutlich, eine für ihre ursprünglichen Akteure kaum steuerbare Eigendynamik, deren Einfluss weit über den zugrundeliegenden Vorfall hinausreichen kann. Die Historiker Jens Ivo Engels und Guido Thiemeyer zeigen am Beispiel der deutschen Berichterstattung über den Panama-Skandal (1892/3) und den Maßnahmen der EU-14 gegen Österreich (2000) wie Skandale sowohl transnationale Kommunikationsräume schaffen als auch nationale Skandaldiskurse entscheidend beeinflussen können. Dabei nimmt Engels, ebenso wie die Politikwissenschaftlerin Ingeborg Villinger, mit der Presse beziehungsweise den Medien eine der ‚klassischen‘ Akteursgruppen der Skandalisierung in den Blick. Medien, so Villinger, komme in demokratischen Systemen zwar einerseits eine zentrale Rolle zu, gleichzeitig stellt sie sich, ähnlich wie Mecke, aber auch die Frage, ob eine Veralltägung des Skandals sich nicht letztendlich destabilisierend auswirken werde. Mit den historischen Avantgarden und Intellektuellen untersuchen der Romanist Wolfgang Asholt und die Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey zwei weitere Akteursgruppen in Bezug auf ihre Funktionen in Skandalen und Normenkonflikten. Dagegen plädiert der Soziologe Michael Dellwing dafür, den Normbruch überhaupt nur als Zuschreibungsprozess und Skandale als Instrumente des „Beziehungsbruchs“ und der schnellen Verschiebung von Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten zu begreifen.

Man könnte kritisieren, dass der Sammelband in Bezug auf den Anspruch der Interdisziplinarität ein deutliches Übergewicht an Historikern und Romanisten aufweist, was zu einer entsprechenden Schwerpunktbildung in der Auswahl der nationalen und internationalen Skandale führt. Auch zeitlich klaffen zwischen den einzelnen Beiträgen zum Teil große Lücken. Die Herausgeber erheben aber auch gar keinen Anspruch auf Vollständigkeit und das in der Einleitung formulierte Ziel, sich mit der Ambivalenz und Paradoxie des Skandals zu beschäftigen, setzt der Sammelband überzeugend um. Die einzelnen Beiträge nähern sich dem Phänomen auf einer Vielzahl von theoretischen und methodischen Wegen an und leisten damit einen wichtigen Beitrag um die Möglichkeiten eines oft von den Medienskandalen der

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierten Forschungsfeldes weiter auszuschöpfen.

Frankfurt a. M.

Annika Klein

Das „Jüdische“ in der Psychoanalyse

Rolnik, Eran: Freud auf Hebräisch. Geschichte der Psychoanalyse im jüdischen Palästina, 285 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013 (hebr. 2007).

Die israelische Autorin Batya Gur (1947–2005) hat dem Milieu einen ihrer Kriminalromane mit Inspektor Michael Ochajon gewidmet: Psychoanalytiker in Jerusalem, viele von ihnen deutscher Herkunft, ein elitärer Zirkel, schwer zugänglich für Außenstehende, geprägt von Eifersucht und Neid, von Anspruch, Konkurrenz – und von Einsamkeit. Nun liegt die deutsche Übersetzung der im hebräischen Original bereits 2007 publizierten Leipziger Dissertation von Eran Rolnik vor: eine grundlegende und tiefgreifende, auf reichem Quellenmaterial beruhende Studie über die Einwanderung psychoanalytischer Theorie und Praxis nach Palästina und über ihr Verhältnis zum Zionismus. Und man muss Batya Gur noch einmal für das Einfühlungsvermögen bewundern, mit dem sie „das Institut“ und seine Protagonisten in ihrem Roman beschrieben hat.

Hier soll aber vor allem Eran Rolnik gepriesen werden. Er hat eines jener seltenen Bücher vorgelegt, denen eine Rezension gar nicht gerecht werden kann, wenn sie nicht unentwegt daraus zitiert. Da dies aber nicht der Sinn der Übung ist, greife ich einzelne Punkte heraus, als Streiflichter, die mir besonders wesentlich erscheinen. Zunächst wirft das Buch ein erhellendes Licht auf die Dialektik von „Traum und That“, von Utopie und Realität, bei der Herausbildung einer jüdischen Gesellschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina. Anna Freud mochte und konnte sich Jerusalem nicht anders als „Mischung von Wienerwald mit Berchtesgaden“ imaginieren und wusste immerhin, dass ihre Vorstellungskraft recht begrenzt war. Der Ort, an dem die von Rolnik recherchierte und sensibel rekonstruierte Geschichte spielt und der sich – so Dan Diner im Geleitwort – „vor allem als ein herausgerissenes und jetzt neu und anders zusammengesetztes Stück Mitteleuropa“ konstituierte, hat seine eigenen Gesetze, seine eigene Logik, die man sich so in Wien und Berlin nicht hatte ausdenken

können. Es ist deshalb die Idee des Buches, zwei Perspektiven miteinander zu verschränken: eine Chronik der psychoanalytischen Bewegung und ihrer durch die nationalsozialistische Herrschaft erzwungenen Emigration aus Europa auf der einen Seite, und eine Analyse des lokalen Diskurses über Sigmund Freuds Ideen und deren praktische Umsetzung im „Jischuw“, also in der jüdischen Gesellschaft auf dem Weg zum Staat. Aus dieser Spannung ergibt sich die aus der Sicht des Rezensenten wichtigste Handlungs- und Reflektionsebene der Untersuchung: Welches ist das Verhältnis zwischen dem Menschenbild der Psychoanalyse und dem der zionistischen Bewegung? Lassen sich die beiden – jeweils durchaus nicht einheitlichen, sondern in steter Entwicklung und Auseinandersetzung mit sich selbst begriffenen – Konzepte sinnvoll miteinander vereinen? Meinen sie, wenn sie beispielsweise von einer Befreiung des Menschen aus den ihm auferlegten Zwängen reden, wirklich das Gleiche?

Die Idee der Schaffung eines „neuen Menschen“ (Mann wie Frau), auch eines „neuen Juden“ und einer „neuen Jüdin“, speiste sich – so legt Rolnik nahe – aus ähnlichen Quellen wie die Entstehung der Psychoanalyse: nämlich aus europäischen Debatten über die Moderne und ihre Folgen; aus einer „Beschäftigung mit dem jüdischen Körper, dem jüdischen Geist und der jüdischen Sexualität“ (S. 30); aus der Frage nach „Eigenart und Andersartigkeit“. Diese Debatten sollten, zusammen mit den Protagonisten, nach Palästina einwandern und sich dort neu, im gelegentlichen Einklang und doch auch bemerkenswert oft im Missklang mit der Herausbildung einer neuen jüdischen Gemeinschaft von Bauern, Pionieren und Soldaten (so das Idealbild), entfalten. Um die ganze Bandbreite möglicher Reibflächen auszumalen, schreibt der Verfasser eine Art Gruppenbiografie der ersten deutschsprachigen Psychoanalytiker Israels. Dabei ist vor allem die prägende Rolle von Max Eitingon hervorzuheben, dem Leiter des Berliner Psychoanalytischen Instituts, der im Oktober 1933 von Berlin nach Palästina emigrierte und dort die Psychoanalytische Gesellschaft Palästinas aufbaute und etablierte.

Während sich die Studie in aller Ausführlichkeit den dabei entstehenden Konflikten widmet und Spannungen (etwa zwischen Moshe Wulff und Max Eitingon) nacherzählt, soll hier eine der vielen Seitengeschichten genauer betrachtet werden. David Eder (1865–1936) ist eine faszinierende Figur: Vetter Israel Zangwills, befreundet mit D.H. Lawrence und George Bernard Shaw, hatte er in Brasilien Siedlungsmöglichkeiten für

Juden erkundet (im Sinne der Territorialisten, denen Zangwill nahestand) und mit Ernest Jones die Gründung einer psychoanalytischen Kolonie in Mexiko geplant, war aber dort von einem Kannibalenstamm gefangen genommen worden. Nach all diesen Abenteuern wandte er sich aber doch ernsthaft dem Zionismus zu, fuhr mit Chaim Weizmann 1918 nach Palästina und nahm sich dort vor, die „seelischen Defekte“ nicht nur einzelner Patienten, sondern auch „der Nation in Not“ heilen zu helfen (S. 67). Durch seine Kontakte zu Arthur Ruppin und anderen Praktikern der zionistischen Bewegung war Eder eine wichtige Gestalt bei der Formierung einer neuen jüdischen Nation, deren Mitglieder eben doch nicht alle dem zionistischen Ideal des gesunden und kräftigen Muskeljuden entsprachen – freilich gab es einen Diskurs der Medikalisierung und Pathologisierung der sogenannten jüdischen Frage, nicht nur im Antisemitismus; aber es gab auch Krankheiten und Kranke, Schwache, Waisen, die der Hilfe bedurften. So beobachtete die Psychoanalyse, halb zugehörig und halb am Rande, die oft unausgesprochenen inneren Konflikte im „Jischuw“ (väterlich-distanziert auch von Sigmund Freud aus der Ferne kommentiert). Während Eder zusammen mit Dorian-Isidor Feigenbaum eine psychoanalytische Studiengruppe aufbaute, empfand der von Feigenbaum nach Palästina eingeladene Neffe und Kaffeehausbewohner Leopold Weiss (1900–1992) das „Nichtgelingen“ der zionistischen Politik als belastend – 1926 trat er zum Islam über und wurde als Muhammad Asad eine schillernde Figur in der nahöstlichen Politik. Noch eine Geschichte – aber durchaus auch eine fundierte Kritik am zionistischen Projekt.

Nach wichtigen Überlegungen zu den Themen der Übersetzung und der Sprache überhaupt wendet sich Rolnik sodann dem „verlorenen“ Berlin zu (S. 95) beziehungsweise einem neu entstehenden „Berlin in Jerusalem“ (S. 155). Seine Arbeit wird damit Bestandteil der Historiographie zur deutschsprachig-jüdischen Emigration aus Europa und Immigration in Palästina, einem doch schon recht intensiv bearbeiteten Forschungsfeld, dem er wohl neue Facetten, aber keine grundlegend neuen Erkenntnisse beifügen kann. Weiterhin werden Jerusalem und Tel Aviv, aber auch die Kibbuzim als Orte psychoanalytischer Aktivitäten und ihrer Reibung mit der vielfältigen (jüdischen, arabischen, britischen) Lebensrealität dargestellt – diese Realität führte dazu, dass sich die Praktiker mit anderen Fragen befassten als noch in Europa, etwa mit der Kindererziehung und der Sexualität im Kibbuz, mit dem zionistischen

Arbeitsethos und seiner Verachtung der Krankheit. Das Thema Gesundheitswesen ruft die Frage der „Tauglichkeit“ auf, das Thema der Hygiene nicht nur den Gegensatz zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Leben, sondern auch die Defizite in der Wahrnehmung des arabischen *Anderen* im Land. Jedes Handeln ist ideologisch besetzt.

Abschließend diskutiert Rolniks sehr elegant geschriebene Studie die Frage des „Jüdischen“ in der Psychoanalyse und Sigmund Freuds eigene Haltung zum (und zu seinem) Judentum, vor allem am Beispiel von Debatten über das Buch „Der Mann Moses und die monotheistische Religion“. Das führt dann doch vielleicht etwas weit ab, während die eigentliche Stärke der Arbeit – neben der faszinierenden Galerie des aufgebotenen Personals – in der sozial- und kulturgeschichtlichen Analyse derjenigen Konfliktfelder und inneren Widersprüche liegt, die Israels politische Kultur bis heute prägen: „Gewalt“, „Allmachtsgefühl“, „Selbstidealisation“ und „Opferbewusstsein“ sind durchaus Begriffe von hoher Aktualität (S. 230). Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung in Israel, vor allem auf das geplante – wenn auch vorerst durch den Zusammenbruch der Koalition Netanjahu auf Eis gelegte – Gesetz zur „jüdischen Staatlichkeit“, könnte man fragen, ob vielleicht doch der Zionismus die Krankheit war, die zu heilen er vorgab. Zumindest wird, in einem von „militantem Nationalismus und religiösem Fanatismus“ (S. 231) geprägten Umfeld, eine am wirklichen Leben ihrer Patienten interessierte analytische Arbeit – so schließt Rolnik selbst – weiterhin gebraucht.

Southampton

Joachim Schlör

Ideengeschichtliche Perspektive

Bernhard, Patrick/Nehring, Holger (Hrsg.): Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, 359 S., Klartext, Essen 2014.

Der Kalte Krieg war bekanntlich eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ideologien Kommunismus und Liberalismus, die die Geschichte Europas und der Welt nach 1945 nachhaltig geprägt hat. Bis zum Untergang der Sowjetunion 1991 beeinflusste der Ost-West-Konflikt Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in den Nationalstaaten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Der vorliegende Konferenzband beschäftigt sich mit den dadurch ausgelösten

Entwicklungsprozessen in den westlichen Staaten und behandelt insbesondere sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Die beiden Bandherausgeber möchten den Kalten Krieg aus der Perspektive einer sozialen Ideengeschichte schreiben. In ihrer Einleitung betonen sie, dass dabei die „gesellschaftliche Produktion, Zirkulation und Anwendung von kriegsbezogenem Wissen in jeweils spezifisch historischen Zusammenhängen untersucht“ werden sollen (S. 13). Auf diese Weise wollen sie einen Beitrag leisten, um den Kalten Krieg „in eine längere Gewaltgeschichte der Moderne einbetten“ zu können (S. 15).

Die Beiträge des Bandes lassen sich drei inhaltlichen Schwerpunkten zuordnen: Erstens geht es um Fragen der Atomkriegsplanung, des Zivilschutzes und der Abrüstungspolitik. So verdeutlichen Bruno Thoß und Isabelle Miclot, dass der Zweite Weltkrieg für deutsche und französische Militärexperten den Ausgangspunkt bildete für die Bewertung der neuartigen Kernwaffen. Die Kriegserfahrungen, die vor 1945 gesammelt wurden, prägten die Erwartungen über die zukünftige Kriegsführung. Unter den Fachleuten galten Nuklearwaffen jedoch schnell als grundsätzlich vereinbar mit alt hergebrachten militärstrategischen Überlegungen. Kontinuitätslinien gab es auch beim freiwilligen Zivilschutz, wie Matthew Grant für Großbritannien nachweisen kann. Die britische Regierung baute bereits Ende der 1940er Jahre eine Zivilschutzorganisation (Civil Defense Corps) auf, die sich nach dem Vorbild des Luftschutzes in England während des Zweiten Weltkrieges vorwiegend aus Freiwilligen zusammensetzte. Mit dem Ausbruch des Korea-Krieges meldeten sich immer mehr Freiwillige; Ende 1953 dienten mehr als 500.000 Menschen in der Organisation. Danach sank die Mitgliederzahl, da der atomare Schrecken „die Glaubwürdigkeit des Zivilschutzes untergrub“ (S. 186). Die staatlichen Anwerbungsbemühungen seien dennoch erfolgreich gewesen, denn sie vermittelten die Botschaft, dass „das Engagement für den Zivilschutz zugleich eine ausgefüllte Freizeit und einen offiziell sanktionierten Ort patriotischer Mitwirkung bot“ (S. 206).

In dem Band geht es zweitens um Fragen des Konsums, der Bildung und der medizinischen Ethik. Einzelne Beiträge analysieren die Dynamik des Kalten Krieges, indem sie die Einflussnahme auf unterschiedliche Lebensbereiche und deren Rückwirkung auf die Politik untersuchen. Wie Sibylle Marti in ihrem Beitrag zeigen kann, schreckte die neutrale Schweiz nicht vor Eingriffen in das Konsum- und Ernährungsverhalten der Bevölkerung zurück. So führte der eidgenössische

Staat bis 1989 eine groß angelegte Kampagne durch, mit der die Bevölkerung dazu bewegt werden sollte, Notvorräte für den atomaren Ernstfall anzulegen. Die dahinter stehenden Vorstellungen eines „permanenten Kriegszustandes“ (S. 234) stießen jedoch auf sehr unterschiedliche Resonanz. Die Reaktionen lassen nämlich – so die Autorin – „ein Bild einer pluralen Gesellschaft aufscheinen“. Der Beitrag von Anne Rohstock über die Verwissenschaftlichung und Programmierung des schulischen Unterrichts illustriert, dass der Kalte Krieg auch vor der Bildung nicht Halt machte: Rohstock hinterfragt kritisch die Unabhängigkeit der Forschung, deren inhaltliche Ausrichtung sich teilweise sehr stark an den Bedürfnissen des Kalten Krieges orientiert habe. Am Beispiel der Einführung neuer Lernmethoden im Fach Mathematik (Mengenlehre) kann die Verfasserin deutlich machen, dass die Versuche zur Verwissenschaftlichung einzelner Unterrichtsfächer auf Kritik „sowohl in akademischen Kreisen als auch innerhalb der Lehrer- und Elternschaft“ (S. 277) stießen. Der sich rasch formierende Widerstand führte etwa dazu, dass einzelne westdeutsche Länder „eine kurzfristige Hausaufgabensperre in dem umstrittenen Fach“ (S. 279) verhängten.

Ein dritter Schwerpunkt ist schließlich dem Thema Öffentlichkeit gewidmet. Daniel Gerster geht der Frage nach, welche Formen die Auseinandersetzung mit der Atombombe in der Katholischen Kirche annahm, wobei er seine Betrachtung nicht nur auf die Amtskirche konzentriert. Friederike Brühöfener analysiert am Beispiel überregionaler Zeitungen und Zeitschriften die journalistischen Debatten über die emotionale Grundstimmung der bundesdeutschen Gesellschaft im Allgemeinen und der Friedensbewegung im Besonderen.

Auch wenn an dieser Stelle nicht auf alle Beiträge gleichermaßen eingegangen werden kann, so lässt sich doch resümieren, dass es den Herausgebern Patrick Bernhard und Holger Nehring gelungen ist, einen äußerst anregenden Sammelband vorzulegen, der zahlreiche Anstöße für weitere Studien bietet.

Berlin

Dierk Hoffmann

Die 60er Jahre – ein Krisenjahrzehnt?

Gotto, Bernhard u. a. (Hrsg.): Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1960er Jahren, 319 S., Oldenbourg, München 2012.

Die dekadologische Vorgehensweise erfreut sich großer Beliebtheit in der zeithistorischen Forschung. Seit geraumer Zeit stehen hierbei die 1970er Jahre im Vordergrund (vgl. zuletzt die entsprechenden Sektionen auf dem Historikertag in Göttingen 2014). Mittlerweile beginnt die Historisierung der 1980er Jahre, zum Beispiel Meik Woyke (Hrsg.) „Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre“ (2013). Es erscheint daher durchaus lohnenswert, einen Blick zurück auf die 1960er Jahre zu werfen, um ihre Signatur zu vermessen.

Die 1960er gelten als ein Jahrzehnt der Umbrüche und der Konflikte, in dem sich „eine dynamische Gesellschaft“ (Edgar Wolfrum) herauskristallisierte. Zugleich markieren sie die Epoche vor dem „Ende des Booms“ (Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael), die noch geprägt war von Fortschrittsglaube und Planungseuphorie. Der vorliegende Sammelband subsummiert die 1960er Jahre unter dem Signum der Krisen und Krisenwahrnehmungen. Er versammelt die Ergebnisse des Kooperationsprojektes einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe an der Universität Bordeaux und dem Institut für Zeitgeschichte in München. Entstanden ist ein sehr heterogener Band mit 26 Beiträgen deutscher und französischer Historiker und Historikerinnen sowie Germanisten und Germanistinnen, teils in deutscher, teils in französischer Sprache, der seinen Anspruch der Interdisziplinarität und des Vergleichs nur bedingt einlösen kann.

Es sind einerseits namhafte Autoren und Autorinnen vertreten, die ihre bereits an anderer Stelle publizierten Forschungsergebnisse hier erneut präsentieren. Es werden andererseits zum Teil neuere, quellenbasierte Forschungsergebnisse vorgelegt. Konsequenterweise komparatistisch angelegte Einzelbeiträge sind in der Minderzahl. Aber auch eine kontrastierende Gegenüberstellung eines Phänomens in seiner jeweils deutschen und französischen Ausprägung, die dem Leser dann den Vergleich ermöglicht, liegt nicht vor. Leider wird auch der zugrunde gelegte Krisenbegriff nicht theoretisch eingebettet. Die Einleitung der Herausgeber fällt hier allzu knapp aus. Der Krisentopos spielt in den einzelnen Beiträgen eher implizit und in unterschiedlicher Ausprägung eine Rolle. Insbesondere der „Mai 1968“ wird zur „Chiffre der Krise“ (S. IX) erklärt. Nach der anregenden Lektüre des deutsch-französischen Vergleichs von „1968“ von Ingrid Gilcher-Holtey wird sogleich deutlich, dass das Signum der Krise gerade nicht geeignet ist, die Studentenproteste

und die daraus hervorgegangenen vielfältigen sozialen Bewegung zu beschreiben. Schließlich ging es ihnen um Partizipation und Mitsprache, mithin in einer positiven Deutung um eine demokratischere Gesellschaft. Horst Möller hingegen moniert in seinem Essay die „hysterischen Kommentare“ (S. 19) der Linken, die mit der politischen Realität der Bundesrepublik nichts zu tun gehabt hätten. In Frankreich sei durch Gewerkschaften und linke Parteien eine Krisenverschärfung eingetreten, die das Land an den Rand des Zusammenbruchs der V. Republik geführt habe. Damit wären die beiden Pole der Krisenwahrnehmung historisch Forschender abgesteckt. Vier weitere Beiträge beschäftigen sich noch mit den politischen Parteien und Strömungen in Frankreich. Aus deutscher Sicht untersucht Manfred Kittel am Beispiel von SPD und CDU in Frankfurt die Auswirkungen der Protestbewegungen auf die beiden Volksparteien. Hélène Miard-Delacroix widmet sich den Protesten gegen die Notstandsgesetze, die sie auch weniger unter dem Topos der Krise analysiert, sondern vielmehr als Beleg für eine sich herausbildende Zivilgesellschaft in der BRD begreift.

Nach diesem Abschnitt über „Politik“ folgen die Bereiche „Wirtschaft und Gesellschaft“. Vergleichend gehen hier vor allem Bernard Poloni und Thomas Raithel vor. Poloni untersucht die in Anführungszeichen gesetzte „crise économique et sociale“ am Beispiel der Grenelle-Vereinbarungen und des Stabilitätsgesetzes. Raithel beschäftigt sich mit dem Planungsgedanken, welcher der Arbeitsmarktpolitik sowohl in Frankreich als auch in Deutschland zugrunde lag. Weitere Beiträge widmen sich dem Krisenbewusstsein der französischen Patrone, der Jugendbewegung in Frankreich vor 1968 und der grenzüberschreitenden Kooperation der Frauenbewegung.

Es folgen dann im dritten Teil zur „Kultur“ Beiträge von Jean-François Sirinelli, der essayartig die Paradoxien der Epoche beleuchtet, gefolgt von Beiträgen über die Modernität der 1960er, Intellektuelle wie François Mauriac auf französischer Seite oder Hans-Magnus Enzensberger auf deutscher Seite, das westdeutsche Kino à la Kluge und Fassbinder sowie über zwei DDR-Kinofilme.

Unter der Rubrik „International“ werden dann noch einmal drei diplomatiegeschichtlich ausgerichtete Artikel von zwei renommierten französischen Zeithistorikern präsentiert. Jean-Paul Cahn betrachtet hierbei den Algerienkrieg durch die deutsche Brille, Georges-Henri Soutou skizziert zunächst überblickshaft die Außenpolitik

Charles de Gaulles in den internationalen Krisen des Jahres 1968, um dann den Prager Frühling in einem zweiten Beitrag zu fokussieren.

Der interessierte Leser mag also den einen oder anderen Beitrag als gewinnbringend heranziehen können. Insgesamt liegt hier jedoch kein allzu kohärenter Band vor, der den Krisenbegriff unreflektiert gebraucht. „Crisis, What Crisis?“, Niall Fergusons provokante Frage, die gängige Interpretationen der 1970er Jahre hinterfragt, ließe sich ohne weiteres auch auf die 1960er anwenden.

Duisburg-Essen

Claudia Hiepel

Globalgeschichtliche Pionierarbeit

Christiansen, Samantha/Scarlett, Zachary A. (Hrsg.): The Third World in the Global 1960s, 223 S., Berghahn, Oxford/New York 2013.

Das Jahr 1968 hat nicht zuletzt aufgrund seiner Rolle für die Entstehung eines bis heute mit tonangebenden politisch-gesellschaftlichen Establishments, zumindest in Westeuropa und der „westlichen Welt“, einen beinahe mythischen Status. Gleichzeitig erweckt die Parallelität von „westlicher“ Studentenrevolte und Infragestellung gesellschaftlicher Normen (z. T. wie im Falle Frankreichs im Mai 1968, verknüpft mit gewerkschaftlicher Herausforderung kapitalistischer Ökonomiemodelle) mit Vorgängen in anderen Teilen der Welt den Eindruck eines „globalen Jahres“. Besonders die Einbindung von Reformbewegungen im „Westen“ in Netzwerke zur Unterstützung antikolonialer Bewegungen beziehungsweise der Anti-Apartheid-Bewegung auf dem afrikanischen Kontinent scheint eine solche globale Verdichtung und Vernetzung um das Jahr 1968 herum nahezulegen. Ob diese Verknüpfungen tatsächlich in solcher Form existierten, lässt sich nur über eine Globalgeschichte der 1960er Jahre klären, welche die Herausforderung nationaler Gesellschafts- und Normenmodelle und die Integration dieser Herausforderung in internationale Netzwerke in eine globalhistorische Perspektive stellt. Samantha Christiansen und Zachary Scarlett haben einen solchen Versuch über einen Sammelband unternommen, der zwar notwendigerweise eine Auswahl von Regionen treffen muss, aber doch geographisch ein weites Feld eröffnet. Der Sammelband beinhaltet vor allem Beiträge von jüngeren Historikerinnen

und Historikern, und ist in seiner Spannweite hochgradig ambitiös – und, wie man bereits von Beginn feststellen kann, als Pionierarbeit hochgradig gelungen.

Christoph Kalters vorzüglicher Überblick über das Konzept und die Kommunikationsnetzwerke um die „Third World“ (Kap. 1) bietet zusammen mit Konrad J. Kuhns konkreter Analyse (Kap. 4) von zwei Schlüsselereignissen solidarischer Mobilisierung (der Hungerkrise in Biafra, Nigeria, und der Protestwelle gegen die Beteiligung „westlicher“ Firmen am Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mosambik unter portugiesischer Kolonialherrschaft) den Kontext internationaler Mobilisierung. Zachary A. Scarlett erweitert diese „westlich“ ausgerichtete Sicht auf internationale Solidarität um eine chinesische Perspektive, die vor dem Hintergrund der Kulturrevolution formuliert wurde, aber offensichtlich stark eine Reflektion innerer gesellschaftlicher Befindlichkeiten der Volksrepublik darstellte (Kap. 2). Avishek Ganguly's bemerkenswerte Betrachtung der Vorgänge innerhalb des „naxalitischen“ Widerstands gegen ländliche Ausbeutung zunächst im nördlichen Bengalen, versucht über eine Analyse „radikaler“ Zeitungen, ebenfalls die Bezugnahme auf internationale Rhetorik von Revolten herauszustellen, was teilweise gelingt (Kap. 3).

Die weiteren Fallstudien innerhalb des Bandes zeigen eindrucksvoll die unterschiedlichen Effekte und Frontstellungen, welche Glieder einer globalen Häufung an spezifischen Auseinandersetzungen vor allem im universitären Bereich waren. Ein großer Teil der Beispiele demonstriert unterschiedliche Zielsetzungen von Studierendenprotesten. In Brasilien war die Mobilisierung von Studentinnen und Studenten, welche Colin Snider für die Jahre 1957 bis 1968 betrachtet, gegen die rechtsgerichteten Militärkabinette von Humberto Castelo e Branco und Artur Costa e Silva gerichtet; sie setzte jedoch zugleich eine Infragestellung der etablierten Lehrstuhluniversitäten in Gang und führte zu Prozessen technokratischer Umgestaltung unter verstärkter Kontrolle durch Staatsinstitutionen (Kap. 5). In Congo-Kinshasa (Zaire) stellten, wie es Pedro Monaville ausführt, die problematischen, und sich weiter verschlechternden, materiellen Lebensbedingungen einen wesentlichen Protestgrund dar, wobei das Regime von Joseph-Désiré Mobutu auf solche Proteste mit massiver Repression, einer Brandmarkung studentischer Aktivisten als „ausländische Agenten“, und der Umgestaltung der Universitäten in militarisierte Strukturen

reagierte (Kap. 9). Im Falle Mexikos speiste sich aus Julia Sloans Sicht die Protestbewegung der Studierenden vor allem aus Reaktionen auf Polizeigewalt und die autoritäre Machtausübung des Regimes des Partido Revolucionario Institucional (PRI) – die Regierung, um ihre internationale Reputation insbesondere als Ausrichterinnen Olympischer Spiele fürchtend, reagierte mit brutaler Härte, und schwenkte erst deutlich später auf Populismus und Integrationsversuche um (Kap. 10). In Indonesien waren es hingegen entsprechend der Untersuchung von Stephanie Sapiie oppositionelle, „rechtsgerichtete“ Militärs, welche die Studierendenbewegung KAMI förderten, um sie als Waffe gegen das „linksgerichtete“ Sukarno-Regime einzusetzen (Kap. 11).

Die anderen vier Fallstudien sind etwas weiter von diesem Fokus auf studentische Aktivitäten und ihre Einordnung in globale Prozesse entfernt: Nicolas Creary diskutiert die Erfahrungen von Seminarstudenten in der Siedlerrepublik Rhodesien mit rassistischer Diskriminierung in von Jesuiten geleiteter Priesterausbildung (Kap. 6); Chris Saunders befasst sich mit drei – sehr kursorisch eingeführten – Beispielen von internationaler und studentischer Auseinandersetzung mit diskriminierenden Akten des südafrikanischen Apartheidregimes gegen farbige Sportler und Akademiker (Kap. 7); James Bradford betont die Rolle Walter Rodneys in der Schaffung einer Allianz gegen die Machtausübung der Jamaica Labour Party einschließlich der Mobilisierung der Reggae-Musik als Vehikel zur Erreichung der politisch Ausgeschlossenen (Kap. 8); und Erwin S. Fernandez betrachtet die turbulente Entstehungsgeschichte, und das Scheitern, einer oppositionellen politischen Plattform, des Movement for the Advancement of Nationalism, im Kontext der Philippinen unter dem Regime von Ferdinand E. Marcos (Kap. 12).

Die einzelnen Fallstudien sind von guter Qualität, obschon in ihrem Aufbau und der Quellengrundlage variabel. Besonders die Beiträge zu Brasilien und Rhodesien entfalten ein ansprechendes Quellenpanorama und analytische Tiefe; anderswo fragt man sich als Leserin oder Leser dann freilich schon, ob nicht in dieser Hinsicht mehr geboten hätte werden können. Dies ist allerdings (meistens) insofern zu vernachlässigen, als man herausstellen muss, dass – was für einen Sammelband sicherlich bereits für sich schon eine Auszeichnung ist – die einzelnen Kapitel tatsächlich dann einen besonderen Wert für die Leserinnen und Leser entfalten, wenn der gesamte Band betrachtet wird. Zwar bauen die Kapitel an

sich nicht immer auf den gleichen Fragestellungen auf (was für eine Pionierarbeit auch kaum zu leisten ist). Doch der analytische Bogen, den „The Third World in the Global 1960s“ erlaubt, ist sehr erfreulich. Damit ist das Buch ein wirklich gelungener globalgeschichtlicher Versuch.

Berlin

Alexander Keese

Spannungsfeld Flucht und Vertreibung

Stickler, Matthias (Hrsg.): Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration, 204 S., Steiner, Stuttgart 2014.

Die Auseinandersetzung mit Fragen zu Flucht, Vertreibung und späterer Integration der Vertriebenen und den damit verbundenen Stellenwert der Thematik in der deutschen Erinnerungskultur nimmt oft sehr emotionale Züge. Dies aufgreifend zielte die Würzburger Jahrestagung 2008 der Ranke-Gesellschaft darauf, die öffentliche Debatte zu versachlichen und damit einen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten. Der Band, der aus dieser Konferenz hervorging, behandelt den in den öffentlichen Medien viel diskutierten Themenkomplex um Flucht und Vertreibung. Die beitragenden Experten sind etablierte wie auch Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland, was nicht nur einer eindimensionalen Sichtweise entgegenwirkt, sondern auch eine kritische Debatte unterstützt. Die Bandbreite der Beiträge reicht von biographischen Untersuchungen über konkrete Untersuchungen des komplexen Folgenspektrums von Flucht und Vertreibung in den Vertreibungs- und Aufnahmegebieten bis hin zu Analysen von Verbandsstrukturen und Reflexionen zur Erinnerungskultur.

Der vorliegende Band vereint zehn Beiträge, von denen die ersten drei biographisch orientiert sind. Zu Beginn widmet sich Eva Dutz dem Schicksal des sozialdemokratischen Vertriebenenpolitikers und später Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) Wenzel Jaksch. Dutz betrachtet kritisch dessen Verhältnis zur SPD und der neuen Ostpolitik Willy Brandts. Gilad Margalit untersucht die vertriebenenpolitische Programmatik des langjährigen Bundesverkehrsministers und Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hans-Christoph Seebohm. Margalit analysiert sehr kritisch wie von Seiten der christdemokratischen Regierungen an seiner Person und

nationalkonservativen Programmatik festgehalten wurde, um das Wählerpotential der Vertriebenen zu gewinnen. Das folgende Essay des Herausgebers befasst sich mit „den zwei Leben“ (S. 45) des Sprechers der Oberschlesier und BdV-Präsidenten Herbert Czaja in Polen und in Westdeutschland. Stickler versucht deutlich zu machen, dass der auf Czaja bezogene Stereotyp eines revanchistischen „Kalten Kriegers“ (S. 62) nicht zutreffend sei und erklärt dessen politische Programmatik anhand seines an Brüchen reichen Lebens.

Im folgenden Aufsatz betrachtet Małgorzata Świder anhand der „Entgermanisierung“ (S. 65) des Opper Schlesien nach 1945 dortige Bestrebungen nicht nur die deutsche Bevölkerung zu vertreiben, sondern auch die mit den Deutschen verbundenen kulturellen Erinnerungen zu eliminieren. Świder erklärt sich den nur mäßigen Erfolg dieser Maßnahmen mit dem passiven Widerstand der autochthonen Bevölkerung der Opper Region. Andreas Kossert dekonstruiert im Anschluss den Mythos einer schnellen und gelungenen Integration der Vertriebenen in ihrer neuen, „kalten“ Heimat. Vielmehr zeichnet er eine Atmosphäre geprägt von Ablehnung bis hin zu rassistisch motiviertem Hass. In diesem Kontext fordert Kossert nachdrücklich alte, ideologische Gräben zu überwinden und eine „innere Versöhnung der Deutschen mit ihren Vertriebenen“ (S. 97). Christian Lotz blickt in seinem Beitrag auf die Rolle der Landsmannschaft Schlesien in den erinnerungspolitischen Kontroversen zwischen Ost und West. Dazu vergleicht er Deutungen der Geschichte Schlesiens sowie von Flucht und Vertreibung der Landsmannschaft mit der der SED beziehungsweise deren offizieller Agitation und den damit verbundenen Versuch beider Seiten die Deutungshoheit im Streit um die Oder-Neiße-Grenze zu gewinnen.

Mit der Erforschung der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost Mitteleuropa“ (S. 109) befasst sich der Aufsatz von Iris Thöres. Darin analysiert sie Konflikte zwischen dem Bundesvertriebenenministerium, der von diesem beauftragten wissenschaftlichen Kommission um Theodor Schnieder und landsmannschaftlichen Organisationen. Die Beiträge von Matthias Finster und Jan M. Piskorski präsentieren Ergebnisse ihrer jüngst erschienenen Publikationen. Finsters Interesse richtet sich auf den Bund der Vertriebenen und dessen Versuche geschichts- und erinnerungspolitisch meinungsbildend zu wirken, auch im Zusammenhang mit dem Wandel des gesellschaftspolitischen Diskurses zu Flucht und Vertreibung. Piskorski hingegen beschäftigt sich

mit Zwangsmigration im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg verbunden mit einer kritisch-pointierten Betrachtung von Fragen der europäischen Erinnerungskultur. Im Beitrag zum Hauptvortrag der Tagung befasst sich Michael Salewski mit dem Thema „Verweh(r)te Heimat“. Gleichzeitig Zeitzeuge und Wissenschaftler verweist er auf eine lange praktizierte, letztlich jedoch kontraproduktive Idealisierung der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Salewski hebt eine wesentliche Rolle der heimatvertriebenen Frauen und insbesondere seiner Generation der Kriegskinder hervor in Bezug auf eine in seinen Augen gelungene Integrationspolitik. Eingerahmt wird die Arbeit durch eine Einführung des Herausgebers sowie ein Abkürzungsverzeichnis, Autorenverzeichnis und Namens- und Ortsregister.

Mit dem Tagungsband hat der Würzburger Historiker Matthias Stickler ein materialreiches, differenziertes und breit aufgestelltes Werk vorgelegt, das weit mehr bietet als eine Darstellung der Geschichte von Flucht und Vertreibung. Den Autorinnen und Autoren des Bandes ist es gelungen, einen emotional geführten Diskurs aufzugreifen und auf objektiv-sachlicher Ebene weiterzuführen. Durch seine aus heterogenen fachlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Interessen rührenden Herangehensweise liefert das Buch vielfältige Perspektiven und wertvolle Einsichten auf das Themenfeld. In diesem Zusammenhang sei an die Worte des Herausgebers in seiner Einführung erinnert, in der er festhält, dass die Zukunft in „international vernetzte(n), vergleichende(n) Untersuchungen zu Fragen von Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration“ (S. 15) läge. Diesem Anspruch wird der Sammelband mehr als gerecht.

Ulm

Felicitas Söhner

Das „Phänomen Lager“

Greiner, Bettina/Kramer, Alan (Hrsg.): Welt der Lager. Zur „Erfolgsgeschichte“ einer Institution, 359 S., Hamburger Edition, Hamburg 2013.

Das Thema „Lager“ wird seit einigen Jahrzehnten in der Forschung intensiv diskutiert, handelt es sich doch um ein weltweit verbreitetes Phänomen, zumeist um ein Terrorinstrument. Gleichwohl steht eine vergleichende Lagerforschung bislang erst am Anfang. Umso mehr ist ein Sammelband zu begrüßen, der sich nicht nur

einem Lagerkomplex widmet, sondern die „Welt der Lager“ in den Blick nimmt. Alan Kramer leitet diesen ein und es folgen zwölf Aufsätze von renommierten Historikerinnen und Historikern, die sich mit ganz unterschiedlichen Lagern und Lagertypen beschäftigen. Geografisch greift der Band auf Europa, Asien, Afrika und Amerika aus, er setzt in der Frühen Neuzeit ein und endet in der Gegenwart.

So führt Andreas Gestrich aus, auf welchen frühneuzeitlichen Voraussetzungen und Vorläufern die späteren Konzentrationslager beruhten. Ihre Errichtung erscheint somit nicht als Bruch mit den Traditionen, sondern sie sind vielmehr als „eine Kombination von Traditionen im Sinne einer kumulativen Radikalisierung“ (S. 60) zu verstehen. Eine Zäsur lag jedoch gleichwohl im Ersten Weltkrieg, wie Heather Jones am Beispiel der Kriegsgefangenenlager ausführt. Dies lag zum einen an der schieren Zahl der Gefangenen – wohl acht bis neun Millionen –, die eine völlig neue Größenordnung darstellten, vor allem aber an einer tiefgreifenden Radikalisierung in technischer und technokratischer Hinsicht. Materielle Gestalt und bürokratische Funktionsweise änderten sich fundamental, sodass der Erste Weltkrieg letztendlich die Durchsetzung des modernisierten, gleichsam wissenschaftlich betriebenen Kriegsgefangenenlagers als einer normativen Einrichtung des Staates in Kriegszeiten brachte (S. 132). Interessanterweise wurden das Kriegsgefangenenlager zudem als Sinnbild für die eigene „zivilisierte Kriegsführung“ konstruiert, vor der man die – behauptete oder tatsächlich – mangelhafte Behandlung von Gefangenen durch den Feind herausstellte (S. 119). Die grundsätzliche Veränderung im Bereich der Ideologie erfolgte jedoch erst später. Für die wenig bekannten faschistischen Lager in Spanien und Italien erläutert Javier Rodrigo, dass diese nicht primär der Vernichtung dienten, sondern vielmehr der Isolation innerer Feinde. Es ging den Machhabern um die (präventive) Sicherung der neuen politischen Ordnung (S. 232f.). Beide Funktionen erfüllte hingegen das Lagersystem im Nationalsozialismus. Sara Berger beschreibt die Vernichtungsstätten Belzec, Sobibor und Treblinka, in denen das NS-Regime mehr als eineinhalb Millionen Juden ermordete, und welche von Personen errichtet und betrieben wurden, die zuvor in der „Euthanasie“ tätig waren. Michael Wildt und Marc Buggeln geben einen Überblick über die vorwiegend im Reichsgebiet bestehenden NS-Lager. Sie erweitern die Perspektive insofern, als sie neben den mittlerweile sehr gut

erforschten Repressionslagern auch diejenigen Lager und Lagertypen in den Blick nehmen, die auf die Erziehung von ‚Volksgenossen‘ und deren Integration in die ‚Volksgemeinschaft‘ zielten. Die NS-Lager erscheinen so als „Räume nationalsozialistischer Herrschaft und einer Transformationspolitik, die Gesellschaft in Volksgemeinschaft verwandeln will“ (S. 201). Einen weiten Ansatz verfolgt auch Felix Schnell in seinem Beitrag über den ‚Gulag‘, in dem er diesen als „Systemstelle“, das heißt integralen Bestandteil sowjetischer Herrschaft, begreift (S. 138). So werden die lange zurückreichende Traditionslinien sichtbar, aber auch, dass der ‚Gulag‘ als Organisation verstanden werden muss, „die einen zentralen Beitrag zur nachholenden Industrialisierung des Landes und zur Erschließung unterentwickelter Regionen der Sowjetunion leistete“ (S. 164f.).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zahlreiche NS-Lager weiterhin als Haftstätten benutzt. Dass allein dies zu forschungspolitischen Schwierigkeiten führt, thematisiert Bettina Greiner in ihrem Beitrag zu den Speziallagern des NKVD in Deutschland; vor allem aber, dass nicht eine eindeutige Funktionszuschreibung die sowjetischen Haftmaßnahmen prägte, sondern eine vielschichtige Gemengelage. Den deutschen Kontext und das Lager im engeren Sinne verlässt Moritz Feichtinger, der sich mit Zwangsumsiedlungen im Zuge der Dekolonisierung zwischen 1950 und 1970 befasst und drei Fälle vorstellt: die britische Umsiedlungspolitik in Malaya und Kenia, die französischen „Camps de Regroupement“ während des Algerienkrieges sowie die „Strategic Hamlets“ des Vietnamkrieges. So unterschiedlich die Beispiele sind, so wird doch deutlich, die Zwangsumsiedlungen wurden als *counterinsurgency* konzipiert und als Teil von Antiguerrillaaktionen durchgeführt. Bernd Greiner schließlich greift als ganz aktuelles Beispiel die Entwicklung in den Vereinigten Staaten auf und zeichnet die wesentlichen Entwicklungslinien des „War on Terror“ nach, die von Guantánamo zum Drohnenkrieg führten. Ist das Lager damit, so fragt Greiner polemisch zugespitzt, heutzutage überflüssig?

Erwähnt seien schließlich noch diejenigen Beiträge, die nicht überblicksorientiert angelegt sind, sondern sich für das Verhältnis von Diskurs und Praxis interessieren. So fragt Andreas Stucki nach der möglichen Vorbildwirkung der spanischen *reconcentrations*-Zonen in Kuba auf nachfolgende diktatorische wie demokratische Regime. Empirisch lässt sich, so das Fazit, ein direkter Zusammenhang nicht nachweisen (S. 86).

Claudia Siebrecht hingegen kann belegen, dass die in Deutschland geführten politischen Debatten über eine geeignete Form der Kolonialherrschaft für die Errichtung der KZ in Deutsch-Südwestafrika ausschlaggebend waren (S. 87). Und Utsumi Aiko führt aus, welche fatalen Folgen es für die in den japanischen Lagern während des Pazifikkrieges gefangen gehaltenen Zivilisten und Kriegsgefangenen hatte, dass in Japan weder Traditionen noch Planung bestanden, wie mit einer großen Zahl von Gefangenen umzugehen sei. Zudem herrschte im Militär ein Verständnis vor, nach dem das Völkerrecht keine Geltung für die Streitkräfte hatte. Der Tod wurde entsprechend dem Kampfeθος der Samurai als angemessener betrachtet als die Schande der Kriegsgefangenschaft.

Verständlicherweise kann der Sammelband keinen Überblick über alle jemals bestehenden Lager oder Lagertypen weltweit geben. Gleichwohl hätte man sich eine gewisse Fokussierung gewünscht. Erstrebenswert wäre etwa eine Forschergruppe zur vergleichenden Lagerforschung, die zunächst gemeinsam Fragestellungen erarbeitet und diese dann im je eigenen Forschungsfeld untersucht. Damit käme man den Fragen, was das „Phänomen Lager“ ausmacht und inwiefern es ein Signum der Moderne ist, sowie dem Ziel einer multiperspektivischen und transnationalen Lagerforschung sicherlich noch weit näher. Innovative Impulse hierzu liegen mit dem Sammelband nun allemal vor.

Freiburg i. Br.

Karin Orth

Globalgeschichte 2.0

Barth, Boris/Gänger, Stefanie/Petersson, Nils P. (Hrsg.): Globalgeschichten. Bestandsaufnahme und Perspektiven, 320 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Die Globalgeschichte reflektiert über sich selbst. An diesem Satz scheint auf den ersten Blick wenig Neues zu sein. Vielmehr sieht sich die Globalgeschichte seit einigen Jahren zunehmend der Kritik gegenüber, sie liefere außer theoretisch-methodischen Beiträgen keine konkreten Ergebnisse. Zudem wurden in letzter Zeit speziellere Kritikpunkte und Vorbehalte gegenüber dem zunehmend wachsenden Forschungsfeld der Globalgeschichte vorgebracht. Die Kritik beanstandete dabei vor allem die teleologische Aufgeladenheit des Begriffs der Globalisierung,

die Überbewertung der Kategorie des Globalen und die damit einhergehende Vernachlässigung der Beharrungskraft des Nationalen, Regionalen und Lokalen. Zudem sah sich die Globalgeschichte dem Vorwurf ausgesetzt, sie habe sich bisher in erster Linie damit begnügt, Verflechtungen nur zu konstatieren, anstatt diese in ihrer Qualität und Tragweite genau zu erfassen, zu erklären und dabei Phänomene von Entflechtung und Nicht-Transfer ebenfalls zu berücksichtigen (vgl. Conrad „Globalgeschichte“ (2013)). Der hier besprochene Sammelband nimmt sich dieser Kritikpunkte an. Er versucht anhand konkreter Fallbeispiele zu zeigen, dass Globalgeschichte sehr wohl konkrete, quellennahe Ergebnisse liefern und zugleich die bisherigen theoretischen Postulate einlösen und dabei kritisch reflektieren kann.

Die zwei Autorinnen und acht Autoren der Beiträge versuchen mittels unterschiedlicher Ansätze diesen Kritikpunkten zu begegnen und dabei ihren besonderen Umgang mit globalen Phänomenen deutlich zu machen. So bedienen sich Valeska Huber und Sven Trakulhun dem Ansatz der *global intellectual history*, um einerseits Homogenisierungsbestrebungen britischen Ursprungs in globaler Reichweite am Beispiel des sogenannten *basic english* und andererseits Hybridisierungsprozesse und die Wahrnehmung europäischen Wissens durch siamesische Akteure zu untersuchen.

Jürgen Osterhammel und Boris Barth wählen bewährte Makroperspektiven, indem sie Geschichten von Globalisierungen und zugleich Globalgeschichten der Phänomene Sport und Finanzwirtschaft skizzieren. Beide Autoren weisen anhand ihrer Fallbeispiele darauf hin, dass nicht ohne Weiteres von einer unaufhaltsamen Globalisierung dieser Phänomene gesprochen werden könne, sondern nur konkrete Untersuchungen zeigen können, wann, wie und warum etwa Sportereignisse und Körperpraktiken oder Banken und Versicherungen global vernetzt waren und wo die Grenzen dieser Verflechtungen lagen.

Die Beiträge von Christof Dejung, Stefanie Gänger, Bernd-Stefan Grewe, Niels P. Petersson und Martin Remppe wählen dagegen Ansätze, die stärker die Verortung der Globalgeschichte in regionalen Kontexten betonen. Anhand des globalen Handels mit Rohstoffen oder Heilpflanzen können Dejung, Gänger und Grewe zeigen, wie unterschiedliche Regionen und Lokalitäten miteinander verflochten wurden und sich dadurch multiple Aus- und Rückwirkungen ergaben. Niels P. Petersson betont hingegen die nationale Ebene, indem er plausibel macht, wie national organisierte Gewerkschaften Globalisierungsprozesse

wahrnahmen, versuchten zu gestalten und dabei an Grenzen stießen. Martin Rempes Beitrag stellt sich am dezidiertesten gegen das Narrativ einer immer weiter zunehmenden Globalisierung im Verlauf des 20. Jahrhunderts und plädiert für „mehr Bodenhaftung“ (S. 207) einer Globalgeschichte von Musikermobilität und Musikaustausch.

Wie gehen nun die Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge mit den zu Beginn skizzierten Herausforderungen um, die an die Globalgeschichte herangetragen werden? Erstens ist zu sagen, dass das Paradigma der Globalisierung deutlich an Attraktivität und Wirkmächtigkeit für globalgeschichtliche Analysen eingebüßt hat. Globalgeschichte ist – und das zeigt dieser Band – sehr viel mehr als das reine Darstellen von zunehmenden globalen Verflechtungen. Die Skepsis gegenüber dem Globalisierungsparadigma hängt zweitens damit zusammen, dass Globalgeschichten vermehrt versuchen, Verflechtungen aus ihrer regionalen Einbettung heraus zu analysieren, anstatt einseitig makrogeschichtliche Perspektiven einzunehmen. Wie gewinnbringend die Fokussierung auf konkrete Räumlichkeiten und deren Spezifika sein kann, macht etwa die Lektüre des Beitrags von Stefanie Gänger zur Geschichte der Chinarinde im globalen Kontext deutlich. Folglich spricht einiges dafür, Konzepten wie „Translokalisierung“ und „Glokalisierung“ innerhalb der globalgeschichtlichen Forschung einen größeren Stellenwert einzuräumen. Drittens ist festzuhalten, dass sich die im Rahmen der „Konstanzer Diskussionsprozesse“ (S. 8) entstandenen Aufsätze nicht nur damit zufriedengeben, Verflechtungen nachzuweisen, sondern stets darauf fokussieren, deren Beschaffenheit und ihre Ursachen zu benennen. Somit entsteht innerhalb des Bandes ein Panorama an Verflechtungsszenarien, das von intensiven Wechselbeziehungen über einseitige Rezeptionsvorgänge bis zu Versuchen gescheiterter Beeinflussung reicht. Die Diskussion über diese verschiedenen Verflechtungskategorien und deren terminologische Benennung steht damit zweifellos erst am Anfang. Es finden sich jedoch bereits wichtige weiterführende Ansätze zu solch einer Reflexion über die Dimensionen des Begriffs der Verflechtung im Beitrag von Jan C. Jansen über „Entmischung“ und Globalgeschichte. Indem Jansen danach fragt, wie sich auch Prozesse schwindender Verflechtung mit einem globalgeschichtlichen Instrumentarium untersuchen lassen, öffnet der Autor ein neues Feld sowohl theoretischer Diskussion als auch empirischer Arbeit an Phänomenen, bei denen Brüche, das Trennende und Konflikte im

Vordergrund stehen anstatt Verflechtung, Transfer und Kulturaustausch. An dieser Stelle wäre an weitere Themen zu denken, bei denen zwar grenzüberschreitende Interaktionen entstehen, diese aber nicht zwangsläufig zu gleichgerichteten Verflechtungen führen müssen, sondern ebenfalls eher Segmentierung und Abgrenzung produzieren. Dies trifft beispielsweise für die Geschichte des modernen Massentourismus zu.

Zwar spiegelt der Sammelband im Wesentlichen Arbeiten und Gedankengänge wider, die im weiteren Konstanzer Umfeld ablaufen, und weniger die nationale und internationale Vielstimmigkeit, die sich inzwischen auf dem Feld der Globalgeschichte etabliert hat. Doch zeigt der Band recht eindrucksvoll, dass das Forschungsfeld der Globalgeschichte mittlerweile in der Lage ist, seine theoretischen Prämissen anhand der eigenen empirischen Forschungsergebnisse zu reflektieren, Perspektiven zu verändern und Kritik produktiv umzusetzen.

Kiel

Moritz Glaser

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Kulturtransfer – 30 Jahre danach

Ziegler, Uwe/Carl, Horst (Hrsg.): „In unserer Liebe nicht glücklich“. Kultureller Austausch zwischen Großbritannien und Deutschland 1770–1840, 180 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Dieser Sammelband verfolgt zwei Anliegen: ein methodisches und ein empirisches. Methodisch geht es um die Frage, wie sich „kultureller Austausch“ rund 30 Jahre nach der Etablierung des Forschungsparadigmas vom „Kulturtransfer“ differenziert bearbeiten lässt. Dabei werden vor allem die Konsequenzen in den Blick genommen, die sich in den letzten Jahren aus der Auseinandersetzung mit Hybridität und der damit einhergehenden Dekonstruktion einer Vorstellung stabiler kultureller oder ethnischer Identitäten ergeben haben. Erweist es sich nicht als problematisch, dass Forschungen zum „Kulturtransfer“ gezwungen sind, eine große Homogenität der Kulturen, zwischen denen Elemente transferiert werden, anzunehmen – und sei es auch nur im Moment des Transfers? Wird damit nicht automatisch der

Blick auf Elemente der gegenseitigen Beeinflussung ebenso eingeschränkt wie der auf soziale, regionale, konfessionelle oder weitere Beschränkungen des Transfers? War es somit nicht vielleicht vorschnell, die Unterscheidung zwischen „Rezeption“ und „Transfer“ aufzugeben oder zumindest stark zu relativieren?

In der empirischen Perspektive plädieren die beiden Herausgeber dafür den Blick auf die deutsch-britischen kulturellen Beziehungen in das ausgehende 18. und frühe 19. Jahrhundert zu verlängern, statt – wie bislang meist üblich – mit der Mitte des 19. Jahrhunderts einzusetzen und damit den Akzent auf Industrialisierung und Soziale Frage sowie die Vorgeschichte des „Anglo-German antagonism“ zu legen, ohne längerfristige Kontinuitäten der Debatten über Verfassung, Weltwahrnehmung, Wissenschaftsverständnisse oder Kunst in vollem Umfang zu berücksichtigen.

Beide Hypothesen – dass das methodische Instrumentarium des „Kulturtransfers“ erweiterungsfähig sei und dass die Geschichte der deutsch-britischen intellektuellen Austauschbeziehungen im ganz langen 18. Jahrhundert manche Überraschungen bereithalte – wurden zunächst im Mai 2009 auf einer Tagung in Mainz diskutiert, deren überarbeitete Beiträge hier in einem schön produzierten Band vorgelegt wurden. Im Einzelnen beschäftigen sie sich mit der Differenzierung zwischen und den Konjunkturen von Anglophilie und Anglomanie im 18. Jahrhundert (Jennifer Willenberg), der deutschen Berichterstattung über englische Entdeckungsreisen im pazifischen Raum (Sünne Juterczenka), der Rezeption von Chesterfields Briefen (Evelyn Gottschlich), Goethes Darstellung des englischen Malers und Sammlers Charles Gore in seinen autobiographischen Schriften und in den Wahlverwandtschaften (Michael Bies), der Rolle der englischen Staats- und Gesellschaftsverfassung in preußischen Reformdiskursen der Sattelzeit (Uwe Ziegler sowie am Beispiel Hegels Iwan-Michelangelo Aprile), dem Deutschlandbild des Diplomaten Henry Addington (Oliver Werner) und dem Netzwerk von Liebigs englischen Schülern (Neill Busse).

Inhaltlich verweisen sie nicht nur auf die Bedeutung des Bilds vom jeweils ‚Anderen‘ für die (kulturelle) Konstruktion der jeweils eigenen nationalen Besonderheiten, sondern auch auf die Ambivalenzen des deutschen Großbritannienbildes, das bereits im 18. Jahrhundert von Konjunkturen der Bewunderung und Ablehnung geprägt war. Diese verliefen strukturell gegenläufig zur Wahrnehmung Frankreichs, ein Thema, das der Band allerdings eher implizit behandelt.

Methodisch lösen die Beiträge weitestgehend den Anspruch ein, noch genauer – als es in der Kulturtransferforschung üblich war – auf Medien des Transfers und auf mögliche Rückkopplungen zu achten, was freilich gelegentlich um den Preis einer recht engen Fokussierung des eigenen Forschungsgegenstands geschieht. In beiden Perspektiven, der methodischen und der empirischen, ist der Band überaus lesenswert.

Frankfurt a. M.

Andreas Fahrmeir

Frauen und Familien im Recht (des 19. und 20. Jahrhunderts)

Meder, Stephan/Mecke, Christoph-Eric: Family Law in Early Women's Rights Debates. Western Europe and the United States in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, 410 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Anders als man aufgrund der Illustration auf den Bucheinband vermuten könnte – sie bildet einen Demonstrationszug englischer Suffragetten ab – widmen sich die Autorinnen und Autoren dieses Tagungsbandes nur am Rande dem Kampf für das Wahlrecht. Im Zentrum der zwölf englischsprachigen Hauptbeiträge und der ergänzenden Diskussionen steht ein bis vor einiger Zeit noch weniger gut untersuchtes Forschungsfeld: die Bemühungen der Frauenbewegung um eine Verbesserung der Stellung von Frauen und Kindern im Privatrecht.

Der zeitliche Schwerpunkt des Sammelbandes ist das 19. und frühe 20. Jahrhundert – mit einer Ausnahme, einem Beitrag zum Römischen Recht (Okko Behrends). Neben der inter- und transnationalen Perspektive (mit Beiträgen von Ute Gerhard, Karen Offen, Anja Schüler) werden Entwicklungen, Debatten und Auseinandersetzungen in folgenden Ländern dargestellt: Frankreich (Nadine Lefaucheur), Belgien (Catherine Jacques), Italien (Elisabeth Dickmann), England und Wales (Rebecca Probert), USA (Marion Roewekamp und Bonnie S. Anderson) und Skandinavien (Christina Carlsson Wetterberg und Harry Willekens). Thematisch reicht das Spektrum von der Reform des Familienrechts (Probert) über die langandauernden Revisionen von Privatrechtskodices (Jacques, Dickmann) oder von Teilbereichen, wie dem Vormundschaftsrecht (Roewekamp), dem Eherecht (Carlsson Wetterberg, Jacques), der Stellung nicht verheirateter Mütter und nicht ehelicher Kinder (Lefaucheur),

dem Scheidungsrecht (Anderson) bis zu der den anderen Ländern weit vorausseilenden Entwicklung in den skandinavischen Ländern (Willekens). Im Fokus stehen sowohl die verschiedenen und durchaus auch innerhalb eines Landes voneinander abweichenden Aktionen und Diskussionen der Frauenbewegungen als auch einzelne Persönlichkeiten, wie die Italienerin Anna Maria Mozzoni oder die US-Amerikanerin Ernestine Rose und ihre Konzeptionen des Familienrechts.

Fraglos sind die Aktivitäten der Frauenbewegung ins Sachen Privatrecht, wie die Herausgeber Stephan Meder und Christoph Eric Mecke einleitend betonen, weniger bekannt und später erforscht worden als etwa ihr Kampf ums Wahlrecht. Allerdings hat diese Forschung in den vergangenen Jahren ganz erheblich aufgeholt. Das belegt auch die ausführliche Bibliografie, die den einzelnen Beiträgen am Ende des Bandes nachgestellt ist. Das Verdienst dieses Bandes, der auf eine internationale Konferenz im Jahr 2011 zurückgeht, ist dann auch nicht so sehr, dass ein vernachlässigter Bereich der Geschlechter- und der Rechtsgeschichte endlich seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt wird. Es ist wohl inzwischen anerkannt, dass das Familienrecht, und insbesondere das Eherecht, den Alltag von Frauen oft direkter betraf als das Wahlrecht. Hinter die Aussage der Herausgeber, dass verheiratete Frauen die bei weitem überwiegende Mehrheit der Frauen ausmachte („the overwhelming majority of women“, S. 12), würde ich aber zumindest für das 19. Jahrhundert und weite Teile Europas ein großes Fragezeichen setzen.

Der Sammelband überzeugt aber sowohl durch die Darstellung der Vielfalt nationaler Entwicklungen, die über Frauenbewegung in Verbindung gesetzt werden, als auch durch die direkten Vergleiche bei der internationalen Perspektive und nicht zuletzt durch die sechs Diskussionskapitel, die einzelnen Beiträgen oder Kapiteln nachgestellt sind. In letzteren werden dann so scheinbar einfache Fragen gestellt: Welchen Impakt ist dem jeweiligen Rechtssystem beizumessen, wenn man feststellt, dass Frau unter völlig verschiedenen Systemen dem (Ehe)mann untergeordnet waren (Diskussion mit Ute Gerhard und Karen Offen)? Wie ist das Verbot des Code Napoleon nach dem unehelichen Vater zu forschen zu bewerten, wenn Frauen in anderen Rechtssystemen den Vater oft nur unter (physischem Zwang) nannten (Diskussion mit Nadine Lefaucheur)? Welche Situation schuf die englische Frauenbewegung, als sie nur ledigen Frauen die politischen Rechte zugestehen wollte (Diskussion mit Rebecca Probert)? Welche

Parallelen entstehen zwischen der Bewegung zur Emanzipation der amerikanischen Sklaven und der jüdischen Emanzipationsbewegung in Europa für die Forderung nach der Verbesserung der rechtlichen Stellung der Frauen (Diskussion mit Bonnie S. Anderson und Marion Roewekamp)? Welche Bedeutung hatten Industrialisierung und Auswanderungsdruck in Schweden, und gab es überhaupt bedeutende Unterschiede zu anderen europäischen Ländern in Bezug auf die wirtschaftliche soziale, religiöse und politische Lage, die die Vorreiterrolle der skandinavischen Länder erklären würden (Diskussion mit Christina Carlsson Wetterberg und Harry Willekens)? Und schließlich welche Theorien und Konzeptionen des Römischen Rechts waren für die Frauenbewegung, insbesondere für die ersten akademisch ausgebildeten Juristinnen von Bedeutung (Diskussion mit Okko Behrends)?

Diese Diskussionskapitel ermöglichen es, die Beiträge des Bandes nochmals direkt in Beziehung zueinander zu setzen, zu vergleichen – selbst wenn die Diskussion oft sprunghaft erscheinen mag – und sie regen dazu an, die eigene Forschung mit diesen Fragen zu konfrontieren.

Basel

Regina Wecker

Liberale Werte und Weltbilder

Grothe, Ewald/Sieg, Ulrich (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild, 306 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Was Liberale unter *liberal* und *Liberalismus* verstanden haben, veränderte sich seit dem frühen 19. Jahrhundert bis heute erheblich. Diese Bedeutungsvielfalt nimmt nochmals zu, wenn gefragt wird, was die Gegner mit Liberalismus meinten. Ob sich in den 13 vornehmlich auf Deutschland bezogenen Beiträgen des besprochenen Sammelbandes zeitlich übergreifende Feindbilder abzeichnen, welche zeitspezifisch waren, und ob es Zeiträume gibt, in denen die politische Konkurrenz der Liberalen ohne Feindbilder auskam, müssen die Leser und Leserinnen selbst herausfinden. Nur in wenigen Beiträgen wird der Blick auf liberale Parteien gerichtet. Das hätte es ermöglicht, den Wirkungen antiliberaler Feindbilder im politischen Handlungsraum nachzugehen. Die beiden Herausgeber verfolgen aber eine andere Konzeption. Es geht um liberale Werte und Weltbilder. Auf sie sind die Feindbilder

bezogen, nicht auf liberale Parteien. Liberalismus wird in diesem Buch mithin als ein deutungsöffener Raum von Wertvorstellungen verstanden, den die Liberalismusgegner durch ihre Feindbildpolemik zu definieren suchten.

Welche Schwierigkeiten aus dieser Konzeption entstehen können, zeigen die ersten beiden Beiträge. Klaus Ries fragt nach antiliberalen Ideen während der Freiheitskriege und findet sie unter denen, die er der erst entstehenden liberalen Bewegung zurechnet, während Andreas Fahrmeier darauf abhebt, dass man aus der Sozialgeschichte des Bürgertums nicht auf die „Motivation seiner politischen Haltungen“ (S. 50) schließen könne. Diese Annahme floss hingegen in die Liberalismuskritik Ernst Ludwig von Gerlachs und Friedrich Julius Stahls ein, die Hans-Christoph Kraus differenziert untersucht. Sie und andere konservative Autoren erkannten jedoch auch positive Seiten am Liberalismus. Dazu waren die drei Frauen in Bismarcks Familie, die Andrea Hopp betrachtet, nicht bereit. Bismarcks Ehefrau Johanna, ihre Tochter Marie und ihre Schwiegertochter Marguerite verankerten antiliberale Werte emotional im Alltag. Hopp analysiert aus den Quellen überzeugend einen „adelsweltlichen Antiliberalismus“ (S. 92), der je nach Situation *liberal* mit anderen Feindbildern paarte: katholisch, jüdisch oder bürgerlich. Wie Antisemitismus und Antiliberalismus verschmolzen, erläutert Ulrich Sieg an der Sprache im Reichsgründungsjahrzehnt und dann an Paul de Lagarde und Houston Stewart Chamberlain.

Überraschen mag es, dass das 19. Jahrhundert mit einem Beitrag zu Friedrich Naumann abgeschlossen wird. Wen rechnete er, fragt Jürgen Frölich, zu den Gegnern der Liberalismus? Die „Grenzen zwischen Gegnern und Bundesgenossen des Liberalismus“ (S. 123) seien bei Naumann fließend geworden, wenngleich als Konstanten die Gegnerschaft zum Konservatismus und politischen Katholizismus und die Bündnisoffenheit zu Teilen der Sozialdemokratie bestehen blieben. Dezidiert vergleichend angelegt ist der Beitrag von Peter Hoeres zum Antiliberalismus in der englischen und deutschen Rhetorik zum „Krieg der Geister“ im Ersten Weltkrieg. Im Bild des Feindes wurde das eigene entworfen, und beides veränderte sich.

Wie schwer es ist, den Liberalismus im Ideenraum mit dem in der politischen Arena zu verbinden, lässt sich an Jens Hackes Ausführungen „Zur Krise des liberalen Denkens in der Zwischenkriegszeit“ ablesen. Den „Niedergang des politischen Liberalismus“ (S. 158) kontrastiert er

mit Reflexionen Moritz Julius Bonns, Götz Briefs', Heinrich Herkners und anderer „Parteigänger der liberalen Demokratie“ (S. 171), deren „ideenpolitisches Engagement“ (S. 172) das „Comeback des Liberalismus nach 1945“ (S. 177) vorbereitet habe. Solche teleologischen Linien am politischen Handlungsraum liberaler Parteien vorbei dürften den Problemen des politischen Liberalismus wohl kaum gerecht werden. Seine Geschichte wird im Denken „moderner ‚Idealliberaler‘“ wie Moritz Julius Bonn nur begrenzt sichtbar.

Wie Liberalismus als Feindbild mit der System-Ablehnung der Weimarer Republik verschwimmt, zeigt Ewald Grothe an der Geschichtsschreibung während der Republik und des NS-Staates. Liberalismus wurde identifiziert mit Parlamentarismus und Parteien-Herrschaft. Dass nach 1945 die Verteidigung der Weimarer Demokratie genutzt werden konnte, um einen liberalen Kollegen beruflich zu ächten und zu vernichten, führt Anne C. Nagel an Wilhelm Mommsen vor. Zwar lässt es die Quellenlage nicht zu, die Motivationen derjenigen Kollegen, die sich verdeckt gegen ihn aussprachen, im Einzelnen zu erfassen, doch Nagel kann plausibel machen, dass die Abneigung gegen einen Kollegen, der sich vor 1933 für die Republik in einer liberalen Partei engagierte hatte, eine wichtige Rolle gespielt hat. Normal war es, Kollegen den Beitritt zur NSDAP zu verzeihen. Dem Liberalen verzieh man es nicht.

Bilden Liberalismus und Demokratie Gegensätze oder lassen sie sich versöhnen? Diese Frage hatte Naumann umgetrieben. Weitaus radikaler hat sie Carl Schmitt gestellt, wie Reinhard Mehring erhellend analysiert. „Als exzentrischer Bohemien bedurfte Schmitt einer liberalen Gesellschaft. Politisch aber optierte er gegen den eigenen Individualismus“ (S. 222), dessen außeralltägliche, antibürgerliche und religiöse Form sich mit dem Liberalismus, wie ihn Schmitt geistesgeschichtlich entwarf, nicht vereinbaren ließ.

Individualismus ohne Liberalität, so lässt sich auch der Antiliberalismus der 68er-Bewegung umschreiben, wie ihn Wolfgang Kraushaar behandelt. Auch das Ziel, „die Gesellschaft von Grund auf neu kreieren zu wollen“ (S. 260), wird man als Gegenpol zum reformerischen Leitbild von Liberalen sehen dürfen.

Der letzte Beitrag, in dem Wolther von Kieseritzky „Legitimationsprobleme der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre“ untersucht, führt vor Augen, welche Vorteile es hat, wenn die Frage nach liberalen Wertvorstellungen konkret an den politischen

Handlungsraum gerichtet wird. Sichtbar wird hier, wie die „charismatische Überformung der deutschen Politik“ (S. 295), an der die FDP als Juniorpartner mitgewirkt hat, den Liberalismus überforderte. Eine Persönlichkeit wie Ralf Dahrendorf hat dies nur zeitweise überdeckt.

Liberalismus als Feindbild – ein weites Feld, in das dieser Sammelband einige Erkundungswege legt, ohne es systematisch zu erschließen. Eine Topographie der Liberalismus-Feindbilder steht noch aus.

Tübingen

Dieter Langewiesche

Deutschland, Frankreich und die Globalisierung

Eck, Jean-Francois/Hüser, Dietmar (Hrsg.): Deutschland und Frankreich in der Globalisierung im 19. und 20. Jahrhundert. L'Allemagne, la France et la mondialisation aux XIX^e et XX^e siècles, 213 S., Steiner, Stuttgart 2012.

Der vorliegende Band versammelt die Beiträge einer Tagung des Deutsch-Französischen Historikerkomitees, die 2010 an der Universität Lille III stattfand. Die Beiträge des Bandes, von denen zehn in französischer und zwei in deutscher Sprache verfasst sind, widmen sich vor allem der Frage, welche Auswirkungen Prozesse der Globalisierung auf Deutschland und Frankreich und auf ihre Beziehungen zueinander hatten. Ein Schwerpunkt wird auf wirtschaftliche Aspekte gelegt, weitere Kapitel beschäftigen sich mit sozialen Herausforderungen und internationalen Beziehungen.

In der lesenswerten Einleitung nähert sich Jean-François Eck der Frage an, was Globalisierung sei, indem er zunächst darlegt, was sie nicht sei: kein Synonym für Universalisierung (*universalisation*) oder Angleichung (*nivelle-ment*). Im Gegensatz bedeute sie nach Fernand Braudel eine „exploitation des différences“ sowie eine Vervielfachung von Transfers und die Verflechtung von Perspektiven (S. 12). Diese Vorüberlegungen werden in den Beiträgen des Bandes leider kaum aufgegriffen, stattdessen wird wiederholt auf diffus bleibende Phasen der Globalisierung abgehoben (von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, und ab den 1960er Jahren). Einleitend wird zudem ein Rückstand der deutschen und französischen Historikerschaft darin konstatiert, den nationalen Rahmen der Historiographie zu verlassen und

sich einer globalen Perspektive zu öffnen. Dabei waren sowohl Frankreich und Deutschland Kolonialreiche – dies hätte, so Eck, einer stärkere Erforschung von Akkulturation, der Schaffung wirtschaftlicher Räume oder von Migration in Richtung einer globalen Perspektive Vorschub leisten können. Einen Grund für die Selbstbezogenheit sieht er in dem Erfordernis zur Aufarbeitung der nationalen Geschichte. Eine Ausnahme hiervon, wie Etienne François in einer kurzen zweiten, forschungshistorischen Einleitung darlegt, ist freilich das Werk Braudels.

Im ersten Abschnitt, zu wirtschaftlichen Aspekten der Globalisierung, untersucht zunächst Béatrice Dedinger die Globalisierung des Außenhandels Deutschlands und Frankreichs seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Hierzu zieht sie den Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt (Öffnungsgrad) sowie die geographische Gliederung der Handelsbeziehungen als statistische Indikatoren heran. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Zeitphase von der Mitte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts von einer starken Zunahme des Öffnungsgrads und von geographischer Diversifikation des Handels geprägt war. Im Gegensatz dazu konzentrierte sich der Außenhandel beider Länder in einer zweiten Phase der Globalisierung, in den 1960er bis 1970er Jahren, stärker auf Europa. Guido Thiemeyer nimmt die Währungspolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Blick. Während Frankreich aus machtpolitischem Interesse versuchte, andere Länder hinter dem Silberstandard zu versammeln, führte Deutschland den Goldstandard ein, wobei es sich am liberalen Weltbild und am britischen Weltreich orientierte. Thiemeyer stellt eine Stärkung des Staates im Zuge des währungspolitischen Internationalismus fest, gleichzeitig aber auch eine zunehmende Abhängigkeit von Experten. Françoise Berger vergleicht die Anpassung der deutschen und der französischen Stahlindustrie an Erfordernisse der Globalisierung, wobei sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellt: Während ähnliche, flexible Strategien gefunden wurden, etwa in Übereinkünften oder Zusammenschlüssen, stellt sie auf deutscher Seite stärkere nationale Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Industrie, ein anderes Managementsystem sowie unterschiedliche Beziehungen zur den Gewerkschaften fest, die den Erhalt der deutschen Stahlindustrie begünstigt hätten. Jean-François Eck macht am Beispiel von Saint-Gobain den Wandel eines Unternehmens im Globalisierungsprozess deutlich. Auffällig ist auch hier die Flexibilität der Strategien, von der Schaffung europäischer

Niederlassungen über den Bündnisschluss mit anderen Unternehmen und die Expansion auf dem Weltmarkt nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zur Stärkung durch Fusionierung. Saint-Gobain sei heute keine französische Gruppe mehr, sondern ein vom Nationalstaat unabhängiges Unternehmen mit globaler Vision.

Im Abschnitt „Soziale Einsätze der Globalisierung“ zeigt zunächst Jakob Vogel, dass sich im Fall der Kolonial- und Tropenmedizin hinter nationaler Propaganda eine enge Kooperation zwischen Kolonialmächten in Form von Informations- und Erfahrungsaustausch versteckte. In internationalen Organisationen wie beispielsweise dem Office international d'hygiène publique verortet er gar die Anfänge einer globalen Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen. Céline Prat-Erkert überblickt die Einwanderungsgeschichte Frankreichs und Deutschlands aus globalisierungshistorischer Perspektive. Seit der Mitte der 1960er Jahre seien die Migrationsströme in beiden Ländern nicht nur angewachsen, sondern hätten sich auch hinsichtlich der Herkunftsländer diversifiziert. Von Ablehnung bis zu Akzeptanz reichend, ließen sich ähnliche Reaktionen der deutschen und französischen Mehrheitsgesellschaft feststellen. Trotz politischer Restriktionen seien beide Länder bis heute Einwanderungsländer. Sylvain Schirmann untersucht die Reaktion der Gewerkschaften auf die Einführung des europäischen Binnenmarkts unter Jacques Delors, die er als entscheidende Etappe in der Akzeptierung von Regeln der ökonomischen Globalisierung in der Europäischen Union ansieht. Der Autor konstatiert eine Unfähigkeit der Gewerkschaften, auf europäischer Ebene zu agieren, was er auf ideologische Heterogenität und unterschiedlichen Haltungen zur Globalisierung, aber auch auf eine allgemeine Schwäche der Gewerkschaften zurückführt.

Im letzten Abschnitt, „Globalisierung und internationale Beziehungen“, befasst sich Philippe Alexandre mit der unterschiedlichen Zollpolitik Deutschlands und Frankreichs 1891/92. Während Frankreich mit einer Schutzzollpolitik auf nationale Absicherung setze, verfolgte Deutschland mit gemäßigttem Zolltarif eine exportfördernde Politik der Verständigung mit anderen Staaten. Die begleitende Diskussion, in der sich in beiden Ländern Anhänger der Schutzzollpolitik und des Freihandels gegenüberstanden, verrät zeitgenössische Haltungen zur wirtschaftlichen Globalisierung und trug dazu bei, das Phänomen des „Weltverkehrs“ bewusster zu machen. Bei den zwei letzten Beiträgen des Bandes handelt es sich um Gegenwartsanalysen und kritische

Stellungnahmen zur Rolle der Europäischen Union. Stephan Martens thematisiert die geopolitische Machtverteilung nach dem Ende der bipolaren Weltordnung. Die Hierarchie zwischen den Ländern habe sich verändert, sei aber nicht verschwunden. Der Autor bedauert, dass die Europäische Union nicht fähig sei, sich auf der internationalen Bühne zu behaupten. Er führt dies unter anderem auf unterschiedliche Konzepte Frankreichs und Deutschlands mit Blick auf die Europäische Union zurück: Während die Union für Frankreich vor allem Ersatz für verschwundene nationale Macht sei, bilde sie für Deutschland vielmehr ein Mittel, um sich in eine multilaterale und globalisierte Welt zu integrieren. Der Beitrag von Jean Nurdin kritisiert die Verfassung der gegenwärtigen Europäischen Union. Sie habe ein technokratisches Antlitz und eine liberale Ausrichtung angenommen, und sei ihren früheren Idealen von Völkerversöhnung und dem Erhalt des gemeinsamen kulturellen Erbes nicht treu geblieben. Mit dieser Ausrichtung sei die Europäische Union nicht imstande, einen Damm gegen die Globalisierung zu errichten, worin der Autor eine Gefahr sowohl für Europas materielle Interessen als auch für sein kulturelles Erbe sieht.

Obwohl Jean-François Eck in der Einleitung für einen globalen Ansatz und eine transnationale Geschichtsschreibung im Sinne der *histoire croisée* und der *histoire connectée* wirbt, bleibt der Großteil der Beiträge doch einer nationalen Rahmung der Analyse und der national vergleichenden Methodik treu. Das heißt freilich nicht, dass die Beiträge nicht interessante Ergebnisse liefern würden. Es ist, und nichts anderes verspricht der Titel, eher ein Buch über Deutschland und Frankreich in einem Zeitalter der Globalisierung, als ein Buch über Globalisierung. Das liegt auch daran, dass Globalisierung hier überwiegend als passiver Prozess verstanden wird, der – überspitzt formuliert – über Frankreich und Deutschland hereingebrochen sei, und kaum als Prozess, der aktiv und an bestimmbar Orten ausgehandelt oder durchgesetzt wird – auch und gerade in Frankreich und Deutschland.

Bielefeld

Felix Brahm

Professionalisierungsprozesse

Müller, Dietmar/Siegrist, Hannes (Hrsg.): Professionen, Eigentum und Staat. Europäische Entwicklungen im Vergleich, 19. und 20. Jahrhundert, 333 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Der vorliegende Band präsentiert vor allem Ergebnisse zweier langfristiger und umfassender Forschungsprojekte der Universität Leipzig und des mit dieser verbundenen Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Osteuropas (GWZO). Methodisch baut der Band auf die umfangreichen Forschungen von Hannes Siegrist zur Geschichte der Professionen in Deutschland und den in jüngerer Zeit durch diesen für die deutsche Diskussion fruchtbar gemachten Begriff der Propertisierung auf. Zusammen mit dem dritten im Titel anklingenden Begriff, Staat, ist die thematische Klammer des Bandes bezeichnet. Es geht um das Zusammenspiel dreier die europäische Moderne kennzeichnenden Entwicklungen: der Spezialisierung von Wissensregimen mit Professionalisierung als einer wesentlichen Ausdrucksform, der Durchsetzung der Eigentumsordnung in Bereiche hinein, in denen diese zuvor nicht maßgebend war und schließlich der Etablierung und inneren Konsolidierung des Nationalstaates (Territorialisierung).

Die Herausgeber sind sich der Diskussionen um den Nutzen und die Reichweite des Konzepts „Professionalisierung“ bewusst. Im Kern begreifen sie Professionalisierung als Durchsetzung von auf bestimmte Gruppen rückführbare Ansprüchen mit der Zielrichtung Autonomie zu erreichen beziehungsweise auszudehnen und „Heteronomie“ zu begrenzen. Das besondere Augenmerk des Bandes liegt auf den Überschneidungen zwischen den drei genannten Dynamiken – wie sie etwa im Aufstieg von „Eigentumsexperten“ sichtbar werden, die Ausdruck einer Spezialisierung von Wissen sind, neue Vorstellungen von Eigentum kenntlich machen und gleichzeitig Hand in Hand mit vertieften Regelungsansprüchen des Territorialstaates auftreten. Die Herausgeber argumentieren, dass einige Aspekte dieser Überschneidungen in Osteuropa besonders deutlich werden. In den meisten osteuropäischen Ländern spielte in Abwesenheit eines starken Bürgertums und etablierter Professionen der Staat eine besondere Rolle. Zudem ermöglicht die lange Geschichte der Fremdbestimmung osteuropäischer Territorien in imperialen Strukturen aufschlussreiche Einsichten zu Transferprozessen von andernorts erprobten Formen der Professionalisierung.

Der Blick auf die im Band behandelten Beispiele Polen, Russland, Jugoslawien und Rumänien erlaubt es aber auch, die herkömmliche Vorstellung eines angelsächsischen, eines kontinentalen und eines in der europäischen Peripherie anzutreffenden Modells noch stärker zu

hinterfragen und die in der Praxis dominierenden Mischformen herauszuarbeiten. Die erhebliche Dynamik oftmals innerhalb sehr kurzer Zeitspannen vollzogener Professionalisierungsprozesse in Osteuropa erhellt zudem die Elitenfunktion von Professionen. Wie verschiedene Beiträge des Bandes zeigen, war die Strategie, eigene Autonomieansprüche als im Interesse der Nation stehend zu erklären in den neu entstehenden Staaten Osteuropas besonders bedeutsam.

Die elf Beiträge des Bandes, einschließlich eines einführenden Artikels von Siegrist zur Forschungssituation, arbeiten in der Regel vergleichend. Michael Burrages Beitrag über Rechtsanwälte in Frankreich, den USA, Großbritannien und Russland definiert vier Ziele, die alle Professionen gemein haben: Zugang und Ausbildung neuer Mitglieder zu kontrollieren, ein Set von Themen festzuhalten, über die gemeinsame Rechtsprechung ausgeübt wird, Disziplinarmaßnahmen und Verwaltung in Eigenregie durchzuführen und schließlich den eigenen Status zu verbessern und zu verteidigen. Der Autor fragt vor diesem Hintergrund insbesondere nach den Auswirkungen von revolutionären Brüchen für Professionalisierungsbestrebungen. Dieses Problem bleibt für die meisten weiteren Beiträge leitend, auch für den instruktiven Aufsatz von Dietmar Müller zu ‚Eigentumsexperten‘ (Advokaten, Geodäten und Notaren) in Rumänien zwischen 1830 und 1940. Müller verweist bei der Beantwortung der Frage, inwieweit Rumänien eine eigene osteuropäische Kategorie der Entwicklung von Professionen exemplifiziert auf die enorm wichtige Rolle des auf die Rechtsanwälte angewiesenen modernisierenden Staates. Zudem profitierten Geodäten und Notare von den erheblichen Schwächen vorhandener Methoden der Bodeneigentumserfassung – das heißt der historisch schwach ausgeprägten Staatlichkeit. Schließlich bietet Rumänien durch die Integration erheblicher Gebiete nach 1918 ein aufschlussreiches Beispiel für die professionellen Implikationen territorialer Neuordnung, wie sie sich neben Rumänien ähnlich auch in Polen und Jugoslawien beobachten lassen und in weiteren Beiträgen des Bandes behandelt werden.

Die osteuropäischen Beispiele sind auch deswegen weiterführend, weil sie mit der Behandlung des sozialistischen Gesellschaftssystems die Frage nach den Grenzen des Professionalisierungsmodells besonders deutlich stellen. In mehreren Beiträgen, die über 1945 hinausreichen, zeigt sich, dass sich auch in den sozialistischen Systemen Professionalisierungsprozesse feststellen

lassen, die sich nicht gänzlich von vergleichbaren westlichen Phänomenen unterscheiden.

Angesichts der Komplexität des Gegenstandes und dem verständlichen Versuch, Ambivalenzen der Entwicklung nicht begrifflich zuzudecken, ist der Band nicht immer leicht zugänglich. Die Spezifität Osteuropas hätte abschließend noch einmal zusammenfassend thematisiert werden können. Der Band hat seine Stärke in seiner klug vergleichenden, auf neue Forschungen gestützten Perspektive, die Asymmetrien aber auch Parallelen zwischen Ost- und West herausarbeitet, aber auch nicht verabsolutiert.

Löwen

Martin Kohlrausch

Göttinger Fürsorge

Schallmann, Jürgen: Arme und Armut in Göttingen 1860–1914, 240 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Das (Über)Leben in Armut sowie die Selbstwahrnehmung von Armen ist in den letzten Jahren abseits der Untersuchungen zu Sozialpolitik, Sozialversicherung und Norm und Praxis kommunaler Armenfürsorge immer stärker Gegenstand der historischen Forschung geworden. Jürgen Schallmann hat in seiner Dissertation, eingereicht an der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, „die Alltagspraxis der Armenpflege“ (S. 13) in Göttingen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1914 als Untersuchungsgegenstand. Zu diesem Zweck werden Protokollbücher, Ein- und Ausgangslisten der Armenverwaltung, Sitzungsprotokolle verschiedener Wohltätigkeitsvereine sowie „Anträge, Beschwerden und Berichte von Armen und über Arme“ analysiert, was zu der Auswertung eines Quellenkorpus mit insgesamt etwa 5.000 erfassten Personen (darunter jedoch auch Mehrfachnennungen) geführt hat (vgl. S. 21).

In einer Einleitung werden die Fragestellungen der Arbeit vorgestellt und ein Abriss zu Quellen und den Forschungstendenzen der letzten Jahrzehnte geboten. Ein erstes Kapitel zum Untersuchungsgebiet Göttingen macht die spezielle Bevölkerungsstruktur der Universitäts- und Garnisonstadt deutlich, die durch einen ausgeprägten Dienstleistungs- beziehungsweise „Niedriglohnssektor“ – im Vergleich geringe Löhne und hohe Lebensmittelpreise – gekennzeichnet war. Viele Familien hatten Einkünfte aus unterschiedlichen

Tätigkeiten, weil der Verdienst aus beispielsweise einer Tagelohn- oder handwerklichen Arbeit nicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausreichte. Die „Unterschichten“ machten in Göttingen circa 40–50% der Bewohner aus.

Das zweite Kapitel bietet Definitionen zentraler Begrifflichkeiten wie „Armut“ und „Bedürftigkeit“. Dabei setzt Schallmann jedoch zum Teil „Armut“ und „Bedürftigkeit“ in eins, wobei er betont, dass die Definition der Unterstützungsbedürftigkeit, die zum Leistungsbezug berechnete, recht willkürlich von den Armenpflegern gehandhabt wurde (siehe auch Kap. 4). Letztlich wendet er die Unterstützungsgewährung als administrative und damit in den archivalischen Quellen fassbare Definition von Armut an. In diesem Kapitel vermisst man eine Definition der zentralen „Unterstützungswürdigkeit“, die Bedeutung der Arbeitsfähigkeit bei der Klassifikation eines des „würdigen“ beziehungsweise „unwürdigen“ Armen, oder Hinweise auf weiterführende Konzepte wie die Unterscheidung von absoluter und relativer Armut, das Konzept des Sozialkapitals (obwohl von sozialen Netzwerken gesprochen wird), oder der integrierten Armut. Daneben wird in diesem Kapitel auf die Veränderungen durch die Einführung der Sozialversicherungsgesetze der 1880er Jahre eingegangen. Hier betont Schallmann die schnell bemerkbaren Ersatzleistungen der Krankenkassen, während Zahlungen aus der Rentenversicherung nur sehr langsam einen Bezug von Armenunterstützung verhindern konnten. Auch die reichsweit erstmals 1885 erhobene Statistik der öffentlichen Armenpflege ist Thema des zweiten Kapitels. 492 Unterstützte mit 425 Angehörigen und damit 4% der Göttinger Bevölkerung sind in diesem Jahr erfasst. Ihr Unterstützungsbezug wird im Hinblick auf die Altersverteilung und die Bedürftigkeitsursachen ausgewertet. Die Statistik spiegelt die Unterstützung der „klassischen Klientel“ der Armenfürsorge, der überwiegend weiblichen und alten, arbeitsunfähigen Unterstützten, wider.

Es folgen Kapitel zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Fürsorgekonzepten im 19. Jahrhundert. Hier werden die geschlossene und die offene Armenpflege thematisiert; ebenso wie die über eine kommunale Armenpflege hinausgehenden wohltätigen Institutionen und Initiativen Einzelner. Der religiöse Aspekt eines karitativ oder philanthropisch motivierten Spendens hätte hier stärker berücksichtigt werden müssen. So irritiert, dass das Almosengeben als „eine Art Auflehnung gegen die herrschende Armenpflege“ (S. 59) interpretiert wird, ohne den

Hinweis auf die lange Tradition der Erfüllung eines der sieben Werke der Barmherzigkeit und die Sicherung des eigenen Seelenheils, was durchaus auch im säkularisierten Zeitalter für den Einzelnen große Bedeutung gehabt hat.

Die Armen selbst geraten im fünften Kapitel, das unter anderem die Gesuchstellung der Armen zum Thema hat, erstmals in den Blick: Die Antragsschreiben, als eine der wenigen Ego-Dokumente von Armen in den letzten Jahren als Quelle zur Erforschung des Alltags dieser Personengruppe herangezogen, wird von Schallmann recht kritisch als strategisches Schriftstück vorgestellt, dessen Wahrheitsgehalt stellenweise angezweifelt werden kann beziehungsweise in denen, auch durch Unterstützung durch professionelle Schreiber, für den Antragsteller ungünstige Sachverhalte weggelassen werden konnten. Dabei lässt er jedoch die auch für Göttingen festgestellte „räumlich und sozial enge“ Struktur außer Acht, in der Mechanismen sozialer Kontrolle stärker greifen konnten als in der anonymen Großstadt. Hätte ein Antragsteller, dessen Lebenssituation im Elberfelder und Straßburger System geprüft wurde, gravierend bei den Angaben zu Einkommen, Besitz, Gesundheitszustand, Arbeitsfähigkeit oder Trinkverhalten „schummeln“ können?

Nachdem im fünften Kapitel bereits die Praxis von zwei Armenpflegern dargestellt wurde, wird das Gesamtableau der städtischen Armenverwaltung und der Leistungen in der offenen und geschlossenen Armenpflege dann im folgenden sechsten Kapitel entfaltet. Die eingehende Darstellung der Insassen des Göttinger Armenarbeitshauses bietet einen spannenden Einblick in den Alltag dieser Institution und die Veränderungen des Charakters des Hauses im Lauf des Untersuchungszeitraums in Richtung eines „sozialen Zentrums“ (S. 118). Die Zusammenarbeit der kommunalen Armenverwaltung mit Institutionen der privaten Wohltätigkeit und der Armenpflege der Kirchengemeinden sind Thema des siebten, achten, und neunten Kapitels, wobei deren Entwicklung, die Klientel (z. B. Frauen und Kinder, Wanderer) und die Arten der dort praktizierten Unterstützungsvergabe (Kreditvergabe, Speisungen usw.) jeweils charakterisiert werden. Dabei wird, gerade auch in der einleitenden Passage des zehnten Kapitels, deutlich, dass die kommunale Armenfürsorge aufgrund ihres „unbedingte[n] Sparwille[ns]“ erst dann eingriff, wenn alle anderen Möglichkeiten der privaten Wohltätigkeit ausgeschöpft waren. Die Strategien und Lebensweisen von Armen werden im zehnten, abschließenden

Kapitel dann anhand von Beispielbiographien ausgeleuchtet. Dabei werden bekannte Aspekte von Armut und Unterstützungsbezug wie die Vielschichtigkeit von Armutsursachen, die „economy of makeshifts“ des alltäglichen Überlebens oder die Strategie im Umgang mit der Armenverwaltung, sich als „würdiger“ Armer zu präsentieren, anschaulich verdeutlicht.

Jürgen Schallmann breitet in seiner Arbeit ein Gesamtableau der Göttinger Fürsorge im Untersuchungszeitraum aus. Man erhält einen umfassenden Überblick über die kommunalen und privaten Institutionen, ihre Formen der Unterstützung und ihre Klientel. Angesichts der beeindruckenden Fallsammlung von 5.000 Unterstützten vermisst man jedoch deren systematische, quantitative Auswertung etwa hinsichtlich der genannten Armutsursachen oder der Ablehnungsraten von Unterstützungsgesuchen. So können Feststellungen wie die, „dass die meisten Gesuche eine Unterstützung nach sich zogen“ (S. 66), nicht nachvollziehbar mit Zahlen belegt werden.

Marburg

Katrin Marx-Jaskulski

Lehrerinnen als Bildungs- und Kulturvermittlerinnen

Gippert, Wolfgang/Kleinau, Elke: Bildungsreisende und Arbeitsmigrantinnen. Auslandserfahrungen deutscher Lehrerinnen zwischen nationaler und internationaler Orientierung (1850–1920), 311 S., Böhlau, Köln u. a. 2014.

Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Nation und Geschlecht. Konstruktionen nationaler Identität in Autobiografien deutscher Lehrerinnen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert“, das von 2004 bis 2008 an der Universität Köln durchgeführt wurde. Das Forschungsprojekt ist im Kontext aktueller transnationaler und transkultureller Forschungszugänge einzuordnen.

Wolfgang Gippert und Elke Kleinau stellen in Kapitel 1 eine umfangreiche Einleitung voran, in der sie ihre Bezugstheorien und methodischen Reflexionen erörtern. Sie gehen dabei auf die Konstruktion nationaler Identitäten ein, stellen das Konzept des Kulturtransfers vor, erläutern die Interdependenzen von Differenzkategorien in Reisetexten und reflektieren die Methoden zur Erschließung autobiografischer Zeugnisse. In Kapitel 2 folgt eine allgemeine Darstellung der

Ausbildungswege und Berufsperspektiven von Lehrerinnen im 19. und 20. Jahrhundert. Die Zusammenfassung der Forschungsergebnisse, die das eigentliche Kernstück des Bandes bildet, wird in zwei große Themenkomplexe gegliedert: deutsche Lehrerinnen im europäischen Ausland (Kap. 3 bis 5) und deutsche Lehrerinnen im außereuropäischen Ausland (Kap. 6 bis 9). Der erste Themenkomplex umfasst deutsche Lehrerinnen in England (Kap. 3), deutsche Lehrerinnen in Frankreich (Kap. 4) sowie einen Exkurs zu Käthe Schirmachers Entwurf einer völkisch-nationalen Mädchen- und Frauenbildung (Kap. 5). Im zweiten Themenkomplex stehen die Erfahrungen einzelner Lehrerinnen im Fokus: Berta Buchwald, eine deutsche Lehrerin in Dänemark und Chile (Kap. 6), die Reisen der deutschen Erzieherin Auguste Mues durch das Britische Empire (Kap. 7) und die deutsche Lehrerin Ina von Binzer in Brasilien (Kap. 8). Die Erfahrungen zweier deutscher Lehrerinnen in der Kolonie Deutsch-Südwest – von Helene von Falkenhäusen und Clara Brockmann – werden in das übergreifende Diskursfeld „Frauen und Kolonialismus“ eingebettet (Kap. 9). Jedes Kapitel wird mit einem knappen Resümee abgeschlossen. In Kapitel 10 erfolgt ein Ausblick, der sowohl das Thema Kulturtransferanalysen in der Historischen Bildungsforschung aufgreift, als auch offene Fragen und Perspektiven aufzeigt.

Das interdisziplinäre Forschungsprojekt widmet sich einer in der Historischen Bildungsforschung bislang nahezu unerforschten Thematik: deutsche Lehrerinnen als Bildungs- und Kulturvermittlerinnen und deren Konstruktionen nationaler Identität zu einer Zeit, in der Deutschland als Nation erst wenige Jahrzehnte existierte. Mit dem Fokus auf Lehrerinnen als Akteurinnen in nationalen Bewegungen, ihren Selbst- und Fremdkonstruktionen durch Erfahrungen mit „Fremdheit“, greift es ein wichtiges Desiderat der Historischen Bildungsforschung auf.

Ausgewertet wurden sehr heterogene Quellen in Form von verschiedenartigen autobiografischen Materialien wie Zeitungsartikel, Reiseberichte, Vorträge, Lebenserinnerungen, in denen Lehrerinnen retrospektiv über ihre Auslandserfahrungen berichten. Für ihre intersektionelle Analyse erweitern die beiden Autoren die klassische Trias von „Gender, class und race“ (vgl. Jürgen Budde „Das Kategorienproblem. Intersektionalität und Heterogenität“, in: Kleinau, Elke/Rendtorff, Barbara „Differenz, Diversität und Heterogenität in erziehungswissenschaftlichen Diskursen“, 2013, S. 27–45) um die Differenzkategorie „Nation“,

wobei sie sich eine Offenheit für weitere Differenzkategorien bewahren.

Die Darstellung der Ausbildungswege und Berufsperspektiven von Lehrerinnen im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Kapitel 2 orientiert sich im Wesentlichen an den preußischen Entwicklungen. Auf Entwicklungen in anderen deutschen Ländern wird nur in Fußnoten verwiesen. Dies erstaunt, da der Verfasser und die Verfasserin in ihrem Ausblick selbst kritisch anmerken, dass die Bildungsgeschichte bislang schwerpunktmäßig auf Preußen gerichtet sei (S. 258). Für eine weniger ‚preußenlastige‘ Darstellung wäre die Berücksichtigung einer aktualisierten Version von „Schooling German Girls and Women. Secondary and Higher Education in the Nineteenth Century“ von James C. Albisetti (2007) hilfreich gewesen.

Die Forschungsergebnisse verdeutlichen, wie die jeweiligen Fremdheitserfahrungen der Lehrerinnen der Konstruktion einer nationalen Identität und der Ausbildung von Stereotypen dienten. Interessant ist der Exkurs zum völkisch-nationalen Mädchen- und Frauenbildungskonzept der nationalkonservativen Frauenrechtlerin Käthe Schirmacher. Er verdeutlicht exemplarisch, welche Bedeutung der Konstruktion komplementärer Geschlechterrollen als Bestandteil politischer Ideologien zukommt. Gleichzeitig wird hier die Arbeitshypothese von Gippert und Kleinau paradigmatisch bestätigt, dass Auslandsaufenthalte nicht „zu einem förderlichen Kulturaustausch“ und „einem Abbau vorhandener Vorurteile und stereotyper Fremdeinschätzung“ führen, sondern zur Stärkung „patriotische(r) Bewusstseinslagen“ und einer „Festigung der nationalen Identität der Frauen“ beitragen (S. 12). Gestützt wird diese These auch durch die Auswertung der Autobiografien der Lehrerinnen in den Kolonien. Der spezifisch weibliche ‚koloniale Blick‘ zeigt rassifizierte ‚weiße‘ Selbstkonstruktionen auf, in denen ‚deutsche‘ bürgerliche Tugenden und Werte eine exponierte Stellung einnehmen.

Als Leserin vermisse ich jedoch ein Resümee, in dem die heterogenen Forschungsergebnisse im Rückgriff auf die theoretische Verortung des Forschungsprojektes reflektiert werden und in Form einer zusammenfassenden intersektionalen Analyse die Wirkmechanismen und Interdependenzen der ausgewählten Differenzkategorien Klasse/Schicht, Nation, Geschlecht und ‚Rasse‘ verdeutlicht werden.

Insgesamt bietet der empfehlenswerte Band nicht nur für weiterführende bildungshistorische Forschungen eine Fülle von Anregungen. Auch aus politischer Perspektive ist die Frage, wie

sich ‚Fremdheitserfahrungen‘ auf die Konstruktion nationaler Identitäten auswirken und welche Mechanismen diese Prozesse beeinflussen, von aktuellem Interesse.

Ludwigsburg

Rosemarie Godel-Gaßner

Politische Attentate

Mühlwinkel, Marcus: „Fürst, sind Sie unverletzt?“. Attentate im Kaiserreich 1871–1914, 337 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2014.

Die historische Bayreuther Dissertation von Marcus Mühlwinkel behandelt die Attentatsversuche auf Reichskanzler Bismarck (Eduard Kullmann 1874), Kaiser Wilhelm I. (Max Hödel 1878, Karl Eduard Nobiling 1878), Wilhelm II. (1893, 1900 und 1901) und die anarchistischen Sprengstoffanschläge von 1883. Bislang wurden die politischen Attentate im Deutschen Kaiserreich zwischen 1871 und 1914 noch nicht zusammenhängend untersucht und insofern leistet die Arbeit einen Beitrag zur Geschichte der politischen Gewalt beziehungsweise Kriminalität.

In diesen reichhaltigen Forschungskontext ordnet Mühlwinkel seine Untersuchung jedoch kaum ein: Weder diskutiert er die entsprechenden Konzepte noch nimmt er die einschlägigen Forschungen zu politischen Attentaten als spezifische Form politischer Gewalt zur Kenntnis, die sich gerade in den letzten Jahren mit dem langen 19. Jahrhundert beschäftigt haben. In einer dreiseitigen „Minimaleinleitung“ wird, ausgehend von der Plattitüde „Attentate gab es zu jeder Zeit“ (S. 9) und deren Motive seien „gewöhnlich im weitesten Sinn politisch, bisweilen Ruhmsucht oder einfach Rache“ (S. 11) als erkenntnisleitende Fragestellung die Bedeutung der (sehr unterschiedlichen) Attentatsversuche für die politische Führung und die ergriffenen Schutzmaßnahmen benannt. Darin inkludiert sind zweifellos wichtige Forschungsperspektiven, wie die nach der Wahrnehmung politischer Gewalt durch politische Eliten (Attentatsfurcht, „Verschwörungstheorien“ etc.) oder den politischen, polizeilichen und rechtlichen Reaktionen. Das reichhaltige Quellenmaterial (Akten der politischen Polizei, Innen- und Justizministerien, Tagebücher und Memoiren), das der Autor gründlich studiert, aber einleitend nicht quellenkritisch diskutiert, lässt entsprechende Erkenntnisse zu. Die Auswertung verharrt jedoch meist in einer deskriptiven Darstellung, die

detailverliebt Attentate und Attentäter schildert und dabei gelegentlich distanzlos die Bewertungen der staatlichen Akteure übernimmt.

Dennoch erbringt die Arbeit auf der empirischen Ebene wichtige Ergebnisse: Sie belegt die starke Attentatsfurcht der politischen Elite, hinter der als allgemeines Rechtfertigungsnarrativ die „grenzübergreifende anarchistische Verschwörung zum Zweck des Umsturzes“ erkennbar wird. Deren politische Dimension analysiert Mühlwinkel jedoch nur bedingt, da er die individuellen emotionalen Reaktionen Bismarcks und der Kaiser (inklusive des familiären Umfelds) in den Vordergrund stellt. Herausgearbeitet werden allerdings die rechtlich-politischen Reaktionen – Strafverfahren, Aufbau des Polizei- und Personenschutzes, neue Polizei- und Strafgesetze und Ausbau der politischen Polizei – und deren transnationale Dimension, wie zum Beispiel die Ausdehnung der Strafbarkeit bei grenzübergreifender Planung/Vorbereitung von Attentaten infolge der „Duchesse-Poncelet-Affäre“ von 1873/74. Letztere gehört zur Änderung des Strafrechts 1875/76, die auch durch politische Attentate motiviert war beziehungsweise legitimiert wurde, was sich im Sozialistengesetz (1878), Sprengstoffgesetz (1884) und der Umsturzvorlage (1894) fortsetzte. Darauf aufbauend zeigt der Verfasser den Ausbau der politischen Polizei und der entsprechenden Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen auf, die zu einer Intensivierung der internationalen Polizeikooperation führten, aber auch das „Konfliktfeld“ der Auslieferung politischer Verbrecher insbesondere in den entsprechenden Reichstagsdebatten zutage treten ließen.

In den Abschnitten über internationale Polizeikooperation, die Auslieferungsproblematik und die internationalen Polizeikonferenzen arbeitet Mühlwinkel insbesondere den Ausbau grenzübergreifender Maßnahmen heraus. Indes bleibt dies analytisch auf die Perspektive „Attentatsprävention“ begrenzt; die Funktion solcher „Rechtfertigungsnarrative“ hinterfragt er nicht und diskutiert kaum die politische und gesellschaftliche Dimension dieser Intensivierung strafrechtlich-polizeilicher Kontrolle. Die begrenzte analytische Perspektive prägt auch die Schlussbetrachtung. Diese fasst die empirischen Ergebnisse lediglich unter der Frage zusammen, warum es in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten im Untersuchungszeitraum zu wenigen, erfolglosen Attentaten kam: Erfolgreiches hartes Durchgreifen des Staates, die allgemeine Sozialpolitik, eine die Anfälligkeit für radikale politische Ideen verringende Bildungspolitik, der Bruderkrieg des

deutschen Anarchismus und die Zufriedenheit der Deutschen mit ihrem Kaiser und der Staatsform, führt Mühlwinkel unkritisch und pauschalisierend als Antworten an. Dennoch habe die ausgeprägte Angst der politischen Führung vor Attentaten zum Ausbau von Präventivmaßnahmen, Personenschutz, polizeilicher Ermittlungsarbeit und Kooperationen auf der europäischen Ebene geführt. Diese durchaus zutreffende Beobachtung wird jedoch nicht kritisch reflektiert im Hinblick auf die dahinter erkennbaren Rechtfertigungsnarrative, die Unterdrückung der politischen Opposition, den Ausbau polizeilicher Sozialkontrolle, das Problem der Rechtstaatlichkeit, die Entwicklung einer auch transnational ausgreifenden Sicherheitspolitik oder die Funktion des politischen Strafrechts, um nur einige wichtige Aspekte zu nennen, die in der Forschung diskutiert werden.

Insgesamt erbringt die Arbeit folglich auf breiter Quellenbasis interessante und teils wichtige empirische Ergebnisse, deren analytische Durchdringung aber eng auf einen einfachen Wirkungszusammenhang von „Attentatsversuche – Angst der politischen Führung – Attentatsprävention“ begrenzt ist und die nicht in die internationale Forschungsdiskussion zur Geschichte von politischer Gewalt/Kriminalität, Sicherheit, politischer Polizei und politischem Strafrecht eingeordnet werden.

Frankfurt a. M./Darmstadt

Karl Härter

Nature or Nurture?

Freitag, Sabine: Kriminologie in der Zivilgesellschaft. Wissenschaftsdiskurse und die britische Öffentlichkeit, 1830–1945, 512 S., Oldenbourg, München 2013.

Ist Kriminalität angeboren oder erlernt? Liegt sie in der Natur des Menschen oder entsteht sie durch äußere Einflüsse? *Nature or nurture?* Sabine Freitag geht auf die „Anlage-oder-Umwelt-Frage“ ein, indem sie den britischen Diskurs zur Kriminalitätsentstehung zwischen 1830 und 1945 analysiert. Sie zeigt auf, dass die Thematik in England zu dieser Zeit zwar nicht wie andersorts an Universitäten, aber in wissenschaftlichen Kreisen und in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Die Autorin weist oft auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Kriminalitätsdiskursen in anderen Ländern hin, um darzustellen, dass die Akzeptanz von Theorien stark von Ereignissen oder der

Stimmung in einer Gesellschaft abhängt. Jene Theorien und Konzepte setzten sich durch, „die sich mit den vorherrschenden politischen, sozialen und selbst noch religiösen Überzeugungen als kompatibel erwiesen“ (S. 13).

Freitag beschreibt, wie man im 19. Jahrhundert erst versuchte, mit Hilfe von Statistiken dem Ursprung der Kriminalität auf den Grund zu gehen. Statistische Gesellschaften und staatliche Ämter stellten Zusammenhänge zwischen Straftaten und sozialen Faktoren wie Armut, Alkoholmissbrauch, Bildungsstand oder Bevölkerungsdichte her. Um genauere Gesetzmäßigkeiten aufzudecken, ließen sie später teilnehmende Beobachtungen, Interviews und Haus-zu-Haus-Befragungen durchführen. Die ersten Untersuchungen beruhten auf der Annahme, dass Kriminalität erlerntes Fehlverhalten sei: „Bad company is the master-cause of crime“ (S. 94). Auch Mediziner suchten im 19. Jahrhundert nach den Ursachen kriminellen Verhaltens, nach körperlichen und geistigen Defiziten. Sie nahmen an, dass Straftäter *feeble-* oder *weak-minded* und missgebildet waren. Die Vorstellung, kriminelles Verhalten sei an äußeren Merkmalen erkennbar und somit vererbbar, lässt sich später in der Eugenik wiederfinden. Für Eugeniker waren Kriminelle, Arbeitslose, Arme und Kranke als solche geboren, sie waren Opfer ihrer Natur. Diese Annahme wurde von der Labour Party, den Gewerkschaften, und der Katholischen Kirche stark kritisiert. Mitglieder dieser Organisationen glaubten fest daran, das Umfeld sei bei der Kriminalitätsentstehung entscheidend.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg äußerten Sozialforscherinnen und -forscher die Vermutung, dass Kriminelle durch Umwelt und Anlage geprägt waren. Charles Goring beispielsweise, der Gefängnisinsassen biometrisch untersuchte, war der Meinung, Kriminalität entstehe durch einen „mental Defekt“ beziehungsweise verminderte Intelligenz, die auch wirtschaftliche und soziale Nachteile zur Folge habe. Goring sah Korrelationen zwischen gewissen Umweltfaktoren (Nationalität, Arbeitsverhältnisse, Erziehung, Ausbildung, Familienleben und soziale Zugehörigkeit) und Kriminalität, aber keine kausalen Zusammenhänge.

Während des Ersten Weltkrieges erlitten viele englische Soldaten den sogenannten *shell shock*, einen psychischen Schock durch Kriegserfahrungen, der zu verschiedenen Krankheitsbildern wie Sensibilitätsverlust, Amnesie, Hysterie, Lähmungen oder Halluzinationen führte. Es wird vermutet, dass die Soldaten erkrankten, weil sie lange zwischen Pflichtgefühl und dem eigenen Überlebensdrang hin- und hergerissen waren.

Die Erkenntnis, das Erleben einer untragbaren Situation könne einen Menschen schwerkrank machen, führte zur Überzeugung, dass jeder Mensch psychisch verwundbar ist, wenn das Umfeld unerträglich wird. Entsprechend wurde das soziale Umfeld als wesentlichster Faktor bei der Entstehung von Psycho-Neurosen und später bei der Entstehung von Jugendkriminalität angesehen, die während dem Ersten Weltkrieg stark anstieg. Erbliche Dispositionen wurden als Ursache von kriminellem Verhalten ausgeschlossen, man gab der Gesellschaft die Schuld, den kriegsbedingte sozialen und ökonomischen Verhältnissen, dem Bildungsdefizit, der fehlenden (moralischen) Erziehung und Disziplin. Später kam die Meinung auf, das psychische Klima, das in einer Familie herrscht, sei maßgebend für die Kriminalitätsentstehung. Man kam zur Überzeugung, dass emotional instabile Menschen kriminell werden würden, während mental stabile Menschen das Wohl der Gesellschaft über das eigene Wohl setzten und somit Musterbürger waren.

Später besagten psychoanalytische Theorien, gewaltsame Handlungen seien das Ergebnis einer abnormalen psychischen Verfassung. Erste Anzeichen für kriminelles Verhalten zeigten sich in gesteigerten Formen von Apathie und Passivität oder von Introversion. Letztere führe dazu, dass keine Auseinandersetzung mit der Außenwelt stattfinde und somit keine Anpassungsversuche an die Realität, keine Korrekturen an den inneren Prozessen erfolgten. Die Psychoanalyse wurde in England jedoch mit Skepsis betrachtet, da sie zu spekulativ, zu wenig ausgerichtet auf die materielle Welt des Subjektes schien. Kriminalität wurde in England nur als vererblich angesehen, wenn alle Umweltfaktoren auszuschließen waren und alle Therapien nichts nützten.

Sabine Freitags Werk zeigt auf, wie sich in England die Theorien der Kriminalitätsentstehung von monokausalen Erklärungen wie „angeboren“ oder „antrainiert“ hin zu multikausalen Theorien entwickelt haben, die das „sowohl [...] als auch“ betonen und tendenziell eher auf Umwelteinflüsse als auf Veranlagung hinweisen (ohne dabei dem einzelnen Kriminellen die Verantwortung abzusprechen). Freitag beschreibt verschiedene Disziplinen, die sich mit der Entstehung von Kriminalität auseinandersetzten und weist jeweils auf das entsprechende Wissenschaftsverständnis sowie dessen Auswirkungen hin (z. B. Strafgesetzänderungen, Änderung der Sanktionspraxis usw.). Ihr Buch führt uns vor Augen, wie viele der heutigen Vorstellungen zur Kriminalitätsentstehung aus Forschungsergebnissen, Büchern und Debatten

aus dem vorigen oder gar dem vorletzten Jahrhundert abzuleiten sind. Allein schon deswegen ist diese Studie ein *must-read* für alle, die sich mit Kriminalität auseinandersetzen.

Paris

Lisa Wildi

Einen Technik und Konsum Europa?

Oldenziel, Ruth/Hård, Mikael: Consumers, Tinkers, Rebels. The People Who Shaped Europe, 440 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2013.

In einem weit ins 19. Jahrhundert ausgreifenden Ansatz wird in dem reich bebilderten Band die Rolle der Technologie in ihrer europäischen Zusammenhänge herstellenden und verstärkenden Wirkung betont. Eisenbahnen und Computer, Kücheneinrichtungen und Glascontainer werden in ihrer Herstellung und Benutzung untersucht und daraufhin befragt, ob sie ausländische Modelle und Vorgaben übernahmen oder aber eigensinnig von den Konsumenten angeeignet und benutzt wurden.

Diese Langzeitperspektive gehört zu den Vorzügen des Bandes, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzt und mit dem Ende des Kommunismus aufhört. In diesen einhundertfünfzig Jahren setzen die beiden durch einschlägige technikgeschichtliche Studien ausgewiesenen Autoren indes zwei Wendepunkte: das Ende des Ersten Weltkrieges und die 1960er Jahre. Mit 1918 beginnt nach ihrer These eine Phase zunehmender staatlicher Interventionen, die sich nicht nur in der Ausbildung und dem Einsatz von neuen Experten zeigt, sondern auch in staatlichen Interventionen in die Verkehrs-, Hausbau- und Nahrungsmittelpolitik. Wenn auch die Studien von Alessandro Stanziani für Frankreich und Vera Hierholzer für Deutschland die Bedeutung der Nahrungsmittelkontrolle bereits für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts belegt und die Bedeutung von Experten unterstrichen haben, so kann die vorliegende Studie ausgehend von dem Modell der amerikanischen Küche einen innovativen Blick auf die Ausstattung der Häuser werfen, die dann nach 1945 vor allem europaweit in größerem Ausmaß gebaut wurden. Die 1960er Jahre stehen für die Zeit der Rebellen, die bereits im Titel angesprochen wird. Vor allem am Beispiel der Umweltverbände und des Protestes gegen die „Wegwerfgesellschaft“ wird diese Phase illustriert.

Unter Technologien verstehen die beiden Autoren nicht nur maschinell wirksame Systeme, sondern ein breites Ensemble von Arbeitsmitteln und Praktiken: Der Schnittbogen gehört ebenso dazu wie die Umarbeitung von Kleidungsstücken, die Milchversorgung wie auch Migrationen. Die Nähmaschine und die Eisenbahn, Spielzeuge wie Nahrungsmittel werden in ihrer Bedeutung für den Konsum und den Lebensstil der europäischen Bevölkerungen klar und immer von konkreten Beispielen ausgehend umrissen. Dabei heben die Kapitel zu recht auf die Konsumenten ab, die nicht als passive Rezipienten von Strukturveränderungen gesehen werden, sondern als Akteure, die sich Konsumgüter aneignen, verändern und diese benutzen. Das Buch schließt konsequent auch mit dem „empowerment“ des Konsumenten und Benutzers nach 1960.

Der Band gehört zu einer Reihe von europageschichtlichen Studien, die unter dem Titel „Making Europe: Technology and Transformations, 1850–2000“ von Johan Schot und Phil Scranton herausgegeben werden. Gemäß dem Europaansatz blicken die Autorin und der Autor immer wieder über nationale Historiographien hinaus, beziehen nicht nur die transnationalen Beziehungen zu den USA massiv ein, sondern betonen auch nationale Spezifika innerhalb Europas. So fehlen für die Zeit nach 1945 etwa keineswegs Ausführungen zu den Gesellschaft des sowjetischen Blocks, und es ist auffallend, dass mit Skandinavien und den Niederlanden Gebiete stärker berücksichtigt werden, die in Geschichten Europas eher randständig sind – wenn sie nicht ganz fehlen.

Gleichwohl liegt in der europageschichtlichen Dimension auch die Schwäche des Bandes. Er versucht immer wieder, aus der Verbreitung von Praktiken, Institutionen und Technologien auf eine Europa einende Wirkung zu schließen. So heißt es: „people co-produced a shared European experience“ (S. 319). An dieser Aussage ist zweifellos richtig, dass die Konsumenten in ihrer aktiven Bedeutung zu sehen sind; aber ob diese Praktiken ihrerseits einen europäischen Zusammenhang herstellen, bleibt in den meisten in dem Band diskutierten Bereichen offen und kann nicht mit zureichender empirischer Forschung belegt werden. Diese verweist stärker auf eine vielfältige Geschichte Europas als auf eine europäische Geschichte. Trotz dieser Lücke, die auch in der Konsumforschung klafft, bietet die Überblicksdarstellung aufgrund ihrer Breite und Vielfalt sowie der gewählten Perspektive eine oft anregende Lektüre.

Bielefeld

Heinz-Gerhard Haupt

Psychatriegeschichte ist Gesellschaftsgeschichte

Adams, Andrea: Psychopathologie und „Rasse“. Verhandlungen über „rassische“ Differenz in der Erforschung psychischer Leiden (1890–1933), 333 S., transcript, Bielefeld 2013.

Die Psychiatrie ist vom rassenhygienischen Paradigma geprägt worden, das in der unter eugenischen Gesichtspunkten konzipierten Gesundheitspolitik des Nationalsozialismus seinen radikalen Ausdruck fand. Dabei blieb das damalige Forschungsinteresse an der Frage, inwieweit psychische Erkrankungen mit bestimmten Eigenschaften einzelner „Rassen“ zusammenhängen, von der Psychatriegeschichte weitgehend unbeleuchtet. Andrea Adams liefert in ihrer Studie eine Analyse der „psychiatrischen Differenzforschung“ oder „rasenpsychiatrischen Forschung“ (S. 30) anhand von medizinisch-psychiatrischer Fachliteratur und Archivquellen im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert im deutschsprachigen Raum.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Begriff „Rasse“ im medizinisch-psychiatrischen Kontext setzt in der Zeit um 1900 und vor dem Hintergrund neuer soziokultureller Verhältnisse im Zuge der Aufklärung an. Die wissenschaftliche Revolution beseitigte das im Mittelalter herrschende göttliche Weltbild und erklärte Natur und Vernunft zu obersten Prinzipien menschlichen Handelns. Das Wegfallen von alten Kategorien, wie Stand oder Religion, förderte neue Formen gesellschaftlicher Ordnung, Erklärungsmuster menschlicher Differenz und Legitimationsstrategien für die Ausgrenzung einzelner Bürgergruppen. Zur „Naturalisierung der Differenz“ (S. 33) trug die Idee statistischer Erhebungen – ein Schritt von der Häufigkeitsvorstellung zur Kollektivzuschreibung von Eigenschaften – sowie die Entwicklung der Biologie und die sozialdarwinistische „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ wesentlich bei (vgl. Raphael Lutz „Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts“, in „Geschichte und Gesellschaft“ 22 (1996), S. 165–193).

An der These von Ludwig Fleck über die Entstehung und Entwicklung der Wissenschaften (1980) anlehnd weist die Autorin auf den vorläufigen „Handbuch-“ und „Zeitschriftencharakter“ des Wissens über Psychopathologie und „Rasse“ hin, das nie den Status einer kanonisierten „Handbuchwissenschaft“ erlangte. Der Begriff „Rasse“ blieb immer unscharf und die damit verbundenen

vermeintlichen Einteilungskriterien wurden nie explizit gemacht. Gleichzeitig bewirkten Rassenkonzepte, wie zum Beispiel dies der Juden – im Diskurs über die Wahrscheinlichkeit der pathologischen Differenzen unterschiedlicher Menschengruppen sowie deren Form und Häufigkeit –, eine Fixierung auf das rassistische Erklärungsmodell. Große Bedeutungsverschiebungen und ein stetes Schwanken zwischen Natur beziehungsweise Biologie und Kultur beziehungsweise Umwelteinflüsse hielten nicht davon ab, Menschengruppen als Kollektiv eine Andersartigkeit zuzuschreiben.

Die Anfänge der Auseinandersetzung mit dem Konstrukt „Rasse“ werden in der Medizin der europäischen Kolonialmächte verortet. Die Gegenüberstellung von gesunden „Naturmenschen“ und kranken Großstadtbewohnern der zivilisierten Industrienationen lieferte eine plausible Erklärung im Kontext der Sozialen Frage, der Degenerationsidee und des Krankheitsbildes der Neurasthenie. Das Bild des „nervösen Juden“ verband den zivilisationsbedingten Degenerationsgedanken von Emil Kraepelin mit dem rasenpsychiatrischen Ansatz. Die Erfahrung in den Lazaretten des Ersten Weltkrieges und der Balkankriege förderte noch, bei einem allgemein zunehmenden Forschungsinteresse an den Juden, die Auseinandersetzung mit anderen „Rassen“ innerhalb der psychopathologischen Fragestellung. Mit Ernst Kretschmer kreuzten sich Konstitutions- und Rassenforschung bei zunehmender Anwendung von anthropometrischen Methoden als Streben nach biologischen Erklärungen.

Nach dem aufklärerischen Postulat der objektiven Wissenschaft in Interaktion mit den modernen Nationalstaaten entstand die Idee der Datenerhebungen als Arguments-, Forschungs- und Kontrollinstrument. In der Psychiatrie hat die Quantifizierung mit den „Irrenstatistiken“ bereits Mitte des 19. Jahrhunderts Eingang gefunden und die Formalisierung in der Krankheitslehre von Emil Kraepelin mit angestoßen. Daraufhin wurde die Statistik in der Debatte um „Rasse“ und Psychopathologie Anfang des 20. Jahrhunderts verstärkt einbezogen. Die Einführung der empirischen Methode in die Psychiatrie legte letztendlich den Fokus auf die beobachtbaren Krankheitssymptome und die kumulative Darstellung von Diagnosen und Symptomen in Bezug auf unterstellte Rassenzugehörigkeit, wobei die subjektive Krankheitsäußerungen des Patienten in den Hintergrund rückten. 1933 waren Rassenunterschiede inzwischen „politisch gesetzt“ (S. 293) und die eugenisch orientierte Erbforchung dominierte nahezu vollkommen.

Die vorliegende Studie lässt sich in die Tradition der psychiatriegeschichtlichen Schule von Michel Foucault (1969) und Klaus Dörner (1975) einordnen, die die moderne Psychiatrie als Folge des bürgerlichen Zeitalters nach der Aufklärung betrachten. Die Psychiatrie wird als gesellschaftliches Konglomerat aufgefasst und ihre Geschichte im wechselwirkenden Verhältnis zu soziokulturellen Kontexten eruiert, wobei der Diskurs um „Rasse“ im anthropologischen Sinne und Psychopathologie eingehend untersucht wird. Mit dem Blick auf die jeweiligen Entstehungsbedingungen von Wissenskonzepten gerichtet, leistet Andrea Adams mit dieser kritisch-reflektierten Arbeit einen wichtigen und hervorragenden Beitrag zur Psychiatriegeschichte, die – wie hier eindrucksvoll dokumentiert – nichts anderes als Gesellschaftsgeschichte ist.

Münster

Ioanna Mamali

Vergleich von „Führung“

Cohen, Yves: Le Siècle des chefs. Une histoire transnationale du commandement et de l'autorité (1890–1940), 872 S., Éditions Amsterdam, Paris 2013.

Die zentrale Rolle der „Führer“, „leader“ oder „chefs“ in der politischen Geschichte ist unbestritten. Gleichwohl lag bislang keine systematisch vergleichende Studie vor, die Führer in verschiedenen politischen und sozialen Kontexten untersucht. Diese Lücke hat nun der an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris wirkende Historiker Yves Cohen geschlossen, indem er die Geschichte von „Führung“ („commandement“) und „Autorität“ („autorité“) sowie die Rolle von „Führern“ in Frankreich, Deutschland, den USA und der Sowjetunion in den Blick nimmt.

Im Gegensatz zu Max Weber, der den Typus des charismatischen Führers als universalhistorisches Phänomen behandelt, konzentriert sich Cohen auf das 20. Jahrhundert, das er geradezu als „siècle des chefs“ kennzeichnet. Die Jahre von etwa 1890 bis 1940 gelten ihm als eine Art von Sattelzeit moderner Auffassungen von Führung und Autorität. Um die Jahrhundertwende, so die anregende Kernthese von Cohen, habe sich ein neues, kollektives Bedürfnis nach Führung entwickelt, das keineswegs allein auf die Sphäre der Politik im engeren Sinne beschränkt geblieben, sondern auch in anderen gesellschaftlichen

Bereichen sowie in der Wirtschaft, etwa in Unternehmen, zu verzeichnen gewesen sei.

So konzentriert sich die Untersuchung von Cohen keineswegs allein auf totalitäre Regime, die für ihn nur eine Variante der Führung, jene in Extremsituationen, darstellen. Stalin oder auch Mussolini seien nur „der radikalste Ausdruck eines alltäglichen Phänomens des Lebens der Gesellschaften“ (S. 9) ihrer Epoche gewesen. Das kollektive Bedürfnis nach Führung sei auch ein Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaften liberalen Zuschnitts gewesen. Den Führer interpretiert Cohen insofern als „soziale Form der Modernität“ (S. 481), als Folge der aufkommenden Massengesellschaft, zugleich aber auch als Produkt oder Ausdruck wissenschaftlicher Reflexion über die Führung in der Anthropologie, Soziologie, den Staats- und Wirtschaftswissenschaften oder auch der Psychologie: „Sécularisé, incarné par des ‚chefs‘, le commandement devient aussi scientifique“ (S. 60). Diese zentrale, gesellschaftlich wie wissenschaftlich verankerte Rolle von Führern, die kollektive Bedürfnisse erfüllt hätten, endet nach Ansicht von Cohen mit der antiautoritären Bewegung von 1968, in der Massen erstmals auch ohne Führer agierten, so dass der Wunsch nach Führung rapide an politischer Relevanz verloren habe.

Während das vom Autor gewählte Ende des „kurzen“ Jahrhunderts der Führer einleuchten mag, stellen sich bei der These, das kollektive Bedürfnis nach Führung komme erst um 1900 auf und dieses sei als Ausdruck der komplexen Industrie- und Massengesellschaft zu interpretieren, doch Zweifel ein. Führer oder Führerbewegungen (kleineren Maßstabs) hat es nämlich bereits im 19. Jahrhundert zahlreich gegeben. Für die These Cohens ließe sich freilich ins Feld führen, dass ein breiter gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Diskurs über Führer und Führung in den verschiedenen Ländern erst entstand, als um 1900 die systematischen Sozialwissenschaften aufkamen. So entwickelte sich die Ideologie der Führer beispielsweise parallel mit dem wissenschaftlichen Diskurs über das Management. Auch die Frage, wie komplexe Organisationen, die im Zuge der Rationalisierung in Staat und Wirtschaft entstanden, zu führen seien, spielte um 1900 eine zunehmend wichtige Rolle. So habe das kollektive Bedürfnis nach Führung in dieser Zeit geradezu eine Obsession werden können.

Die feinen Verästelungen dieses Diskurses über Führung und Führer wird im ersten Teil des Buches vergleichend untersucht (S. 57–482). Hier zeichnet Cohen die Auffassungen von der

Figur des Führers in den verschiedenen Ländern nach, ferner dessen Verhältnis zur Demokratie und zur Industriegesellschaft sowie die Konfrontation mit anderen Konzepten der Führung. Ein solcher Vergleich bildet methodisch ein anspruchsvolles Unterfangen, da die Konzeptionen von Führung und Führer in den verschiedenen Ländern gleichzeitig aufkamen und sie sich durch transnationale Rezeptionsprozesse gegenseitig beeinflussten. Obwohl es sich um ein globales Phänomen handelte, gab es eine erstaunliche Vielfalt von nationalen Führerkonzeptionen. Im Gegensatz zu Deutschland, so der Verfasser, sei der „Führer“ etwa in Frankreich auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft (Militär, Politik, Verwaltung etc.) in den Kanon der öffentlichen, quasi republikanischen Werte eingegangen und habe die soziale Konstruktion des Landes tief geprägt: „Commander est une tâche républicaine [...]“ (S. 806). Zudem komme dem französischen Fall eine besondere Bedeutung zu, da die Sozialpsychologie von Gabriel Tarde und Gustave Le Bon die Diskurse auch der anderen Länder erheblich mitgeprägt habe.

Die Untersuchung der Diskurse wird im zweiten Teil der Studie (S. 483–802), dessen reichhaltige Ergebnisse hier nur angedeutet werden können, ergänzt durch eine feinsinnige Untersuchung der „operationellen Praktiken“ der Führer, also der „chefs en action“. Im Gegensatz zum ersten Kapitel konzentriert sich die Studie hier freilich auf Frankreich und die Sowjetunion, konkret auf die Chefs von Peugeot und der Putilow-Werke sowie auf Stalin, dessen Handlungsweisen als „grand chef“ Cohen in einem eigenen Unterkapitel nachgeht. So wird dem „Führer“ (auf den unterschiedlichen Ebenen von Staat und Wirtschaft) die Aufgabe des rationalen Managements („le plan“) zugeschrieben, ferner die Fähigkeit, im Rahmen das richtige Verhältnis von Nähe und Distanz zu den Geführten zu wahren und das Gespräch mit anderen Führern konstruktiv zu gestalten. Als besondere Praxis der Führer zu nennen, ist schließlich die Handhabung des geschriebenen Worts, das Stalin in seinem Kabinett virtuos einsetzte.

Auch wenn Cohen am Ende seiner Studie mit Stalin einer der einflussreichsten politischen Führer des 20. Jahrhunderts in den Blick nimmt, macht er deutlich, dass Führung und Autorität ein ubiquitäres Phänomen gesellschaftlicher Organisation darstellten. Die Vielfalt und Komplexität von Führung im Rahmen einer vergleichenden Studie herausgearbeitet zu haben, ist das große Verdienst der anregenden Studie, die in Frankreich bereits zu Debatten geführt hat. Man kann

dem Buch auch in Deutschland nur eine breite Rezeption wünschen.

Jena

Thomas Kroll

Europäische Integrationsgeschichte

Loth, Wilfried: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, 512 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Die europäische Integrationsgeschichte hat sich seit einigen Jahren als fester Bestandteil der Geschichtswissenschaften etabliert. Das belegt eine inzwischen doch beträchtliche Anzahl an Überblicksdarstellungen und Handbüchern zu diesem Thema. Wilfried Loth ist zweifellos einer der Pioniere dieses Forschungszweiges in der Bundesrepublik Deutschland. Bereits 1991 legte er einen ersten Überblick vor, der die Jahre zwischen 1945 und 1957 umfasste. Er zeichnete aber auch verantwortlich für eine Vielzahl von Tagungs- und Sammelbänden zum Thema, die einzelne Aspekte der Integrationsgeschichte entweder systematisch oder chronologisch in den Blick nahmen. Schließlich war Loth über viele Jahre der Vorsitzende der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Europäischen Kommission, in der ebenfalls Grundlagenarbeit für die europäische Integrationsgeschichte geleistet wurde. Der Autor kann also aus einem breiten Erfahrungsschatz schöpfen, wenn er eine Überblicksgeschichte der europäischen Integration schreibt.

Das Buch ist chronologisch aufgebaut. Loth beginnt mit dem Haager Kongress vom Mai 1948, den er – eine Sentenz Winston Churchills aufgreifend – als „Meilenstein“ für die europäische Integration bezeichnet. Auf ihm, so Loth, sei zum ersten Mal der transnationale gesellschaftliche Konsens deutlich geworden, der die Voraussetzung für die späteren Integrationsprozesse gewesen sei. Hiervon ausgehend schildert Loth dann die Geschichte der europäischen Einigung bis in das Jahr 2012. Hierbei lässt er keinen Zweifel daran, dass die Europäische Integration aus seiner Sicht vor allem das Produkt politischer Entscheidungen ist. Diese Entscheidungen fielen im Kontext von vier Problemkreisen, die der Autor bereits in verschiedenen Publikationen als Antriebskräfte der Integration identifiziert hat: Dies war erstens der Wunsch nach einer stabilen Friedensordnung in Europa, zweitens die Frage, was mit dem als bedrohlich empfundenen

Deutschland zu geschehen habe, drittens die Dynamik wirtschaftlicher Märkte und schließlich das Bedürfnis der Europäer nach Selbstbehauptung in der Welt angesichts der Dominanz der beiden Supermächte nach 1945. Die europäische Integration, das ist die zentrale These des Buches, muss vor allem politisch verstanden werden. Neuere Ansätze in der Integrationsforschung, die die Bedeutung transnationaler gesellschaftlicher Netzwerke oder diskursiv erzeugte Europa-Visio-nen in den Mittelpunkt stellen, werden sehr wohl integriert. Diese, so erläutert Loth, hätten stets ein prinzipielles Einverständnis zur Integration Europas geschaffen, die präzise Form dieses Europa blieb jedoch diffus. Eben dies habe einzelnen Persönlichkeiten die Möglichkeit gegeben, konkrete Institutionen zu gründen. Die Netzwerke und Europa-Diskurse interpretiert Loth also als strukturellen Rahmen, der die Grundlage für die politische Gestaltung der europäischen Integration lieferte. Die entscheidenden Akteure des Integrationsprozesses sind bei Loth folglich vor allem Einzelpersonen. Hierbei spielen die nationalen Regierungen gewiss eine Schlüsselrolle, der Autor integriert aber sehr wohl die in den letzten Jahren intensiv betriebene Forschung über die europäischen Organisationen, vor allem über die Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Überhaupt bewegt sich der Autor dann aber mit großer Souveränität durch die auch für Experten inzwischen kaum noch zu überschauende Spezialliteratur. Die Darstellung ist perspektivenreich und quellennah verfasst. Bemerkenswert ist auch das sehr optimistische Schlusskapitel über die „Zukunft der Union“. Im Gegensatz zu der unter deutschen Intellektuellen und in den Medien gegenwärtig dominierenden Skepsis vor allem gegenüber der Europäischen Union, sieht Loth diese als zukunftsfähig an. Es gebe zur Europäischen Union angesichts der fortgeschrittenen Verflechtung „keine plausible Alternative“. Die Nationalstaaten würden weiterhin bestehen bleiben, eine starke Europäische Union sei allerdings die Voraussetzung für das Überleben des Nationalstaates in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die Europäische Union werde so zu einer „Föderation von Nationalstaaten“, in denen das seit einigen Jahren dominierende Spannungsverhältnis zwischen nationaler und supranationaler Ebene fortauern werde. Der Autor nennt zwei Voraussetzungen für die Zukunft der Union: Einerseits müsse sie sich institutionell wandeln, demokratischer und transparenter in ihren Entscheidungsprozessen werden. Zweitens müsse die deutsch-französische Achse

erhalten bleiben, die seit 1950 der Motor der europäischen Einigung war.

Erstaunlich ist, dass die Debatte über die „Longue Durée“ der europäischen Integration, die seit einigen Jahren geführt wird, keine Berücksichtigung findet. Die Darstellung beginnt 1948 und die europäische Integration des 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit wird ausgelassen. Dabei haben neuere Forschungen darauf hingewiesen, dass es spätestens seit dem frühen 19. Jahrhundert europäische Organisationen gab, die zwar primär wirtschaftliche Aufgaben hatten – allerdings auch politische Konsequenzen. Auch in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht beruhten die Integrationsprozesse nach 1945 in starkem Maße auf ihren Vorläufern im 19. Jahrhundert. Auf diesen Erfahrungen bauten die Protagonisten des Haager Kongresses auf.

Insgesamt liegt gleichwohl ein Buch vor, das einen souveränen Überblick über die politische Geschichte der europäischen Integration seit 1945 gibt. Wer sich allerdings für kultur- oder gesellschaftsgeschichtliche Interpretationen der Integration interessiert, der wird zu anderen Publikationen greifen.

Düsseldorf

Guido Thiemeyer

Transformationen

Thers, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, 430 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2014.

Mit Studien zur Transformation der ehemaligen Ostblockländer in demokratische Marktwirtschaften begeben sich Historiker und Historikerinnen in die unmittelbare Vorgeschichte der Gegenwart – ein ebenso spannendes wie riskantes Unternehmen. Philipp Thers Buch zeigt, wie viel die Geschichtsschreibung über ein derart gegenwartsnahes Thema bereits leisten kann. Wichtigster Schauplatz seiner Erkundungen ist Ostmitteleuropa, doch auch das Baltikum, Rumänien und Bulgarien sowie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion werden bereist. Im Westen unternimmt der Verfasser nur Ausflüge in die Bundesrepublik und die südeuropäischen Volkswirtschaften in der Euro-Krise, obwohl der Untertitel zunächst eine weitere Perspektive erwarten lässt. Im Zentrum stehen die Wirtschaftsreformen der früheren Ostblockländer beziehungsweise ihrer Nachfolgestaaten mit ihren sozialen

und politischen Voraussetzungen und Folgen, die Ther unter der Leitperspektive einer Durchsetzung neoliberaler Positionen chronologisch einordnen und gleichzeitig typologisieren möchte.

Die große Stärke des Buches ist die stetige Verknüpfung makroökonomischer Daten und mikrohistorischer Beobachtungen. Dadurch wird die hochgradige Differenziertheit jener Prozesse sehr deutlich, die gewöhnlich unter dem Sammelbegriff „Transformation“ subsumiert werden. Mit großer Anschaulichkeit und einem Blick fürs erhellende Detail führt Ther den Leser von den 1980er Jahren bis in die gegenwärtige Finanzkrise. Er zeigt, wie die staatssozialistischen Systeme lange vor den Umbrüchen 1989/91 erodierten und wirtschaftsliberale Ideen sich ausbreiteten, und wie der von IWF, Weltbank und zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern vertretene „Washington Consensus“ mit seinen Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung den Umbau prägte. Krisen und Erfolge der Transformation werden nach Ländern typologisiert, zugleich werden aber die großen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen, Siegern und Verlierern der Neuordnung, mithin die begrenzte Aussagekraft von Makrodaten herausgearbeitet. Zur Sprache kommt nicht zuletzt die Abhängigkeit von externen Geldgebern wie der Europäischen Union und vor allem von westlichen Direktinvestitionen (etwas irritierend stets unter den englischen Bezeichnung „FDI“ geführt und nicht sauber von Portfolioinvestitionen, also reinen Finanzanlagen, getrennt) sowie die Erschütterung marktradikaler Wachstumsrezepte durch die jüngste Finanzkrise. Eine Transformationsgeschichte ganz eigener Art bildet schließlich der Vergleich ostmitteleuropäischer Metropolen mit Berlin und Wien, wo die „Boomtown Warschau“ umso deutlicher erkennen lässt, wie sehr das Zusammenwachsen des „armen Berlin“ von den überkommenen Traditionen der subventionsabhängigen westlichen Frontstadt geprägt war.

Ther beeindruckt durch viele tiefe Einblicke in die soziale Praxis der Transformation und den Mut zur Pointierung, wobei ihm die Vorläufigkeit mancher Befunde völlig bewusst ist. Man kann daher dieses Buch nur begrüßen, auch wenn man aus wirtschaftshistorischer Sicht die Tragfähigkeit des Neoliberalismus-Begriffs, der die Typologisierung der Transformationsprozesse ebenso prägt wie die historische Erzählung, mitunter bezweifeln mag. Das gilt nicht nur für die vielfachen diskursiven und praktischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern – auf die immer wieder hingewiesen wird –, sondern auch für den Umgang

mit ökonomischer Theorie, wenn etwa die Debatte über „Varieties of Capitalism“ kurzerhand auf ein „indirektes Resultat“ neoliberaler Diskurshegemonie reduziert (S. 111) oder die analytische Figur des *homo oeconomicus* der Realität sozialer Ungleichheit entgegengesetzt wird (S. 286).

Wo der Autor sich auf westeuropäisches Terrain begibt, werden die Zuspitzungen ebenso originell wie angreifbar: Wenn der Thatcherismus und die polnischen Wirtschaftsreformen als „nahezu parallele Entwicklungen“ (S. 47) bezeichnet werden, zugleich aber von einer „Systemkonkurrenz *innerhalb* des Westens“ (S. 49, Hervorhebung im Original) zwischen Neoliberalismus und Keynesianismus die Rede ist, verschiebt sich das Koordinatensystem des Vergleichs entschieden zu weit. Die Anmerkungen zum aktuell krisengeschüttelten, ebenfalls schmerzhaften Reformen unterzogenen Südeuropa als „neuer Osten“ fußen nahezu ausschließlich auf Beobachtungen in Italien, obwohl Ther zu Recht die Pauschalurteile über den reformträgen Süden kritisiert. Das Argument der „Kotransformation“, der Anpassung auch westeuropäischer Länder an die relativ staatsfernen osteuropäischen Wirtschaftssysteme, das am Beispiel der Bundesrepublik ausgeführt wird, ist leider schwach unterfüttert und nur unter Vernachlässigung der Vorgeschichte plausibel: Für die Hartz-Reformen verweist Ther selbst auf das Vorbild New Labour, bei der Teilprivatisierung der Altersvorsorge wird die Diskussion über die Reformbedürftigkeit des Rentensystems in den 1980er Jahren ausgeblendet (und der Absturz der New Economy fälschlich dem Anschlag auf das World Trade Center zugeschrieben). Das bedeutet zunächst allerdings nur, dass die Kotransformationsthese vertiefender Studien bedarf. Eine nützliche Provokation bleibt sie allemal, und man mag es als ausgleichende Gerechtigkeit begrüßen, dass in diesem äußerst anregenden Buch zur Abwechslung die Geschichte des Westens nur als Reflex der osteuropäischen Entwicklungen auftaucht.

Potsdam

Ralf Ahrens

19. JAHRHUNDERT

Modellstudie der Migrationsforschung

Krebber, Jochen: Württemberger in Nordamerika. Migration von der Schwäbischen Alb im 19. Jahrhundert, 317 S., Steiner, Stuttgart 2014.

Zwischen 1820 und 1924 migrierten über fünf Millionen Menschen aus den deutschen Staaten (innerhalb der Grenzen des Kaiserreichs von 1871) nach Nordamerika. Der starke Industrialisierungsschub in den 1860er und 1870er Jahren erklärt teilweise, warum die Amerikawanderung in den frühen 1890er Jahren deutlich zurückging. Nur wenige Felder der deutschen Geschichte nach 1815 sind besser erforscht als die Nordamerikamigration. In den letzten dreißig Jahren hat sich die Forschung über deutschsprachige Nordamerikamigranten auf vernachlässigte Aspekte konzentriert, darunter Arbeitsmigration, Geschlechtergeschichte, kulturelles Leben, Religion, die Wanderung nach Kanada und Mexiko, jüdische Migration, die Migration in der Kolonialzeit und nach 1918. Weitgehend unerforscht bleibt die Rückwanderung, die bei rund 30% lag.

Der an der Universität Trier lehrende Historiker Jochen Krebber füllt mit seiner akribisch recherchierten Studie über die Nordamerika-Migration aus der Schwäbischen Alb im 19. Jahrhundert nicht nur eine der wenigen Forschungslücken im Feld der Lokal- und Regionalstudien über Auswanderungsbewegungen. Die überarbeitete Dissertation betritt in mehrfacher Hinsicht Neuland und hat Modellcharakter für die historische Migrationsforschung. Der Verfasser hat systematisch Daten über 6.000 Personen in über zwanzig Archiven in Deutschland, Kanada und den Vereinigten Staaten gesammelt, um die Wege von verschiedenen Gruppen aus den Oberämtern Spaichingen und Tuttlingen im Südwesten der Schwäbischen Alb zu rekonstruieren. Es ist ihm gelungen, die Datenbestände von 4.000 Personen auf beiden Seiten des Atlantiks zusammenzuführen. Hinter der beachtlichen Verknüpfungsrates von über 60% steht ein erheblicher Arbeitsaufwand. Die von den Behörden im Württemberg und den Vereinigten Staaten erhobenen Daten sind lückenhaft. Viele Migranten verließen ihre Heimat ohne behördliche Genehmigung, etwa um der Wehrpflicht zu entgehen. Aufgrund einer hohen Mobilität nach der Ankunft entgingen sie vielfach auch der alle zehn Jahre durchgeführten amerikanischen Volkszählung. In der Regel müssen Forscher in der Heimatgemeinde und im Zielland weiter recherchieren, um aussagekräftige Informationen zu einzelnen Migranten zu ermitteln. Die Namen vieler Personen tauchen etwa in den Passagierlisten der Schifffahrtsgesellschaften auf. Krebber hat die Wege der 4.000 Migranten in den Vereinigten Staaten „bis zum letzten Lebenszeichen“ (S. 282) an 1.000 (!) verschiedene Orte weiterverfolgt.

Die langwierigen Recherchen ermöglichen es Krebber, auf der Basis von harten Daten zu argumentieren. Es ist keine Überraschung, dass die überwiegend jungen Männer und Frauen von der Schwäbischen Alb in Netzwerken migrierten. Schlüsselfragen der Studie sind, wie sich diese Netzwerke konfigurierten und wie lange sie existierten. Der Autor knüpft hier an die Forschung des amerikanischen Historikers Walter D. Kamphoefner an, der sogenannte Kettenwanderungen zwischen Westfalen und Missouri untersucht hat. Ein Indiz für Kettenwanderung ist die Konzentration von Personen aus relativ eng umgrenzten Gebieten in der Ausgangs- und Zielregion. Pionier-Migranten ziehen Verwandte, Freunde und Nachbarn aus ihrer Heimatregion nach. Teilweise finanzieren sie die Migration und helfen bei der Suche nach einer Beschäftigung. Dieser Prozess kann sich über Jahrzehnte erstrecken und erhebliche Dimensionen annehmen. Krebber präzisiert die Definition von Kettenwanderungen. Er kann belegen, dass Kettenwanderungen nicht grundsätzlich von einer Region in eine andere Region führten, sondern teilweise stark fluktuierten. Die Migranten aus der Gegend um Tuttlingen und Spaichingen bildeten Siedlungsschwerpunkte in verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten und Kanadas. Ursachen für die Zerstreung lagen im unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Profil der Migranten. Doch auch württembergische Netzwerk-Migranten der gleichen Konfession und mit ähnlichem sozialen Status, die zunächst zusammen siedelten, verließen bestimmte Zielregionen nach einigen Jahren und zerstreuten sich weiter. Krebbers detaillierte Analyse über einen längeren Zeitraum zeigt, dass manche Migrationsnetzwerke sehr viel schwächer und kurzlebiger waren als es die bisherige Forschung annimmt.

Die Studie demonstriert eindrucksvoll, warum ein stärker quantitativ ausgerichteter Ansatz bemerkenswerte Ergebnisse erbringen kann. So kann Krebber etwa zeigen, dass die soziale Mobilität für die meisten Personen noch in der Einwanderungsgeneration signifikant war. Der Verfasser geht weit über eine reine Datenanalyse hinaus. Er bewertet die Daten vor dem Hintergrund wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlicher Prozesse. Geschlechtergeschichte wird ebenso behandelt wie Religion. Hier ist anzumerken, dass die Konfession in württembergischen Quellen relativ einfach zu ermitteln ist, in offiziellen amerikanischen Quellen aber grundsätzlich nicht erhoben wurde (und wird). Ein Blick in das Quellenverzeichnis mit einer Auflistung von

Gemeindearchiven in ländlichen Regionen von Texas deutet an, wie mühsam die Recherche gewesen sein muss. Protestanten hatten eine sehr viel höhere Neigung gemeinschaftlich zu siedeln als Katholiken. Pietistische Protestanten schlossen sich vielfach amerikanischen Erweckungsbewegungen und den Methodisten an, während die in Württemberg landeskirchlich organisierten Protestanten bestehenden lutherischen Gemeinden beitraten oder solche selbst gründeten. Während die meisten Protestanten mit landwirtschaftlichem Hintergrund auf dem Land siedelten, zogen Katholiken und Personen mit handwerklichen Kenntnissen eher in amerikanische Städte.

Die Gliederung der Studie folgt dem Prozess der Migration. Die ersten beiden Kapitel beleuchten die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in der Ausgangsregion sowie Formen der Migration, darunter auch von Binnenwanderungsprozessen im deutschen Südwesten. Krebber widmet der (wenig erforschten) Reise zu den Häfen und der Überfahrt ein eigenes Kapitel. Die beiden Hauptkapitel behandeln verschiedene Siedlungen in Nordamerika und den Anpassungsprozess. Die Studie enthält zehn Karten und 42 Tabellen.

Jochen Krebbers Studie steht für eine Hinwendung zur quantitativen Methode in der historischen Migrationsforschung. Der besondere Wert der Arbeit liegt in der Verknüpfung von quantitativer Datenanalyse mit Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Die gut geschriebene Arbeit eignet sich als Einstieg in das Thema deutschsprachige Nordamerikamigration, auch weil sie den aktuellen Forschungsstand im Anhang umfangreich und detailliert erfasst.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

Printmedien als Nationsbildner

Logge, Thorsten: Zur medialen Konstruktion des Nationalen. Die Schillerfeiern 1859 in Europa und Nordamerika, 439 S., V&R unipress, Göttingen 2014.

Diese Gießener Dissertation von Thorsten Logge legt neue Forschungsergebnisse zu zwei Bereichen vor. Sie führt (erstens) die Theoriedebatte in der Nationalismusforschung weiter, indem sie die Rolle von Printmedien in den Prozessen, in denen Vorstellungen von Nation entstehen, untersucht. Nationsbildung wird so als ein

kommunikativer Akt sichtbar, denn die Medien erzeugen einen gemeinsamen Wahrnehmungs- und Handlungsraum, obwohl dessen Akteure unabhängig voneinander handeln. Indem Logge nach der „Medialität der Nation“ fragt, kann er sie als „Medienereignis“ definieren, das die „Nation als performativ konstruierte kollektive Identität“ erschafft (S. 23). Was die Nation sonst noch ist, neben dem Medienereignis, fragt er nicht. Das ist auch nicht seine Aufgabe. Doch wer mit seiner Definition arbeiten will, sollte ihre Grenzen vor Augen haben. Diese thematisiert er nicht, doch sie werden, wenn man darauf achtet, durchaus sichtbar, wenn zum Beispiel die Siedlungsstrukturen der deutschen Einwanderer in Nordamerika und deren Vereinskultur skizziert werden beziehungsweise die infrastrukturellen Grenzen der Medienräume und die Bedeutung politischer oder religiöser Einstellungen für die Wirkungsmöglichkeiten der Schillerfeiern dargelegt werden. Nationsbildung ist offensichtlich mehr als ein Medienereignis. Doch Medien spielen eine zentrale Rolle. Das zeigt Logge überzeugend in dem zweiten Bereich, für den er den bisherigen Forschungsstand auf eine neue Grundlage stellt: die Schillerfeiern von 1859.

Zu diesen Schillerfeiern gibt es eine Reihe von Studien, doch der Autor macht die Feiern erstmals als ein europäisch-nordamerikanisches Gesamt ereignis sichtbar, und zugleich zeigt er die lokalen Besonderheiten der Feiern. Möglich wird dieser umfassende Ansatz, weil er für die Festivitätsorte, die er auswählt, jeweils präzise nach den Akteuren und ihren Zielen, nach den Adressaten und den darauf zugeschnittenen Programmen, nach dem Ablauf des Festes und seinen Bestandteilen fragt und selbstverständlich auch die widersprüchlichen Positionen im Kreis der Akteure beachtet. Diese Akteurs- und Verlaufsanalysen werden ergänzt durch Untersuchungen, welche Rollen die Printmedien jeweils übernommen haben. Sie waren an den meisten Orten unverzichtbar für die Organisation der Feiern. Sie schufen einen lokalen Kommunikationsraum, machten die unterschiedlichen Positionen der Akteure öffentlich und bezogen selber Position. Die Printmedien waren also eigenständige Akteure im lokalen Raum, und meist waren einige auch in den Fest-Komitees vertreten. Dass aus den zahlreichen Feiern in den deutschen Staaten (fünf Städte wurden ausgewählt), im europäischen Ausland (Paris und London) und in Nordamerika (sechs Städte) der Eindruck eines zusammenhängenden Ereignisses entstand, war ausschließlich die Leistung der Zeitungen und

Zeitschriften. Sie formten nicht nur das Bild der lokalen Ereignisse, sondern verknüpften sie zu einem Gesamtbild, in dem sich die Nation als eine Handlungsgemeinschaft erfuhr. Wie die Presse durch ihre Berichte die lokalen Feiern zu einem staatenübergreifenden Gesamttraum deutsche Nation horizontal vernetzte und zugleich bemüht war, auch vertikal die Nation als eine Einheit zu konstruieren, untersucht Logge detailliert. Deutlich werden auch die Grenzen dieser Form von Nationsbildung im Fest.

Zu den Grenzen gehörte die Gender-Linie. Frauen wurden als Publikum integriert, hingegen nicht als Akteure zugelassen. Die Fest-Nation inszenierte sich als eine männliche Handlungsgemeinschaft. In den Komitees waren Frauen nirgendwo vertreten, auch nicht in den nord-amerikanischen Städten; dort gab es jedoch Festwagen, auf denen Frauen und Kinder als Festschmuck zu sehen waren. In Stuttgart blieb selbst die Tochter Schillers vom Festzug ausgeschlossen, während die Männer aus der Schiller-Familie einen Ehrenplatz an der Spitze des Zuges erhielten. Immerhin, die Tochter trat als ‚Archivarin‘ öffentlich hervor. Sie hatte in Zeitungsannoncen mit großem Erfolg um die Zusendung von Programmen und ähnlichem gebeten. Die Sammlung im Literaturarchiv Marbach ist ihr zu verdanken. Zu den Grenzen gehörten auch religiöse Einstellungen. Die religiöse Presse hielt sich meist zurück, auch dies vielfältig differenziert. In Berlin polemisierte die Kreuzzeitung gegen die starke Beteiligung von Juden an der Feier, in Cincinnati, ein reformjüdisches Zentrum, hielt ein Rabbiner eine der Festreden.

Wie die als Handlungsgemeinschaft inszenierte Fest-Nation sozial und politisch zerklüftet war und welche sozialen Filter die Organisatoren einschalteten, um Unerwünschte fernzuhalten und auch diejenigen, die man einbezog, nach sozialen Kriterien zu trennen, zeigt Logge ebenfalls detailliert. Schwerer zu erkennen ist, auf welche Art von Nation die Festveranstaltungen und ihre mediale Inszenierung jeweils zielten. Es gab die preußisch-kleindeutsche Vision, die vom Wiener Hof konterkariert wurde, indem er sich aktiv steuernd im Wiener Fest engagierte, während die Berliner Polizei zunächst eine öffentliche Feier verbieten wollte. Doch im Zentrum stand meist die deutsche Kulturnation, deren Einigkeit unter bildungsbürgerlicher Führung die Feste feierten und die Medien präsentierten. In New York sprach Wilhelm Löwe, 1849 Präsident des Stuttgarter Rumpfparlaments, von „unserer literarischen Nationalität“ (S. 282). In den nordamerikanischen Städten gab man

sich in den Schillerfeiern als Repräsentant einer deutschen Hochkultur, die es zu erhalten gelte, doch auch hier trat man mit unterschiedlichen Botschaften vor die Öffentlichkeit: demokratisch und antifeudal, seltener dezidiert gegen die Sklaverei; doch es gab auch andere Stimmen, die den deutsch-europäischen Raum und den deutsch-amerikanischen strikt trennten. In der Pariser Feier blieb die deutsche Nation „unbestimmt“ (S. 215), Schiller wurde als Kosmopolit vorgestellt.

Die unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen, die in den Schillerfeiern in der Idee Nation zu fassen sind, werden von Logge nicht systematisch analysiert. Wenn man sein Buch in dieser Perspektive liest, wird deutlich, dass die mediale Konstruktion von Nation keineswegs Nationsvorstellungen aus sich heraus erschafft, sondern denen folgt, die es in der damaligen Gesellschaft gab. Das Medienereignis Nation steht in einem vielschichtigen Prozess, wird von diesem geformt und formt ihn. Aus diesem Prozess wählt Logge mit seinem Medienansatz einen aus. Für die Schillerfeiern ist es zweifellos der zentrale. Doch man sollte nicht aus den Augen verlieren: Im Gesamtprozess der Nationsbildung ist der mediale nur einer unter mehreren.

Tübingen

Dieter Langewiesche

Gouvernementalität des portugiesischen Imperiums

Gerstenberger, Debora: Gouvernementalität im Zeichen der globalen Krise. Der Transfer des portugiesischen Königshofes nach Brasilien, 452 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Die Autorin will zwar keine gegen-chronologische Geschichte des luso-brasilianischen Königreichs zwischen 1808 und 1822 schreiben, wohl aber geht es ihr darum, durch eine nicht der Chronologie der Ereignisse folgende Erzählstruktur einem „finalen Determinismus“ (S. 24) entgegenzuwirken und das Ende der imperialen Souveränität nicht notgedrungen aus den Verwerfungen des vorhergehenden Jahrzehnts abzuleiten. Im ersten Hauptteil („Verkehrungen der räumlichen Ordnung“) geht es daher bereits – nach der Skizzierung des Hoftransfers von Lissabon nach Rio de Janeiro 1807/1808 und der ökonomisch bedeutsamen Öffnung der brasilianischen Häfen – um die Liberale Revolution in Portugal (1820) und die brasilianische Unabhängigkeit (1822). Die

erkenntnisleitenden Interessen dieses Teils suchen eine Antwort auf die Frage, unter welchen Voraussetzungen und durch welche Akteure es innerhalb des portugiesischen Machtraums zur Ausprägung einer jeweils neuen räumlichen Ordnung kommen konnte, die maßgeblich mit dem Regierungssitz des Souveräns (Lissabon bzw. Rio de Janeiro) zusammenhing. Bei der Darstellung dieser in der Historiographie bereits wiederholt und ausführlich untersuchten Zusammenhänge geht es der Autorin um eine kritische Prüfung der weitverbreiteten Annahme, damals habe eine „globale Krise“ vorgeherrscht und die entstehende brasilianische Nation sei (ein) Grund für den Zusammenbruch des portugiesischen Imperiums gewesen.

Im zweiten Hauptteil („Ordnung der Verkeh- rung“), dem bei weitem bedeutenderen, wird die Zeit zwischen 1808 und 1822 behandelt, somit jene Periode, in der das luso-brasilianische Reich trotz der Verschiebung des politischen Zentrums eine Einheit bildete; die Herrschaft des Monarchen somit auf beiden Kontinenten Bestand hatte. Der Schwerpunkt liegt dabei gleichgewichtig auf Rio de Janeiro, der „neuen Hauptstadt“, und auf Lissabon, der „verlassenen Hauptstadt“. Dabei werden das Zentrum der Macht und die Staatsmaschinerie des Imperiums (vor allem am Beispiel der Polizei) einer kulturhistorischen Analyse unterzogen. Unter Rückgriff auf Michel Foucault wird die Gouvernamentalität, das heißt die Regierungsweise als Technik zum Überleben des transatlantischen portugiesischen Reiches, in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt; gleichermaßen berücksichtigt werden jene sozialen Praktiken, „die auf beiden Seiten des Atlantiks die Einheit des portugiesischen Reiches und das monarchische Staatssystem gefährdeten sowie jene Herrschaftspraktiken, mit denen die Zentralregierung auf diese Gefahren reagierte“ (S. 30).

Debora Gerstenberger weist darauf hin, dass der Transfer des portugiesischen Königshofes nach Rio de Janeiro die Krönung eines Prozesses war, der Jahrhunderte vorher begonnen hatte. Im konkreten französischen Bedrohungsszenario von 1807 war er zugleich eine Strategie, die wichtigste Kolonie Brasilien zu retten und das Ancien Régime zu erhalten. Die gleichzeitige Öffnung der kolonialen Häfen für das System des Freihandels schuf zudem einen radikal veränderten Wirtschaftsraum. Dass es 1822 schließlich zum Bruch der luso-brasilianischen Einheit kam, hing weniger mit einem entstehenden Nationalbewusstsein zusammen, sondern war von europäischer Seite darauf zurückzuführen, das Imperium

auf dem Stand von vor 1808 wiederherzustellen und zu erhalten (Zentralität Portugals, Beendigung des Freihandels mittels Monopolen). Auf brasilianischer Seite ging es indes darum, die seit 1808 erlangten Privilegien und den Freihandel zu bewahren.

Im zweiten Hauptteil werden die imperiale Einheit und die Beibehaltung der Monarchie zwischen 1808 und 1821 näher beleuchtet. Im Mittelpunkt stehen die alltäglichen Herrschafts- und Machttechniken; dabei werden die Praktiken der Polizei in den beiden Zentren Lissabon und Rio de Janeiro mit der Gouvernamentalität des Imperiums in Verbindung gesetzt. Ausführlich wird (für Rio de Janeiro) auf die französische und die hispanoamerikanische „revolutionäre“ Gefahr und ihre Bekämpfung durch die Polizei eingegangen, auf die Überwachung der Bewegung von Individuen innerhalb des brasilianischen Territoriums, auf polizeiliche Vigilanz- und Bestrafungspraktiken gegenüber den Sklaven, auf die neuen strikteren Kategorisierungen der Bevölkerung nach Hautfarbe, auf die Strategie der staatlichen Autoritäten im Umgang mit britischen Diplomaten und Kaufleuten – alles wichtige Bestandteile der imperialen Regierungsweise zum Erhalt des Ancien Régime in den Tropen. Für Lissabon wiederum werden die Mittel der Regierenden untersucht, die Souveränität des ausgewanderten Königs, das politische System und die territoriale Integrität des Königreichs, somit das Überleben Portugals zwischen 1808 und 1821. Im Einzelnen wird die Polizeieintendanz mit ihren Kompetenzen vorgestellt, sodann auf deren Verhältnis zur napoleonischen Besatzungsmacht und zum „Volk“ eingegangen; auch im portugiesischen Fall kam es zur verstärkten Kontrolle der Zirkulation von Individuen im Lande, und das Staatsterritorium wurde vor „schädlichem“ ausländischen Einfluss abgeschottet.

Die Analyse der Herrschaftspraktiken während der Schlussphase des Ancien Régime führt Gerstenberger zu Schlussfolgerungen, die sie als Thesen formuliert und in größere Kontexte einbettet. So gelangt sie erstens zu dem Ergebnis, dass es aus Sicht der Herrschenden nicht nationale Bewegungen waren, die das portugiesische Imperium zu Fall brachten beziehungsweise die luso-brasilianische Einheit zerstörten, sondern andere Faktoren wie „das Volk“ oder die „öffentliche Meinung“, wenn diese in Kontakt mit der „revolutionären“ Außenwelt kamen (womit sich die Abschottungsbestrebungen erklären lassen). Zweitens betont sie, die Herrschenden wurden von „Souveränitätspanik“ wegen des möglichen

Eindringens vermeintlich global gültiger politischer Ideale in den eigenen Machtraum erfasst und diese verstärkten Nationalisierungs- und Territorialisierungsprozesse, so dass sich zugespitzt formulieren lässt, „Nationen“ seien unintendiert im Kampf der Herrschenden gegen „Globalisierungstendenzen“ entstanden. Und drittens schließlich hebt die Autorin hervor, die „globale Krise“ sei nicht zuletzt im Innern des Staates durch die portugiesischen Autoritäten und deren Herrschaftspraktiken und Machttechniken selbst produziert worden.

Im Rahmen einer Rezension lassen sich leider unmöglich sämtliche Argumentationsverästelungen, alle inhaltlich neuen Erkenntnisse und die theoretisch-methodischen Überlegungen, die der Studie zugrunde liegen, detailliert wiedergeben. Obige Ausführungen dürften aber deutlich gemacht haben, dass die Dissertation von Debora Gerstenberger nuanciert argumentiert, theoretisch die neuesten Ansätze berücksichtigt, empirisch solide abgesichert ist und sprachlich differenziert operiert. Die Untersuchung, die 2012 mit dem ADLAF-Dissertationspreis ausgezeichnet wurde, stellt einen innovativen Beitrag zur Geschichte der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen am portugiesisch-brasilianischen Beispiel dar, der bei zukünftigen Studien – zu denen die Autorin abschließend viele Anregungen gibt – berücksichtigt werden muss.

Erlangen-Nürnberg Walther L. Bernecker

Visionen der Emigranten

Kreuzenbeck, Nora: Hoffnung auf Freiheit. Über die Migration von African Americans nach Haiti, 1850–1865, 320 S., transcript, Bielefeld 2014.

In den Jahrzehnten vor dem Amerikanischen Bürgerkrieg lebte eine nicht unerhebliche Zahl von freien Afroamerikanern in den Vereinigten Staaten. Die Volkszählung von 1860 registrierte am Vorabend des Krieges sogar mehr freie Afroamerikaner in den Südstaaten (262.000) als in den Nordstaaten (226.000). Diesen 488.000 freien Afroamerikanern standen fast vier Millionen Sklaven in den Südstaaten gegenüber. „Frei“ war indes ein höchst ambivalenter Begriff. Abgesehen von zahlreichen Diskriminierungen und Einschränkungen war der rechtliche Status dieser Menschen ungeklärt. Amerikanische Diplomaten im Ausland weigerten sich wiederholt, freien

Afroamerikanern Pässe auszustellen oder ihnen diplomatischen Schutz zu gewähren.

Die Beschränkung der Bürgerrechte von freien Afroamerikanern stand in krassem Widerspruch zu den inklusiven Idealen der Unabhängigkeitserklärung und der amerikanischen Verfassung. Die Erfurter Historikerin Nora Kreuzenbeck demonstriert am Beispiel der wenig bekannten Migrationsbewegung von Afroamerikanern aus den Vereinigten Staaten nach Haiti in der Dekade vor dem Bürgerkrieg, wie sich afro-amerikanische Männer und Frauen mit ihrem ungeklärten Status auseinandersetzten. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts emigrierten hunderte freigelassener Sklaven und freier Afroamerikaner nach Westafrika, insbesondere in den von Afroamerikanern mitgegründeten Staat Liberia, und nach Haiti. Die Emigration nach Haiti zwischen 1850 und 1865 umfasste nur kleinere Gruppen; aber sie ist besonders interessant, weil es zahlreiche Selbstzeugnisse der (potentiellen) Auswanderer, von Befürwortern und Gegnern der Emigration gibt. Diese bilden die Grundlage der Studie.

Die Diskussionen über eine Emigration trat 1850 in eine neue Phase ein. In diesem Jahr verabschiedete der Kongress den „Fugitive Slave Act“ als Preis für das Zugeständnis der Südstaaten Kalifornien als „freien“ Staat (d. h. frei von Sklaverei) in die Union aufzunehmen. Dieses Gesetz verpflichtete alle Amerikaner, auch in den Staaten, welche die Sklaverei abgeschafft hatten, entlaufene Sklaven an ihre rechtmäßigen Besitzer auszuliefern. Letztere hatten von Gerichten im Norden, waren sie einmal verhaftet worden, kein Einspruchsrecht. Obwohl es zahlreiche Proteste gegen das Gesetz gab, bereits verhaftete Sklaven wieder befreit wurden, und Flüchtlinge von engagierten Gegnern der Sklaverei, sogar von Gerichten im Norden geschützt wurden, bedeutete der „Fugitive Slave Act“ auch für freie Afroamerikaner eine große Gefahr. Ihnen drohte eine willkürliche Verhaftung und Auslieferung als angeblich entlaufene Sklaven. Ihr ohnehin unsicherer Status war noch prekärer geworden.

Auf Basis von verschiedenen Quellen, nicht zuletzt Reiseberichten, untersucht die Autorin das Selbstverständnis und die Visionen der (potentiellen) Haiti-Auswanderer aber auch von Gegnern der Emigration im Jahrzehnt vor dem Bürgerkrieg. Haiti hatte, wie Kreuzenbeck mehrfach eindrücklich demonstriert, einen hohen symbolischen Stellenwert für freigelassene Sklaven und ihre Nachkommen, aber auch für Anhänger der Sklaverei. Schließlich hatten sich Sklaven im westlichen

Teil von Santo Domingo selbst emanzipiert und einen schwarzen Nationalstaat gegründet. Diese Erfahrung war für Befürworter der Sklaverei ein Menetekel, aber sie war auch mit großen Hoffnungen für Afroamerikaner verbunden.

Die vier Kapitel der Studie behandeln die Hauptaspekte der Emigration: die Debatten im Vorfeld der Emigration nach Haiti und die wichtigsten Protagonisten der Bewegung, verschiedene Wahrnehmungen und symbolische Bedeutungen von Haiti als schwarzer Nation, Vorstellungen gemeinschaftlichen Lebens in Haiti, und im abschließenden Kapitel eine Analyse von mehreren Reiseberichten von Emigranten und Besuchern. Die überarbeitete Dissertation hätte von einem guten Lektorat profitiert. Obwohl die Autorin flüssig schreibt und gut strukturiert, enthalten vor allem die überlange Einleitung aber auch die Kapitel zu viele umständliche Reflektionen auf die jeweils folgenden Passagen.

Der sehr knappe Ausblick auf das komplizierte Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Haiti bis in die jüngere Gegenwart auf den letzten sechs Seiten des „Fazit“ ist zu oberflächlich und holzschnittartig geraten. An dieser Stelle wäre es sinnvoller gewesen, die Positionen von Afroamerikanern im 20. Jahrhundert zu bewerten, anstatt Kommentatoren wie David Brooks (unfairerweise aus Sicht des Rezensenten) in eine „rassistische Tradition“ einzuordnen. Diese Kritik soll aber die Leistung der Autorin nicht schmälern. Im Rückblick verdienen nicht zuletzt die Remigranten hohen Respekt. Sie gingen in vielen Fällen deshalb in die Vereinigten Staaten zurück, weil sie sich als Amerikaner verstanden. Von ihrer festen Überzeugung, dass die inklusiven amerikanischen Ideale für alle Amerikaner gelten, lässt sich eine wichtige Verbindungslinie zur Debatte über Bürgerrechte einhundert Jahre später ziehen.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

Victorian Media History

Hewitt, Martin: *The Dawn of the Cheap Press in Victorian Britain. The End of the 'Taxes on Knowledge', 1849–1869*, 320 S., Bloomsbury, London 2013.

“The Dawn of the Cheap Press in Victorian Britain” brings together print and political as well as social and everyday history when looking at the mechanisms at work during the mid-Victorian repeal of

the taxes of knowledge. Critics have only sparsely addressed the anti-taxes movement and tended to consider it with radical politics and a Victorian cross-class rhetoric in mind. Hewitt’s conclusive study presents a diverse take on this under-researched period of the press taxation repeal at mid-century: Making use of a vast array of sources, Hewitt considers the sectional, fiscal and parliamentary arena, and balances this with observations on the print market’s commercial interests.

The volume roughly follows a chronological setup while single chapters view the repeal of the taxes of knowledge from different perspective. “Setting the Scene” (chapter 1) first introduces the four taxes of knowledge (i.e. importation of foreign books, advertisement duty, newspaper stamp, and paper duty) within the 1830s legislation; it then describes the metropolitan and provincial press during the later 1840s when taxation meant “a very considerable obstacle to profitability”, allowing “only a third of the 600 [provincial] newspapers [...] to break even” (p. 14) while “The Times” dominated the (metropolitan) press. From this background, Hewitt turns in the next two chapters to the extra-parliamentary anti-taxes movement during the 1840s up to 1861. Chapter 2 looks at the origin of the repeal movement in Manchester School Chartism with the People’s Charter Union which in 1849 turned into the Newspaper Stamp Abolition Committee (NSAC). The NSAC, again, was in 1851 absorbed into the Association for the Promotion of the Repeal of the Taxes on Knowledge (APRTOK) which is the focus of chapter 3. Hewitt discusses APRTOK as a mid-Victorian “pressure group” or a “lobbying organization” (p. 44) which used innovation such as ridicule and irony “to wear down the will of government and officials” by “drawing out the inconsistencies and illogicalities of the legislation and its implementation to undermine the state’s claim to competence and fairness” (p. 45).

The different associations, as Hewitt notes, were only vaguely distinct in their arguments; and they were also linked in personnel, above all Collet Dobson Collet, who served as secretary for all three. Collet in 1899 published “History of the Taxes on Knowledge” which together with James Curran’s 1978 “The Press as an Agency of Social Control” still forms the standard source on the repeal. Hewitt indicates, however, that both sources remain to some extent biased: Curran focuses on the taxes of knowledge as an instrument of capitalist control concerning the socialization of the working classes and only considers a “narrow range of source materials” (p. 3) – such as Collet’s “History” – thereby echoing the rhetoric

against the taxes of knowledge intrinsic to such a work written by one of the key figures in the movement. Hewitt, on the other hand, in chapter 2 – as well as in other places – nicely highlights the different agendas pro and contra the repeal and concludes that while the anti-taxes movement originating from Chartism “invoked the repeal [...] as a basis for cross-class alliance” (p. 15), “suspicion of the broad rhetoric of ‘taxes of knowledge’ was wide-spread” (p. 18).

In chapters 4 and 5 on the repeal of the advertising, stamp and paper duties from 1851 to 1861, Hewitt further expands his political history perspective on the repeal to the anti-taxes associations’ influence on and interaction with legislation and national budgets during Disraeli’s and Gladstone’s chancellorships, especially emphasising Gladstone’s engagement for the abolishment of the taxation. Hewitt not only outlines parliamentary legislation’s bearing on price and content but also size and distribution of periodicals. On the other hand, he indicates how political events – such as the Crimean War – influenced the demand for news and, hence, induced a shift in the market towards cheap papers.

The influence of the taxes’ repeal on the cheap press in general is further explicated in chapters 6 and 7 with more focus on commercial aspects of print culture. Here the author presents in book-history and periodical-studies fashion a large number of helpful tables and figures on the press’ development after the repeal. He observes a stability of elements (such as a continuation of main titles, newspaper layout as well as genres and forms of journalism). On the other hand, he notes a number of changes in the market such as an expansion of local metropolitan titles and the publication of new provincial titles in previously untapped towns; a shift in publication frequency (from weekly to daily), prices and paper size; and also changes in reading patterns due to papers’ increased affordability and availability. Hewitt exemplifies his ideas by bringing together his findings in a specific case study on the “Morning Star” (chapter 7), which became known as the “official mouthpiece of the ‘Manchester School’” (p. 143), and he concludes the volume with an outlook on further developments of press regulation in the late 1860s up until 1870 in the two final chapters.

The volume features an extensive bibliography as well as an index for the cursory reader, and as almost 100 pages of endnotes show, Hewitt has conducted elaborate original archival research (on parliamentary papers, newspapers and periodicals as well as manuscript collections) for his

comprehensive study. The book is overall well written and well researched, yet readerly guidance could at instances have been increased: a chronological overview of key events (such as the various parliamentary bills) is missing, the “Prologue” fails to outline the volume’s structure, some chapters show repetitions in their organisation, and the text displays some annoying doubling of prepositions and syntactical errors. Yet these minor cosmetic deficiencies do not impair the impression that Hewitt’s “Dawn of the Cheap Press” is an important addition to Victorian media history.

Freiburg i. Br.

Doris Lechner

20. JAHRHUNDERT

Republikanisches Weltkriegsgedenken

Ziemann, Benjamin: Contested Commemorations. Republican War Veterans and Weimar Political Culture, 328 S., Cambridge UP, Cambridge 2013.

Obwohl die Weimarer Republik nach 1990 in der Chronologie der politischen Systeme auf dem Weg in die Gegenwart einen Platz einbüßte, bleibt die Frage nach der Stabilität und dem Zerfall der ersten deutschen Demokratie aktuell. Autoren wie Thomas Mergel und Peter Fritzsche äußerten Zweifel an dem Narrativ von „relativer Stabilisierung“ und anschließender Krisenverschärfung der Weimarer Republik, wie es insbesondere von Heinrich August Winkler in seinen Arbeiten zur Weimarer Republik ausgeführt worden war. Diese neueren Beiträge verweisen auf die Vielfalt der politischen Kultur und die Chancen, die dem Parlamentarismus und genereller dem Projekt Weimar innewohnten. In diese Richtung argumentiert auch die Studie von Benjamin Ziemann „Contested Commemorations“, in der er die republikanische Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und seine Toten zwischen 1918 und 1933 untersucht. Ziemann interessiert sich für die republikanische Sinngebung von Kriegseinsatz, Kriegstoten, Kriegsniederlage, Revolution und Republik. Welche Deutungsmuster, welche symbolischen Praktiken entwickelten die republikanischen Veteranenverbände? Wie verbanden sie die Erinnerung an den Weltkrieg mit dem Kampf für die Republik? Wie erfolgreich waren sie damit?

Methodisch geht Ziemann davon aus, dass sich anhand der Breite und Tiefe der Erinnerung an den Weltkrieg die Nähe und Ferne zum republikanischen Projekt abmessen lässt. Die Weltkriegserinnerung wird so zum Kampfplatz zwischen den Republikanhängern und ihren Gegnern. Die Erinnerung an den Weltkrieg war mehr als „contested“, sie war bitter umkämpft. Dieser Kampf war nach Ziemann offen: „The history of the Weimar republic cannot simply be written as a narrative of tragic demise“ (S. 7). Wenn Ziemann das republikanische Weltkriegsgedenken in den Mittelpunkt seiner Studie rückt, vermisst er die Kräfteverhältnisse zwischen den Anhängern und den Gegnern der Weimarer Republik neu. Gerade die republikanische Weltkriegserinnerung fristete bisher – bis auf die ältere Dissertation von Karl Rohe – ein Schattendasein gegenüber dem „Stahlhelm“ und der „Dolchstoßlegende“. Ziemann schließt sich jüngeren Arbeiten an, die davon ausgehen, dass es in Weimar keine einzige und dominierende Erzählung des Ersten Weltkrieges gab, sondern zahlreiche, die einander widersprachen, aber auch berührten. Erst die Nationalsozialisten beendeten gewaltsam diese Konfliktgeschichte der Erinnerungen.

Ziemann nähert sich in sieben Kapiteln der republikanischen Weltkriegserinnerung an. Im Zentrum stehen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Während das Reichsbanner sozialdemokratisch war, die Republik verteidigte, aber auch viele Veteranen umfasste, wollte der Reichsbund explizit an den Weltkrieg und seine Toten erinnern. Besonders am Beginn der Weimarer Republik herrschte nach Ziemann noch das „linke“ republikanische Narrativ vor und war noch keineswegs von der rechtsnationalen Dolchstoßlegende verdrängt worden. Im ersten Kapitel legt er dar, wie Reichsbanner und Reichsbund an den wilhelminischen Obrigkeitsstaat erinnerten, der 1918 von Demokratie und Republik abgelöst wurde. Die republikanischen Veteranen waren damit Zeugen eines legitimen Untergangs des Obrigkeitsstaates wie auch der Legitimität der Weimarer Republik. Das zweite und dritte Kapitel gilt dem Reichsbanner beziehungsweise dem Reichsbund. Im vierten Kapitel schildert der Autor das öffentliche Gedenken an den Weltkrieg. Die Suche nach einem nationalen Weltkriegsdenkmal und nach gemeinsamen Erinnerungssymbolen wie dem „Unbekannten Soldaten“ steht im Mittelpunkt des fünften Kapitels. Das sechste Kapitel beschreibt die Rolle des Pazifismus unter

den Veteranen. Das letzte Kapitel gilt schließlich der Rolle der Massenmedien in der Erinnerung an den Krieg, besonders am Ende der Weimarer Republik.

Benjamin Ziemann arbeitet heraus, dass das Reichsbanner mit seinen 600.000 (1925/26) und der Reichsbund mit seinen 830.000 Weltkriegsveteranen (1922) eine weitaus wichtigere Rolle im Kampf für die Republik spielten als bisher angenommen. Die republikanische Weltkriegserinnerung war umfangreicher und auch erfolgreicher als es das Weimarer Krisennarrativ will. Sie konzentrierte sich auf das Leiden und den schlussendlichen Sieg über den preußischen Militarismus. Nicht die linken Parteien in der Heimat, sondern die Offiziere in der Etappe hätten die einfachen Soldaten verraten. Selbst ein gemäßigter Sozialdemokrat wie Philipp Scheidemann sprach noch 1926 mit Schaum vor dem Mund über die Kriegsgerichtsbarkeit und das Wüten der Offiziere gegen die Mannschaften. Die Konsequenz daraus konnte nicht Revanchismus, sondern nur Internationalismus sein. Der Verfasser beschreibt die republikanische Erinnerungsarbeit anschaulich anhand von republikanischen Weltkriegsveteranen wie unter anderem Fritz Einert, Martin Hobohm, Paul Freiherr von Schoenaich, Berthold von Deimling, Hermann Schützinger und Karl Mayr. Einert wünschte sich am 11. Mai 1918 in einem Brief an seine Eltern nichts mehr als die Befreiung aus dem „preußischen Gefängnis“. Martin Hobohm war einer der ganz wenigen Reichsarchivare, die sich aktiv für die Republik und gegen die Dolchstoßlegende einsetzten. Von Schoenaich, von Deimling, Schützinger und Mayr gehörten zu den pazifistisch gesinnten Offizieren, die – oft der DDP nahe stehend – die Arbeit des Reichsbanners unterstützten.

Die Ursachen für ihr schlussendliches Scheitern sieht Ziemann zum einen im Ausschluss von Frauen und generell von weiblicher Erinnerung aus dem republikanischen Weltkriegsgedächtnis, zum anderen darin, dass die Weltkriegserinnerung nicht in ein aktives Bekenntnis zur Republik und eine sinnvolle und kommunizierbare Akteursrolle der Veteranen übersetzt werden konnte.

Ein Juwel seiner Arbeit sind die Ausführungen über den „einfachen Soldaten“, der eine Art gemeinsamer Nenner der gesamten republikanischen Erinnerungskultur darstellte, während der „Stahlhelm“ die Perspektive der Offiziere und des Generalstabs einnahm. Diesen Vorteil wussten Reichsbanner und Reichsbund jedoch nicht strategisch im Sinne der Republikstabilisierung von unten zu nutzen. Zur nationalsozialistischen

Gegenfigur wurde schließlich der „einfache Gefreite“ Adolf Hitler, der die Weltkriegserinnerung zunehmend auf seine Person hin zuschnitt.

Kann Benjamin Ziemann seine über den Gegenstand hinausreichende These der bisher übersehenen Chancen des Projektes Weimarer Republik damit plausibilisieren? Ja und Nein. Ja, weil die politische Weltkriegserinnerung bisher besonders vom Blick auf „Stahlhelm“ und die recht nationalen Verbände geprägt war. Jetzt liegt eine Studie zu ihrem republikanischem Widerpart vor, die aus dem Blickwinkel der Kulturgeschichte des Politischen geschrieben ist, performativen Akten endlich ihre Bedeutung zukommen lässt und generell die Weltkriegserinnerung aus ihrer Engführung mit den Feinden von Weimar befreit. Die Zweifel rühren dann aber daher, dass Politik nicht in der Kulturgeschichte des Politischen aufgeht, sondern politisches Handeln bedeutet. Das aber impliziert Wahlen, Mehrheiten und Regierungen. Die politischen Parteien, die die Verfassung von Weimar schrieben, die ersten Kabinette bildeten und den Konsens der frühen Gründungsphase trugen, verloren am 6. Juni 1920 ihre Drei-Viertel-Mehrheit im Reichstag, um sie nie wieder zu gewinnen. Gerade dieser frühe Zeitpunkt des Machtverlustes der Verfassungsparteien deutet aber auch darauf hin, dass die Kritik an der Weimar Verfassungsordnung nicht auf Hitler zulaufen musste.

Fribourg

Siegfried Weichlein

Neue Studien zur Novemberrevolution

Führer, Karl Christian u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, 466 S., Klartext, Essen 2013.

Die Forschung zur Revolution 1918/19 liegt in einem ‚Dornröschenschlaf‘. Dass die ‚schlafende Schöne‘ weiterhin Forschungspotential bietet, zeigt der vorliegende Band, in dessen Fokus die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) und das Ruhrgebiet stehen. Grußworte und ein Forschungsüberblick von Jürgen Mittag leiten ihn ein. Die folgenden 20 Beiträge gliedern sich in sechs Kapitel. Den Kontext von Gewerkschaften und Revolution eröffnet Thomas Welskopp mit einem Aufsatz über die sozialen Voraussetzungen der Gewerkschaften bis zum Ersten Weltkrieg. Den Erfahrungen, die das Handeln der Gewerkschaftler festlegten, die ZAG zu gründen, geht Klaus

Schönhoven nach. Ausgehend von den Kriegsjahren arbeitet er heraus, wie sich in den Augen der Gewerkschaftsspitzen eine Kooperation von Kapital und Arbeit angebahnt hatte, die sie nun auf Dauer stellen wollten. Sozialwissenschaftlich geht der vielschichtige Beitrag von Walther Müller-Jentsch vor, der langfristige Trends des Korporatismus mit Bezug auf die ZAG diskutiert.

Ereignisse und Strukturen vor und während der Revolution beleuchtet das nächste Kapitel. Wilfried Rudloff resümiert die Arbeitergeschichte des Ersten Weltkrieges anhand der Arbeitsverhältnisse und der Ernährungslage. Zudem erörtert er einen bisher kaum erforschten Aspekt: den Wandel der Beziehungen zwischen Arbeiterorganisationen und Staat in den Kommunen. Welches Dilemma die Anerkennung der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor mit sich brachte, schildert Ottokar Luban an den Streikwellen im Krieg. Die Entfremdung zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsbürokratie ging auch nicht spurlos am Deutschen Metallarbeiterverband vorbei, was Willy Buschak am Aufstieg der Opposition um Robert Dißmann zeigt. Dagegen stellte die Gewerkschaftsjugend nie einen Unruheherd dar. Wie sie in eine auf Besserung der betrieblichen Arbeit abzielende Praxis integriert wurde, führt Kund Andresen aus. Jürgen Jenko klärt, wie der Anarcho-Syndikalismus nach 1918 zur Massenbewegung an der Ruhr wurde.

Eine neue Perspektive eröffnet das Kapitel „Gewerkschaftshandeln im Widerstreit“ mit einem Aufsatz Klaus Weinhauers, der sich der Arbeitswelt des Hamburger Hafens zwischen 1916 und 1924 widmet. Im Lichte eines Ansatzes, der auf sozialkonstruierte (räumliche) Ordnungen abzielt, erfasst er das Nebeneinander von zentralistisch-staatsnahen und lokal-staatsfernen Ordnungsvorstellungen. Der Sozialisierungsfrage spürt Jürgen Mittag nach. Einprägsam schildert er die Verbindungen zwischen den Ereignissen in Berlin und denen an der Ruhr. Es ist bekannt, dass die sozialpolitische Ausgestaltung der Weimarer Republik bereits 1920 ins Stocken geriet. Wie begrenzt der Einfluss der Gewerkschaften in dieser Zeit war, umreißt Michael Ruck an der Kontroverse um eine Verordnung über das Schlichtungswesen. Mit ihrem Erlass im Oktober 1923 wurde schließlich eine Zwangsschlichtung eingeführt, welche die Staatskompetenzen auf Kosten einer tarifautonomen Regelung der Arbeitsbeziehungen erweiterte. Rudolf Tschirbs wendet sich dem Betriebsrätegesetz von 1920 zu und fragt, warum es immer wieder an vorgeblichen räte-demokratischen Alternativen gemessen und den

Gewerkschaften in diesem Zusammenhang ein Verrat an der Räteidee vorgeworfen werde. Es sei ein Irrtum, dass es in der „Weimarer Republik auf der Basis rätendemokratischer Institutionen zu einem Dritten Weg zum Sozialismus hätte kommen können“ (S. 277). Der Konflikt zwischen Rätebewegung und Gewerkschaften um die Betriebsräte müsse als ein Kampf um alles oder nichts begriffen werden. Eine Sicht, die nicht jeder teilen wird.

Zwei biographische Zugänge beinhaltet das Kapitel über „Gegner und Partner der Arbeiterbewegung“. Dem Wandel des Direktors der Elberfelder Farbenwerke, Carl Duisberg, von einem Gewerkschaftsgegner zu einem Fürsprecher eines sozialpartnerschaftlichen Modells in der Revolution, verfolgt Werner Plumpe. Dabei beeinflusste Duisberg, der von sich sagte, „ich bin Opportunist und passe mich den Verhältnissen an“ (S. 296), stark die Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie, die zu einer wenig bekannten Ausnahme für eine funktionierende Arbeitsgemeinschaft wurde. Die Novemberrevolution in Essen als Kreuzungspunkt zweier Lebensläufe bearbeitet Klaus Wisotzky. In einem Doppelporträt stellt er das Mitglied des Essener Arbeiter- und Soldatenrates Fritz Baade und den völkischen Zeitungsmogul Theodor Reismann-Grone vor. Eine Neubewertung der Unternehmensgeschichte regt Kim Christian Priemel an. Zu einseitig sei sie bisher auf den Wandel der Arbeitsbeziehungen im Zuge der Revolution bezogen worden, was zu einer Vernachlässigung einer Vielzahl von Problemen geführt habe, vor die sich die Unternehmer gestellt sahen (wie dem Kollaps von Absatzmärkten).

Spiegelungen der Revolution enthält das vorletzte Kapitel. Joachim Schröder legt dar, wie die französischen Sozialisten die Revolution sahen. Verbänden sich zunächst große Hoffnungen mit ihr in der Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO), gewannen bald die Zweifel an einem Wandel in Deutschland die Oberhand. In der Folge wurde die USPD zum Vorbild der SFIO. Die deutsche Revolution als Faktor in Japan analysiert Jan Schmidt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Berichte über die deutschen Ereignisse von fortschrittlichen Kräften als Drohkulisse aufgebaut wurden. Wie die französischen begrüßten auch die japanischen Sozialisten die Revolution mit Zuversicht. Ähnlich groß war dann die Ernüchterung über deren Verlauf. Mit der überwiegenden Ablehnung der Revolution in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik befasst sich Bernd Faulenbach, der eine übersichtliche Skizze hierzu vorlegt.

Kulturgeschichtliche Beiträge versammelt das letzte Kapitel. Klaus Tenfelde geht der gespaltenen Denkmalskultur zum Ruhraufstand nach und Gertrude Ceppl-Kaufmann untersucht die Entstehung einer Ruhrgebietsliteratur in den 1920ern, die zwar keine neue ästhetische Avantgarde dargestellt, wohl aber eine Neuentdeckung des Menschlichen beinhaltet habe.

Das Buch bereitet Freude. Die Beiträge sind insgesamt anregend, oft theoretisch elaboriert und gespickt mit Forschungsdesideraten. Vor allem hilft die Lektüre, diverse Aspekte der ZAG in neuem Licht zu sehen. Es bleibt zu wünschen, dass unter (jungen) Historikern und Historikerinnen ein neues Interesse an der einst so kontrovers diskutierten Novemberrevolution entsteht. Immerhin, ein großes Jubiläum steht in wenigen Jahren bevor.

Uslar

Alexander Wierzock

(Jung-)Konservatismus in der Weimarer Republik

Postert, André: Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, 536 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Weimar ist eine Demokratie ohne Demokraten oder eine Republik ohne Republikaner gewesen. Diese Dikta greifen ohne Zweifel zu kurz, verdeutlichen aber einen grundsätzlichen Missstand. Klarer wird das Bild schon wenn man mit Heinrich August Winkler und seiner epochalen „Geschichte des Westens“, mit Karl Dietrich Brachers „Die Auflösung der Weimarer Republik“ oder mit Kurt Sontheimers „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“, einen fehlenden Grundkonsens und eine zum Teil gesellschaftliche akzeptierte autoritäre und totalitäre Zerdrückung der jungen Demokratie von rechts und links konstatiert. Ironischerweise ist die parteiseitige Entwicklung, trotz der Ablehnung des Parlamentarismus, über Jahrzehnte das dominante Thema in der Forschung gewesen. Für die außerparlamentarischen Strömungen standen darüber hinaus lange Zeit die zu den Extremen gehörenden Unterstützer, besonders der Nationalsozialisten, im Mittelpunkt. Die (jüngeren) konservativen Kreise wurden in diesen Analysen dann immer als Vorläufer oder werdende oder bereits seiende

Hitler-Anhänger vereinnahmt. Zusätzlich befördert wurde eine solche Rezeption durch scheinbar ikonische Werke wie Arthur Moeller van den Brucks „Das dritte Reich“.

Mit „Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition“ liefert André Postert einen substantiellen und differenzierten Beitrag zur politischen Strömung des Jungkonservatismus. Dabei stellt er ihr Werden und Wirken in der Weimarer Republik unter die Frage inwieweit „außerparlamentarische Strömungen zur Destabilisierung und Delegitimierung der republikanischen Ordnung [beigetragen haben], obwohl sie im Klima intellektueller und politischer Orientierungslosigkeit mit neuen, oftmals überraschenden Politikmodellen die Eröffnung eines alternativen Wegs abseits der Parteien versprochen“ (S. 13). Die Arbeit wurde 2013 als Dissertation im Fachbereich Geisteswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen angenommen und von Wilfried Loth und Dirk Blasius begutachtet. Aktuell ist sie in der von Eckart Conze, Philipp Gassert, Peter Steinbach und Andreas Wirsching herausgegebenen Reihe „Historische Grundlagen der Moderne“ erschienen.

In der Struktur stellt der Autor nach der Einleitung zunächst die „Wahrnehmung politischer Gegenwart und Kritik der Parteien“ dar. Dieser Abschnitt verdeutlicht dem geneigten Leser in was für einem intellektuellen Umfeld und in welcher Art von Meta-Diskurs die Jungkonservativen sich letztlich bewegten.

Ein zweiter Schritt ist dann die Erörterung der „Modelle und Konzepte des Jungkonservatismus“. Hierbei werden, nach einigen Ausführungen zu Formen von politischen Vergemeinschaftung in der Weimarer Republik, im Detail fünf „Klubs“ und eine „Gesellschaft“ in ihrer Entwicklung und ihren Aktivitäten dargestellt. Im Einzelnen werden der Juniklub, der Deutsche Herrenklub, seine Ableger, der Volksdeutsche Klub, der Jungakademische Klub und die Fichte-Gesellschaft anhand von zahlreichen Archivmaterialien betrachtet. Der in diesen Abbildungen integrierte Zeitstrahl wird in den letzten beiden Hauptteilen des Buches aufgegriffen und fügt sich in ein ganzheitliches Bild; zum einen der Isolation der Bewegung zunächst in Fundamentalopposition zur Republik, aber umso stärker politischen Handlungsvorschlägen allgemein und zum anderen ihre Auflösung im Nationalsozialismus.

Abgeschlossen wird der Band von einem relativ kurzen Resümee, einem Quellen- und Literaturverzeichnis sowie einem Register. In ersterem stellt der Autor zunächst die Anschlussfähigkeit

seiner Studie an die Gegenwart fest und konstatiert: „Wer sich bloß in Negation zurückzieht und so einen fundamentaloppositionellen Standpunkt einnimmt, der wird nicht produktiv, sondern bloß destruktiv wirken können“ (S. 500).

Postert legt mit seiner umfangreichen und materialreichen Studie zur jungkonservativen Bewegung in der Weimarer Republik eine gut lesbare Erweiterung des Forschungsstandes vor. Durch die direkte Auseinandersetzung mit den älteren Arbeiten und dem kritischen Umgang mit ihnen, gelingt es ihm, das Bild der Kritik an Parteien, Parlamentarismus und Republik aus dem konservativen Lager deutlich zu differenzieren. Formal entspricht die Publikation, zumal als Hardcover, den fachlichen Standards und bietet eine sehr gute Haptik.

Die hervorragende Rezipierbarkeit der Arbeit sollte dem Beitrag eine breite Leserschaft, nicht nur in der Geschichtswissenschaft sondern gerade auch in der Politikwissenschaft, sichern. Sein Analysedesign lässt sich ohne Zweifel auch auf die Gegenwart und die omnipräsente Kritik an den Parteien beziehungsweise die aktuellen Krisendiskurse anwenden.

Rostock

Christian Nestler

Attraktion des Nationalsozialismus

Brockhaus, Gudrun (Hrsg.): Attraktion der NS-Bewegung, 341 S., Klartext, Essen 2014.

Seit den 1990er Jahren hat die historische Forschung die breite Attraktion der NS-Bewegung herausgearbeitet. Diese war zuvor zwar nicht verkannt, aber letztlich doch aus sozioökonomischen Spannungen und mentalen Altlasten abgeleitet worden. Statt der „Panik im Mittelstand“ (Theodor Geiger) oder „Lähmung“ und „Orientierungslosigkeit“ (Detlev Peukert) wird nun betont, wie selbstbewusst und aktivistisch nationalistische Deutsche in der Weimarer Republik auftraten. Peter Fritzsche und andere haben gezeigt, dass diese Nationalisten seit Mitte der 1920er Jahre nach einer durchschlagkräftigen politischen Vertretung suchten und sie schließlich in der NSDAP fanden. Doch wie Nachfrage und Angebot genau aussahen und zusammenhingen, bleibt Gegenstand intensiver empirischer und konzeptioneller Auseinandersetzung. Gudrun Brockhaus hat nun eine Reihe einschlägiger historischer Studien zusammengestellt und sie mit zwei psychoanalytischen Beiträgen,

drei Studien zum Rechtsextremismus im wiedervereinigten Deutschland und einer Behandlung zeitgenössischer Faschismusanalysen kombiniert.

Nicht zuletzt die NSU-Morde werfen die Frage auf, welche Schlüsse sich aus der wissenschaftlichen Erforschung des Neonazismus ziehen lassen. Der Sozialpsychologe Heiner Keupp legt dar, dass in einer Zeit spätmoderner Ambivalenz und Flexibilität manche Jugendliche im rechtsextremen Milieu politische Orientierungen und Gefühle von Handlungsfähigkeit finden und damit ihre schiere Lust an der Gewaltausübung rechtfertigen. Jan Buschborn, wissenschaftlich wie praktisch tätiger Pädagoge, interpretiert Aufmärsche sogenannter Autonomer Nationalisten sowie die konspirative Veranstaltung einschlägiger Rockkonzerte als Ausdruck „konformistischen Rebellentums“. Sein Kollege Thomas Mücke zeichnet anhand von Gesprächen mit Tätern den Übergang „von der Missachtung zur eigenen Gewaltausübung und Radikalisierung“ nach und erläutert, wie tief man an dieser Stelle pädagogisch ansetzen muss, damit überhaupt so etwas wie Empathie und Selbstreflexion entwickelt werden kann. Diese für sich genommen lesenswerten Studien rücken Außenseiter und deren subkulturelle Vergemeinschaftung in den Vordergrund, wohingegen man in dem Band nichts über die Mischungsverhältnisse zwischen neonazistischer Gewalt und gesellschaftlichem Mainstream erfährt, wie sie etwa die NPD in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns oder Sachsens etabliert hat. Auch wirft die recht allgemeine Betonung spätmoderner Ambivalenz die Frage auf, warum es rechtsextreme Gewalt in Deutschland oder Ungarn, kaum dagegen in den Niederlanden und weniger als noch in den 1980er Jahren in England gibt.

Die breite Anschlussfähigkeit der nationalsozialistischen Bewegung in der späten Weimarer Republik ist dagegen äußerst komplex in ihren verschiedenen Ursachen und Dimensionen, weshalb sie die Geschichtswissenschaft weiterhin beschäftigt. In den letzten Jahren kreist diese Beschäftigung um das so vage wie hochpolitische Konzept (oder Schlagwort) der ‚Volksgemeinschaft‘. Eine Reihe entsprechend ausgerichteter Beiträge fasst bestehende Forschungsergebnisse zusammen oder fügt neue Gesichtspunkte hinzu. Fritzsche und Michael Wildt erläutern, wie die ‚Volksgemeinschaft‘ mit einem aktivistischen Politikstil einherging, der gleichzeitig ein sozial breites Integrationsangebot enthielt und auf der Ausgrenzung von Minderheiten basierte. Thomas Rohkrämer betont, dass dieses Leitbild vor dem Hintergrund von Weltkrieg und Niederlage mehr als etwa

wirtschaftliche Notlagen zur Motivation von Parteimitgliedern beitrug. Habbo Knoch zeigt, wie die ‚Volksgemeinschaft‘ visuell inszeniert wurde, zunächst durch die Suggestion von Authentizität und Kampfbereitschaft, nach 1933 dann als bis heute einflussreiche Dokumentation vermeintlicher Leistungen und Integrationserfolge. Franka Maubach argumentiert, dass sie nicht zuletzt als weibliche Partizipationswünsche integrierende Geschlechtergemeinschaft zu verstehen ist, die den Typus des rechtsextremen Männerbunds verdrängte.

Gerhard Hirschfeld und Sabine Behrenbeck holen zeitlich weiter aus und untersuchen die Anziehungskraft eines – im Lichte der Niederlage reinterpretierten – Ersten Weltkrieges beziehungsweise eines säkularisierten Verständnisses von Selbstaufopferung an der Front oder im politischen Kampf für die NS-Bewegung. Joachim Schröder behandelt den in Revolution und Gegenrevolution florierenden und noch in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg fortwirkenden Mythos vom „jüdischen Bolschewismus“. Alexander Meschnig identifiziert existenziellen Kampf, gewaltsame Expansion und Aufopferungsbereitschaft als Kern nationalsozialistischer Selbstdarstellung. Peter Longerich weist eingangs auf den politischen Kontext der späten Weimarer Republik hin, der erst die Bedingungen für die Attraktion des Nationalsozialismus geschaffen habe, und konzentriert sich anschließend auf dessen Erlebniswelten, die bei SA-Männern und lokalen Parteiaktivisten bereits vor 1933 einen allumfassenden Charakter annahmen.

Was können Historikerinnen und Historiker der Weimarer Republik und des ‚Dritten Reiches‘ von anderen Perspektiven lernen? Der vergleichende Faschismus- und Terrorismusforscher Roger Griffin hält zunächst ein – überzeugendes, aber im Kontext dieses Bandes nicht weiter originelles – Plädoyer dafür, die Anziehungskraft des Nationalsozialismus ernst zu nehmen, statt sie auf eine Liste von Krisenerscheinungen zu reduzieren. Weiterführend verweist er auf Analysen aus verschiedenen Disziplinen zu Sinnstiftungskrisen und Wiedergeburtsträumen, der Selbsterneuerung von Kulturen durch Schaffung neuer Utopien sowie der Suche nach diktatorischer Überwindung eines nationalen Niedergangs unter den Bedingungen dramatisch verknappter Zeit. Der Psychoanalytiker Falk Stakelbeck sieht die Attraktivität Hitlers weniger in seiner Person als vielmehr in einer „narzisstischen Kränkung“ und Spaltungserfahrung nach der Kriegsniederlage. Diese Spaltung habe der monologisierende Außenseiter selbst verkörpert, in dramatischer

Form dargestellt und gleichzeitig in Form manichäischer Feindbilder als Lösung angeboten. Schließlich blickt Brockhaus auf frühe Analysen des Nationalsozialismus zurück, die – etwa bei Erich Fromm oder Theodor W. Adorno – auf eine Suchbewegung zwischen marxistischen Grundüberzeugungen und sozialpsychologischen Erweiterungen hinausliefen, wobei Abwehr- und Projektionsmechanismen als Antworten auf Regression in den Mittelpunkt rückten.

Damals wie heute liegt das Problem psychoanalytisch informierter Analysen darin, dass sie von individuellen Krankheitsbildern ausgehen und diese dann auf eine ganze Gesellschaft hochrechnen. Was taugen mag, um gegenwärtige Skinheads zu diagnostizieren, trägt wenig zur Erklärung derart hoher Wähleranteile wie in den frühen 1930er Jahren bei, als die nationalsozialistische Bewegung für Millionen ‚ganz normaler‘ Deutscher plausibel wurde. Wohl deshalb werden die psychoanalytischen Ansätze von den Historikern trotz vorangegangener Tagung nicht aufgegriffen; obwohl der Fokus auf der subjektiven Attraktion und dem Erlebnischarakter des Nationalsozialismus eine gemeinsame Klammer bildet, nimmt die von der Herausgeberin versprochene „interdisziplinäre Perspektive“ nicht wirklich Konturen an. In dieser Hinsicht erscheinen soziologische Ansätze vielversprechender. Denn sie ermöglichen die Analyse sowohl der engen Verschränkung von rassistischer Diktatur und (z. B. bürokratischer oder konsumgesellschaftlicher) Modernität, wie sie hier von Longerich bereits für das NS-Universum vor 1933 herausgearbeitet wird, als auch von Gewalt auf der Mikroebene von Interaktionen. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht ist der Band sowohl für den – wie auch immer folgenlosen – Seitenblick in andere Disziplinen als auch für den Überblick über den Forschungsstand nützlich. Da die historischen Beiträge mit Ausnahmen (Knoch, Maubach) eher bekannte Befunde oder frühere Publikationen zusammenfassen als Neues bieten, hält sich jedoch für Spezialisten der Mehrwert in Grenzen.

Amsterdam

Moritz Föllmer

Zur Aufrechterhaltung der ‚inneren Front‘

Löffelsender, Michael: Strafjustiz an der Heimatfront. Die strafrechtliche Verfolgung von Frauen und Jugendlichen im

Oberlandesgerichtsbezirk Köln 1939–1945, 494 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2012.

Justiz im Nationalsozialismus ist ein Forschungsgegenstand, der in den letzten vierzig Jahren vielfach bearbeitet und einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Bereits frühe theoretische Beiträge zum Recht im Nationalsozialismus, getrieben von der Auseinandersetzung mit Kontinuitäten rechtswissenschaftlichen Denkens, verwiesen auf die Bedeutung des Ideologems der ‚Volksgemeinschaft‘, das seinen rechtstechnischen Ausdruck in ‚Gemeinwohl‘-Formeln fand. Vor dem Hintergrund parlamentarischer Auseinandersetzungen um die fortdauernde Rechtsgültigkeit von Urteilen aus der NS-Zeit gaben einige Bundesländer Forschungsprojekte in Auftrag, die detaillierte Kenntnisse der Sondergerichtsbarkeit lieferten. Jüngere Studien haben justizielle Verflechtungen auf der Ebene von Oberlandesgerichtsbezirken analysiert. An diese methodische Breite knüpfte der interdisziplinäre Forschungsverbund „NS-Justiz im Krieg – der Oberlandesgerichtsbezirk Köln zwischen 1939 und 1945“ an, der die Justizgeschichte der Region spät, aber gründlich erforscht hat und aus dem mittlerweile etliche bemerkenswerte Dissertationen hervorgegangen sind.

Dazu gehört die Regionalstudie von Michael Löffelsender, die an einem zeitgenössisch postulierten Arbeitsauftrag der Justiz ansetzt, der Aufrechterhaltung der ‚inneren Front‘. Gefragt wird nach dessen Umsetzung in der alltäglichen Strafrechtspraxis gegenüber Frauen und Jugendlichen, die vor dem Erfahrungshintergrund des Ersten Weltkrieges als ‚Risikofaktoren‘ galten (S. 2). Die Zielgruppenauswahl ermöglicht eine umfassende quantitative und qualitative Analyse von Strafverfahrensakten der Ordentlichen Gerichtsbarkeit der Landesgerichtsbezirke Köln und Bonn sowie des Kölner Sondergerichts. Ergänzend werden Jugendamtstakten und die Überlieferung der kriminalbiologischen Sammelstelle Köln hinzugezogen. Auch wenn der Quellenwert und die theoretische Beschränkung auf den *labeling approach* dem Anspruch der Verschränkung von Rechts-, Gesellschafts- und Geschlechtergeschichte Grenzen setzen mag, bietet das Material eine sichere Grundlage für das Vorhaben. Der Autor beschränkt sich nicht darauf, die Relevanz rechtsimmanenter Faktoren zu bestimmen, sondern fragt nach außerrechtlichen Mechanismen der (richterlichen) Konstruktion von Zuschreibungen und Urteilsnarrationen, wie etwa zeitgenössisch virulenten Geschlechterstereotypen, unter den Bedingungen des Krieges.

Gezeigt wird, „wo die Richter die Grenze zwischen noch ‚brauchbaren Volksgenossen‘ und unwider- ruflich zu exkludierenden ‚Gemeinschaftsfrem- den‘ zogen“ (S. 19).

Kapitel 1 skizziert die Problemwahrnehmung der Justizbehörden vor dem Hintergrund eines steigenden Anteils von Frauen und Jugendlichen an der Gesamtkriminalität. Während das Vordrin- gen von Frauen in eher männlich konnotierte Be- reiche der Kleinkriminalität als wenig bedrohlich aufgefasst wurde, erschienen Delikte wie Ab- treibung, Kindesvernachlässigung oder der ver- botene Umgang mit Kriegsgefangenen in einem „Kausalzusammenhang mit der Kampfkraft ihrer im Fronteinsatz stehenden Männer“ (S. 72).

Der weitere Aufbau der Arbeit folgt dem juris- tischen Verfahrensablauf, von den staatsanwaltli- chen Ermittlungen über die Gerichtsprozesse bis hin zu Haftprüfungs- und Gnadenverfahren. Die Verfolgung des gesamten strafrechtlichen Ent- scheidungsprozesses liefert im Gegensatz zu einer Fokussierung auf die Spruchpraxis erheblichen empirischen Gewinn hinsichtlich bisher vernachläs- sigter Fragen zur Verfahrensdistribution zwischen ordentlicher und Sondergerichtsbarkeit sowie zur Anklagepraxis der Staatsanwaltschaften.

Die Kölner Staatsanwaltschaften konn- ten ihre Ermessensspielräume hinsichtlich der Normanwendung und Gerichtswahl zunehmend erweitern (Kap. 2). Die Novellierung der Straf- prozessordnung von 1942 hob zudem die rich- terliche Kontrolle über den Sanktionsverzicht auf, so dass die Verweisung an außerrechtliche Instanzen auch aus arbeitsökonomischen Ge- sichtspunkten an Bedeutung gewann (S. 94). Die Anklageerhebung bei minderschwere Delin- quenz lässt keinesfalls auf einen (in der Literatur vermuteten) Bedeutungsverlust der Ordentlichen Gerichtsbarkeit gegenüber der Sondergerichts- barkeit mit ihrem NS-spezifischen Normenka- non schließen (S. 111ff.). Maßgeblich blieben die Amtsgerichte, für die eigenständige Studien ausstehen. Deutlich wird die Tendenz, die Ju- gendstrafrechtspflege in die Hände von Jugend- strafrechtsexperten zu legen (S. 148). Während sich gegenüber Erwachsenen ein Anklagesche- matismus nachweisen lässt, der die ‚Volksschäd- lingseigenschaft‘ fast ausschließlich an äußeren Tatumständen festmachte, gewann gegenüber Jugendlichen die Erforschung der ‚Täterpersön- lichkeit‘ an Bedeutung.

Ein weiterer Vorzug der Arbeit ist, dass Löffel- sender nach der Wirkmacht der mit Kriegsbeginn zunehmend eingeholten Fachexpertise (Kap. 3) von kriminalpsychiatrischen und -biologischen

Gutachten sowie bei der Gestapo oder der NSD- AP eingeholten Rufberichten fragt. Der Blick auf Persönlichkeitsmerkmale als Grundlage des jus- tiziellen Entscheidungsprozesses diente nicht nur der Feststellung strafrechtlicher Verantwortung, sondern suchte auch die Stellung der Beschul- digten im Gesamtkontext der ‚Volksgemein- schaft‘ zu ermitteln. Auch wenn den Gutachten letztlich kein bindender Charakter zukam, trugen sie dazu bei, außerrechtliche Bewertungsmaßstä- be zu stärken.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Urteils- praxis (Kap. 4). Sie zeigt, wie die Richter ihre Ermessensspielräume ausdeuteten. Bei der Sanktionierung „pflichtvergessener Mütter“ und „kriegsverwahrloster Jugendlicher“, von „Ar- beitsbummelanten“ im „Kampf gegen politische und moralische Unterminierung“, gegen „Volkss- chädlinge“ und „jugendliche Schwerverbrecher“ blieb der Blick auf Tat und Täter entscheidend. Unter der verschärften Problemwahrnehmung der zweiten Kriegshälfte, konfrontiert mit For- derungen außerrechtlicher Kontrollagenturen, verschob sich dieser jedoch auf die konstruierte Täterpersönlichkeit. Deliktübergreifend wirk- mächtig wurde die Frage, inwieweit Angeklagte geschlechterdifferenten Rollenerwartungen ent- sprachen. Leider verzichtet die Arbeit auf propo- graphische Daten der Ankläger und Richter zur weiteren Analyse der Entscheidungsprozesse. Ein Novum der Studie ist, dass anhand der Praxis des Gnadenverfahrens und der Strafaus- setzung (Kap. 5) in Verfahren des Sonderge- richts Köln verfolgt wird, inwiefern diese das Potential besaßen, richterliche Entscheidungen zu revidieren und letztlich zur Entscheidung über die Wiederaufnahme in die ‚Volksgemeinschaft‘ oder den Ausschluss aus dieser beizutragen.

Insgesamt überraschen die Ergebnisse der Studie nicht, auch bleiben regionalgeschicht- liche Besonderheiten unscharf. Ihr Verdienst ist es vor allem, den Einfluss ideologischer und gesellschaftlicher Leitvorstellungen anhand des konkreten Judizierens explizit zum Unter- suchungsgegenstand erhoben und die Me- chanismen der Normdurchsetzung durch eine differenziert agierende Strafjustiz offengelegt zu haben. Es ist Autor und Arbeit zu wünschen, dass sie in der regen Diskussion zur Bedeutung der ‚Volksgemeinschaft‘ als Mythos, Verheißung und Realität rezipiert wird, da rechtshistorisch ange- legte Arbeiten in diesem Kontext bisher kaum zur Thesebildung herangezogen worden sind.

Mainz

Freia Anders

Der (politische) Kampf um Paris 1944

Muracciole, Jean-François: La Libération de Paris 19–26 août 1944, 298 S., Tallandier, Paris 2013.

Nach der alliierten Landung in der Normandie im Sommer 1944 und den darauffolgenden Niederlagen der deutschen Wehrmacht, sollte Paris nach dem Willen Hitlers mit allen Mitteln verteidigt werden, notfalls bis zur vollständigen Zerstörung. Die kommunistisch dominierten Teile der Résistance wollten der Besatzung noch vor dem Eintreffen der Alliierten ein Ende setzen, konnte die deutschen Truppen aber nicht aus ihren Stützpunkten vertreiben. Begünstigt durch den Vorstoß der 2. französischen Panzerdivision von General Leclerc wurde Paris am 25. August 1944 befreit, der deutsche Stadtkommandant General Dietrich von Choltitz übergab die Stadt schließlich ohne größere Zerstörung.

Die Libération de Paris war im Verlauf des Zweiten Weltkrieges eher eine Fußnote. Dennoch ist sie, nicht nur in Frankreich, besonders durch zahlreiche Bilder im kulturellen Gedächtnis präsent. Ihr Jubiläum wird jährlich begangen und öffentliche Diskussionen mit damaligen Akteuren lassen nach wie vor alte Streitigkeiten um die Deutungshoheit der Ereignisse aufbrechen.

Der Résistance-Spezialist Jean-François Muracciole dämpft allzu hohe Erwartungen gleich zu Anfang, wenn er schreibt, dass er keine neuen Entdeckungen zu präsentieren vermag und verweist auf bekannte Arbeiten von Adrien Dansette (1946), Henri Michel (1980) und Pierre Bourget (1984). Dagegen möchte er aber die Ereignisse aus bisher vernachlässigten Blickwinkeln betrachten. Das Inhaltsverzeichnis (vier Kapitel, die sich jeweils weiter untergliedern) verrät sogleich das militär- und politikgeschichtliche Interesse des Autors. In „Les Enjeux de la bataille de Paris“ skizziert Muracciole die Ausgangssituation und beschreibt die militärische Lage im Sommer 1944 aus Sicht der verschiedenen Akteure. Nur knapp handelt er die Lage der Zivilbevölkerung ab, dabei hätte gerade dieser Aspekt eine tiefergehende Beschäftigung verdient.

Im folgenden Kapitel „La bataille de Paris, une bataille politique“ zeichnet der Autor die Entwicklungslinien und das politische sowie militärische Handeln der einzelnen Akteure nach. Mitunter sehr detailliert beschreibt er dabei das hartnäckige Vorgehen Charles de Gaulles, in seinem Bestreben einer künftigen Militärverwaltung des befreiten Frankreich durch die Alliierten zu

entkommen und zugleich als künftiger Staatschef anerkannt zu werden. In diesem Lichte war die Einnahme von Paris ein notwendiges Pflichtprogramm, welches de Gaulle zunächst gegen, später mit hart erkämpfter Zustimmung General Eisenhowers zu realisieren versuchte. Der 2. französischen Panzerdivision kam somit eine bedeutende politische Rolle zu. Das Vorgehen der kommunistischen Résistance beschreibt Muracciole als eine ‚duale Strategie‘ der Beschleunigung des deutschen Rückzugs wie auch des Versuchs, die überwiegend passive und abwartende Bevölkerung zu mobilisieren. Die Aufschlüsselung der einzelnen Gruppierungen und Flügel des organisierten Widerstandes gibt einen guten Eindruck von der Gemengelage an Interessen und Grabenkämpfen und erklärt das bisweilen sehr unkoordinierte Vorgehen. Das in der Auflösung befindliche Vichy-Regime gab sich indes bis zum Schluss der fatalen Illusion hin, mit Alliierten und Gaullisten eine Einigung über die Zukunft Frankreichs erzielen zu können.

Das chronologisch angelegte Kernkapitel „Paris libéré“ ist den eigentlichen Geschehnissen in Paris im August des Jahres 1944 gewidmet. In der Pariser Polizei, die mit der Besetzung der Préfecture die Résistance durch ihren Aktionismus überrumpelte, sieht er weniger widerständige, denn opportunistische Akteure, waren sie doch bis Ende Juli 1944 noch mit Verhaftungen von Juden den deutschen Besatzern zu Diensten. Was die Kämpfe und das Taktieren der verschiedenen Seiten anbelangt, so war laut Autor der Faktor des Nichtwissens als auch des Nichtkennens der Lage auf wohlgermerkt beiden Seiten für den Gang der Ereignisse wesentlich. Damit erteilt er der kommunistischen wie auch der choltitzschen Sichtweise von einer mehrheitlich durch sie beziehungsweise von ihm ausgeübten Kontrolle eine klare Absage. Mitunter wird die deutsche Perspektive etwas stiefkindlich abgehandelt und verkürzt dargestellt.

Im Schlusskapitel, provokant überschrieben mit „La bataille de Paris a-t-elle eue lieu?“, bilanziert der Autor die Einnahme der Stadt. Obwohl militärisch vergleichsweise unbedeutend, war die Libération hart erkämpft. Ob man nun tatsächlich von einem ‚Kampf‘ sprechen kann, überlässt der Autor zwar dem Leser, es bleibt jedoch kein Zweifel bestehen, dass seiner eigenen Einschätzung nach der Kampf ein symbolischer war und weniger eine militärische Auseinandersetzung zwischen Wehrmacht und Forces Françaises Libres. Vielmehr ist in der Libération ein Wettrennen um die Ordnung Nachkriegsfrankreichs zu sehen.

Entsprechend fallen die Antworten auf drei abschließende Fragen auf, die Muracciole am Ende seines Buches diskutiert. Die Zahl der von der Bevölkerung erbauten Barrikaden habe nie in einem realen Verhältnis zu ihrer tatsächlichen militärischen Wirkung gestanden, vor allem da die Wehrmacht aus Mangel an Kräften gar nicht versuchte diese zu zerstören. Betreffend die Verminderung von Monumenten und Brücken verweist Muracciole auf die öffentlichen Diskussionen in den 1970er Jahren und schließt sich selbst Dansette an, dass lediglich der Senat tatsächlich mit Sprengmitteln versehen worden sei. Was nun von Choltitz angeht, so habe dieser seine Befehle missachtet, nachträglich die Lage aber schlimmer gezeichnet und so seine Rolle zu stärken versucht. Er misstraut mehrheitlich dessen Selbstdarstellung als „général humaniste“, die aber eine lange Folgewirkung hatte.

Der Autor kommt mit erstaunlich wenigen Fußnoten aus, der Apparat umfasst schlanke sechs Seiten. Verweise auf archivalische Quellen gibt es kaum. Zum Ärger des Lesers wurde das Buch nachlässig lektoriert. Die stilistischen Redundanzen fallen insgesamt weniger ins Gewicht. Schwerer wiegt dagegen die stellenweise fehlende Stringenz. Weiterhin verheddert sich der Verfasser mehrfach mit den zahlreichen Abkürzungen der verschiedenen Résistance-Gruppierungen. Das Fehlen eines Abkürzungsverzeichnisses ist in diesem Zusammenhang völlig unverständlich.

Von formalen Schwächen abgesehen liefert Jean-François Muracciole eine kompakte Darstellung der Libération, die sich auf dem Stand der Forschung bewegt. Positiv zu bewerten ist der sehr kritische Ton gegenüber dem choltitzschen Selbstentwurf wie generell gegenüber den Narrativen der Mémoiresliteratur. Auch gelingt ihm überzeugend die Darlegung der symbolischen Bedeutung des Ringens um Paris. Besonders im Lichte der späteren politischen Entwicklungen des Landes ist seine Arbeit durchaus lesenswert. Gemessen am eigenen Anspruch neue Perspektiven einzunehmen, scheitert das Buch allerdings. Weder stellt der Autor substantiell neue Fragen, noch weicht seine Darstellung, kleinere Akzentverschiebungen und interessante Details ausgenommen, nennenswert von bisherigen Titeln ab. Die Befreiung von Paris war vor allem ein Medienereignis. Zahlreiche Fotografen haben damals die Ereignisse festgehalten; ihre Bilder und Videoaufnahmen bestimmen nach wie vor das mittlerweile stark überformte Bild der Geschehnisse. In Muraccioles Buch klingt dies stellenweise auch an, mehr leider aber nicht.

Köln

Byron Schirbock

Frühe Erinnerungspolitik

Wóycicka, Zofia: Arrested Mourning. Memory of the Nazi Camps in Poland, 1944–1950, 311 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2013.

Zofia Wóycickas zuerst 2009 in Warschau auf Polnisch erschienene Studie über Prozesse kollektiver Erinnerung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg schließt eine Forschungslücke. Dass sich diese Prozesse bis heute auswirken, macht die Autorin gleich zu Beginn in ihrer Einleitung deutlich, in der sie auf den Streit um das angemessene Gedenken in Auschwitz-Birkenau eingeht, bei dem sich Ende des 20. Jahrhunderts Juden und polnische katholische Nationalisten gegenüberstanden. In der Volksrepublik Polen markierte die unmittelbare Zeit nach Kriegsende den Übergang zur sowjetischen Vorherrschaft im Land. Dem polnisch-jüdischen Verhältnis kam dabei eine besondere Bedeutung zu: Hatte die rassistische Judenverfolgung unter den Deutschen die Polen vor die Herausforderung gestellt, in welcher Weise darauf zu reagieren war, so brachte das Kriegsende ein Wiederaufleben des Antisemitismus mit sich, da „die Juden“ verdächtigt wurden, sie wollten dem Land seine neuen Machthaber aufzwingen. Den Endpunkt der Untersuchung bildet der Herbst 1950, als in Auschwitz eine neue Ausstellung eröffnet wurde, welche die Geschichte des Lagers nach den Erfordernissen des Kalten Krieges für das stalinistische Herrschaftssystem instrumentalisierte.

Ziel der in zwei Hauptteile – „Menschen“ und „Orte“ – gegliederten Analyse ist es, Gruppen zu definieren, die auf die Gestaltung der Erinnerung in Bezug auf die vormaligen NS-Lager maßgeblichen Einfluss nahmen, ihre Interpretationen der Lagererfahrung nachzuzeichnen sowie ihre Vorstellungen herauszuarbeiten, wie das Gedenken daran wachgehalten werden sollte, und welche Interessen die beteiligten Gruppen dabei verfolgten. Außerdem sind die Debatten und Auseinandersetzungen zwischen ihnen nachzuzeichnen.

Zunächst geht es um Institutionen, insbesondere den in der Forschung bislang wenig beachteten Polnischen Verband der ehemaligen politischen Gefangenen, dessen Entstehen und Entwicklung Wóycicka nachzeichnet. Er stand im Brennpunkt der frühen Diskussionen in der veröffentlichten Meinung, in der die polnischen KZ-Häftlinge anfangs als bemitleidenswerte Opfer der Lager galten; doch ziemlich rasch wurde diese Deutung von einer heroisierenden abgelöst. Zugleich gerieten die Interessenvertreter der

ehemaligen KZ-Häftlinge in das politische Fahrwasser der Kommunisten. Jüdische Partisanen und Gettokämpfer gründeten ihre eigenen (kleinen) Vereine; diejenigen, die sich dem Verband der ehemaligen politischen Gefangenen anschließen wollten, lehnten die Verbandsfunktionäre oft mit der Begründung ab, dass ihre Lagerhaft nicht auf politische Gründe zurückzuführen sei.

Unterdessen bestand die Leidenskonkurrenz, die sich in den Kriegsjahren herausgebildet hatte, in zwei rivalisierenden Sichtweisen beim Rückblick auf die Geschichte der Lager fort. Das Zentralkomitee der Juden in Polen und ihm angeschlossene Einrichtungen trachteten danach, den besonderen Charakter der NS-Judenverfolgung auch bei den Nichtjuden ins Bewusstsein zu rufen. Doch fiel es ihnen schwer, die Gleichgültigkeit der meisten Polen gegenüber dem Schicksal der Juden selbst im Nachhinein zu überwinden. Zahlreiche Gerichtsverhandlungen gegen deutsche Täter füllten seit Mitte der 1940er Jahre die Zeitungsseiten, und sich anschließende Prozesse gegen Funktionshäftlinge der KZs machten bald klar, dass die gemeinhin als strikt getrennt erachteten Kollektive der Opfer und Täter in Wirklichkeit durch eine Grauzone miteinander verbunden waren. Nicht nur Kapos, auch einfache Häftlinge unterlagen der Demoralisierung durch die Lebensbedingungen in den NS-Lagern. Doch an diesen dunklen Aspekt der Lagerwirklichkeit konnten und wollten die Verbandsfunktionäre nicht rühren – dies blieb der schönen Literatur vorbehalten.

In den rasch gegründeten Museen vollzogen sich wie im Zeitraffer innerhalb weniger Jahre von kommunistischer Politik und Ideologie diktierte grundlegende Veränderungen. Im zweiten Teil befasst sich die Autorin mit den KZ-Gedenkstätten, die damals im Mittelpunkt des Interesses standen: dem als erstes befreiten KZ Lublin-Majdanek und dem berühmtesten – mit Auschwitz. Die ersten noch eher provisorischen Ausstellungen thematisierten die Verfolgung und Ermordung der Juden kaum oder gar nicht, und so blieben die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ zunächst unbeachtet. 1947 wurde ein Wettbewerb für die Gestaltung des „Hinrichtungslagers“ Treblinka ausgeschrieben – als Maßnahme zur dauerhaften Sicherung des Terrains vor ungebetenen ‚Goldsuchern‘ aus der Umgebung. Das ausgezeichnete und vom Zentralkomitee der Juden in Polen favorisierte Projekt kam nicht zur Verwirklichung. Ende der 1940er Jahre waren die Weichen für den Umgang mit der Erinnerung an Krieg und Besatzung gestellt: Aufgrund der

Auswanderung zehntausender Juden verlor auch das Zentralkomitee der Juden an Gewicht und konnte seine Vorstellungen nicht mehr durchsetzen. 1950 waren die jüdischen Organisationen gleichgeschaltet. Der Mord an den Juden wurde zum Tabu.

Außer den Akten der beteiligten Institutionen und Personen hat Wóycicka eine Auswahl der polnischen und der jüdischen Presse ausgewertet. Hier wäre es angebracht gewesen, noch weitere wichtige Organe zu berücksichtigen. In ihre Forschungen hat die Verfasserin neben der einschlägigen polnischen die aktuelle deutsch- und englischsprachige Forschungsliteratur einbezogen. Positiv hervorzuheben ist zudem, dass sich der Blick immer wieder auch auf die Verhältnisse in anderen Ländern richtet, die mit dem entsetzlichen Vermächtnis der Naziherrschaft fertig werden mussten. Für eine künftige länderübergreifende, europaweit vergleichende Präsentation der frühen Erinnerungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg kann diese Studie ein zentraler Baustein sein. Da die Verfasserin bei den offenbar großangelegten Vorbereitungen für ein Brüsseler, dem Europa-Parlament angeschlossenes „Haus der europäischen Geschichte“ als Kuratorin tätig ist, wird sie ihn möglicherweise selbst nutzen können.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Zur Lage der Lager

Köhn, Holger: Die Lage der Lager. Displaced Persons-Lager in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, 464 S., Klartext, Essen 2012.

„Lager? Welches Lager?“ – Es war diese Gegenfrage einer älteren Dame auf die ihr gestellte Frage, was sie von dem Lager für Displaced Persons (DP) in ihrer südhessischen Heimatstadt Dieburg erinnere, die Holger Köhn in seiner Vermutung bestätigte: Anscheinend beeinflusste das „Wo“ der Unterbringung tausender heimatloser Menschen innerhalb des Stadtraums deren Wahrnehmung und damit auch Erinnerung durch die Einheimischen. Ausgehend von dieser These hat Köhn mit seiner an der TU Darmstadt entstandenen Dissertation eine anregende Studie über DP-Lager in der amerikanischen Besatzungszone vorgelegt, mit der er die bisherige Lagerforschung grundsätzlich um raumtheoretische Aspekte

ergänzt. Ihn interessiert die räumliche Anordnung von DP-Lagern innerhalb gegebener städtischer Strukturen (Köhn spricht von den „Identitätsräumen“ der Ortsansässigen), die Auswirkungen auf die Nachbarschaftsbeziehungen der Bevölkerung mit den Fremden zeitigte – und das, wie er zeigen kann, nicht nur unabhängig von der Nationalität der Displaced Persons, sondern auch unabhängig von der nicht selten rassistisch unterlegten Erwartungshaltung der Einheimischen gegenüber den Einquartierten, die als vormalige Opfer der Deutschen nun unter dem besonderen Schutz der Siegermächte standen.

Mit Kriegsende fanden sich fast sieben Millionen Menschen in den drei westlichen Besatzungszonen, die von den Nationalsozialisten als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder Konzentrationslagerhäftlinge „ins Reich“ verschleppt worden waren und gemäß der alliierten Festlegung von der Konferenz von Jalta vom Februar 1945 in ihre Herkunftsländer verbracht werden sollten. Etwa eine Million meist osteuropäischer Displaced Persons jedoch konnte oder wollte aus antikommunistischer Überzeugung oder als vormalige Kollaborateure der Deutschen nicht in die Heimat zurückkehren, die nun dem sowjetischen Herrschaftsbereich zugehörte. Andere, darunter etwa 100.000 Überlebende des Holocaust, waren aus Angst vor (erneuter) Verfolgung nach Kriegsende in die amerikanische Besatzungszone geflüchtet, wo im Herbst 1945 etwa 500.000 Displaced Persons versorgt werden mussten. Für ihre Unterbringung mussten längerfristige und winterfeste Lösungen gefunden werden – eine immense Aufgabe angesichts der knappen Ressource Wohnraum, die ebenfalls von deutschen Flüchtlingen und „Ausgebombten“ beansprucht sowie für die Festsetzung deutscher Kriegsgefangener oder Internierter benötigt wurde.

Anhand von zehn Fallbeispielen – den amerikanischen DP-Lagern in Landsberg, Babenhausen, Flossenbürg, Zeilsheim 1 und 2, Föhrenwald, Heidenheim, Esslingen, Geislingen, Lampertheim und Dieburg – zeigt Köhn die stadträumlichen Lösungen auf, die seitens der verantwortlichen Militärs und Hilfsorganisationen gefunden wurden. Er unterscheidet dabei zwischen Lagerterritorien in „nicht-privatem Raum“ und „privatem Raum“. Bei der ersten Kategorie handelt es sich um Unterkünfte in vormaligen Kasernen oder Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern, bei der zweiten um eine, wie Köhn sagt, Besonderheit der amerikanischen Besatzungsmacht, die als einzige – und auch nur in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 – Privathäuser beschlagnahmte. Das konnten entweder

Siedlungen am Stadtrand oder über die Ortschaft verteilte Gebäude sein. Mit der Darstellung dieser Lagerterritorien gelingt Köhn eine außergewöhnlich dichte Beschreibung kleinstädtischer Räume, deren Topografie sich vor dem inneren Auge des Lesenden auffaltet. Deutlich wird, wie diese mit Lagerterritorien durchsetzt war – und zwar nicht erst seit Kriegsende, sondern ausweislich der Nachnutzung vormaliger Strukturen wie im Konzentrationslager Flossenbürg oder dem Barackenlager Zeilsheim 1 auch schon zuvor. Diese Kontinuität sichtbar zu machen und dadurch die in der Forschung verbreitete Unterscheidung zwischen Lagern vor 1945 und Nachkriegslagern zu hinterfragen, ist Köhns Verdienst.

Die Kapitel über die räumliche Anordnung der Lagerterritorien und deren vergleichende Analyse stellt das gelungene Herzstück dieser Studie dar. Gerahmt wird es von nicht minder überzeugenden Darstellungen der amerikanischen DP-Politik und jenen innerstädtischen, häufig von Konflikten geprägten „Kontaktzonen“, in denen Displaced Persons und Ortsansässige, sei es im Kino oder beim Schwarzhandel, aufeinander trafen. Dem Verfasser geht es dabei um die Reaktionen der einheimischen Bevölkerungen auf die Fremden, die sich nun in ihren „Identitätsräumen“ bewegten – die Wahrnehmung der Deutschen durch die Displaced Persons und deren Loyalitäts- und Gruppenbezüge interessieren ihn hingegen leider nicht; für Köhn stellen Lager keine „Identitätsräume“ dar, es sind ausschließlich Territorien. Dessen ungeachtet beeindruckt die breite Quellenbasis, auf der diese Ausführungen beruhen.

Das gilt ebenfalls für das einleitende Kapitel, in dem Köhn soziologische und historische Raumtheorien und -konzepte fundiert referiert und zudem einen konzisen Überblick über das Raumphänomen Lager im 20. Jahrhundert bietet. Ein Forschungsüberblick und eine Forschungskritik von dieser Dichte würde eine eigenständige Veröffentlichung lohnen. Und doch liegt genau an dieser Stelle das Manko der Publikation: Mit Ausnahme der vom Autor im einleitenden Teil entwickelten Analysekategorien wie „Territorium“ und „Identitätsraum“ sucht man im Hauptteil der Studie vergebens nach Rückbezügen auf den überaus ausführlichen theoretischen „Vorbau“ dieser Arbeit. Zu dieser Kritik gehört auch, dass erstmals auf Seite 99 Zahlen genannt werden, die die Displaced Persons in der amerikanischen Besatzungszone betreffen. Ein Lektorat oder wissenschaftliche Betreuung hätte noch weitere „Kinderkrankheiten“ ausbügeln können, die Qualifikationsarbeiten häufig kennzeichnen: Hier gilt

das allem voran für die Sprache, mit der Köhn die Geduld seiner Leser strapaziert. Bis zu elf Mal auf einer Seite werden jene Begriffe wiederholt, die er als Analysekatoren selbst entwickelt hat. Dadurch entsteht der Eindruck, dass der Autor aus Misstrauen gegenüber dem eigenen Ansatz diesen semantisch verstärkt.

Das alles kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass Holger Köhn eine Studie vorgelegt hat, der vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Flüchtlingskatastrophe und den drängenden Fragen der Unterbringung zehntausender Menschen in Deutschland verstärktes Interesse zu wünschen ist.

Berlin

Bettina Greiner

Materialreiche Grundlage

Topp, Sascha: Geschichte als Argument in der Nachkriegsmedizin. Formen der Vergegenwärtigung der nationalsozialistischen Euthanasie zwischen Politisierung und Historiographie, 370 S., V&R unipress, Göttingen 2013.

Die überarbeitete und erweiterte Dissertation von Sascha Topp lässt sich als Teil des Prozesses begreifen, den sie beschreibt: Als wissenschaftlichen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die in Praxis und Funktion von den 1950er Jahren bis heute einem Wandel unterliegt und inzwischen selbst Gegenstand der historischen Reflexion geworden ist. Thematisch stark eingegrenzt, befasst sich die Studie ausschließlich mit den Reaktionen auf Medizinverbrechen in der NS-Zeit und noch spezifischer, mit solchen auf „Euthanasie“-Verbrechen. Sie nimmt dazu schwerpunktmäßig das Handeln (west)deutscher Mediziner und Medizinerverbände in den Blick und untersucht dieses anhand der Landesärztekammer Hessen, der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde und der Max-Planck-Gesellschaft (in Bezug auf die Hirnforschung im Nationalsozialismus). Unter der Überschrift „Reformpsychiatrie“ geht sie auf den „neuen Blick auf die Betroffenen“ ein und beschreibt den Umgang mit Opferverbänden sowie die Wirkungsgeschichte des 1983 gegründeten Arbeitskreises zur Erforschung der NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation. In einem abschließenden Kapitel thematisiert sie auch das „Erinnerungsgeschehen in der DDR“.

Ein vorweg gestellter Methodenteil diskutiert verschiedene Phasenmodelle und Periodisierungsvorschläge, die auf der Grundlage generationeller

und gesellschaftlicher Veränderungen versuchen, den Wandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit einzuordnen und zu erklären. Auch setzt sich die Studie – vom Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“ bei Maurice Halbwachs bis hin zu den „Erinnerungskulturen“ im Verständnis des Sonderforschungsbereiches an der Universität Gießen – mit Theorien von Erinnern und Vergessen auseinander. Letztendlich wählt der Autor einen kommunikationswissenschaftlich orientierten Ansatz, mit dem sich Aushandlungsprozesse untersuchen lassen, die durch die „Interaktion dreier historischer Einflussfaktoren“ bestimmt sind: die diskursiven Traditionen und Paradigmen, „die alle Repräsentationen der Vergangenheit einrahmen“, die „Erinnerungsgestalter“, die Traditionen „selektiv und manipulativ“ herausgreifen sowie an dritter Stelle die „Erinnerungskonsumenten“, die sich dazu verhalten (S. 73f.).

Sascha Topp will mit seiner Studie mehr liefern als eine „rein diskursgeschichtliche Abhandlung“: „Um die in der Medizin nachweisbaren Aushandlungsprozesse über das ärztliche Selbstverständnis und die dabei vertretenen Vergangenheitskonstruktionen (Geschichtsbilder) der historischen Akteure zu dokumentieren“ hält er es für notwendig, „neben der Rekonstruktion von Debatten auch nach konkreten Erinnerungspraktiken und den Funktionen im ärztlichen Wertesystem zu fragen“ (S. 29).

Gerade in der diskursgeschichtlichen Abhandlung liegt jedoch die Stärke des Bandes. Detailreich sind Inhalte und Verlauf von Debatten einschließlich der daran beteiligten Akteure dargestellt. Sorgfältig zeichnet die Studie die Auseinandersetzungen um den Kinderarzt Werner Catel und den Hirnforscher Julius Hallervorden in den 1950er und 1960er Jahren nach. Für die 1970er und 1980er Jahre ist die Darstellung des Arbeitskreises zur Erforschung der NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation hervorzuheben, der sich in Zielen, Arbeitsweise und Struktur von medizinischen Fachverbänden unterscheidet und dessen Arbeit in dieser Ausführlichkeit noch nicht beschrieben wurde. Entwicklungen ab etwa der Jahrtausendwende thematisiert der Band nicht mehr in vergleichbarer Breite.

Die Ergebnisse, zu denen der Autor gelangt, bestätigen weitgehend Bekanntes: Die Geschichte der Aufarbeitung unter Medizinern verlief nicht konfliktlos, personelle Kontinuitäten spielten dabei eine große Rolle, mit generationellen Veränderungen ging ein Wandel in der Betrachtung der Vergangenheit einher. Ein bleibender Wert der Studie könnte darin liegen, dass

sie aufgrund ihres langen Untersuchungszeitraumes der zeitgeschichtlichen Forschung auch jenseits der Medizingeschichte eine materialreiche Grundlage liefert, die die Einordnung spezifisch medizinischer Diskurse in weitere Kontexte von Erinnerungs- und politischen Kulturen der Bundesrepublik erleichtert.

Berlin

Judith Hahn

Identitätspolitik und Wiederaufbau

Wagner-Kyora, Georg (Hrsg.): Wiederaufbau europäischer Städte. Rekonstruktionen, die Moderne und die lokale Identitätspolitik seit 1945/Rebuilding European Cities. Reconstructions, Modernity and the Local Politics of Identity Construction Since 1945, 485 S., Steiner, Stuttgart 2013.

Der hier besprochene Sammelband ist das Resultat einer von der Leibniz-Universität Hannover und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte der Universität Hamburg ausgerichteten internationalen Tagung im September 2009. Deren Konzept basierte auf einem DFG-Forschungsprojekt zum Wiederaufbau bundesdeutscher Städte, initiiert von Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Hannover) und Prof. Dr. Axel Schildt (Hamburg).

In der Einleitung stellt der Herausgeber Georg Wagner-Kyora den Begriff des Wiederaufbaus „als einen Arbeitsbegriff zur Erforschung der Erfahrungsgeschichte europäischer Stadtgesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (S. 11) vor. Tatsächlich geht es in den Beiträgen weniger um architektur- oder stadtplanungsgeschichtliche Ansätze als um die Erforschung der spezifischen lokalen Diskurse über den Wiederaufbau in europäischen Städten sowie den jeweiligen politischen Umgang damit. Überall habe es, so Wagner-Kyora, eine „gemeinsame Praxis in der Aneignung von Katastrophengeschichte und Zukunftsorientierung“ gegeben, die die „Basis für kollektive Selbstverständigungsprozesse“ gebildet habe (S. 19); daraus resultierten schließlich unterschiedliche Muster der Identifikation. Diese wiederum kristallisierten sich besonders an herausgehobenen Bauten und Wahrzeichen einer Stadt heraus, wie etwa Kirchen, sodass solche einen Schwerpunkt des Sammelbandes bilden.

Gegliedert ist der Band in drei Teile: Im ersten Kapitel wird die „Identitätspolitik im Wiederaufbau“ beleuchtet; im zweiten Kapitel „Geschichtspolitik,

Medien und Erinnerung im Wiederaufbau“ geht es um medial vermittelte Erinnerungspraxen und im letzten Kapitel steht das Thema „Rekonstruktion in der Moderne“ im Mittelpunkt der Beiträge.

Behandelt werden Beispiele aus der Bundesrepublik und der DDR, aus Frankreich, Großbritannien, Polen, Estland, Italien, den Niederlanden und – als außereuropäischer Vergleich ohne Kriegszerstörungen – den USA. Diese transnationale Betrachtungsweise erlaubt wertvolle Einsichten in Gemeinsamkeiten und Unterschiede beim Umgang mit den Zerstörungen nach dem Zweiten Weltkrieg. So zeigt sich etwa, dass der Wiederaufbau in moderner Form, jedoch mit Erhalt wichtiger Landmarken und „Traditionsinseln“ als Anker der Erinnerung für die Stadtgesellschaften gängige Praxis in vielen europäischen Städten war. Mit dem Neuaufbau der Städte verband sich außerdem das Versprechen einer besseren – weil moderneren – Zukunft, wie es etwa Robert J. Morris in seinem Beitrag zur britischen Perspektive auf den Punkt bringt: Die Kriegszerstörungen auf der einen und der problematische hygienische Zustand der Vorkriegsbebauung auf der anderen Seite seien im Bewusstsein der Bevölkerung eng verknüpft gewesen (vgl. S. 66). Ein Wandel in der Wahrnehmung und die zunehmende Rückwendung zum ‚Bild der Stadt‘ der Vorkriegszeit fand ab den späten 1960er Jahren ebenso international statt, wobei jedoch die Debatten um Rekonstruktionen besonders intensiv in der Bundesrepublik Deutschland geführt wurden.

Interessant ist weiterhin der vergleichende Blick auf die Unterschiede im identitätspolitischen Umgang mit der Zerstörung, die der Sammelband ermöglicht. So herrschte, wie viele der Beiträge verdeutlichen, in der frühen Bundesrepublik ein „Opfernarrativ“ vor, nach dem die Mehrheit der Bevölkerung unverschuldet unter dem „Bombenterror“ gelitten hätte. Dies führte dazu, dass sowohl der Neuaufbau als auch Rekonstruktionen oder erhaltene Kriegsruinen vor allem an die Bombardierungen mahnen sollten, kaum jedoch an die dafür ursächliche Schuld der Deutschen. Auch dies änderte sich langsam ab dem Ende der 1960er Jahre. Anders lag der Fall dagegen in der Normandie, wie Corinne Bouillot in ihrem Beitrag anschaulich darlegt: Hier waren die Luftangriffe aus strategischen Gründen von Seiten der Alliierten erfolgt. In der Folge spielten sie auch nur eine geringe Rolle im nationalen Gedächtnis. Interessant an diesem Beispiel ist zudem die sich zu anderen Ländern umgekehrt verhaltende Rezeption des Wiederaufbaus, zumindest im Fall Le Havre: Wurde der von Auguste Perret konzipierte

Wiederaufbau der Stadt gerade zu Beginn sehr negativ wahrgenommen, wandelte sich dies seit den 1980er Jahren zunehmend und mündete schließlich in der Aufnahme in die Liste des UNESCO-Welterbes im Jahr 2005 und einen neuen Stolz der Bewohner auf ihre wiederaufgebaute Stadt.

Aufschlussreich ist weiterhin der Blick auf Fallbeispiele in der DDR und anderen Ländern des Ostblocks, beispielsweise Estland, die den Umgang autoritär geführter Staaten mit dem Wiederaufbau sowie dessen identitätspolitische Instrumentalisierung illustrieren. Philipp Springer etwa zeigt in seinem Beitrag über den Abriss des Schlosses von Schwedt, dass dieser Gebäudetypus gerade in der frühen DDR „als Inkarnation des Herrschaftssystems der Zeit vor 1918 und des Nationalsozialismus angesehen“ (S. 174) wurde, freilich unter Ausklammerung der Weimarer Republik. Auch die Akteurskonstellationen arbeitet Springer heraus: Demnach habe der Bürgermeister, nicht nur in Schwedt, eine Mittlerfunktion zwischen den oberen Ebenen und der lokalen Bevölkerung ausgeübt und so die Debatte über die Zukunft des Schlosses nach einem Besuch Ulbrichts und dessen „Machtworts“ zugunsten des Abrisses beendet. Den „Sinneswandel“ der Parteioberen der DDR seit Mitte der 1970er Jahre hin zu historisierender Architektur am Beispiel des Berliner Nikolaiviertels nimmt dagegen der abschließende Beitrag von Florian Urban in den Blick und zeigt damit auch, dass der bereits beschriebene Sinneswandel im Zuge der Postmoderne auch vor den sozialistischen Ländern nicht haltmachte.

Der Beitrag von Sebastian Haumann schließlich sei erwähnt, da er geografisch ausschert und das Beispiel des Stadtumbaus im US-amerikanischen Philadelphia erläutert. Dabei wirft er die Frage auf, welche Bedeutung die Kriegszerstörungen in Europa bezüglich der Modernisierung der Städte tatsächlich besaßen. Inwiefern diese in der bisherigen Forschung überbewertet wurden und ob nicht doch vielmehr die international sich gleichenden Leitbilder die Städte prägten, bleibt freilich eine empirisch noch stärker zu untersuchende Frage.

Insgesamt bietet der Band lehrreiche Einsichten in ein aktuell stark beachtetes Forschungsfeld, wobei die Gegenüberstellung von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Ländern eine positiv hervorzuhebende Besonderheit darstellt und damit die in einem Sammelband naturgemäße Schwankung der Qualität der Einzelbeiträge kompensiert. Ärgerlich jedoch ist das schlechte

Lektorat: Die vielen Rechtschreib- und Formatierungsfehler sowie einige falsch geschriebene Namen lassen den Eindruck mangelnder Sorgfalt entstehen.

Darmstadt

Andrea Perthen

Polnische Neusiedler in Westpolen

Halicka, Beata (Hrsg.): „Mein Haus an der Oder“. Erinnerungen polnischer Neusiedler in Westpolen nach 1945, 344 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2014.

„Mein Haus an der Oder“ enthält neun interessante und flüssig zu lesende Erinnerungstexte polnischer Neusiedler in den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1945. Die Herausgeberin Beata Halicka will damit deutschsprachigen Lesern und Leserinnen die Möglichkeit geben, sich mit polnischen Quellen auseinanderzusetzen und sich „ein Bild davon zu machen, was die neuen Bewohner des Oderraumes in den ersten Nachkriegsjahren erlebten, aber auch fühlten und dachten“ (S. 11). Das Entstehen von Bildern beim Leser unterstützt Halicka durch fast 100 begleitende historische Fotografien. Sie legt damit eine Publikation vor, die im Gegensatz zu ihrer sich auf die Analyse derartiger Erinnerungstexte stützenden Habilitation „Polens Wilder Westen“ (2013) auch Nichtwissenschaftler ansprechen will. Dies zeigt sich auch darin, dass die literarische Qualität der zwischen drei und 80 Seiten langen Texte ein Auswahlkriterium war.

In einer kurzen Einführung verweist die Herausgeberin darauf, dass die Texte 1957 im Rahmen eines Wettbewerbs geschrieben und teilweise 1963 veröffentlicht wurden. Obwohl die Texte unmittelbar nach dem Einsetzen des ‚Taufweters‘ in der Volksrepublik Polen entstanden, geht Halicka davon aus, dass die Autoren und Autorinnen Selbstzensur übten, um sich nicht in Gefahr zu bringen. Dennoch fällt die Kritik an den Verhältnissen in den polnischen Westgebieten teilweise schonungslos aus und verschweigt auch das Fehlverhalten von Mitgliedern der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nicht. Dies ist aber auch darauf zurückzuführen, dass Halicka gezielt solche Texte zur Publikation ausgewählt hat.

Beim Vergleich mit fragmentarischen Zitaten aus den Erinnerungstexten in der Habilitationsschrift fällt auf, dass einige der Passagen neu übersetzt und dadurch leichter lesbar wurden.

Da die meisten der Originaltexte in Polnisch nur teilweise und in zensierter Form veröffentlicht wurden, kann jedoch keine Aussage darüber getroffen werden, ob hier das Original verschönert oder mit mehr Sorgfalt lektoriert wurde.

Inhaltlich werden dem Leser entgegen dem Titel „Mein Haus an der Oder“ nicht nur Erlebnisberichte aus der Zeit von 1945 bis 1957 präsentiert, sondern auch lange Passagen über das Leben der Autoren und Autorinnen vor 1945. Dabei wird einmal deutlich, dass die Neusiedler nicht nur ‚Vertriebene‘ aus den an die Sowjetunion gefallenen polnischen Ostgebieten waren, sondern dass bei der polnischen Inbesitznahme des Oderraums schon im Krieg dorthin verschleppte Zwangsarbeiter und Bewohner der angrenzenden Region Großpolen eine besondere Rolle spielten.

Ein Beispiel für einen sich am Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur einer Stadt beteiligenden ehemaligen Zwangsarbeiter ist Stanislaw Dulewicz, der zum ersten Bürgermeister von Rügenwalde (poln.: *Dartowo*) aufstieg. Sein Erinnerungstext gibt aber nicht nur Einblicke in die vielfältigen Schwierigkeiten der polnischen ‚Landnahme‘ in den ehemals deutschen Ostgebieten, sondern auch in das Zusammenleben zwischen Deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern in einer pommerschen Kleinstadt 1944/45. Interessant sind auch seine Einblicke in das schwierige Nebeneinander von sowjetischer Militär- und polnischer Zivilverwaltung. Diesen Problemkomplex sprechen auch die Erinnerungstexte der anderen polnischen ‚Pioniere‘ an, die als Verwaltungsbeamte tätig waren. Neben der Willkür sowjetischer Militärs und dem polnisch-sowjetischen Beutekampf um ehemals deutsches Eigentum erzählen die Autoren aber auch von gelungenen Kooperationen zugunsten des Allgemeinwohls, zum Beispiel von der gemeinsamen Sicherung der Bestände eines regionalen Museums.

Die auf dem Buchrücken stehende Frage, nach dem Zeitraum „bis der neue Wohnort den Neusiedlern zu einem Zuhause wurde“, wird von den Autoren dagegen kaum angesprochen. Sie konzentrieren sich ganz darauf ihr Schicksal und ihre Leistung zu beschreiben. Für das Nachdenken über Heimatgefühle scheint kaum Zeit und Platz geblieben zu sein. Auch über das Alltagsleben einer Vertriebenenfamilie mit mehreren kleinen Kindern, wie sie auf dem Titelbild dargestellt ist, erfahren wir in den Texten wenig, da die Autoren mehrheitlich Verwaltungsbeamte waren und wenn überhaupt aus zweiter Hand über in prekären Umständen lebende Neusiedler berichten. Einzige Ausnahme ist hier die Erzählung von

Izabela Grdeń, deren Eltern altersbedingt mit der Bewirtschaftung des neuen Hofes überfordert waren. Sie ist auch die einzige, die auf Konflikte zwischen den Generationen und Geschlechtern in der neuen Umgebung eingeht. Es ist daher zu bedauern, dass sie einige der wenigen jüngeren und auch weiblichen Zeitzeugen ist, die in diesem Buch zu Wort kommen. Es scheint allerdings so, dass diese Gruppen sich vom damaligen Wettbewerbsaufruf nicht besonders angesprochen fühlten und daher kaum Texte einsandten.

Abschließend muss noch einmal auf die zahlreichen Fotografien hingewiesen werden, die zahlreichen privaten und öffentlichen Archiven entnommen sind und meist zum ersten Mal veröffentlicht wurden. Diese veranschaulichen die Zustände in den ehemaligen deutschen Ostgebieten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und sind eine gute Ergänzung zu den Texten. Aus wissenschaftlicher Sicht ist jedoch die spärliche Kommentierung und Kontextualisierung zu kritisieren. In einigen Fällen besteht keinerlei Verbindung zu den abgedruckten Texten. Daher wäre es zu begrüßen, wenn die Autorin ihre visuellen Quellen in einem kommentierten Bildband über die polnischen Westgebiete in der unmittelbaren Nachkriegszeit getrennt präsentiert. Ihr bei den Recherchen zur Habilitationsarbeit gesammelter Bildfundus scheint auf den ersten Blick für eine breite Öffentlichkeit noch interessanter zu sein als die hier besprochenen Erinnerungstexte.

Bern

Stefan Dyroff

Franquistische Frauenpolitik

Stehrenberger, Céline Stephanie: *Francos Tänzerinnen auf Auslandstournee. Folklore, Nation und Geschlecht im „Colonial Encounter“*, 340 S., transcript, Bielefeld 2013.

Welche Rollen die Frauen in den faschistischen Systemen spielten, ist in dem letzten Jahrzehnt verstärkt in den Fokus historiographischen Arbeitens getreten. Auch über die Frauenorganisation der spanischen Falange sind in den vergangenen Jahren wichtige Studien veröffentlicht worden, auf denen die vorliegende Dissertation aufbaut. Die Autorin widmet sich einem besonderen Projekt der Sección Femenina: Jenen „Coros y Danzas“ genannten Tanzgruppen, die im In- und Ausland für Franco-Spanien warben, welches sich in charakteristischem Widerspruch sowohl

als „modern“ als auch als Hüterin der Tradition verstanden wissen wollte. Beispielhaft wird an der Entwicklung, der Planung und der Durchführung dieses Tanzprojektes deutlich, in welcher Weise die Frauenorganisation der Falange an der franquistischen Politik teilhatte.

Schon deshalb ist es lohnenswert, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, denn wer die Durchsetzungsfähigkeit und Langlebigkeit des Franquismus verstehen will, tut jedenfalls gut daran, die Frauenpolitik dieser Epoche nicht wie lange Zeit üblich einfach im Repressionsnarrativ aufgehen zu lassen. Stattdessen sollten auch jene Hunderttausende von Frauen ernst genommen und nach ihren Motiven befragt werden, die sich als Mitglieder in der Sección Femenina engagierten.

Die für den Franquismus charakteristische Mixtur von Innovation und Tradition kennzeichnete schon die Geburtsstunde der „Coros y Danzas“. Unmittelbar nach dem Ende des Bürgerkrieges entsandte die Kulturabteilung (*regiduría de cultura*) der Sección Femenina ausgebildete Musikerinnen in alle Regionen Spaniens, um den regionalen Bestand an traditionalem Tanzrepertoire zu erheben. In einer Art ethnographischer Feldforschung entstand so eine Sammlung regionaler Tanz-Folklore, die – nach der Eliminierung aller allzu derben und obszönen Elemente – Bestandteil einer typisch franquistischen „Invention of Tradition“ wurde. Dieses Unternehmen ist schon deshalb spannend, weil es zeigt, mit welcher Art von Integrationsangeboten das zentralistische Franco-Regime um die verschiedenen Regionen warb: Deren kulturelle Vielfalt sollte (in dieser purifizierten Form) demonstrativ erhalten bleiben.

Die Tanzgruppen spielten aber nicht nur als Instrument der Innenpolitik eine bedeutende Rolle, sie wurden auch zu einem Mittel der franquistischen Außenpolitik: Vor allem während des „Ostrakismus“ der Nachkriegszeit, also jener Zeit, in der das Franco-Regime in der westlichen Welt wegen der Zusammenarbeit mit den faschistischen Staaten in Misskredit geraten war, sollten sie als Werbeträger für ein „besseres Spanien“ fungieren. Die fröhlichen, attraktiven, selbstbewussten jungen Frauen (und wenigen Männer), die unbefangen und in technischer Perfektion dem (vermeintlich) jahrhundertealten Kulturschatz spanischer Regionen huldigten, schienen die Bilder vom „hässlichen“, weil repressiven, diktatorischen und rückständigen Spanien Lügen zu strafen.

Beide Dimensionen, die innenpolitische Integrations- und die außenpolitische

Impressionsabsicht, werden von der Autorin richtig als die *Raison d'être* der Tanzgruppe benannt. Beiden aber geht sie selbst nur beiläufig nach, vermutlich weil Estrella Casero schon im Jahr 2000 eine wichtige Monographie dazu vorgelegt hat (Estrella Casero „La España que bailó con Franco. Coros y Danzas de la Sección Femenina“ 2000). Jedenfalls konzentriert sich Stehnenberger in ihrer Studie auf zwei Reisen, die die „Coros y Danzas“ in den Jahren 1954 und 1957 nach Äquatorialguinea durchgeführt haben, jener westafrikanischen Kolonie, die die Spanier 1778 im Austausch gegen Territorien in Lateinamerika von Portugal erhalten hatten.

Mit diesem Schwerpunkt hat sich die Autorin zwei Probleme eingehandelt, die in den Griff zu bekommen ihr letztlich nicht überzeugend gelungen ist: Zu der ohnehin nicht leicht zu entschlüsselnden Innen- und Außenpolitik Spaniens kommt nun noch der kolonialgeschichtliche Aspekt hinzu. Ohne Frage wäre es lohnenswert, dem spanischen Kolonialismus im 20. Jahrhundert gerade auch unter genderspezifischen Gesichtspunkten nachzugehen. Ob aber dafür diese Tanzgruppe erhalten kann, darf bezweifelt werden. Zumal, und das ist das zweite Problem, die Aussagekraft ihres Untersuchungsgegenstandes der Beweislast nicht standhält: Welche Bedeutung hatten diese zwei Reisen nach Äquatorialguinea? Für die Spanier und Spanierinnen selbst offenbar keine allzu große: Verglichen mit den 128 Tänzerinnen, die in die Vereinigten Staaten geschickt wurden, stellten die 15 beziehungsweise 18 Personen, die nach Afrika reisten, ausgesprochen kleine Delegationen dar. Zudem stammten die Teilnehmer der Afrikareisen ausschließlich aus Andalusien und wurden vom Gouverneur in Äquatorialguinea eingeladen und finanziert.

Ob wiederum das Kolonialregime durch diese sehr situativen, letztlich kurzfristigen Begegnungen beeinflusst werden konnte, darf ebenfalls in Frage gestellt werden. Rückwirkungen auf die spanische Gesellschaft, etwa in Form einer Berichterstattung über die Reisen im Mutterland, sind jenseits des Exotik- und Abenteuercharakters, den die Teilnehmerinnen in Erinnerung bewahrten, kaum erkennbar.

Viele Aspekte werden von der Autorin klug beobachtet und gut dargestellt. So ist es richtig, dass eine geschickte Emotionspolitik Teil der außenpolitischen Werbestrategie des Franquismus war. Zutreffend ist auch, dass sich hinter der maskenhaft-heiteren Perfektion auch ein Impressionsgestus mit einschüchternder Intention verbergen konnte. Die Tanzgruppe deshalb als

„Kriegsmaschine“ zu bezeichnen, dient allerdings weniger der Klärung der Mechanismen als ihrer Vernebelung. Methodisch wie theoretisch wäre eine stärkere Fokussierung besser gewesen, anstatt alle Forschungsrichtungen bedienen zu wollen: Verflechtungs- und Globalgeschichte, spanische Innen- und Außenpolitik sowie Kolonialgeschichte, Emotions-, Körper- und Gendergeschichte. In dieser Vielfalt geht leicht der rote Faden verloren. So entgeht Stehrenberger beinahe, dass ihre Studie letztlich gerade nicht das Vorurteil bestätigt, die Genderpolitik des Franquismus sei durchgängig repressiv gewesen. Statt dessen stehen „Coros y Danzas“ jenseits aller Programmatik für eine (relative) Vielfalt möglicher femininer Lebensentwürfe – worin letztlich ein wichtiger Erklärungsansatz für die Langlebigkeit des Franco-Regimes zu sehen sein dürfte.

Berlin

Birgit Aschmann

Abseits des politischen Mainstreams

Gerteis, Christopher/George, Timothy S.: Japan Since 1945. From Postwar to Post-Bubble, 288 S., Bloomsbury, London 2013.

Der Umschlag des hier zu besprechenden Buchs lässt potentielle Leser zunächst vermuten, dass es sich um eine von zwei Autoren verfasste „Geschichte Japans seit 1945“ handelt; denn als „Herausgeber“ sind Christopher Gerteis (SOAS) und Timothy S. George (University of Rhode Island) auf dem Umschlag nicht ausgewiesen. Ein Blick auf das Titelblatt im Innern und auf das Inhaltsverzeichnis des Bandes belehrt einen aber schnell eines Besseren: Es handelt sich um einen aus 15 Artikeln bestehenden Sammelband, der auf zwei Konferenzen an der Sophia Universität in Tokio (2009) und an der School of Oriental & African Studies der University of London (2010) zurückgeht.

Die vergleichsweise kurze Einleitung der beiden Herausgeber betont geradezu trotzig die Bedeutung Japans für Weltwirtschaft und Weltpolitik angesichts der Tatsache, dass das allgemeine Interesse an dem Land, bedingt durch die seit den 1990er Jahren beginnende und bis heute anhaltende Rezession und Chinas gleichzeitigen Aufstieg, nachgelassen hat. Die dreifache Katastrophe vom 11. März 2011 hat daran grundsätzlich nichts geändert. Das mangelhafte Krisenmanagement in Fukushima und

der historische Revisionismus der letzten Jahre haben die Tendenz eher verstärkt, Japan fast abzuschreiben. Dem wollen die Herausgeber und Autoren des Bandes entgegengetreten, indem sie die historische Entwicklung Japans von der Besatzungszeit bis in die Gegenwart am Beispiel ausgewählter Themen neu vermessen. Eine gewisse Vorbildfunktion kommt dabei einem anderen Sammelband zu, der 20 Jahre zuvor unter dem Titel „Postwar Japan as History“ (1993) erschienen war und für die historische Japanforschung viele Anregungen enthielt; denn er zog wenige Jahre nach dem Tod Hirohitos im Jahre 1989, dem Zusammenbruch der japanischen *bubble economy* 1990/91 und dem Ende des Kalten Krieges ein vorläufiges Fazit über Japans lange Nachkriegszeit. Viele Themen blieben damals ausgespart, so unter anderem Japans postkoloniales Erbe oder die Ansätze zur Schaffung einer Zivilgesellschaft. Hier setzt der neue Band, unter häufigem Rückgriff auf den Vorläufer, an, und er tut dies auf eine Art und Weise, die zu zahlreichen neuen Erkenntnissen und Einsichten im Detail führt, obgleich das Buch insgesamt einen eher disparaten Eindruck hinterlässt.

Die Beiträge des Bandes sind in vier Teile untergliedert. Der erste ist dem Thema „Civic Imaginations“ gewidmet und dekonstruiert einen zählebigen Mythos, der die mangelnde Tradition bürgerlichen Engagements in Japan beklagt. In einer glänzenden Fallstudie zeigt Laura Hein, wie in Kamakura, einer Stadt in der Nähe Tokios, die Gründung des ersten Museums für Moderne Kunst im Jahre 1951 gelang. Die Autorin betont dabei die Initiativen einer bürgerlichen Elite abseits der großen Metropole. Ganz bewusst griffen dabei Leute wie der Kunstkritiker und Poet Jirō Hijioka auf Vorbilder und Traditionen bürgerlichen Selbstverständnisses in der Tokugawa- und frühen Meiji-Zeit zurück. Ähnlich lebhaft war das Engagement bürgerlicher Kräfte in den alten Heimatstädten verschiedener Regionen. Das galt sowohl für Maßnahmen zur Konservierung von Kleinstädten und ihren historischen Bauwerken, wie Timothy S. George in seinem Aufsatz zeigt, als auch für die kulturelle Identitätsstiftung mit Blick auf die Angehörigen einer jüngeren Generation, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen hatten und seit den 1970er Jahren mittels groß angelegter Werbekampagnen von Reiseveranstaltern unter dem Motto „Discover Japan“ gleichsam nach Hause zurückgeholt wurden. Am Beispiel Kaminosekis, einer Kleinstadt in der Präfektur Yamaguchi, weist Martin Dusinger nach, dass der emotiv aufgeladene Vorgang

der Heimkehr dabei wichtiger war als das Ziel der Reise selbst. Die koloniale Vergangenheit namhafter Familien vor Ort blieb im Rahmen dieser Traditionspflege ausgespart.

Der zweite Teil des Bandes befasst sich mit dem Erbe von Krieg und Besetzung. David Tobaru Obermiller beschreibt in einem konzisen historischen Überblick die komplexe Identitätslage der Bewohner von Okinawa und den anderen Ryūkyū-Inseln, die bis 1972 unter amerikanischer Besetzung standen. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung wollte in dieser Zeit zu Japan zurück, doch ist die Enttäuschung über das politische Establishment in Tokio, das an den Standorten für die amerikanischen Militärbasen festhält, bis heute groß. Katarzyna J. Cwiartka stellt in ihrem sehr lesenswerten Beitrag über die Lebensmittelrationierung und die Rolle der Nachbarschaftsvereinigungen nicht nur einen wichtigen Kontinuitätsaspekt zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit heraus, sondern zeigt auch, wie bürgerliches Engagement auf der Ebene der Wohnviertel, zunächst 1940 von staatlicher Seite verordnet, über das Kriegsende hinaus fortlebte und von den amerikanischen Besatzern aus pragmatischen Gründen toleriert wurde. Sally A. Hastings beschreibt am Beispiel der Krankenschwestern und ihrer Berufsorganisation den erfolgreichen Versuch, im Parlament politischen Einfluss zu gewinnen, „not to reform society but rather to secure their professional privileges within the existing order“ (S. 120). Den Abschluss dieses Teils bildet ein Aufsatz von Tatsuya Fujiwara über die japanischen Kriegsversehrten während des Krieges und danach, denen es erst nach dem Ende der Besatzungszeit gelang, sich auf nationaler Ebene zu organisieren.

Die Rolle des Staates in einer postindustriellen Gesellschaft thematisieren die Beiträge des dritten Teils. Während Satsuki Takahashis Beitrag über die verschiedenen Phasen der Modernisierung des japanischen Fischereiwesens wohl nur einen kleinen Kreis von Experten ansprechen dürfte, diskutieren die Studien von Lonny E. Carlile und Bruce E. Aronson zentrale Fragen der staatlichen Industrie- und Finanzpolitik in der immer noch drittgrößten Volkswirtschaft der Welt. Carlile betont, dass Japan bereits um 1970 in eine Phase eingetreten ist, die mit sozialer Diversifikation und einem Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft einherging. Die erfolgreiche staatliche Interventionspolitik im Zuge des industriellen Wiederaufbaus bis 1970 sei danach eher ein Hindernis für die Herausbildung eines post-industriellen Systems gewesen. Aronson ist

demgegenüber weniger skeptisch, unterstreicht er doch, entgegen der gemeinhin geäußerten Meinung von Experten und in der Öffentlichkeit, dass der Umbau von Verwaltung und Finanzsystem nach dem Platzen der *bubble economy* Anfang der 1990er Jahre ein Erfolg gewesen seien. Für diese These spricht, dass Japan von den Wellen des Lehman-Schocks weniger berührt wurde als die USA und Europa.

Der vierte und letzte Teil des Bandes behandelt unter der eher nichts sagenden Überschrift „Looking Out, Looking Back“ Themen der kollektiven Erinnerung, wobei es weniger um die zurzeit breit diskutierte Verantwortung Japans für den Krieg, sondern eher um Erinnerungsstücke der modernen Industriegesellschaft geht. Den Auftakt bildet eine Studie der Sozialanthropologin Christine Yano über die Rolle und das Image von Pan Am im Japan der Nachkriegszeit. Die amerikanische Fluggesellschaft trug in Japan zur Herausbildung einer sogenannten „jet-age nationhood“ bei, die Yano als eine Art bürgerliche Identität charakterisiert, die eine hochgradig beschleunigte Mobilität und erste Anzeichen des Globalisierungsprozesses positiv annahm. Geteils analysiert am Beispiel der „Nippon Yusen Kaisha“, einer der größten Reedereien der Welt, die Art und Weise, wie in Japan Firmengeschichte betrieben wird. Von besonderem Interesse ist Hiraku Shimodas Aufsatz über die Erinnerungskultur der Industriegesellschaft nach 1945, die zwischen 2000 und 2005 das Thema einer populären TV-Sendereihe mit dem Titel „Project X“ gewesen ist. Die Sendereihe erinnerte an große Industrievorhaben, die mit einer technologischen Herausforderung einhergingen. Auffallend sei in allen dargestellten Projekten die Abwesenheit des Staates. Es sind vielmehr einfache Leute oder ein Team von Ingenieuren, die zum wirtschaftlichen Erfolg der Jahrzehnte nach 1945 beigetragen haben: „Their narratives de-center the state and other traditional sources of power that typically dominate elitist history“ (S. 245).

Es kommt vergleichsweise selten vor, dass ein Sammelband mit dem letzten Beitrag sogleich seine erste Rezension mitliefert. Anders kann man den Kommentar von Stephen Vlastos kaum lesen. Ursprünglich wohl aufgefordert, ein Résumé zu ziehen, stellt der Verfasser den dezidiert defensiven Ansatz des Bandes („Of course Japan matters“, S. 1) in Frage und beklagt, dass die meisten Beiträge des Bandes entweder auf die unmittelbare Nachkriegszeit bezogen oder auf die japanische Gegenwartsgesellschaft seit dem Ende der *bubble economy* ausgerichtet sind und demgegenüber

die eigentliche Transformationsphase zwischen 1950 und 1990 eher unberücksichtigt bleibt. Man hätte sich hier vom ersten Kritiker des Bandes einige konkretere Hinweise gewünscht, beispielsweise die Frage, ob die von der jüngeren Sozialgeschichte betonte Zäsur um 1970 in den meisten Industriegesellschaften auch Japan einschließt. Im Gegensatz zu dem Sammelband von 1993 kommt die Politik kaum noch vor. Eine Studie zu den Dysfunktionalitäten des politischen Systems seit den 1950er Jahren sucht man vergebens. Auch die Faszination, die seit etwa zehn Jahren von einem „Cool Japan“ insbesondere auf die jüngere Generation ausgeht, erfasst der Band noch nicht. Wer also eine Überblicksdarstellung sucht, der greife besser zu Jeff Kingstons Buch „Japan in Transformation“ aus dem Jahre 2010. Wer aber an Themen abseits des politischen Mainstreams Gefallen findet, der ist mit dem hier besprochenen Band sehr gut bedient. Insbesondere im Bereich der Sozial- und Kulturgeschichte schließt er manche Lücken und stellt damit im Ergebnis einen wertvollen Beitrag zur neueren Japan-Forschung dar.

Ôsaka

Wolfgang Schwentker

Selbstverständnis der ersten *oral historians*

Maubach, Franka/Leo, Annette (Hrsg.): Den Unterdrückten eine Stimme geben? Die International Oral History Association zwischen politischer Bewegung und wissenschaftlichem Netzwerk, 378 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Die Konferenzen der International Oral History Association (IOHA) sind heute ein regelmäßiger Fixtermin für viele Historiker und Historikerinnen im Rahmen des von manchen kritisch als „Wanderzirkus“ bezeichneten Konferenztourismus im internationalen Wissenschaftsbetrieb. So etabliert wie der Kongress scheint auch sein Thema, die *oral history*, als Praxis und Methode (weniger dagegen als eigene Subdisziplin) zu sein. Der vorliegende Sammelband begibt sich auf die Suche nach den Ursprüngen der *oral history* in Europa und fragt, wie sich die IOHA vor ihrer formalen Gründung im Jahr 1996 von ihren Anfängen entwickelt hat. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Hauptprotagonisten eines Netzwerks von Forschern und Forscherinnen, das über zwanzig Jahre lang, von 1976 bis 1996 als informelle Gruppe bestand und als solche zehn Konferenzen

zu *oral history* organisierte. Thema des Bandes ist somit eine Intellektuellengeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Ungewöhnlich ist der Entstehungskontext des Bandes, der von Lutz Niethammer in einem Nachwort ausführlich erörtert wird. Niethammer – einer der Hauptprotagonisten der IOHA in ihrer informellen Phase – regte die Untersuchung des Themas an, die von einer Gruppe bei ihm Promovierender an der Universität Jena 2007 bis 2010 durchgeführt wurde, und geriet damit selbst „in die Rolle des Zeitzeugen und Forschungs-,Objekts“ (S. 276). Der Forschungsgruppe, koordiniert von Annette Leo, stand eine umfangreiche Sammlung von Quellen aus dem Bestand Niethammers und anderer zentraler Personen der IOHA zur Verfügung. Hauptquelle des Buches sind jedoch über 30 Interviews, die mit den Hauptakteuren und -akteurinnen der *oral history*-Bewegung geführt wurden. Welche Erfahrungen die Forschungsgruppe dabei machte, die Gründerinnen und Gründer der *oral history* mit ihrer eigenen Methode zu konfrontieren, kann in einem eigenen Beitrag von Annette Leo nachgelesen werden.

Eingeleitet von Annette Leo, gelingt es den Autoren und Autorinnen in sieben Beiträgen ein facettenreiches und kritisches Bild der frühen *oral history*-Bewegung zu zeichnen. Manja Finberg vergleicht die biographischen Hintergründe der Hauptakteure und fragt, aus welchen Gründen sich die Intellektuellen der *oral history* zuwandten. Augenfällig in den Lebensverläufen der Hauptakteure sind einerseits „Erfahrungen der Fremdheit und Ambivalenz“ in den Herkunftskontexten, die zu einem frühen Ausbruch aus diesem Milieu führten, und andererseits eine intensive Politisierung im Rahmen vorwiegend linker Bewegungen der 1960er Jahre. Die Hinwendung dieser Intellektuellen zur *oral history* erfolgte zeitlich meist nach dem Ende des politischen Aktivismus, häufig verbunden mit einer „tiefen Lebenskrise“, und der Suche nach einem wissenschaftlichen Instrumentarium, mit der die „Lebenwirklichkeit der ‚Unterdrückten und Untergeordneten‘“ nun empirisch erforscht werden konnte (S. 47). Der politische Anspruch setzte sich in der programmatischen Losung fort, „denen eine Stimme geben zu wollen, die bisher in der Geschichte ungehört geblieben waren“ (S. 60). Wie sich aus diesen Intellektuellen ein „Freundschaftsnetzwerk“ bilden konnte, untersucht Christian König. Ein wesentlicher Impuls, so König, war die von den Forschern „subjektiv empfundene oder objektiv vorhandene Nischenposition“ innerhalb ihrer nationalen Wissenschaftskontexte: „Die internationale

Kooperation konnte dabei für einige Forscher einen Ausweg aus einer oftmals intradisziplinären Isolierung und Marginalisierung im Heimatland bedeuten“ (S. 96). Mittels der Netzwerkanalyse zeigt König, dass das Gesamtnetzwerk der IOHA aus einer kleinen Gruppe von sieben Personen bestand, die den „strukturellen und operativen Kern“ (S. 94) bildeten, um die sich wiederum mehrere Kreise von Personen entwickelten, die je nach Nähe zum beziehungsweise Entfernung vom Zentrum mehr oder weniger an Entscheidungsprozessen beteiligt waren. Die Folgen einer derartigen Hierarchisierung analysiert Julie Boekhoff als „oligarchische Herrschaft“ (S. 113) „charismatischer Persönlichkeiten“ (S. 155), die erst 1996 durch die Institutionalisierung und Einführung gewählter Organe beendet wurde.

Die Beiträge von Agnès Arp und Silvia Musso beschäftigen sich mit der Frage nach der Internationalität respektive Interdisziplinarität des IOHA-Netzwerks, wobei erstere zuerst für die 1990er Jahre mit der Einbeziehung südamerikanischer und osteuropäischer Forscher und Forscherinnen konstatiert wird und zweitens in derselben Zeit schwächer wurde. Die Bedeutung des Sprechens – und des Schweigens – ist Thema von Franka Maubachs Aufsatz. Der politische Anspruch der *oral historians* drückt sich, so Maubach, in der im Buchtitel wiedergegebenen „Pathosformel“ aus: „Der machtkritische Impuls forderte so, den Forschungsfokus auf das gesprochene Wort zu verlegen“ (S. 246). Die empirische Arbeit erzeugte jedoch bald Ernüchterung: Die Interviewten sagten nicht das, was die Interviewer erwarteten beziehungsweise verschwiegen vieles. Aus dieser Krise, in die die „Apotheose des Opfers“ (S. 257) geführt hatte, wies Luisa Passerini einen Weg, indem sie den Fokus der Interpretation auf das Schweigen lenkte und damit zu einem „konstruktivistisch-linguistischen Verständnis“ von *oral history* beitrug. Damit eng verbunden war auch der Sprachenstreit innerhalb des IOHA-Netzwerks zwischen dem Englischen, das die „angloamerikanisch dominierte Weltordnung des Westens nach 1945“ (S. 265) symbolisierte, und den romanischen Sprachen Französisch und Spanisch, die „mit ‚fortschrittlichen‘ kulturgeschichtlichen Zugängen“ (S. 268) verbunden waren. Der Konflikt endete 1996 im Zuge der Institutionalisierung mit der Wahl von Mercedes Vilanova zur ersten Präsidentin – anstelle von Paul Thompson, der als „Gründungsvater“ der IOHA-Konferenzen galt –, der Zulassung von Spanisch als zweiter Konferenzsprache und der Austragung der

nächsten Konferenz in Rio de Janeiro. Der Sprachenstreit war letztlich ein Machtkampf zwischen der „männlich und angloeuropäisch“ (Vilanova) geprägten Kerngruppe und der spanischsprachigen „Lobby“, die sich sprachlich und thematisch unterrepräsentiert fühlte, und zur Globalisierung der IOHA führte.

Abgeschlossen wird der Band von dem bereits erwähnten Nachwort von Lutz Niethammer, in dem über den Zusammenhang des organisatorischen Netzwerks und der methodischen Kanonbildung der europäischen *oral history* und den *ego-histoires* von *oral historians* reflektiert wird, sowie ausführlichen Kurzbiographien der Hauptprotagonisten des IOHA-Netzwerks. Obwohl manche Beiträge in ihrer Argumentation etwas redundant sind, gelingt es den Autoren und Autorinnen das Selbstverständnis der ersten Generation von *oral historians* und die Entwicklung der *oral history* in Europa und deren Professionalisierung im späten 20. Jahrhundert in überzeugender Weise darzustellen.

Salzburg

Alexander Prenninger

Faszinierende Fallstudien

Puttkamer, Joachim von/Sienerth, Stefan/Wien, Ulrich A. (Hrsg.): Die Securitate in Siebenbürgen, 432 S., Böhlau, Wien u. a. 2014.

Der vorliegende Band basiert auf der Jahrestagung des „Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde“ aus dem Jahr 2010. Wie die Herausgeber im Vorwort bereits erklären, hätte sich diese ursprünglich geplante Tagung ausschließlich mit dem Thema Minderheiten (im breitesten Sinne) in Rumänien während des Kommunismus befassen sollen (S. 3). Zahlreiche brisante Enthüllungen seit 2009, die vor allem die großen Namen der rumäniendeutschen Literatur betrafen, steuerten reichlich Zündstoff zur Diskussion bei. Der deutschsprachige Schriftsteller Werner Söllner hatte beispielsweise im Winter 2009 auf einer Tagung öffentlich zugegeben seinen Freundeskreis für die Securitate bespitzelt zu haben. Besonders schwer wog der Fall Oskar Pastior: Vier Jahre nach Pastiors Tod (2006) stellte es sich heraus, dass er – der ehemals beste Freund Herta Müllers und zugleich die Inspiration für ihr preisgekröntes Buch „Atemschaukel“ – Müller jahrelang für die Securitate bespitzelt hatte. Vor diesem Hintergrund befasste sich eben

jene Tagung mit der Securitate in der Region Siebenbürgen. In siebzehn Beiträgen, oft mit unterschiedlichen Ansätzen, wird das Thema Siebenbürgen und die Securitate mit neuen Quellen, sowie mit Synthesen und etablierten Forschungen beleuchtet.

In Anbetracht der Anzahl der Beiträge ist es den Herausgebern durchaus gelungen eine weitreichende Übersicht des Themas zu schaffen. Der Leser erfährt von religiösen Minderheiten (z. B. Corneliu Pintelescu, Dezsó Buzogány), von der ungarischen Minderheit (z. B. Stefano Bottoni) und allen voran von der deutschen Minderheit (z. B. Hannelore Baier, Vigiliu Țârău und Silviu B. Moldovan). Der Band ist in drei Hauptteile gegliedert: „Die Securitate in der Gesellschaft Rumäniens“ (bestehend aus fünf Kapiteln) fungiert als Art Einleitung zur Kernfrage des Sammelbands. Im zweiten Teil („Die Minderheiten und die Unterwanderung der protestantischen Kirchen“) werden in sechs Kapiteln konkrete Fallbeispiele in Rumänien besprochen. Der etwas hölzern klingende Titel dieses Abschnitts lässt allerdings erahnen, dass die einzelnen Beiträge oft recht gezwungen zusammengepfertcht wurden. Der dritte Teil, der fünf Aufsätze mit der Überschrift „Die Securitate und die Literatur“ vereint, liest sich einheitlicher, da die einzelnen Essays viel reflektierender in ihren Ansätzen sind. Als Coda dient dann Anton Sterblings eigenständiger Beitrag („Das Motiv der Freiheit und die Machenschaften der Securitate“) unter dem Titel „Erinnerungssplitter“. Der Sammelband beinhaltet Aufsätze auf Deutsch oder Englisch, sowie auch knappe Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge auf Englisch und Rumänisch. Den englischsprachigen Zusammenfassungen und Essays hätte sicherlich eine sorgfältigere Bearbeitung gutgetan. Trotz des Buchtitels („Die Securitate in Siebenbürgen“) greift dieser Sammelband weit über die Region hinaus (z. B. Georg Herbstritt), was nicht unbedingt problematisch ist, schließlich lassen sich regionale Fragen auch mit einer übergeordneten Problematik beantworten.

Dragoș Petrescu eröffnet diese Sammlung mit einer Übersicht des Widerstands in Rumänien. Dabei versucht er aufzuweisen, dass es keinen nennenswerten Widerstand gab (S. 11ff.). Petrescu behauptet, in klassischer Manier, dass rumänische Intellektuelle Mitläufer waren und lediglich im Nachhinein ihr Handeln als „resistance through culture“ (S. 16, u. ä. m.) erklärten: Die Brutalität des Regimes sei so ausgeprägt gewesen, dass Intellektuelle in die ‚innere Emigration‘ flüchteten und einfach weiter in ihrem Metier aktiv

blieben (S. 29f.). Diese Einsichten sind nicht unbedingt originell, dennoch fasst sein Aufsatz die aktuelle Orthodoxie der Forschung anschaulich zusammen (S. 11ff.). Darüber hinaus bespricht Petrescu weitere Forschungsmöglichkeiten seit der Öffnung der Securitate-Akten, indem er die jüngste Geschichte der Organisation „National Council for the Study of the Securitate Archives“ (CNSAS) erläutert. Die Analyse der CNSAS ist etwas verklärt und Petrescu erzählt eine wohl zu teleologische Geschichte von der Öffnung der Securitate-Akten. Es wäre deshalb wünschenswert gewesen, wenn Petrescu mehr methodologische Überlegungen zum Gebrauch dieser Akten (vgl. den Beitrag von Katharina Lenski zu den Stasi-Akten, S. 116ff.) angestellt hätte, statt den Zugang zu diesen Quellen mit ‚mehr Wissen‘ gleichzusetzen. Des Weiteren hätte Petrescus durchaus nützliche ‚Gebrauchsanweisung‘ von neuen Fragestellungen und Ansichten zur Widerstands- und Oppositionsforschung profitiert. Kann man Widerstand und Opposition im kommunistischen Rumänien neu begreifen? Welche neuen Einsichten gibt es Dank der jetzigen Forschungsmöglichkeiten? Leider fehlt hier eine originelle These, die es zulassen würde, Widerstand und Opposition nicht nur im strikten Sinne einer nationalen Bewegung zu verstehen. Zwar deutet Petrescu an, wie wichtig das Ausland für die rumänische Dissidenz war, allerdings hätte man dies systematischer ausarbeiten können, um Widerstand und Opposition als transnationales Phänomen zu verstehen. Bücherschmuggel, religiöse Organisationen und andere transnationale Bewegungen verkomplizieren die orthodoxe Sicht der kaum oder nicht-vorhandenen (nationalen) Opposition in Rumänien.

Nichtsdestotrotz, zahlreiche Beiträge in diesem Band führen den Leser in faszinierende Fallstudien und Themen ein, die in summa anschaulich die Securitate (und andere staatliche Organisationen) in Siebenbürgen (und darüber hinaus) beleuchten. Georg Herbstritt, ein Experte für die Verbindungen zwischen der ehemaligen DDR und Rumänien, untersucht in seinem Beitrag den Stand Siebenbürgens in den Stasi-Akten. Dabei wird deutlich, dass Siebenbürgen nur punktuell von Bedeutung war, nämlich zu Krisenzeiten. Dazu zählen der sogenannte ‚Kronstädter Schriftsteller Prozess‘ 1959 (S. 75f.) und auch der wirtschaftliche Niedergang Rumäniens in den 1980er Jahren, der bei der Stasi Befürchtungen hochkommen ließ, die Minderheiten der Region (insbesondere die deutsche) könnten aufständisch werden (S. 91f.). Überhaupt stehen die Minderheiten in

diesem Band im Rampenlicht. Corneliu Pintilescus Aufsatz analysiert die aufflammende religiöse Verfolgung in den ersten zwei Jahrzehnten der kommunistischen Regierung. Er veranschaulicht dies mit drei Beispielen, darunter auch der tragische Fall des griechisch-katholischen Geistlichen Gheorghe Neamțu 1948/49 (S. 257ff.). Teil einer religiösen Minderheit zu sein, wurde oft mit Nonkonformismus gleichgesetzt und verstärkt zu Krisenzeiten bekämpft. Insbesondere nach dem Ungarischen Volksaufstand 1956 kam es zu einer intensivierten ‚Gleichschaltung‘ des religiösen (und auch kulturellen) Lebens in Siebenbürgen.

Es waren vor allem die ethnischen Minderheiten, die immer wieder diesen Druck zu spüren bekamen. Hannelore Baier – eine absolute Autorität zu Fragen der deutschen Minderheit während des Kommunismus – fasst in ihrem Aufsatz zusammen wie die deutsche Minderheit von der Securitate verstanden und überwacht wurde. Dabei erforscht sie zwei Fallbeispiele – die „Horst Deppner Gruppe“ und den „Arbeitskreis für Siebenbürgische Landeskunde“ – in denen das Einschleusen von Informanten um den Assimilationsdruck auf Deutsche zu erhöhen deutlich zu Tage kommt. Baier betont dabei, dass dieser Druck, trotz Schwankungen, eigentlich permanent vorhanden war (S. 167). Ähnliche Ansätze sind in den Beiträgen von Liviu Burlacu, Michael Markel und Stefano Bottoni vorzufinden.

Bei allem Eifer Siebenbürgen und die Securitate systematisch erforschen zu wollen, wurden in diesem Band vielleicht auch Möglichkeiten versäumt konzeptionell enger bei der Sache zu bleiben. Zum einen stellt sich die Frage: Warum ausgerechnet Siebenbürgen? Ohne eine konzeptionelle Überlegung erscheint die Wahl dieser Region etwas zufällig, zumal einige Aufsätze Themen abdecken, die weit über die Region greifen ohne dabei deren Sachdienlichkeit zu erklären. Wenn denn in den einzelnen Beiträgen die Region nicht als eigenstehendes Gebiet hervorsteht oder gar nicht erwähnt wird, weshalb sollte man den Titel auf Siebenbürgen beschränken? Hier lohnt es sich das Konzept einer Region etwas tiefgründiger zu überlegen. Der *spatial turn* der Geschichtsforschung eröffnet neue und originelle Forschungsansätze, um auf verschiedenen Ebenen historische Entwicklungen zu untersuchen. Das Verhältnis zwischen dem Lokalen, dem Regionalen, dem Nationalen und dem Transnationalen bietet einen komplexen und vergleichenden Ansatz, um der stark national-geprägten Geschichtsforschung auf diesem Gebiet neues Leben einzuhauchen. Mit einem solchen Rahmen könnte man das Thema

Siebenbürgen noch anschaulicher erörtern. Dient die Region als *pars pro toto* in Bezug auf Rumänien? Ist Siebenbürgen eine Besonderheit? Welches Verhältnis besteht zwischen den regionalen Beispielen und der nationalen Geschichte des rumänischen Kommunismus? Kann man die Erfahrungen zur Zeiten des Kommunismus in Siebenbürgen in ein breiteres europäisches Netzwerk einbauen? Muss man Schlagwörter wie Opposition und Widerstand von Fall zu Fall neu definieren oder passen die Region und die einzelnen Beispiele in einen übergeordneten Rahmen? Derartige Fragen werden nur sporadisch besprochen.

Dennoch gibt es auch in diesem Band vereinzelt Versuche auf unterschiedlichen Ebenen das Forschungsobjekt Siebenbürgen und die Securitate zu untersuchen: Stefan Sienerths biographische Abhandlung Heinz Stănescu – Literaturhistoriker, Informant und schlichtweg komplexe Person – zeigt eine verworrene Geschichte Siebenbürgens in einem transnationalen Spannungsfeld auf (S. 308ff.). Sowohl Teil einer ethnischen Minderheit (jüdisch-deutscher Hintergrund) als auch sexueller Minderheit (Stănescu war homosexuell), war Stănescu gleichzeitig Opfer und Täter. Berüchtigt aufgrund seiner Nähe zum Sicherheitsapparat des kommunistischen Regimes, musste Stănescu (vergebens) um seinen professionellen Ruf kämpfen (sowohl im Inland als auch im Ausland), ehe er Rumänien den Rücken zukehrte und trotz wiederholten Verrats an vereinzelte rumäniendeutsche Mitbürger in die Bundesrepublik im Jahr 1976 auswanderte. Sienerth stellt unter Beweis wie die Securitate-Akten zu einer verflochtenen Geschichte des Kommunismus beitragen können, statt einfach nur als eigenständige faktische Quellen aufgefasst zu werden. Losgelöst von starrer nationaler Geschichtsschreibung wird das Thema Siebenbürgen und die Securitate unsauber, verstrickt, fesselnd.

Durham

James Koranyi

Starke Kontinuitätslinien

Wiegeshoff, Andrea: „Wir müssen alle etwas umlernen“. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51–1969), 477 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Der Bericht der Untersuchungskommission zur Geschichte des Auswärtigen Amtes – publiziert

von Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann mit dem Titel „Das Amt und die Vergangenheit“ (2010) – hatte schon um einige Aufmerksamkeit gesorgt (s. auch Richard J. Evans „The German Foreign Office and the Nazi Past“ in „Neue Politische Literatur“ 56 (2011), H. 2, S. 165–183). Andrea Wiegeshoff hatte sowohl bei der Kommission als auch bei dem Band mitgearbeitet. Ihre Dissertation zur Internationalisierung des Auswärtigen Amtes in den Anfangsjahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland ist eine Fortführung beziehungsweise vielmehr ein Nachschlag zu ihrem Beitrag „Amt“. Sie geht in ihrer Studie (wie auch in ihrem Beitrag zum „Amt“) den mentalen Veränderungen bei deutschen Diplomaten in der Nachkriegszeit nach – wie diese sich den ganz veränderten Gegebenheiten und der neuen Politik Deutschlands (nach innen und nach außen) angepasst haben. „Ziel ist es“, schreibt die Autorin, „subjektiven und Lernprozessen im Amt nachzuspüren“ (S. 13). Sie bedient sich dabei eines gruppenbiographischen Ansatzes. Wiegeshoffs Sample umfasst 30 Diplomaten (Botschafter und Staatssekretäre im Jahr 1969): Drei davon hatten bereits in der Weimarer Zeit im Auswärtigen Amt gearbeitet, weitere elf kamen im ‚Dritten Reich‘ dazu, und 16 waren „Neueinsteiger“ in der Bundesrepublik; drei der gesamten Gruppe waren SS-Mitglieder (die Zahl der NSDAP-Mitglieder war um einiges höher, aber die Verfasserin betont, dass deren Parteimitgliedschaft nicht unbedingt Rückschlüsse auf deren ideologische Haltung zulässt).

Wiegeshoff geht den Diplomaten und ihren Einstellungen zur Welt, zur Politik und zur Nation in fünf Abschnitten nach. Der erste Abschnitt (mit vier Kapiteln) beschäftigt sich mit den Kontinuitäten und Brüchen im Amt und in den Biographien. Der zweite (mit zwei Kapiteln) diskutiert die Rolle der Nation für das Sample, der dritte (ebenfalls mit zwei Kapiteln) die Stellung der BRD im internationalen System und der vierte (auch zwei Kapitel) das Verhältnis vom „Amt“ zur Gesellschaft. Ein letzter Abschnitt resümiert die herausgearbeiteten Umlernprozesse. Durchweg versucht die Autorin dies mit Fokus auf die Motivationen, vorausgegangenen Erfahrungen und Stationen der Diplomaten zu tun. Allerdings – und Wiegeshoff weist darauf gleich zu Beginn hin – ist die Quellenlage höchst different. Für einige Diplomaten hatte sie ausführliche Nachlässe zur Verfügung, für andere nur wenige Egodokumente. Vielleicht ist dies auch ein Grund, warum ihr Fazit eher verhalten ausfällt: „Es wurde ‚umgelernt‘ im Bonner Amt, allerdings nur ‚etwas‘“ (S. 418).

In ihrem Fazit ist jedoch sicherlich genau das enthalten, was ihre Untersuchung interessant macht. Einerseits mussten die Diplomaten gar nicht so sehr umdenken, um in der neuen Realität zu funktionieren. Andererseits mussten sie es eben doch und konnten es – scheinbar – auch. Andere Rezensenten führte dies zur Pauschalerklärung des „Opportunismus“, die Wiegeshoff angeblich zu spät brachte und als Konzept zu wenig untersucht habe. Dem kann man entgegensetzen, dass die Autorin eine Reihe von anderen Erklärungsansätzen anbietet, von denen einige hier genannt werden und die – zumindest im Gesamtbild – durchaus Plausibilität herstellen. Wo auch immer die untersuchten Diplomaten (zeitlich und politisch) herkamen, so betont Wiegeshoff, „das Bekenntnis zur westlichen Allianz und die Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten bildeten Konstanten in den Grundüberzeugungen“ (S. 81). Dies ist gerade vor dem zu erwartenden Hintergrund von rechtskonservativem bis nationalsozialistischem Gedankengut erstaunlich. Andererseits half den Diplomaten eine anti-kommunistische Grundhaltung, die sie meist schon vor 1945 verinnerlicht hatten, die Westbindung zu akzeptieren und zu fördern. Der Kalte Krieg und die Teilung Deutschlands verschärfte diese Haltung sowie die Einsicht, dass man keine andere Wahl habe als an der Seite der USA zu stehen. Dieselbe anti-russische Grundhaltung, so die Verfasserin, verhinderte aber auch einen kritischen Umgang mit den vom ‚Dritten Reich‘ begangenen Verbrechen in der Sowjetunion. Die Westbindung als Konsens bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, dass die Diplomaten der Gruppe sich einem demokratischen und pluralen Westen angehörig sahen. Antiplurale, antidemokratische und anti-amerikanische Einstellungen waren vorhanden, unter anderem auch stark, und mussten erst noch „umgelernt“ werden. Ein Ort des demokratischen Lernens war dabei, so die Diplomaten selbst, das langjährige Arbeiten in internationalen Zusammenhängen und internationalen Organisationen.

Es mag dem gruppenbiographischen Ansatz in Kombination mit der schwierigen Quellenlage geschuldet sein, aber insgesamt überraschen die Ergebnisse der Studie kaum. Beispielsweise, dass die Jüngsten im Sample am meisten empfänglich für demokratische und (ver)westliche(n)de) Ideen waren oder, dass einzelne Diplomaten an eigene Gedankengänge von vor 1945 anknüpfen konnten – zum Beispiel Ideen von einer europäischen Wirtschaftsgroßraumpolitik oder einer europäischen Verteidigung gegen die bolschewistische Gefahr.

Es ist vor allem der Hintergrund und größere Kontext der Studie, der ihr Bedeutung verleiht: Die „starken Kontinuitätslinien“ von denen das neue Auswärtige Amt auf personeller Ebene nach 1945 geprägt war. Wiegeshoff hat sich erfolgreich der Frage gestellt, wie trotz der personellen Kontinuitäten – sie spricht von einem Anteil von bis zu 45% von Vorkriegsmitarbeitern (im höheren Dienst), die im Bonner Amt weiterarbeiteten – ein neues, westdeutsches Auswärtiges Amt entstehen konnte. Andrea Wiegeshoffs Studie hilft uns somit die größere Transformation Westdeutschlands von der Diktatur zur Demokratie zu verstehen. Sie ist nur ein Mosaikstein unter vielen, aber dennoch ein wichtiger.

Jerusalem

Stefan Ihrig

Quellengesättigte Rekonstruktion des IKBD

Neumann-Thein, Philipp: Parteidisziplin und Eigensinn. Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, hrsg. v. der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, 629 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Der renommierte Wallstein Verlag kündigt das Buch von Philipp Neumann-Thein – es handelt sich um die Drucklegung seiner Dissertation – als die „erste Gesamtgeschichte eines transnationalen Verbandes KZ-Überlebender und dessen erinnerungspolitischer Aktivitäten“ an. Diese quellengesättigte, akribische Rekonstruktion der Aktivitäten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora (IKBD) von seinen ersten Anfängen bis zur jüngsten Zeit ist durchaus beeindruckend. Der Verfasser, der heute als persönlicher Referent des Stiftungsdirektors und Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an der Stiftung der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora tätig ist, hatte freien Zugang zum Pariser Archiv des IKBD und wertete Materialien in zehn weiteren europäischen Archiven aus. In seinem Einleitungskapitel verweist der Autor auf die Asymmetrie der Kenntnisse über die Situation in den Lagern: Nicht zuletzt auch aufgrund des Fehlens zeitgenössischer Primärquellen der Häftlinge, was grundsätzlich für die Geschichte aller Lager gilt, dominieren für Buchenwald die früh niedergelegten Erinnerungen der privilegierten kommunistischen überlebenden Häftlinge. Dies wird noch verstärkt dadurch, dass auch

die wissenschaftliche Beschäftigung mit Buchenwald in der DDR überschattet wird von der einseitigen ideologischen Ausrichtung auf den kommunistischen Widerstand im Lager und des Buchenwald-Komitees.

Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert, die chronologisch die Geschichte der Aktivitäten des IKBD nachzeichnen. Im zweiten Kapitel fasst der Neumann-Thein knapp die Geschichte des organisierten Lagerwiderstandes zusammen und betont dessen transnationalen Charakter, allerdings auch die Hierarchien innerhalb der Häftlingengesellschaft, wobei sowohl die „Mittel-“ wie die „Oberschicht“ sich vor allem aus deutschen (Funktions-)Häftlingen zusammensetzte. Ab dem Frühjahr 1944 konnte sich dann aus kommunistischen Häftlingen, die der illegalen Kommunistischen Partei Frankreichs und dem französischen Widerstand angehört hatten, auch eine französische Gruppe im Lager bilden. Im Verlauf des Jahres 1944 existierten, initiiert von der deutschen Gruppe zumindest fragile und teilweise sporadische Verbindungen zu kommunistischen Gruppen anderer Länder. Die Tatsache, dass nur ein einziges Mitglied des Internationalen Lagerkomitees ums Leben kam, indiziert – so der Verfasser – die Effektivität des Widerstandes. Des Weiteren zeige weniger die „Selbstbefreiung“ als die Übergabe eines einigermaßen „geordneten“ Lagers nach Abzug der SS an die amerikanischen Truppen die Wirksamkeit der Organisation des Widerstandes. Kapitel III beschreibt die Produktion des „Buchenwald-Mythos“ in der Erinnerungspolitik der Häftlingsorganisationen, und den bedeutsamen Einfluss der Mitglieder der KPD wie der französischen Kommunisten. Diese frühe Dominanz kristallisierte sich bereits auf der Gedenkfeier auf dem Appellplatz am 19. April 1945 heraus, wo mit dem „Schwur von Buchenwald“ das leitende Narrativ einer Sinnstiftung des Leidens begründet wurde.

Beide Narrative – kommunistische Sinnstiftung und Heroisierung der „Selbstbefreiung“ Buchenwalds – waren verbunden mit Abwehr jeglicher Reflektion der Stellung als Funktionshäftlinge und bestimmten die erinnerungspolitischen Aktivitäten aber auch Auseinandersetzungen. Neumann-Thein benennt dies als Kanonisierung des Buchenwaldgedächtnisses bereits Anfang der 1950er Jahre. Die Geschichte des IKBD wird vom Autor durchaus als „Erfolgsgeschichte“ dargestellt: von dem Beharren auf einer kommunistischen Sicht auf den Lagerwiderstand, was zum Ausschluss anderer Erfahrungen im Lager, beziehungsweise anderer Häftlingsgruppen führte, zu einer allmählichen Öffnung gegenüber

anderen Häftlingsgruppen. Es waren gerade die stalinistischen Säuberungen, die den Anstoß vor allem für die ehemaligen Häftlinge in der DDR gaben, den Zusammenschluss mit dem französischen Komitee zu suchen. Die Doppelspitze unter Marcel Paul und Walter Bartels verbürgte die Kontinuität der Erinnerungsnarrative. Bartels war von der SED-Führung von allen politischen Funktionen entbunden worden, seine wissenschaftliche Karriere als Folge der Säuberungen führte dazu, dass auch in der DDR-Historiographie die Kanonisierung des kommunistischen Narrativs festgeschrieben wurde. Die Anerkennung des IKBD durch die SED anlässlich des 25. Jahrestags der „Selbstbefreiung“ entstand aus der Überlegung der Parteiführung, durch eine internationale Organisation auch Anerkennung in den westeuropäischen Ländern zu erhalten. Doch erst unter der Führung des IKBD durch Pierre Durand nach dem Tode Pauls 1983 gelang eine zögerliche Öffnung gegenüber bisher nicht vertretenen Häftlingsgruppen wie den Sinti und Roma, jüdischen Gruppen in Israel und zu anderen Gruppen, etwa dem „Buchwaldclubben“ in Dänemark. 1984 erhielt das IKBD eine Einladung in die Sowjetunion. Im vorletzten Kapitel beschreibt Neumann-Thein die „Erosion“ des kommunistischen Erinnerungsaktivs, dessen Begleittöne die heftigen Auseinandersetzungen um die Neugestaltung der Gedenkstätte Buchenwald, insbesondere die Einbeziehung der sowjetischen Speziallager, aber auch um eine allmähliche Verabschiedung der Heroisierung des kommunistischen Lagerwiderstandes waren. Hier thematisiert der Verfasser den Generationenwechsel innerhalb des IKBD, also des Abschieds der ehemaligen Häftlinge aus der Organisation. Eine Zusammenfassung rundet die Arbeit ab. Zu erwähnen sind noch 61 Abbildungen zur Illustration, meist Fotografien von Versammlungen oder Gedenkfeiern, zahlreiche Kurzbiografien der überlebenden Häftlinge und Aktive im IKBD, beziehungsweise anderer Organisationen und einer Übersicht über die Zusammenkünfte des IKBD, mit Nennung der behandelten Hauptthemen und der anwesenden Vertreter.

Die Studie von Neumann-Thein überzeugt durch das immense Detailwissen, durch akribische quellengesättigte Rekonstruktion der Aktivitäten des IKBD und durch die Einbettung in erinnerungspolitische Auseinandersetzungen innerhalb der DDR wie innerhalb der französischen Kommunisten im Zeichen des Kalten Krieges. Desgleichen werden die Anpassungen an die innen- wie außenpolitischen Einflussnahmen, die

kommunikativen Schwierigkeiten innerhalb des Verbandes (u. a. das Problem der Sprache und der Übersetzung zwischen Bartels und Marcel Paul, s. S. 355) und die Bedeutung von Generation aufgezeigt. Allerdings wäre auch an dieser Stelle eine explizite und systematisierende Einbettung wünschenswert.

Nicht eingelöst wird der gewählte Titel „Parteidisziplin und Eigenwilligkeit“. Diese Begriffe hätten durchaus als analytische Linien durch die Detailflut gezogen werden können. Diese „Untertheoretisierung“ zeigt sich bereits in der Einleitung: Hier verweist der Verfasser nur auf zwei Seiten auf einige Studien zum kollektiven Gedächtnis und betont, dass er das IKBD nicht als „bloßes Erinnerungskollektiv, sondern als ein politisches Erinnerungsaktiv“ (S. 27) begreift. Diese Anreicherung der theoretischen Grundierungen des kollektiven Gedächtnisses durch einen praxistheoretischen Zugang hätte sich durchaus fruchtbar erweisen können, wird aber leider nicht weiter ausgeführt. Diese mangelnden „roten Linien“ – zu nennen wäre noch die Bedeutung der Erfahrungsgeschichte oder der Begriff der Transnationalität – bewirken eine gewisse Ermüdung bei der Lektüre der über 600 Seiten umfassenden Arbeit – trotz sprachlicher Eloquenz des Autors.

Bremen

Inge Marszolek

Abschottungsstrategie

Krätzner, Anita: Die Universitäten der DDR und der Mauerbau 1961, 307 S., Leipziger UV, Leipzig 2014.

Die Berliner Mauer kann als in Beton gegossener Ausdruck einer umfassenden Abschottungsstrategie des SED-Regimes gegenüber dem demokratischen, marktwirtschaftlichen Westen im Allgemeinen und gegenüber der Bundesrepublik im Besonderen aufgefasst werden. Diese Abschottungsstrategie verfolgte einerseits das Ziel, den demographischen Aderlass weitgehend zu unterbinden und dringend benötigte Fachkräfte auch gegen ihren Willen im Lande zu halten. Andererseits aber sollten unliebsame Einflussnahmen des „Klassenfeindes“ auf die eigene Bevölkerung – seien sie materieller, seien sie immaterieller Natur – kontrolliert und möglichst auf ein Minimum beschränkt werden. Daher wurden im Rahmen der sogenannten „Störfreimachung“ ökonomische, wissenschaftliche und

gesellschaftliche Kontakte zum Westen drastisch reduziert. Die „Aktion Blitz gegen NATO-Sender (,Ochsenkopffaktion‘)“ zielte darauf ab, den Empfang westlicher Rundfunk- und Fernsehsender in der DDR zu unterbinden.

Es liegt auf der Hand, dass eine solche Abschottungsstrategie gegenüber dem westlichen Ausland die ostdeutschen Universitäten in besonderem Maße treffen musste. Schließlich waren sie existentiell auf internationalen Gedankenaustausch angewiesen, wollten sie in zahlreichen Forschungsgebieten nicht den wissenschaftlichen Anschluss verlieren. Und ein Gedankenaustausch geht nun mal mit schwer zu kontrollierenden Gastvorträgen, Konferenzen, Mitgliedschaften in internationalen Fachgesellschaften oder auch Zeitschriftenbezug aus dem Ausland einher.

Die Frage, wie die Universitäten auf die für sie nachteilige Entwicklung in den frühen 1960er Jahren reagierten, war für das SED-Regime angesichts ihres politischen Gewichtes, gesellschaftlichen Ansehens und ihrer Funktion als Ausbildungsstätte künftiger Fach- und Führungskräfte von zentraler herrschaftstechnischer Bedeutung. Anita Krätzner geht dieser Frage im Rahmen ihrer an der Universität Rostock erstellten Dissertation nach, wobei sie die Analyse hinsichtlich der Gruppen „universitäre Funktionsträger“, „Wissenschaftler“ und „Studenten“ differenziert. Krätzners Untersuchungskonzept bezieht alle sieben Universitäten der DDR ein, deren Reaktionen auf den Abschottungskurs sie vergleichend untersuchen will. Des Weiteren interessiert die Autorin, wie die hochschulpolitischen Instanzen von Partei und Staat versucht haben, die Haltung der Universitäten zu kontrollieren und in ihrem Sinne zu steuern.

Ausgehend von einer knappen, gleichwohl kenntnisreichen Skizze der hochschulpolitischen Entwicklung in der DDR bis zum Mauerbau 1961, erläutert die Verfasserin die politischen Vorgaben, mit denen die SED eine konsequente Abkehr der Universitäten von der westlichen Wissenschaftslandschaft und eine Hinwendung zu den sozialistischen Forschungszentren zu erreichen gedachte. Die zum Teil recht unterschiedlichen Reaktionen der sieben Universitäten auf die verstärkte Ausrichtung nach Osteuropa diskutiert Krätzner in einem ersten Schritt für jede Hochschule einzeln. Anschließend beabsichtigt sie, die Befunde systematisch zu vergleichen. Die Ergebnisse der Untersuchung belegen, dass eine Mehrheit der Universitätsangehörigen den Mauerbau und den mit ihr verbundenen Abschottungskurs skeptisch-distanziert bewertete. Nur

eine Minderheit, meist SED-Mitglieder, verteidigte den Kurs offensiv. Und es fanden sich auch nur wenige, die deutlich ihre Kritik äußerten und daher berufliche Nachteile zu tragen hatten.

Anita Krätzner hat in ihrer Dissertation einen für unser Verständnis des SED-Regimes sehr wichtigen und bislang kaum beachteten Aspekt erarbeitet. Ihren Befunden ist im Wesentlichen zuzustimmen. Gleichwohl bleiben einige Punkte kritisch anzumerken. So reflektiert die Verfasserin zwar die mit dem Begriffsfeld „Opposition“ verbundene semantische Problematik und verweist auf einschlägige Beiträge, bleibt aber eine eigene Begrifflichkeit schuldig, die sie ihrer Untersuchung hätte zugrunde legen können. Hinsichtlich der Quellenbases fragt sich der Rezensent nach den Auswahlkriterien für die befragten Zeitzeugen sowie nach dem methodischen Vorgehen bei der Erstellung und Auswertung der Interviews. Des Weiteren ist unverständlich, weshalb die Protokolle der Politbürositzungen unbeachtet blieben. Die Bandbreite der Reaktionen an den einzelnen Universitäten auf den Mauerbau vermag Anita Krätzner anschaulich anhand zahlreicher Episoden zu erläutern. Allerdings gewinnt der Leser den Eindruck, dass sie sich nicht immer in der wünschenswerten Weise von dieser Handlungsebene löst und zu allgemeineren, theoretisch fundierten Einsichten gelangt. Dieser Eindruck bestätigt auch das Kapitel „Vergleich“, welches eher eine universitätsübergreifende Betrachtung enthält und nicht den angekündigten systematischen Vergleich. Schließlich ist zu monieren, dass die Autorin ihre Ergebnisse mit ungefähren Angaben wie „mehrheitlich“ „nicht wenige“ et cetera präsentiert. Vor allem bei den Schlussbetrachtungen fällt auf, dass die tabellarischen Angaben über Disziplinarverfahren oder Republikfluchten wenig aussagekräftig bleiben, da der Bezug zur Gesamtgröße der Universitäten fehlt. Diesen liefert die Autorin erst im Anhang.

Besonders erstaunt aber, dass Anita Krätzner die unmittelbaren Folgen der Abschottung gegenüber dem Westen für die Forschung, also für das universitäre „Kerngeschäft“, kaum thematisiert. Der Rezensent hätte gerne Näheres darüber erfahren, ob Wissenschaftler in den einzelnen Disziplinen wichtige Fachzeitschriften aus dem Westen nicht mehr beziehen durften, bedeutenden internationalen Kongressen fernbleiben und Mitgliedschaften in internationalen Fachgesellschaften aufgeben mussten und anderes mehr. Leider bleibt die Autorin dem Leser bezüglich dieser Fragen umfassende Antworten, die auch kritische Äußerungen der Wissenschaftler und

Sanktionen der Behörden hätten einschließen müssen, weitgehend schuldig.

Mit ihrer Dissertation hat Anita Krätzner ein sehr wichtiges Thema aufgegriffen und einen ersten Diskussionsbeitrag geliefert. Gleichwohl lassen ihre Analyse und inhaltliche Akzentuierung noch Raum für weitere Studien.

Paderborn

Peter E. Fäßler

Eine Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in nuce

Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, 563 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Wie kaum ein anderes Thema spiegelt die Geschichte des Häftlingsfreikaufs die Entwicklungen der deutsch-deutschen Beziehungen zwischen dem Mauerbau und dem Mauerfall – ein Spiegel, der schärfere und genauere Konturen zeigen kann als das ursprüngliche Bild, und vieles auf den Punkt bringt, was in den Überblicksdarstellungen diffus bleibt. Rund 33.300 politische Häftlinge der DDR wurden gegen Zahlungen von Waren und Devisen durch die Bundesrepublik aus dem Gefängnis entlassen. Eng mit dem Häftlingsfreikauf verknüpft waren gut 215.000 Ausreisen nach dem Westen im Rahmen von Familienzusammenführungen. Für diese Deals, die auf Westseite den Titel „Besondere Bemühungen“ trugen, zahlte die Bundesregierung der DDR zwischen 1963 und 1989 die gewaltige Summe von insgesamt knapp 3,5 Milliarden DM.

Was die Deals ökonomisch und politisch für beide deutsche Staaten bedeuteten, hat Jan Philipp Wölbern in seiner exzellenten Dissertation herausgearbeitet: Für die Bundesrepublik ging es um ihre Glaubwürdigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Deutschen in der DDR, aber auch darum, sich nicht erpressbar zu machen und zu verhindern, dass der Häftlingsfreikauf neue Verhaftungen provozierte. Dass die Warenlieferungen westdeutschen Firmen Aufträge verschafften, wird von Wölbern nur gestreift. Für die DDR waren die Einnahmen, die zwischen 11% und 39% der insgesamt geleisteten Transferzahlungen umfassten, existentiell: Ohne sie hätte die immer weiter steigende Verschuldungsquote den Staat wohl schon früher in den Bankrott getrieben, oder aber die DDR hätte

den Lebensstandard ihrer Bevölkerung drastisch senken und die Abschottung drastisch verschärfen müssen. Die Zahlungen kamen der Bevölkerung zugute und stützten somit vordergründig die Akzeptanz des Regimes. Doch gleichzeitig – und das ist wohl das wichtigste Ergebnis des Buches – höhle der Verkauf der eigenen Bürger die Selbstlegitimation des Regimes aus, und es scheint plausibel, dass in dieser zersetzenden Wirkung eine wichtige Ursache für die Implosion der DDR 1989/90 lag.

Die Arbeit Wölberns zeugt von Mut, weil das Thema lange Zeit im Schatten eines politischen Halbdunkels stand, dem sich die Forschung bisher nur mit Untersuchungen zu Teilaspekten zu nähern wagte – wegen der äußerst schwierigen Quellenlage, die von bis heute fortwirkenden Geheimhaltungsbedürfnissen geschaffen wurde und die der Autor in der Einleitung meisterhaft analysiert; aber auch wegen der politischen Umstrittenheit des Handels auf beiden Seiten und der Zählebigkeit der diesen erst ermöglichenden Tabus. Für die umfassende Gesamtdarstellung beansprucht Wölbern über 500 Seiten reinen Text, und keine einzige Seite davon ist redundant. Durch eine sehr kluge Kombination von Chronologie und Systematik gelingt ihm außerdem eine Dramaturgie, die die Lektüre ungeheuer spannend und bewegend macht: Nach der Darstellung der Entstehungsjahre des Freikaufs folgt eine Analyse der Strukturen, Akteure und Mechanismen, die über die Jahrzehnte eine erstaunliche Konstanz aufwiesen. Dann folgen zwei chronologische Kapitel über die beiden Hauptphasen des Freikaufs 1964–72 und 1973–89, und schließlich mehrere systematische Kapitel über den Freikauf und die Öffentlichkeit, die Auswirkungen des Freikaufs auf die DDR, die wirtschaftliche Dimension und die Zusammensetzung und Erfahrung der freigekauften Häftlinge, auf deren tragisches Erleben somit alles zuläuft.

Seine Anfänge hatte der Freikauf in der Konstellation der Entstalinisierung der DDR ab 1962, als exzessive Strafmaße kaum mehr verhängt wurden und gleichzeitig die früher verurteilten „Langstrafer“ noch auf Jahre in den Gefängnissen schmachteten. Die Unterscheidung zwischen „Langstrafern“ und „Kurzstrafern“ war für die Bundesregierung in den sechziger Jahren grundlegend. Wölbern widerlegt die Legende vom Einheitspreis für alle Freigekauften und zeigt, wie in den sechziger Jahren um jeden Einzelnen geschachert und gepokert wurde. Die von der Bundesregierung durchgesetzten Pauschalierungen ab 1969 mussten durch immer weiter in die

Höhe getriebene Preise bezahlt werden; ab Mitte der siebziger Jahre wurde jeder Konflikt durch eine fast hemmungslos erscheinende Großzügigkeit der Bundesregierung gelöst. Es ist überhaupt eindrucksvoll zu lesen, wie die Obhutspflicht der Bundesrepublik für die Menschen in der DDR von den Verantwortlichen ernst genommen wurde. Die damit verbundenen humanitären Erwägungen verhinderten bei den sozialdemokratischen Politikern, die dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes sonst keine Priorität einräumten, eine Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit. Letztlich bestätigte sogar die DDR mit dem Freikauf die bundesdeutsche Staatsbürgerschaftskonstruktion. Ebenso eindrucksvoll zu lesen ist, in welchem Ausmaß das tschekistische Selbstverständnis dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bei der Zusammenstellung der Listen für den Freikauf vorsätzliche Täuschung ermöglichte. Die Betrugsfälle, die der Bundesrepublik untergejubelt wurden und vor 1972 bis zu 40% ausmachten, wurden im MfS als „Reingewinn“ verbucht (S. 276). Auch war die westdeutsche Seite letztlich wehrlos gegen die Entwicklung, dass der Freikauf, seitdem er faktisch gleichbedeutend mit Ausreise in den Westen wurde, selbst Häftlinge produzierte beziehungsweise der DDR ein profitables Spiel mit teils Illegalisierung und teils Legalisierung der Ausreise ermöglichte. Dabei widerlegt Wölbern die Legende, dass der Freikauf von Anfang an in den Westen erfolgt sei. Die Wahlfreiheit der Häftlinge bei der Entscheidung, wohin sie entlassen wurden, musste vielmehr erst mühsam von der bundesdeutschen Seite durchgesetzt werden.

Ein weiteres großes Verdienst der Arbeit ist die präzise Darstellung der persönlichen Netzwerke, der funktionierenden Kontakte der Anwälte, der Kirchen und einzelner Akteure in den Behörden, ohne die der Freikauf nicht hätte etabliert und über alle Klippen hinweg fortgeführt und ausgebaut werden können. Bis zur Aufnahme offizieller Beziehungen, aber auch danach noch, wirkten nicht-staatliche und staatliche Akteure äußerst kreativ zusammen, um die Probleme zu lösen. Das Agieren der in Bonn bestens vernetzten Bischöfe gibt einen Eindruck davon, was „Staatskirche“ in der alten Bundesrepublik bedeutete, ebenso wie das Agieren der Rechtsanwälte einen Eindruck von der staatsnahen Wichtigkeit dieser Institution als „unabhängigem Organ der Rechtspflege“ verschafft. Dabei widmet Wölbern den Personen sehr genaue Schilderungen; Herbert Wehner, Wolfgang Vogel und Franz Josef Strauß werden geradezu liebevoll

charakterisiert. Diese Aufmerksamkeit erstreckt sich auch auf die freigekauften Häftlinge. Ihre Einzelschicksale dienen nie bloß der Illustration, sondern sind auf den schärfsten Punkt gebrachte Test-Anwendungen, an denen sich sowohl die Freikauf-Politik als auch die historische Darstellung zu bewähren hat. In der Empathiefähigkeit und Kunstfertigkeit, mit der das Allgemeine an das Besondere geknüpft wird, hat das Buch eine einzigartige Qualität. Überhaupt ist der kunstfertige Umgang mit dem Detail vielleicht das, was das Buch in allererster Linie auszeichnet: Der Detailreichtum erschlägt nicht, sondern errichtet den empirisch felsenfesten Boden, auf dem souverän erzählt und analysiert wird.

Über die Rekonstruktion des Häftlingsfreikaufs im Detail gelingt Jan Philipp Wölbern eine komplexe Darstellung der inneren Zusammenhänge zwischen den Transferleistungen der Bundesrepublik, der Ausreisebewegung und dem Straf- und Unterdrückungssystem der DDR sowie des Interagierens von Justiz, Politik, Wirtschaft und Staatssicherheit in beiden deutschen Staaten, und ein robuster Blick auf die deutsch-deutschen Verhältnisse insgesamt.

Potsdam

Marion Detjen

Afrikanische Revolutionen um 1968

Blum, Françoise: Révolutions africaines. Congo, Sénégal, Madagascar, années 1960–1970, 204 S., PUR, Rennes 2014.

Revolutionen haben Konjunktur. Wo die von den Demonstrierenden sogenannte ‚Revolution der Würde‘, die jüngste, im Spätherbst 2013 in Kiew losgetretene Revolution hinführen wird, ist derzeit nicht abzusehen. Diese Ungewissheit teilt der Euromaidan mit dem – gleichfalls andauernden – Arabischen Frühling, den Françoise Blum am Beginn ihrer Studien über afrikanische Revolutionen im französischen Kongo, in Senegal und Madagaskar vor Augen hatte. Die am *Centre national de recherche scientifique* in Paris tätige Afrikahistorikern möchte mit ihrem Buch auf die Vorläufer der nordafrikanischen Entwicklungen im frisch dekolonisierten frankophonen Afrika der sechziger und siebziger Jahre aufmerksam machen. Eine ihrer zentralen Thesen lautet denn auch, dass Revolutionen des 20. und 21. Jahrhunderts häufig durch den Mangel an neuen durchsetzungsfähigen Machteliten charakterisiert seien.

Akteure, die nicht unbedingt ursächlich an der Revolution beteiligt gewesen seien, übernahmen infolge dieses Machtvakuumms die Staatsgewalt.

Neben der vergleichenden Analyse der Ereignisse in den drei Ländern verfolgt Blum noch ein zweites, nicht minder wichtiges Anliegen: Jenseits jeglicher Kausalitätsbehauptungen möchte sie aufzeigen, wie diese afrikanischen Revolutionen mit der (vor allem französischen) 68er-Bewegung verknüpft waren. Ihr Argument lautet, dass panafrikanische und frankophone Studenten- und Gewerkschaftsnetzwerke in den Blick genommen werden müssen, um eine „globale Grammatik“ entschlüsseln zu können, die die lokalen Widerstandsbewegungen in allen drei Ländern mitprägte (S. 18). Die Autorin untersucht, auf welchen Wegen und durch welche Netzwerke revolutionäres Wissen und Praktiken zirkulierten, und möchte damit einen Beitrag zur Globalgeschichte der 68er-Bewegung aus afrikanischer Perspektive leisten.

Entsprechend ist das Buch in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil widmet sich in vergleichender Perspektive den zwei geglückten Revolutionen im Kongo 1963 und in Madagaskar 1972 und der Studentenrevolte in Dakar 1968, die von Blum auch als gescheiterte Revolution bezeichnet wird. Die Autorin hält die Unterschiede kurz; sie beschränkt sich auf die unterschiedliche Positionierung des Militärs zwischen Loyalität (Senegal), Neutralität (Madagaskar) und Aufspaltung (Kongo) und die stark divergierenden Persönlichkeiten der Staatshäupter Léopold Sédar Senghor, Fulbert Youlou und Philibert Tsiranana. Dagegen akzentuiert sie die Gemeinsamkeiten: die im Kern sehr ähnlichen Kooperationsabkommen mit Frankreich in den Bereichen Verteidigung, Ausbildung und Freizügigkeit; der wachsende Widerstand gegen die ehemalige Kolonialmacht, abzulesen an Afrikanisierungsbestrebungen in der Wirtschaft und im kulturellen Bereich genauso wie an außenpolitischen, vor allem gegen Osten gerichteten Emanzipationsmanövern; die Durchsetzung von Einheitsparteien in allen drei Ländern, die politische Opposition zunehmend unmöglich machte; schließlich wachsender Widerstand gegen ebendiese Entwicklung, der vor allem von Studierenden und Gewerkschaftern getragen wurde.

Der zweite Teil weitet den Blick über die drei Länder auf frankophone und panafrikanische Studenten- und Gewerkschaftsnetzwerke aus. Früher hätte man wohl einfach Organisationen gesagt, denn untersucht werden zunächst die *Fédération des étudiants d'Afrique noire en*

France und die *Association des étudiants d'origine malgache* – Studentenvereinigungen, die 1950 beziehungsweise schon 1934 gegründet wurden, sich für die Unabhängigkeit stark machten und daraufhin eine Radikalisierung durchliefen. Anschließend werden mit der *Union panafricaine des Travailleurs croyants* und der *Université ouvrière africaine de Guinée* gewerkschaftliche Institutionen in den Blick genommen.

An diesen Abschnitten ist neben der Zirkulation von marxistischen und maoistischen Theorien, aber auch personalistischen Ideen eines Emmanuel Mounier oder Louis-Joseph Lebrets Konzept der *économie humaine* innerhalb Afrikas und zwischen den Kontinenten vor allem Blums Generationenansatz interessant: Sie zeichnet die Studierenden als eine ‚Generation Unabhängigkeit‘ und stellt sie einer ‚Gewerkschafter-Generation‘ gegenüber, die um den Ersten Weltkrieg geboren und im Spätkolonialismus sozialisiert wurde. An den Folgeentwicklungen der kongolesischen Revolution macht sie anschaulich, wie der von der panafrikanischen Union mit herbeigeführte Umsturz im August 1963 eine neue, von der kongolesischen Jugend gesteuerte Dynamik auslöste, die letztlich in der Eliminierung religiös orientierter Gewerkschaften im Kongo resultierte.

Spätestens im Portrait der guineischen Arbeiteruniversität, die finanziert vom sozialistischen Weltgewerkschaftsbund zwischen 1960 und 1965 politische Bildung für meist niedrigere afrikanische Gewerkschaftsfunktionäre leistete, wird jedoch deutlich, wie weit sich der zweite Teil insgesamt vom ersten entfernt: An besagtem Institut wurde weder ein kongolesischer noch ein madagassischer Gewerkschafter je gesehen, und aus dem nahegelegenen Senegal kamen insgesamt auch nur fünf Vertreter zu Fortbildungen nach Conakry.

Der knapp geratene Schluss vermag es auch nicht, die Fäden zusammenzubinden und den Zusammenhang von afrikanischen Revolutionen und globaler 68er-Bewegung wieder konkreter zu fassen. So bleibt es ungeachtet vieler interessanter Details bei einem impressionistischen *aperçu*, in dem die „globale Grammatik“ des revolutionären Widerstands an absehbaren Allgemeinplätzen wie einer allgemeinen Haltung des Dagegen-Seins oder der Omnipräsenz der Mao-Bibel zwischen Antananarivo und Dakar festgemacht wird. Françoise Blum hat letztlich zwei Bücher an der Schnittstelle von 1968 geschrieben: eines über afrikanische Revolutionen und eines über panafrikanische Organisationen. Beide Themen haben bislang zu wenig

Beachtung gefunden; wer hieran anschließen möchte, sollte dieses Buch zu Rate ziehen – trotz zu vieler und zudem nur lückenhaft aufgelöster Abkürzungen und der teils umständlichen Gliederung, die das Buch nicht eben zu einem Lesevergnügen machen.

Konstanz

Martin Rempe

Popkultur

Geisthövel, Alexa/Mrozek, Bodo (Hrsg.): Popgeschichte, Bd. 1: Konzepte und Methoden, 274 S., transcript, Bielefeld 2014.

Mrozek, Bodo/Geisthövel, Alexa/Danyel, Jürgen (Hrsg.): Popgeschichte, Bd. 2: Zeithistorische Fallstudien 1958–1988, 378 S., transcript, Bielefeld 2014.

Mit 27 Aufsätzen in zwei Bänden treten Zeithistoriker und Zeithistorikerinnen (ergänzt durch einige historisch arbeitende Kulturwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen) an, um in den *cultural turn* ihres Faches jetzt auch die moderne, kommerzielle Populärkultur einzu beziehen. Im Wesentlichen handelt es sich um Beiträge der Tagung „PopHistory“, die das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung im Herbst 2011 ausrichtete. Hinter der Initiative steht die Überzeugung, „dass sich Gesellschaften der Zeitgeschichte nach 1945 kaum mehr verstehen lassen ohne die Sphäre der Popkultur und deren Mechanismen“ (Bd. 1, S. 12). Es geht also nicht um die Geschichte eines begrenzten Phänomens, sondern darum – durch intensivere Untersuchung der Dynamiken populärer Unterhaltung und Vergnügung – eine zum Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt unverzichtbare Forschungsperspektive auszubauen.

Letztlich zielt das Unternehmen auf ein erweitertes Verständnis des Politischen und fügt damit den Ansätzen einer „Kulturgeschichte des Politischen“ gewissermaßen die Perspektive historischer Alltagsakteure hinzu. Popkultur bilde einen „Kommunikationsraum, in dem große Teile der Gesellschaft über ihre Bedürfnisse verhandeln und in dem daher Politik gemacht wird“ (Bd. 1, S. 13). Beispiele dafür seien „die Bedeutung von Klängen und Bildern für die Erinnerungskultur, die performative Bildung geschlechtsspezifischer Rollenbilder (und ihre Infragestellung), die Etablierung sexualisierter symbolischer Praktiken und

deren Einfluss auf die öffentliche Moral und die Grenzen des Sag- und Zeigbaren [...] wie die Produktion und Rezeption neuartiger Medientechniken und Konsumgüter“ (Bd. 1, S. 12).

Die Gegenstandsbestimmung wirft zwei Fragen auf. Erstens: Warum „Pop“ und nicht „Populär-“ oder „Massenkultur“? Die Antwort der Herausgeber ist klar: Popkultur sei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden; sie führe Linien der vorangehenden industriegesellschaftlichen Massenkultur fort, aber eben auch zu einer neuen Qualität zusammen, wozu sowohl Globalisierung und Liberalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg als auch spezifisch kulturelle Umwälzungen beigetragen hätten. Das wird veranschaulicht an der mit dem Rock'n'Roll beginnenden Neukonstituierung populärer Musik als Kraftzentrum jugend- und bald auch gegenkultureller Sozialisation und Intervention. Man könnte zuspitzen: Pop ist die Periode der Massenkultur, die im Zuständigkeitsbereich der Zeitgeschichte liegt.

Zweitens: Mit welchen theoretischen Instrumenten soll die analytische Vermittlung zwischen den empirischen Phänomenen höchst unterschiedlicher Art und der Sphäre des Politischen geleistet werden? Die Herausgeber gehen davon aus, dass Populärkultur „im akademischen Feld [...] oft übertheoretisiert und empirisch unterforscht“ (Bd. 1, S. 8) sei. Der Rezensent sieht keinen Grund, dem zu widersprechen; weist doch die historiographische Karte der Massenkultur und ihrer Nutzungen peinlich viele weiße Flächen auf. Und wirklich wollen eine ganze Reihe der hier vorgelegten empirischen Studien unser Wissen erweitern, indem sie begrenzte populärkulturelle Zusammenhänge aus den Quellen darstellen; sie bleiben relativ nahe an ihrem Gegenstand, ohne systematische Verknüpfungen mit der allgemeinen Kultur- oder gar Gesellschaftsgeschichte zu entwickeln.

Die Aufsätze behandeln den Zeitraum zwischen 1958 und den späten 1980er Jahren: die westdeutsche Bill Haley-Tournee 1958 (Thomas Grotum), die französische „Ye-ye“-Begeisterung der 1960er Jahre (Florence Tamagne), Swinging London (Anna Braun) und Ostberliner Beatfans (Thomas P. Funk) in den 1960ern, das „Freeform Radio“ in den USA (Thomas Schopp), die Performanz schwarzer Weiblichkeit im Motown-Kontext (Martin Lütke), die Herausbildung von Diskotheken in der Bundesrepublik (Klaus Nathaus), die Bedeutung der Maxi-Single im New York der 1970er Jahre (Jens Gerrit Papenburg), die Regulierung von Diskotheken in der DDR (Thomas

Wilke), das Verhältnis des *notting hill carnival* zu Pop (Sebastian Klöß), Folk- und Protestsongs im Popsystem (Rebecca Menzel), Körper-Ästhetisierung zwischen Martial Arts und Popmusik (Marcel Streng), Emotionen in der frühen deutschen Punkszene (Henning Wellmann), die Etablierung von „World Music“ als Marktkategorie (Glaucia Peres de Silva), Pop als distinktiver intellektueller Selbstentwurf (Nadja Geer) und Plattenhüllen als Quellen der Zeitgeschichte (Kalle Laar).

Die Beiträge zu „Konzepten und Methoden“ projizieren zum einen etablierte Forschungsparadigmen auf die Popkultur: Gender (Uta G. Poiger), Generationalität (Lu Seegers), Subkultur (Bodo Mrozek), Klang- und Technikgeschichte (Heike Weber), Emotionen (Henning Wellmann), Inszenierungen von Erinnerung (Thomas Lindenberger/Heiner Stahl). Unter der Frage nach Pop und Politik geht Detlef Siegfried vorrangig auf explizite Positionierungen von Popmusik und -literatur zwischen 1960 und 2000 ein; allgemein sieht er eine Veränderung des Verständnisses vom Politischen überhaupt in Gang gebracht durch (populär- und gegenkulturell angestoßene) öffentliche Debatten über Fragen der bis dato als privat geltenden Lebensführung wie Sexualität(en) und Geschlechterverhältnissen.

Zwei Ansätze scheinen dem Rezensenten besonders innovativ für die Aufgabe, konkrete Phänomene analytisch mit sozialen Strukturierungen zu verknüpfen. Klaus Nathaus entwickelt das Konzept eines anbieterorientierten Zugriffs auf die historische Entwicklung der Populärkultur, auf die Formierung ihrer Publika und die Wahrnehmung von Grenzüberschreitungen. Der von ihm vertretene „Production of Culture“-Ansatz fordert auf ausgesprochen produktive Weise den in den *cultural studies* hochgehaltenen Primat der aktiv Bedeutungen schaffenden Rezipienten heraus.

Alexa Geisthövel schließt an poststrukturalistische Debatten zur Subjektivierung an. Ihre zentrale Kategorie der historisch sich verändernden „Selbstverhältnisse“, in denen Menschen ihre „Selbstbildung“ praktizieren, führt zu einer ebenso einleuchtenden wie empirisch konkretisierbaren Forschungsfrage, um Individuen und Gesellschaft analytisch zusammenzuführen: Welche „Möglichkeiten, ein Verhältnis zu sich selbst zu gewinnen, es zu pflegen, zu behaupten oder zu verändern“ (Bd. 1, S. 177) hat welcher Umgang mit welchen populärkulturellen Phänomenen in welchen Kontexten in welcher Hinsicht (Geschlecht, Altersgruppe, Ethnizität, Klasse etc.) eröffnet und nahegelegt? Weiter skizziert Geisthövel die Hypothese, „Lebenssteigerung“ als

eines der großen kulturellen Motive europäischer Moderne durchziehe auch die Populärkultur. Deren Produkte und Praktiken werden aus dieser Perspektive anschließbar an historisch wechselnde Formationen und Konstellationen von „Zeitgeist“ oder „Mentalität“ zwischen den Polen vitalistischer beziehungsweise narzisstischer Romantik und neoliberaler Selbstoptimierung.

Kulturtheoretisch greifen die Beiträge meist, mehr oder minder explizit, auf Kategorien und Paradigmata der *cultural studies* zurück. Arbeiten aus anderen Disziplinen, die Populärkulturgeschichte erforschen (Europäische Ethnologie, Medien-, Literatur- oder Kommunikationsgeschichte) werden nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang irritiert eine Unausgewogenheit im vorgelegten Projekt: Dem programmatisch vorangestellten weiten Verständnis des Untersuchungsgegenstandes, der noch über die Unterhaltungsmedien hinaus Mode und andere Bereiche des Konsums umfassen soll, steht gegenüber, dass nicht nur die Fallstudien, sondern auch die konzeptionellen Beiträge sich in Empirie und Argumentation weitgehend auf die Entwicklung der populären Musik beziehen. Fernsehen, Film, Schausport, Werbung, populäre Lesestoffe: Fehlanzeige. Auch die Argumentation, inwiefern Popkultur sich seit den 1950er Jahren herausgebildet habe, folgt der Meistererzählung zur Geschichte der Popmusik.

Nun spricht wirklich einiges für die These, dass die Musik mit ihrer besonderen Fähigkeit, Menschen emotional und körperlich anzusprechen, gerade unter Fragestellungen wie der nach Selbstverhältnissen als in gewisser Hinsicht einflussreichste populäre Kulturpraxis der jüngeren Vergangenheit gelten kann. Und zweifellos ist dieses Feld dank der Vorarbeit von Musikwissenschaftlern und -soziologen wie Simon Frith und Peter Wicke (um nur zwei herausragende zu nennen) vergleichsweise gut analytisch durchdrungen. Doch kann dies nicht begründen, dass weite Bereiche des populärkulturellen Mainstreams faktisch draußen bleiben.

Wer als seinen Forschungsgegenstand „Pop“ definiert und damit einen Quellenbegriff aufnimmt (Bd. 1, S. 16f.), der muss sich damit auseinandersetzen, was unter der Bezeichnung bereits in den Köpfen ist. So grenzen sich die Herausgeber zumindest in einer Fußnote ab „von jenen essentialistischen Besetzungen des Pop-Begriffs, die im jüngeren Popdiskurs (bzw. Diskurspop) oftmals anklingen, wenn Pop als eine Art Prädikat für besonders avantgardistische oder politisch korrekte

Gegenwartskunst verwendet und gewissermaßen als Programm verstanden wird“ (Bd. 1, S. 19). Und Nadja Geer (Bd. 2, S. 337–360) arbeitet kritisch die Entwicklung von Pop als intellektuell-alternativer Diskurs- und Lebensstil in deutschen Intellektuellenszenen heraus, die auf Populäres höchst selektiv und primär mit Distinktionsinteresse zugegriffen. Pop wird an dieser Stelle definiert als Maximalabstand zum Mainstream. Im Blick auf die Auswahl der Forschungsgegenstände in den Fallstudien fragt man sich allerdings, ob die programmatisch zurückgewiesene normative Einengung des Populären zu Pop durch die Hintertür der kulturellen Präferenzen der Autorinnen und Autoren wieder in die „PopHistory“ zurückkommt. Das würde die Erwartungen, die man nach diesem gleichermaßen gewichtigen wie anregenden Opening haben darf, doch nicht unerheblich einschränken.

Tübingen

Kaspar Maase

Zwischen *new age* und Pragmatismus

Zelko, Frank: Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern, 358 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014 (engl. 2013).

Greenpeace ist wohl eine der weltweit bekanntesten ‚Marken‘ des Umweltschutzes. Die direkten Aktionen dieser Gruppe, stets in einer sorgsam hergestellten Medienöffentlichkeit nach dem Schema des Kampfes von David gegen Goliath inszeniert, sind teilweise tief ins kollektive Gedächtnis eingedrungen. Zu diesen Erinnerungen gehören todesmutige Blockadeversuche von Walfängern auf hoher See, Schutz von Sattelrobben-Babys vor dem Abschachten, die Aktionen gegen die Versenkung der Ölplattform Brent Spar in der Nordsee und jüngst die waghalsigen Aktivitäten gegen russische Ölbohrungen in der Arktis, die einige Greenpeace-Aktivist:innen in russische Gefängnisse brachten. Wie in so vielen anderen Fällen aus dem Bereich der NGOs war die Geschichte von Greenpeace bislang vor allem ein Sujet für Sympathisanten oder die eigene Marketing-Abteilung. Angesichts ihrer Bedeutung wurde es Zeit, dass sich ein professioneller Umwelthistoriker dieser Geschichte annahm. Dies hat nun Frank Zelko übernommen, der an der Universität von Vermont lehrt. Seine 2013 auf Englisch erschienene Studie liegt bereits jetzt in deutscher Sprache vor, ergänzt um ein Kapitel zur Entstehung von Greenpeace Deutschland.

Zelko widmet sich der Vor- und Entstehungsgeschichte von Greenpeace als einer ursprünglich in Westkanada beheimateten lockeren Gruppe von Friedens- und Umweltaktivisten. Der Schwerpunkt der Studie liegt deutlich auf dieser Vorgeschichte bis in die frühen 1970er Jahre und konzentriert sich auf die Aktionen und Entwicklungen der in Vancouver ansässigen Kerngruppe. Nur wenige Seiten widmet der Autor der Internationalisierung von Greenpeace ab circa 1975. Insofern führt der deutsche Untertitel den Leser in die Irre. Die Entstehung eines „Ökokonzerns“ wird nicht beschrieben. Vielmehr konzentriert sich der Autor auf die Entmythologisierung der Ursprünge und nimmt im Wesentlichen die Binnenperspektive ein. Zelkos Studie beruht auf internen Dokumenten und einer großen Zahl von Zeitzeugeninterviews und Selbstzeugnissen – diese Materialien bestimmen auch den Duktus der Darstellung.

Das Buch bietet eine Reihe aufschlussreicher Erkenntnisse. Greenpeace entstand als sich zunehmend verfestigende Plattform für Kampagnen-Aktivist:innen. Zur Vorgeschichte gehört das bis in die frühen 1960er Jahre zurückreichende friedenspolitische Engagement der Gründergeneration um Irving Stowe und Jim Bohlen, die bereits zu dieser Zeit mit kleinen Booten direkte Aktionen gegen US-amerikanische Atomwafentests im Pazifik planten und von einer neuen, internationalen Friedensordnung träumten. Eine lockere organisatorische, wenn auch kurzlebige Form bekam die Gruppe mit dem sogenannten „Don't make a Wave Committee“, das 1969 bis 1971 eine Kampagne gegen US-Atomwafentests auf der Insel Amchitka durchführte. Dabei avancierte ein Schiff namens Greenpeace zum zentralen Symbol, das über Monate an der kanadischen Westküste tourte und von dem aus die Gruppe medial zunehmend beachtete Aufklärungsarbeit betrieb. Am Ende stand die Gründung der Greenpeace Foundation sowie die Öffnung hin zu Umweltthemen. Umweltschutz dominierte endgültig ab etwa 1974, als zunächst Antiwalfang-Kampagnen und später die Sattelrobbenjagd das öffentliche Profil der Gruppe prägten. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre fand Greenpeace in Nordamerika und Europa viele Nachahmer. Zelko beschreibt, wie die westkanadische Gruppe dabei immer mehr Einfluss verlor und am Ende, 1979, Greenpeace International mit stark europäischer Prägung in Amsterdam aus der Taufe gehoben wurde – nun dominiert von David McTaggart, der bereits 1972 und 1973 weltweit beachtete direkte Aktionen

gegen französische Atombombentests auf Mururoa geleitet hatte.

Der Verfasser betont immer wieder, wie wichtig das Selbstverständnis vieler Beteiligter als Träger einer „Gegenkultur“ war. Er unterstreicht, wie sehr mystische Vorstellungen das Greenpeace-Personal bis weit in die 1970er Jahre prägte: Mehrfach wurden wichtige Entscheidungen erst nach Befragung eines I-Ging-Orakels getroffen. Ähnliches gilt für die ersten Antiwalfang-Kampagnen in den frühen 1970er Jahren: Hier standen weniger Artenschutzaspekte im Zentrum, sondern vielmehr *new age*-inspirierte und halbwissenschaftliche Annahmen über Intelligenz und Persönlichkeitsstruktur der Meeressäuger. Manche Aktivisten versprachen sich sogar eine Besserung der Menschheit durch Kommunikation mit den Walen. Und so legt Zelko seine Studie als Erzählung der Auseinandersetzung zwischen Idealisten und pragmatischen Medienprofis an – von Beginn an waren Journalisten eng mit der Entwicklung von Greenpeace verbunden.

Die Kampagnen und die sie tragenden Personen stehen im Mittelpunkt der Darstellung, ihre Erlebnisse und gruppendynamische Prozesse auf hoher See werden minutiös dargestellt. Auf diese Weise erhält man einen detaillierten Einblick in das Selbstverständnis der Handelnden und das Gebaren von linksalternativen Gruppen in den frühen 1970er Jahren. Dabei bleiben andere Themen auf der Strecke. So hätte man gern mehr gewusst über die Kommunikationsstrategien und vor allem darüber, wann und warum die Medien für die Botschaften von Greenpeace offen waren. Auch vermisst man eine strukturierte Analyse der Institutionalisierungsprozesse und eine sozial- oder kulturgeschichtliche Kontextualisierung; auch der Gegenkulturbegriff wird nicht diskutiert.

Das Buch ist erkennbar mit dem Ziel geschrieben, die Leser zu fesseln. Das gelingt auch, doch liest man zu häufig Passagen wie jene über McTaggart: „Wenn er in der entsprechenden Stimmung war, konnte kaum jemand [...] seinen durchdringenden blauen Augen und seinem lässigen Charme widerstehen“ (S. 105). Die Übersetzung ist von durchwachsender Güte und konterkariert leider den lockeren Stil der Originalausgabe („anglosächsische“ (S. 100), „in allen 1980er Jahren“ (S. 273)); solche Patzer erwartet man nicht bei Vandenhoeck & Ruprecht.

Darmstadt

Jens Ivo Engels

Linksalternative Lebenswirklichkeit

Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, 1.018 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2014.

Mit seiner Habilitationsschrift legt Sven Reichardt eine umfassende Studie zur Kultur- und Sozialgeschichte des linksalternativen Milieus in der Bundesrepublik vor. Dabei geht es weniger um eine Auseinandersetzung mit den ideologischen Traditionen der Linken; Reichardt zielt mit dieser Arbeit vielmehr darauf ab, soziokulturelle Gemeinsamkeiten, bestimmte Verhaltensformen und den Habitus des linksalternativen Milieus zu analysieren. Er geht den Fragen nach, wie sich das linksalternative Milieu konstituierte und wie sich trotz aller Heterogenität Alternative gegenseitig als Angehörige des Milieus erkannten und zugleich auch von außen diesem zugeordnet wurden.

Der im Titel geführte Begriff der Authentizität gibt dabei die Perspektive vor. Der Verweis darauf, so Reichardt, hätte im linksalternativen Milieu zunächst als Abgrenzung gedient und zugleich eine gewisse Technik der Selbstführung der Akteure impliziert. Dabei sei es paradoxerweise das Streben nach authentischem und befreitem Leben der Einzelnen gewesen, was schließlich zum wichtigsten verbindenden Element der Vergemeinschaftung des linksalternativen Milieus geworden sei. Methodisch bezieht sich der Autor auf eine Kombination und Verschränkung aus Praxeologie und Diskursanalyse. Dazu verweist er auf den Ansatz der Gouvernementalität von Michel Foucault, mit dem „analysiert werden [soll], wie sich die linksalternativen Akteure zu moralischen Subjekten formten und in welchem Zusammenhang die Elemente Freiheit und Zwang zueinander standen“ (S. 71). Der Anspruch auf Authentizität in allen Bereichen des Lebens habe nämlich nicht nur das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben bedeutet, so Reichardt, sondern zugleich auch eine Verpflichtung zur Rechenschaft über vermeintliche persönliche Mängel gegenüber sich selbst und dem Kollektiv mit sich gebracht. Die Wahl des Zuganges kann bezüglich der Fragestellung und Ausrichtung der Arbeit durchaus überzeugen und fördert auf diese Weise neue und gewinnbringende Erkenntnisse zutage.

Als Hauptuntersuchungsorte hat Reichardt die Städte Westberlin, Frankfurt am Main und Heidelberg ausgewählt. Man vermisst zunächst den Mut, sich von der Fixierung auf die beiden

Hochburgen linksalternativen Lebens – Berlin und Frankfurt am Main – in der Forschung zu lösen. Die Einbeziehung Heidelbergs soll allerdings exemplarisch für bundesrepublikanische Großstädte mittlerer Größe stehen und innerhalb der einzelnen Kapitel greift der Verfasser auch umfangreiches Quellenmaterial aus anderen Städten und Regionen der Bundesrepublik auf.

Das Buch gliedert sich nach der Einleitung in drei Großabschnitte, welche verschiedene Bereiche linksalternativer Lebenswirklichkeit abbilden sollen. Zunächst widmet sich Reichardt in Abschnitt I den politischen Konzeptionen der Linksalternativen. Hier werden unter anderem einige wichtige Strömungen innerhalb des Milieus charakterisiert. Dabei bleibt die Darstellung in Teilen nur kursorisch, wie beispielhaft der Blick auf die Behandlung der Umwelt- und Anti-AKW Bewegung zeigt. Hinweise auf lokale und zeitliche Spezifika und Entwicklungen bleiben weitgehend aus. Zugegebenermaßen liegt Reichardts Interesse auch bei anderen Fragestellungen, die Aufbau und Gewichtung insgesamt rechtfertigen. So arbeitet er besonders heraus, wie die Linksalternativen ihre Vorstellungen von der Umgestaltung der Gesellschaft zugleich mit einer emotionalen Komponente, nämlich der Suche nach Gemeinschaftsbildung verknüpften und sich schließlich in zentralen Positionen von der klassischen marxistischen Linken entfernten.

Mit dem anschließenden Kapitel zur Alternativpresse weist Reichardt überzeugend sowohl die hohe Bindekraft und identitätsstiftende als auch zugleich normierende Rolle dieser Medien nach. Durch sie sei über persönliche Beziehungen hinweg eine Gemeinschaft und Milieuzugehörigkeit geschaffen worden, die prägend auf Sprache und Symbolkultur der Linksalternativen gewirkt habe. Zugleich sei über sie auch verhandelt worden, wer und was (noch) Teil des Milieus sein konnte.

Mit Abschnitt II nimmt Reichardt die Lebensräume des linksalternativen Milieus in den Blick. Darin widmet er sich zunächst Ausprägungen und Strukturen der Alternativökonomie sowie Formen alternativen Wohnens anhand von detaillierten Abhandlungen zu Kommunen und Wohngemeinschaften als auch Orten der Vergemeinschaftung, die er unter anderem in linken Szenekneipen und Buchhandlungen ausmacht. Er zeigt auf, dass besonders im Bereich der Freizeit beziehungsweise des Privaten die Wechselwirkungen zwischen dem Wunsch nach einer befreiten Lebensführung und den normierenden Ansprüchen des Authentischen in allen Lebenslagen offen zu Tage traten.

In Abschnitt III „Körper und Seele“ werden unter anderem Fragen nach der Kleidung, dem Verhältnis zu Sexualität und Paarbeziehungen sowie veränderte Vorstellungen von Männlichkeit thematisiert. Das linksalternative Milieu habe den Körper sowohl hinsichtlich seiner Funktion als „politische[m] Signalträger“ als auch als „emotionale Empfindungszone“ (S. 630) neu entdeckt, so der Autor.

Zuletzt verortet Reichardt das linksalternative Milieu eingebettet in einen breiteren Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen der siebziger und achtziger Jahre, wobei hier eine weiterführende Einordnung der Rolle des untersuchten Milieus in den zeitgeschichtlichen Forschungskontext durchaus wünschenswert gewesen wäre.

Letztlich kann dies jedoch die Verdienste, die sich Sven Reichardt mit der vorliegenden Arbeit erworben hat, nicht schmälern. Das Buch überzeugt durch eine klare Struktur, die Einbeziehung mannigfaltiger Facetten linksalternativen Lebens und die gelungene Einbettung des umfassenden Quellenmaterials in die einzelnen Kapitel. In allen Bereichen der Studie kann Reichardt mit passenden Beispielen und Analysen den Zusammenhang und die Wechselwirkungen von Freiheit und Zwang im linksalternativen Milieu aufzeigen. Ihm ist damit ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Linksalternativen und der Neuen Sozialen Bewegungen gelungen, der zugleich noch reichlich Raum für weitere Studien und zur empirischen Verifizierung und Nuancierung bietet.

Darmstadt

Matthias Lieb

Europäische Integration im Globalisierungsprozess

Hiepel, Claudia (Hrsg.): Europe in a Globalising World. Global Challenges and European Responses in the „Long“ 1970s, 374 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts tritt zunehmend in den Fokus der Zeitgeschichte und so überrascht es nur wenig, dass mit dem vorliegenden Sammelband ein entsprechendes Buch zur europäischen Integrationsgeschichte entstanden ist. In ihrer Einleitung verweist die Herausgeberin Claudia Hiepel zunächst auf die Vielgestaltigkeit des Begriffs „Globalisierung“; sie versteht hierunter ganz allgemein eine wachsende Konnektivität über politische und geographische Grenzen

hinweg, die Interdependenzen zwischen Staaten und Regionen schafft. Die beiden Ölpreiskrisen, das Ende des Währungssystems von Bretton Woods sowie die Erosion des Ostblocks infolge des KSZE-Prozesses hatten ihr zufolge eine initiale Wirkung auf gegenwärtige Globalisierungsprozesse. Vor diesem Hintergrund wird nach den europäischen Antworten auf globale Herausforderungen in den langen 1970er Jahren gefragt – verstanden als die Zeit zwischen dem Den Haager Gipfel 1969 und der Einheitlichen Europäischen Akte Mitte der 1980er Jahre.

Insgesamt ist das Buch in vier Kapitel aufgeteilt und behandelt im ersten Teil die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften (EG) zu den osteuropäischen Staaten. Angelo Romano beschreibt die sowjetischen Initiativen einen Dialog mit der EG aufzubauen. Während die EG eine umfassende Transformation ihrer Beziehungen zum Ostblock anstrebte, blieben die sowjetischen Ideen einer paneuropäischen Kooperation letztlich dem Denkmuster des Kalten Krieges verhaftet und dementsprechend erfolglos. Sara Tavani betont in ihrem Beitrag die Unabhängigkeit europäischer Détente-Politik von den USA. Sie macht dies exemplarisch an der Verweigerung der europäischen Staaten fest, nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen harte Sanktionen zu beschließen. Doch die Détente-Politik wurde keineswegs nur aus Solidarität mit den osteuropäischen Nachbarn betrieben; Veronika Heyde argumentiert am Beispiel Frankreichs, dass eine solche Politik durchaus auch den nationalen Interessen westeuropäischer Staaten dienen konnte. Wilfried Loth zeigt anhand der Implementierung der KSZE-Schlussakte und der europäischen Verteidigungspolitik wie Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing für eine europäische Verteidigungsstrategie eintraten und Entspannungspolitik durchaus gegen den Willen der USA betrieben. Alle vier Beiträge liefern interessante Aspekte zur europäischen Integrationsgeschichte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der Bezug zur eingangs ausgebreiteten Globalisierungsdebatte bleibt indessen etwas schwach.

Im zweiten Teil treten der globale Süden und das koloniale Erbe der EG-Mitgliedsländer ins Blickfeld. Während der recht gegenwartsnahe Beitrag von Lili Reyels zu dem Ergebnis kommt, dass es keine strategische Partnerschaft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in der Entwicklungspolitik während der 1970er Jahre gab, kann Guia Migani überzeugend den Wandel der europäischen Entwicklungspolitik in dieser Zeit nachweisen. Die EG

entwickelte sich zu einem *global player*; Hilfe und Handel traten in den Hintergrund, wohingegen die Stabilisierung der Rohstoffpreise und die Notwendigkeit zur Industrialisierung der Entwicklungsländer an Bedeutung gewannen. Unter dem Nord-Süd-Dialog wird auch die Mittelmeerpolitik der EG subsumiert. Elena Calandri arbeitet in ihrem Beitrag die nationalen Interessen der EG-Mitgliedsländer hinsichtlich des Mittelmeerraumes heraus, die eine einheitliche europäische Strategie verhinderten. In ähnlicher Weise kommt auch Bernd Rother zu dem Schluss, dass sich die Konzepte der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Frankreich, Großbritannien und Westdeutschland hinsichtlich der Mittelmeerpolitik klar voneinander unterschieden.

Im dritten Kapitel rücken die asiatischen Staaten als aufstrebende globale Akteure in den Mittelpunkt. Hier untersucht Hitoshi Suzuki am Beispiel des japanisch-europäischen Handelskonfliktes zwischen 1970 und 1982 die Handlungsspielräume der europäischen Kommission. Während die EG-Mitgliedsstaaten japanische Exporte einschränken wollten, verfolgte die Kommission die Strategie, das Handelsbilanzdefizit über steigende EG-Exporte nach Japan auszugleichen. Gleichzeitig diente Japan der Kommission als Modell, um eine globale Handelsstrategie gegenüber der aggressiven Expansion asiatischer Exporte zu entwickeln. Doch die Kontakte der EG in Richtung Asien waren nicht nur durch ökonomische Verbindungen bestimmt, sie unterlagen ebenso dem Begründungszusammenhang des Kalten Krieges und so dienten die Verhandlungen zwischen der EG und den ASEAN-Staaten auch dazu, dieses regionale Modell nicht-kommunistischer Staaten zu stabilisieren wie Tomoya Kuroda zeigen kann.

Im vierten Abschnitt werden schließlich verschiedene europäische Reaktionen auf globale Herausforderungen zusammengefasst. Unter Rückgriff auf das Konzept der *forces profondes* analysiert Guido Thiemeyer die Entstehung des Europäischen Währungssystems und macht hierfür die Entwicklung internationaler Märkte, die deutsche Frage sowie den Wunsch der Europäer und Europäerinnen, der Hegemonie des US-Dollars entgegenzuwirken, als Antriebskräfte verantwortlich. Während Thorsten Schulz-Walden die Herausbildung einer europäischen Umweltpolitik um 1970 unterstreicht und Claudia Hiepel die Geschichte des Weltwirtschaftsforums nachzeichnet, beleuchtet Henning Türk die Rolle der EG beim Gründungsprozess der Internationalen Energieagentur und betont hierbei das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik.

Insgesamt versammelt der Band einige lezenswerte Artikel, wiewohl werden die Verbindungen zur Globalisierung nicht überall gleich stark herausgearbeitet. Ebenso bedeutend wie die Ergebnisse der Einzelbeiträge sind die – besonders in den letzten drei Kapiteln – aufgezeigten Perspektiven: Die Nord-Süd-Beziehungen, die Bedeutung der asiatischen Gesellschaften sowie wirtschafts-, umwelt- und energiehistorische Fragestellungen dürften nicht nur in Bezug auf die europäische Integration inspirierend auf weitere Forschungen zu den 1970er Jahren wirken.

Trier

Christian Marx

POLITIKWISSENSCHAFT

Zwei Bücher von Gewicht

Ryan, Alan: On Politics. A History of Political Thought from Herodotus to the Present, 1.114 S., Allen Lane, London 2012.

Ryan, Alan: The Making of Modern Liberalism, 670 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2012.

Alan Ryan hat kürzlich mit „On Politics“ und „The Making of Modern Liberalism“ zwei Bücher von Gewicht vorgelegt, wenn auch einmal im wortwörtlichen und das andere Mal im übertragenen Sinne. Beides sind primär ideengeschichtlich ausgerichtete Werke, wobei das erstgenannte Buch eine Monographie ist und beansprucht, den Gang des westlichen politischen Denkens seit der Antike nachzuzeichnen. Das zweite hingegen ist eine Zusammenstellung von Artikeln und Essays, welche die unterschiedlichen Beschäftigungsschwerpunkte der langjährigen Karriere Ryans repräsentieren.

Ryan, der den überwiegenden Teil seines akademischen Lebens in Oxford und Princeton verbracht hat, trug vor allem in zwei thematisch eng zusammenhängenden Bereichen zu der politik-philosophischen Debatte bei. Da wäre zunächst die an systematisch relevanten Fragen orientierte ideengeschichtliche Rekonstruktion und Darstellung der (überwiegend) anglo-amerikanischen Tradition des modernen Liberalismus zu nennen. Neben der Diskussion des Freiheitsverständnisses, der Rolle von Kultur und Staat,

individuellen Rechten, (Privat-)Eigentum und Fortschrittsdenken spielte hier vor allem die intensive Auseinandersetzung mit Werken, wie die Biographien von John Stuart Mill, Bertrand Russell und John Dewey eine Rolle und mündete jeweils in vielbeachteten Monographien zu diesen Autoren. Des Weiteren ist Ryan, dessen eigenes Denken tief vom Liberalismus Mills geprägt ist, auch durch seine Beiträge zu grundlegenden Problemen des Utilitarismus hervorgetreten. Von einem den latenten subjektivistischen Perfektionismus Mills leichthändig abschüttelnden, auf der axiologischen Ebene plural verfassten Verständnis des Wohlergehens der Individuen ausgehend, ist der Autor in der zeitgenössischen Debatte durch seine Überlegungen bezüglich des Charakters der (konsequentialistischen) Entscheidungstheorie (d. h. der Theorie darüber, was eine Handlung als moralisch richtige Handlung qualifiziert) hervorgetreten. Hier hat er vor allem zeitgenössische Varianten eines indirekten Utilitarismus problematisiert, die sich an einer Integration der Kategorie individueller Rechte in das utilitaristische Denken versucht haben. Dabei hat ihn die Auseinandersetzung mit den klassischen Freiheitsrechten, insbesondere mit demjenigen des Privateigentums, zu einer skeptischen Position hinsichtlich auf der Annahme von Rechten *gründenden* politischen Theorien geführt.

Vor diesem Hintergrund nun lassen sich die beiden jüngst erschienenen Bücher als das Resümee einer langjährigen philosophischen Beschäftigung mit dem Bereich der Politik und seinen spezifischen Problemen und Fragestellungen verstehen. Der für den Publikumsverlag Allen Lane verfasste Band „On Politics“ versucht dann auch nichts weniger zu sein denn eine Rekonstruktion der wesentlichen Etappen und Argumente der Geschichte des westlichen politischen Denkens. Ryan teilt diese grob in vier große Epochen ein: die klassische Konzeption von *polis* und Politik in der Antike, diejenige der christlichen Welt (diskutiert am Beispiel etwa von Augustinus und Thomas von Aquin), die das Denken bis in die Frühe Neuzeit hinein prägte, dann die Moderne und schließlich das 20. Jahrhundert bis heute, eine Epoche, die Ryan als Welt nach Karl Marx charakterisiert. Im Wechsel der Darstellung von Autoren, politischen Strömungen und Bewegungen versucht „On Politics“ dabei in 27 Kapiteln unter anderem die Rolle und das Verständnis des Staates, von Freiheit, Bürgerschaft, politischer Teilhabe, der diversen Begründungsversuche von (weltlicher und religiöser) Autorität sowie der institutionellen Struktur

(Republik, Imperium, Föderation) politischer Gemeinwesen nachzuzeichnen. Dabei werden manche Unterscheidungen – etwa zwischen platonisch-utopischer Anti-Politik und praktischer, konfliktorientierter Politik – immer wieder aufgegriffen und ermöglichen somit die Stationen der 2.500jährigen Ideengeschichte ein wenig zu sortieren und zueinander in Bezug zu setzen.

Es liegt nun in der Natur eines solchen Unterfangens, dass es durch die Jahrhunderte hetzen muss und folglich gezwungen ist, das oftmals erstaunlich originelle Denken von Autoren sowie die Besonderheiten politischer Bewegungen und Zeitumstände zusammenzustauchen und einzuordnen. Der Sinn solcher ideengeschichtlicher Großentwürfe liegt folglich auch eher darin, eine intellektuelle Einheit, eine These über Kontinuität, Brüche und grundlegend relevante Fragestellungen auszuweisen. Aber genau dies fehlt nun in „On Politics“. Ryan ist sich offenbar dieses Problems bewusst, aber dennoch wird keine wirkliche Rahmenhandlung, kein Analyseraster entwickelt, und der Leser tapst ein wenig verloren zwischen biographischen Informationen, eklektischen Hinweisen auf die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse der jeweiligen Epoche und – sagen wir vorsichtig – einer argumentativ ausgedünnten Darstellung politischen Denkens umher. Dabei weiß man nicht recht, ob dieses Versäumnis nun tatsächlich dem Autoren anzulasten ist, oder ob es in der Sache selbst liegt, sobald man, hierin dem Autoren folgend, von allzu rabulistischen Sortierungsvorschlägen Abstand nimmt. Sollte dem so sein, dann stellt sich jedoch tatsächlich die Frage nach dem Sinn und Unsinn solcher Großdarstellungen. Zugegeben, es ist eine verlockende Vorstellung, die Geschichte, die Irrungen, Wirrungen und Einsichten westlichen politischen Denkens in zwei Kilo bedruckten Papiers (denn so schwer wiegt „On Politics“) gebündelt zu haben. Aber, salopp formuliert, was bringt es, wenn doch die Argumentationen nur oberflächlich rekonstruiert werden und man sich im Dickicht der Namen, Epochen und Positionen verliert?

Nun könnte man ein solches Unterfangen aber auch gerade zum Anlass der gezielten methodischen Reflexion auf den grundsätzlichen Sinn solcher Großentwürfe, wie der Ideengeschichte überhaupt, nehmen. Aber auch dies unterlässt Ryan weitgehend in „On Politics“. Hin und wieder deutet er zaghaft an, ob sich nicht zum Beispiel vielleicht doch die materialen Bedingungen zwischen dem 21. Jahrhundert und der Antike oder Frühen Neuzeit so stark geändert haben, dass sich wohl korrespondierend auch die

Bedeutung zentraler Kategorien wie Demokratie oder Freiheit drastisch verändert haben könnte – aber leider wird dieser Gedanke nicht weiter verfolgt und nur dem Leser zur weiteren Überlegung empfohlen.

Am Ende, nachdem man sich diszipliniert durch die mehr als 1.000 Seiten gearbeitet hat, bleibt man selbst hinsichtlich des Charakters dieses Buchs ein wenig ratlos zurück. Zu sehr fehlt der ordnende Vorschlag, zu sehr sind die durchaus vorhandenen interessanten Überlegungen Ryans in nicht explizit thematisierten Vorannahmen belassen. Hier entschädigt dann auch nicht das letzte Kapitel des Buchs, das ein wenig den Status quo und die Herausforderungen der Politik im 21. Jahrhundert beschreibt. Was hier allerdings deutlich wird und in ihrer Unreflektiertheit irritiert, ist die USA- und Europa-zentrierte Perspektive. Wie man mit dieser allein die globale politische Lage und ihre Probleme im 21. Jahrhundert erfassen können soll, bleibt weitgehend schleierhaft. Nun könnte man die hehren Ansprüche an ein solches Buch milde herabstufen und es einfach als philosophisches *coffee-table-book* betrachten, zu welchem man greift, um sich kurzweilig intellektuell zu stimulieren. Aber auch hierfür ist „On Politics“ gänzlich ungeeignet, da jeder Beistelltisch allein unter dem schieren Gewicht des Buchs wohl zusammenbrechen würde.

So ratlos nun „On Politics“ den Leser zurücklässt, so sehr begeistert Ryans „The Making of Modern Liberalism“. Dieser Aufsatzsammlung gelingt nahezu all das, was in „On Politics“ misslungen ist: In den einzelnen Essays und Artikeln werden Tiefbohrungen in das normative Gestein der Tradition liberalen politischen Denkens von Thomas Hobbes bis John Rawls, von Freiheit und Eigentumsrechten bis hin zu Gestalt und Möglichkeiten eines liberalen Sozialismus vorgenommen, die sowohl in ihrer systematischen Orientierung wie auch in ihrem historischen Feingespür beeindruckend sind. Zudem legt der Verfasser in der überaus gelungenen Einleitung auch sein Verständnis politischer Theorie offen: Diese sei – obwohl sie sich in ihrer Beschäftigung gerade mit den Gedanken und Argumenten geschichtlicher Autoren auseinandersetze – kein eigentlich historisches Unterfangen, sondern richte sich vor allem auf Kohärenz und Überzeugungskraft der vertretenen Argumente. Dabei helfe dann die Unterscheidung zwischen dem, was ein Autor zu besagen beabsichtigte (und was er für ein Publikum vor Augen hatte) und dem, was er besagt, nur oberflächlich, da ein Verständnis von Ersterem oftmals notwendig sei, um überhaupt

die Rekonstruktion von Letzterem leisten zu können. Zu groß sei andernfalls die Gefahr, dass man einfach Bedeutung projiziere und sich dann genaugenommen die historische Referenz auf illustrative Zwecke reduziere. Dennoch müsse sicherlich ein gewisser Grad an ‚Platonisierung‘ der jeweiligen Argumente erfolgen, allein, damit diese weiterhin *als Argumente* aufgefasst werden könnten. Darüber hinaus besäße die politische Theorie jedoch, gerade weil sie eine praktische Disziplin sei, durchaus historischen Charakter: Gesellschaften, wie es Ryan formuliert, würden in ihrem Funktionieren und ihren Selbstverständigungsprozessen wesentlich auf einem kollektiven Gedächtnis ruhen, das in Identität und Konventionen bestehen würde. Diesen Umstand jeweils mitzudenken – das heißt die in den Augen des Autors notwendig historische Verankerung von Gesellschaften – sei ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil politischer Theorie.

Diese methodischen Überlegungen sind nun den insgesamt 33 Artikeln und Essays vorangestellt, die einen Gang durch die Geschichte und spezifischen Problemstellungen des überwiegend anglo-amerikanischen Liberalismus darstellen. Unterteilt in fünf thematische Abschnitte geht der Autor dabei den Unterschieden zwischen dem englischen und dem US-amerikanischen Strang des Liberalismus nach, diskutiert den Zusammenhang zwischen Arbeit, Freiheit und Eigentum, und bemüht sich um eine Verortung des Verhältnisses von Sicherheit und Unsicherheit im argumentativen Gerüst der liberalen Tradition. Dabei destilliert Ryan in „The Making of Modern Liberalism“ die Konturen eines utilitaristischen Liberalismus, der *mit* Hobbes zwar den primär defensiven Charakter dieser Tradition politischen Denkens beibehält, ihn aber im Anschluss an Mill (und erstaunlicherweise die Romantik) um die Seite der individuellen Autonomie, der Expressivität sowie der Kreativität des Menschen in seinem Handeln und Verfertigen ergänzt sowie in gerechtigkeits-theoretischer Perspektive für eine wohlfahrtsstaatliche Politik argumentiert. Damit zeigt Ryan seinen modernen Liberalismus als eine normativ anspruchsvolle und Rechte-theoretisch reflektierte politische Theorie, die vielen der im deutschsprachigen Diskurs herumgeisternden, liebgewonnenen Vorurteilen dem Utilitarismus gegenüber begegnen kann. Von daher hat, verglichen mit „On Politics“, diese Geschichte der Verfertigung des modernen Liberalismus einen zweifachen Vorzug: Sie hat deutlich mehr Gewicht und ist zugleich leichter.

Frankfurt a. M.

Philipp Schink

Die erste radikale Demokratietheorie?

Bartuschat, Wolfgang/Kirste, Stephan/Walther, Manfred (Hrsg.): Naturalismus und Demokratie. Spinozas „Politischer Traktat“ im Kontext seines Systems. Ein Kommentar, 210 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2014.

Der „Tractatus politicus“ des holländisch-jüdischen Rationalisten Baruch de Spinoza, kurz nach seinem Tod 1677 unvollendet aus dem Nachlass veröffentlicht, ist bisher vor allem der Gegenstand hochspezialisierter ideengeschichtlicher Forschung gewesen, aber, wie die Herausgeber des Kommentarbands zu Recht schreiben, „im deutschsprachigen Bereich in der Regel wenig beachtet worden“ (S. V). Dies liegt zum einen an der marginalen werkimernen Rolle dieses Buchs, das im Schatten des monumentalen philosophischen Hauptwerks, der „Ethik“, aber auch des früheren religionskritischen „Tractatus theologico-politicus“ von 1670 liegt, der als eines der großen und verfeimten Zeugnisse frühaufklärerischen Denkens die europäischer Geistesgeschichte maßgeblich geprägt hat. Der „Politische Traktat“ ist wie eine klassische Abhandlung zur Form des Staates aufgebaut, stellt Fragen nach staatlicher Stabilität und bestmöglichen Institutionen, will aber in Methode und Zuschnitt weder zum philosophischen Gesamtsystem noch zur interventionistischen Religionskritik so ganz passen.

Die durchgehend hochwertigen Beiträge des vorliegenden Kommentarbandes kontextualisieren und interpretieren diese Schrift Kapitel für Kapitel; sie informieren textnah und unter Bezug auf den Forschungsstand über die ontologischen und erkenntnistheoretischen Prämissen und den realistischen Ansatz von Spinozas politischer Theorie, ihre äußerst heterodoxe natur-beziehungsweise vernunftrechtliche Basis und die institutionentheoretischen Details seiner Staatstheorie, seine Konzeption der Souveränität und Sicht internationaler Beziehungen und seine Behandlung der drei Staatsformen Monarchie, Aristokratie, Demokratie. Mit Manfred Walther und Wolfgang Bartuschat sind – mit jeweils zwei Kapiteln – die beiden wichtigsten deutschen, international angesehenen Spinoza-Forscher vertreten; allerdings scheint der Bereich weiterhin eine reine Männerdomäne zu sein. Das Ergebnis ist eine fokussierte, umfassende und verlässliche Gesamtdarstellung und Diskussion, die es in dieser Form noch nicht gab. Den qualitativen Vergleich mit den besten Bänden der renommierten „Klassiker Auslegen“-Reihe im Akademie-Verlag, in der es

bisher einen Kommentar zu Spinozas „Ethik“ und seit Kurzem einen zum „Tractatus theologico-politicus“ gibt und in die er eigentlich gut gepasst hätte, braucht der Band nicht zu scheuen.

Zu entdecken ist in der Tat ein hochinteressantes und heterodoxes Denken der Politik. Für Spinoza ist die Politik kein Reich der Anwendung vernünftiger Regeln, sondern eine Sphäre, die grundsätzlich anders zu betrachten ist, nämlich unter den Vorzeichen weitgehender Irrationalität. Staat und Recht erwirken, dass „aus dem vernunftlosen affektiven Begehren der Menschen in dessen Vielfältigkeit ein konfliktvermeidender Ausgleich“ (Bartuschat, S. 10) entstehen kann. Grundlage dieser Argumentation ist eine radikale Reinterpretation des Topos des natürlichen Rechts, den Spinoza mit der Macht und dem Vermögen eines Dings oder einer Person identifiziert, sich selbst zu erhalten. Das Streben nach Selbsterhaltung ist, „als Machtentfaltung, Entfaltung seines Rechtes gegen die Beherrschung durch andere“ (Gunnar Hindrichs, S. 32). Macht und Recht des Staats können nun aber nicht anderes sein als Macht und Recht all derjenigen, aus denen der Staat besteht, die ihn gelten lassen und annehmen; die Macht des Staates beruht also letztlich immer auf der „Macht der Menge“ (*potentia multitudinis*). Damit hat Spinoza die Hobbes'sche Idee des Gesellschaftsvertrags gleichzeitig aufgenommen und in einem gewissen Sinne fundamental demokratisiert.

Spinoza spielt diese Themen im ersten Teil seines Traktats auf der allgemeinen, ontologischen Ebene durch, während der zweite „politikwissenschaftlich im engeren Sinne angelegt“ ist (Martin Leiner, S. 95), da nun verschiedene Regierungsformen auf ihre Stabilitätsfähigkeit geprüft werden. Dies führt ihn zum Entwurf einer „politischen Institutionenökonomie“ (Walther, S. 117), der aufweist, welche institutionellen Arrangements die Ordnung des Gemeinwesens unter bestimmten Umständen am besten erhalten können. Auch wenn das entscheidende elfte Kapitel zur Demokratie unvollendet ist, ist eine radikaldemokratische Tendenz erschließbar: Demokratie ist die „absolute“, das heißt uneingeschränkte Regierungsform, da in ihr die gesamte Menge der Bürger (allerdings mit den zeittypischen Ausschlüssen von Frauen, Ausländern, Knechten u. a.) „zur Gruppe der politisch Entscheidungsgefugten Zugang hat“ (Rainer Keil, S. 145). Diese eher formale als normative Auszeichnung der Demokratie hat Anlass zu Deutungen gegeben, die hier die erste Artikulation eines popularen, politische Herrschaft

grundsätzlich vom gesamten Volk her gedachten politischen Verhältnisses gesehen haben.

Es bleibt dem brillanten hochinformativen Schlusskapitel von Tilman Reitz vorbehalten, diese Bezüge zur Politischen Philosophie und Politischen Theorie der Gegenwart nachzuzeichnen, wobei sich, nicht zuletzt im Zuge der jüngst sehr einflussreichen Schriften von Antonio Negri und Michael Hardt, eine eindeutige Tendenz zum „Linksspinozismus“ (S. 171) feststellen lässt, die allerdings nicht alternativlos ist. Denn daran – welche Motive stärker gewichtet werden, der grundsätzlich illusionsfreie, realistische Ansatz der Theorie, die affekttheoretisch grundierte politische Anthropologie, die ontologische These vom demokratischen Fundament aller Herrschaft oder das fast systemtheoretische Denken in institutionellen Wirkungskreisläufen – entscheidet sich, ob Spinoza als Vordenker gesellschaftlicher Emanzipation oder kühler Diagnostiker ambivalenter Herrschaftszuständen gesehen und rezipiert wird. Daran, dass der „Tractatus politicus“ einen exponierten Platz im Archiv der klassischen Texte des politischen Denkens verdient hat, kann kein Zweifel mehr sein.

Leipzig

Martin Saar

Die Wiederkehr des Verdrängten

Mouffe, Chantal: Agonistiken. Die Welt politisch denken, 214 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2014 (engl. 2013).

Spätestens mit der Publikation von „Über das Politische“ ist Chantal Mouffe auch hierzulande einem breiteren Personenkreis bekannt geworden. Die in diesem Buch entwickelte Perspektive einer agonistischen Demokratietheorie vermochte all jenen eine Alternative zu bieten, die sich weder mit dem Lobgesang auf die repräsentative Demokratie zufrieden geben noch in der Idee einer deliberativen Demokratie eine überzeugende Alternative sehen wollten. An letzterer kritisierte Mouffe insbesondere jene entpolitisierenden Konsequenzen, die sich aus einem am „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ orientierten Politikverständnis ergeben. Dem setzt sie im Anschluss an Carl Schmitt die grundlegend antagonistische „Natur des Politischen“ entgegen, ohne freilich das Politische als einen potentiellen Kampf zwischen Freund und Feind deuten zu wollen. Stattdessen sollen die jeweiligen politischen

Kontrahenten lediglich als Gegner betrachtet werden, mit denen wir zumindest die Orientierung an den demokratischen Grundwerten der Freiheit und Gleichheit teilen. Allerdings vermochte sie nicht so recht zu zeigen, wie die hierfür erforderlichen agonalen Tugenden in modernen, pluralistischen Gesellschaften erzeugt werden können. Diese Herausforderung bleibt auch in ihrem neuen Buch „Agonistik. Die Welt politisch denken“ letztlich unbeantwortet. Dennoch lohnt die Lektüre, kommt es doch zu einer entscheidenden Verschiebung im Theoriedesign.

Wie beim Vorgängerbuch handelt es sich auch diesmal um eine Sammlung von zum Teil nur geringfügig überarbeiteten Aufsätzen, die bereits an anderer Stelle veröffentlicht wurden. Neben einer Einführung in das Modell der agonistischen Demokratie finden sich in dem Buch Kapitel zur Frage der Demokratie in Europa und der Welt, zum agonistischen Potential der Kunst und eine Auseinandersetzung mit Vorstellungen einer radikalen Politik, wie sie sich etwa bei Michael Hardt und Antonio Negri oder auch bei Slavoy Žižek finden. In dem Kapitel zur Demokratie jenseits des Nationalstaates spricht Mouffe sich sowohl gegen kosmopolitische Einheitsvorstellungen als auch gegen eine deliberative Deutung der Europäischen Union aus. Sie wendet sich zudem gegen „den Anspruch des Westens“ (S. 71), die liberale Demokratie sei die einzig legitime Form politischer Herrschaft und plädiert für ein „Pluriversum“ (S. 49) unterschiedlicher Formen der Demokratie. Allerdings bleibt etwas undeutlich, was denn genau das Demokratische an nicht westlichen, etwa islamischen Demokratievorstellungen sein soll.

Auch mit Blick auf die gegenwärtige Krise der Europäischen Union versucht die Autorin ihr agonistisches Verständnis von Demokratie in Stellung zu bringen, indem sie eine „Politisierung des europäischen Projektes“ (S. 92) einfordert. Dabei geht es ihr insbesondere um eine Alternative zum „vorherrschenden neoliberalen Modell“ (S. 97). Diese Alternative besteht für Mouffe in einem neuen „soziopolitischen“ oder gar „postsozialdemokratischen ökologischen“ (S. 99) Projekt. Überhaupt ist in dem Buch viel von Projekten die Rede, dies hat jedoch seine Tücken. Ist doch die Ubiquität von „Projekten“ eher Teil des Problems als Teil der Lösung, wenn die neoliberale Hegemonie tatsächlich überwunden werden soll. Mit anderen Worten, es fehlt bei Mouffe an einer Analyse der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Eine solche müsste aufzeigen, weshalb Theorien wie die von Mouffe einerseits so viel Zustimmung erfahren, andererseits aber das immer wieder beschworene

radikaldemokratische „Projekt“ trotz einer gravierenden Legitimationskrise der Europäischen Union über ein gelegentliches und zumeist äußerst kurzfristiges Aufflackern nicht hinauskommt – man denke nur an die Proteste gegen die Austeritätspolitik in Südeuropa. Damit stimmt sie ein in den Chor all jener Kritiker des Neoliberalismus, die in den europäischen Großstädten regelmäßig die Theatersäle füllen und damit auch Teil der gegenwärtigen Eventkultur geworden sind.

In einem Punkt unterscheidet sich Mouffe jedoch von anderen Konzeptionen radikaler Demokratie. Ist sie bisher vornehmlich als eine Verfechterin eines bewegungszentrierten Demokratieverständnisses rezipiert worden, so kritisiert sie nun die „Strategie des Rückzugs“ (S. 115) aus den Institutionen der repräsentativen Demokratie, wie sie etwa Hardt und Negri propagieren. Stattdessen plädiert die Verfasserin für eine gegenhegemoniale Aneignung der repräsentativen Demokratie und verweist auf Südamerika, wo soziale Bewegungen und politische Parteien ihr zufolge gemeinsam erfolgreich eine Alternative zum Neoliberalismus etablieren konnten. An dieser Stelle könnte man einwenden, dass die Autorin sich damit doch sehr stark an konventionelle Demokratietheorien oder gar an Ansätze der deliberativen Demokratie annähert. Denn auch bei Jürgen Habermas findet sich immer wieder der Hinweis, dass es gerade die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind, welche den Rahmen der deliberativen Demokratie bilden. Dazu gehört nicht zuletzt die Idee eines Zusammenwirkens von repräsentativen Institutionen und einer weitgehend ungezügelter Zivilgesellschaft, die das politisch-administrative System „belagert“. Wenn Chantal Mouffe sich also von einer ausschließlich antiparlamentarischen Strategie distanziert, stellt sich die Frage, worin, jenseits aller Rhetorik, eigentlich noch die Differenz zur deliberativen Demokratietheorie besteht.

Darmstadt

Dirk Jörke

Staat und Politik in der kritischen Theorie

Ruschig, Ulrich/Schiller, Hans-Ernst (Hrsg.): Staat und Politik bei Horkheimer und Adorno, 230 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Die Zielsetzung der von Rüdiger Voigt verantworteten Reihe „Staatsverständnisse“ ist, durch

neuerliche Lektüre von Staatsdenkern aller Couleur, die Bedeutung dieser Werke im Sinne einer modernen Staatswissenschaft zu verifizieren. Mit dem von Ulrich Ruschig und Hans-Ernst Schiller als Band 64 dieser Reihe herausgegebenen Publikation, liegt nun eine die Konzeption von Staat und Politik bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno analysierende Auseinandersetzung vor. Neben den genannten wird dabei die erste Generation der Frankfurter Schule in die Ausführungen einbezogen. In prägnanten und der kritischen Schule zugeneigten Beiträgen ist das Ziel „sich über die aktuelle Verfassung des globalisierten Kapitalismus und über seine Entwicklungstendenzen Klarheit zu verschaffen“ (S. 17).

Strukturell setzt sich der Band nach der Einleitung aus zehn Beiträgen von der gleichen Zahl an Autoren zusammen. In Ermangelung eines dezidiert Staat und Politik gewidmeten Hauptwerkes in der kritischen Theorie der 1930er bis 1970er Jahre, bilden seine Einzelteile Facetten eines hiermit befassten Theoriekonstrukts. Dabei wird einer Chronologie gefolgt die der zeitlichen Entwicklung und der Breite des Werkes von Horkheimer und Adorno gerecht wird.

Im Detail befassen sich die ersten Aufsätze mit den 1930er Jahren und sind damit durch die zeitliche Nähe zum Aufstieg des Nationalsozialismus geprägt. Die hieraus resultierende Ambivalenz in „Horkheimer[s] Liberalismuskritik der 1930er Jahre“ arbeitet Hendrik Wallat heraus (S. 34f.). Gunzelin Schmid Noerr nähert sich von der sozialpsychologischen Seite und fasst die Arbeiten zur Faschismusanalyse unter dem Titel „Zur kritischen Theorie des psychischen und politischen Autoritarismus“ zusammen. Er gewinnt ihnen eine Aktualität in Verbindung mit der Postmoderne – als neue Phase des Kapitalismus – ab (S. 54f.). Joachim Hirsch wendet sich einer Debatte innerhalb der Frankfurter Schule zu: „Staatskapitalismus? Zur Kontroverse zwischen Friedrich Pollock, Max Horkheimer und Franz Neumann in Bezug auf den Charakter des nationalsozialistischen Systems“. Das größte Defizit ist, nach Hirsch, die fehlende Akzeptanz des Kapitalismus als Weltsystem (S. 70f.).

Ulrich Ruschig widmet sich in „Weiterdenken in marxistischer Tradition: Die Lehre vom autoritären Staat“ dann dem Text der in gewisser Weise am klarsten ein Verständnis von Staat im – frühen – Denken von Horkheimer zeichnet. Doch „Autoritärer Staat“ vom Beginn der 1940er wird von Horkheimer selbst verneint und erst ein Jahr vor seinem Tod wieder abgedruckt (S. 73). Kai Lindemann erarbeitet eine Rezeption des

„Racketbegriff als Herrschaftskritik“. Hierbei nähert er sich sehr grundsätzlich an die Aufnahme des Begriffs durch Horkheimer, seine sukzessive Einbringung in die kritische Theorie und schließlich seine Weiterverwendung. Dabei spricht Lindemann dem Konzept durchaus das Potenzial zu in der Gegenwart weiter als Instrument in der Forschung verwendet zu werden.

In der Verbindung von industrieller Produktion und Verwaltung sieht Hans-Ernst Schiller unter dem Titel „Erfassen, berechnen, beherrschen. Die verwaltete Welt“ ein weiteres bleibendes Moment: den Staat und die Politik zu denken. „Verwaltete Welt“ als „Erkennungszeichen“ (S. 129) hat für Schiller trotz Globalisierung und Deregulierung im Wirtschaftssystem des 21. Jahrhunderts nichts an seiner Berechtigung verloren (S. 147). Raban Witt nähert sich den Wurzeln Horkheimers in dessen Spätwerk. Mit „Die Lehre von der Automatisierung der Freiheit. Zu Politik und Ökonomie in Horkheimers Spätwerke“ schafft der Autor die Verbindung zu der Geschichtskonstruktion bei Friedrich Engels, die trotz der Bruchs im Denken von Horkheimer wahrnehmbar bleibt. Diese Verbindung ist deshalb interessant, weil die Erfahrungen des realen Sozialismus den Autoren durchaus geprägt haben (S. 150f.).

Hans-Georg Bensch zeichnet unter dem Titel „Bestimmungen zu Staat und Herrschaft bei Adorno“ die Beziehung zwischen diesen beiden Konstrukten nach. Dabei verdeutlicht er die Entwicklung des Verhältnisses im Bezug zu den Subjekten. Marc Schraven erschließt das Potenzial, welches sich in der Nationalismuskritik von Adorno und Horkheimer findet. Eine von der Abwesenheit von Nationalismus geprägte Zukunft scheint für ihn greifbar, wenn die Hinweise der kritischen Theorie beherzigt werden würden. Per Jepsen schließt den Band mit „Aporien negativer Politik? Gesellschaftsutopie und Askese der politischen Theorie im Spätwerk Horkheimers und Adornos“. Damit wird zum Schluss die Frage aufgeworfen, warum eine Theorie der Politik im Werk der beiden fehlte. Jepsen zeigt uns in einer gelungen differenzierenden Antwort die Unterschiedlichkeit der beiden Wissenschaftler und verdeutlicht damit, dass die Schulbildung letztlich auch eine Konstruktion ist.

Die Nähe der Autoren zum Werk der kritischen Theorie oder zumindest einer kritisch-dialektischen Wissenschaftsauffassung verwischt an mancher Stelle die Distanz zum Untersuchungsgegenstand. Die Herausgeber indes sichern sich im Vorhinein gegen die Hagiographen der Frankfurter Schule ab, indem sie sagen: „Die

in den Beiträgen geäußerte Kritik an Horkheimer und Adorno sollte nicht als Ausdruck einer oberlehrerhaften Besserwisserei der Nachgeborenen verstanden werden, sondern als Versuch, die kritische Theorie von Mängeln zu befreien, um sie desto besser zum Instrument der Erkenntnis einer gesellschaftlichen Wirklichkeit zu machen, die theoretisch Kritik nach wie vor verdient“ (S. 17). Doch gerade der Versuch einer posthumen Theoriebildung aus dem Œuvre der „Meister“ heraus impliziert die Gefahr einer Überhöhung. Dieser erliegen weder die Herausgeber noch die Autoren des Bandes. Allerdings scheint die Weiterführung der Forschung mit den klassischen Texten als Ausgangspunkt vielversprechender, im Gegensatz zu ihrer Verwendung als (dogmatischer) Rahmen.

Schlussendlich ist zu sagen, dass die Reihe „Staatsverständnisse“ mit dem vorliegenden Buch eine würdige Ergänzung erfahren hat. Grundsätzlich ist ihr ein großer aufgeschlossener Leserkreis zu wünschen. Das Werk von Horkheimer und Adorno ist eine wesentliche Lektüre für Studenten der Geisteswissenschaften und für Wissenschaftshistoriker, welche die Re-Etablierung der Disziplin und ihrer angeschlossenen Fächer nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik betrachten wollen. Dabei bietet die vorliegende Werksrezeption einen guten und gegenwartsrelevanten Einstieg.

Rostock

Christian Nestler

Religion als politisches Problem?

Schotte, Dietrich: Die Entmachtung Gottes durch den Leviathan. Thomas Hobbes über Religion, 430 S., frommann-holzboog, Stuttgart-Bad Cannstatt 2013.

Die Philosophie von Thomas Hobbes bleibt ein unerschöpflicher Gegenstand der philosophischen und ideengeschichtlichen Reflexion. Die Studie von Dietrich Schotte untersucht das Verhältnis von Politik und Religion – ein Thema, das in den letzten Jahren in der Hobbesforschung wieder vermehrt Beachtung gefunden hat. Sorgfältig und kenntnisreich wird der Forschungsstand in dieser Qualifikationsarbeit reflektiert. Dabei ist auch für diese Studie die politische Philosophie Hobbes' der Ausgangs- beziehungsweise Fluchtpunkt der Untersuchung. Der Anspruch dieser Arbeit ist es aber die einzelnen Theorieteile

zunächst einmal unabhängig von Hobbes' politischer Philosophie zu interpretieren, da man diese nach Schotte nicht zu voreilig als vollkommen säkular einschätzen sollte. So wird ein interessanter interpretatorischer Blick gewonnen, in dem dann auch die hermeneutische Frage nach der Bedeutung der Religion innerhalb von Hobbes' Philosophie diskutiert wird. Der Autor wird so der Komplexität von Hobbes' Argumentation hinsichtlich des Verhältnisses von Politik und Religion ohne Zweifel gerecht.

In drei Teilen, die sich in „Philosophie der Religion“, „Offenbarungstheologie“ und „Politische Philosophie“ gliedern, wird die Bedeutung der Religion innerhalb von Hobbes' politischer Philosophie analysiert. Gleich zu Beginn der Einleitung (S. 4, erneut S. 27) wird die Annahme, Hobbes sei treffend als Atheist zu kennzeichnen, bestritten. Aber auch die seit James E. Taylor und Howard Warrender gelegentlich wieder vertretene These (so v. a. Aloysius Martinich), Hobbes' Moralphilosophie und die von ihm postulierten Naturgesetze seien nur auf der Grundlage einer religiösen Fundierung verständlich, wird bereits in der Einleitung verworfen. Vielmehr habe Hobbes „mit Erfolg versucht, ein Modell dezidiert *nicht-religiöser* Moralbegründung zu entwickeln“ (S. 8). Hobbes' Anliegen sei es gewesen „das Christentum politisch zu neutralisieren“ (S. 19, erneut S. 78). Mit diesen Positionen ist das Spannungsfeld der Untersuchung weitgehend umrissen. Schotte untersucht die einzelnen Aspekte dieses vielfältigen Themenkomplexes dann aber en détail und geht in seiner Interpretation auf die unterschiedlichen Standpunkte in der Forschung genau ein, ohne doch Hobbes' Werk aus den Augen zu verlieren.

Diese Studie liefert einen wichtigen Beitrag zur Hobbesforschung, da durch eine genaue Werkanalyse die „ideologiekritische Grundtendenz von Hobbes' Religionsphilosophie“ (S. 49) nachgewiesen wird. „Wenn man wie Hobbes argumentiert, dass Religion per se politisch ist, weil sie als Praxisform die Einsetzung und Stabilisierung ihrer Institutionen analog zu derjenigen politischer Institutionen betreiben muss“ (S. 55), dann führt dies nach Schotte zu der wichtigen Frage, welche Dynamiken sich zwischen Religion und Staat ergeben. Es zeichnet diese Arbeit aus, dass sie sich nicht auf das bereits häufiger thematisierte Verhältnis zwischen Kirche und Staat beschränkt, sondern im Anschluss an Hobbes' komplexe Religionsphilosophie danach fragt, was für ein Verständnis von Gott Hobbes dort eigentlich entwickelt. Diese Analyse führt Schotte zu einer neu akzentuierten Kritik an Taylor, Warrender und Martinich, da Hobbes

letztlich behauptete, „der *ausschlaggebende* Grund für die Annahme der Existenz Gottes [ist] nicht aus der Erfahrung oder der Vernunft gewonnen, sondern aus dem Vertrauen auf das Zeugnis Anderer“ (S. 109, Hervorhebung im Original).

Es wäre, um die von Schotte insgesamt vorbildlich erörterte Problematik, wie sie Hobbes in seiner politischen Philosophie entwickelt, wichtig gewesen, noch genauer auf das fünfzehnte Kapitel des „Leviathan“ einzugehen. Das dort von Hobbes diskutierte Problem des *fool* oder Toren, wird von Schotte nur sehr vordergründig gestreift (S. 127). Aber für Hobbes stellt der Tor, der Gerechtigkeit und Gott leugnet, ein fundamentales Problem dar. Der Tor verfolge nur seine kurzfristigen Interessen, halte sich nicht an Abmachungen und Verträge. Er mag unter Umständen sogar seine Ansichten publik machen. Sobald er dies tut, ist er in den Augen Hobbes ein gefährlicher Friedensstörer. Ein Rebell, der auch innerhalb der staatlichen Gesellschaft wieder in den Naturzustand zurückfällt. Da er aber ein Tor ist, kommt man ihm durch Strafe nicht bei. Der Tor fürchtet niemanden und seine Unvernunft führt letztlich dazu, dass er seine eigenen wirklichen Interessen nicht erkennt. Wie kann ein Staat aber mit solchen Toren bestehen? Weder Überzeugung oder Erziehung, noch Strafandrohung fruchten hier. Es ist bedauerlich, dass der Autor diesen Aspekt, der doch bedeutend für die in dieser Studie verfolgte Fragestellung ist, nicht genauer untersucht. Dies ist auch insofern überraschend, als von Schotte zwar zutreffend konstatiert wird, Hobbes habe in „De Cive“ „den Atheismus als ‚Verbrechen aus Unklugheit‘“ (S. 155) bestimmt, dann aber fortführt, dass „bezeichnenderweise [...] diese Kritik des Atheismus im Leviathan“ (S. 156) fehle. Ist nicht der Tor unklug? Auch der kurze Vergleich von Hobbes und John Locke hätte von einer Berücksichtigung des Toren in Hobbes' Argumentation profitiert. Denn wenn die nach Schotte für Hobbes im Gegensatz zu Locke unproblematische „Geltung der Moral nur dann gegeben [ist], wenn alle sie einsehen können“ (S. 139), dann wird verständlich, warum der Tor für Hobbes ein so grundlegendes Problem darstellt. Gleiches gilt für Schottes' Argumentation auf Seite 295, wo er von Wahnsinnigen spricht, aber genau hier vielmehr Hobbes' Diskussion des Toren oder Narren heranzuziehen gewesen wäre. Es wäre interessant gewesen, diese Vergleiche weiter zu führen, vor allem da dieser Aspekt in der Forschung bislang noch nicht erschöpfend diskutiert wurde (vgl. aber die wichtige Studie „Hobbes and the Foole“ von Kinch Hoekstra).

Schotte kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass Hobbes Staat und Souveränität allein durch die ihnen eigene Funktion Frieden zu stiften rechtfertigt, also weder Gott noch eine irgendwie auszumachende politische Theologie die Grundlagen seiner politischen Philosophie bilden. Bei der hier – in weiten Teilen durchaus zu Recht – angebrachten Kritik an Carl Schmitts Hobbesinterpretation wird dann allerdings übersehen, dass Schottes eigene Position der von Schmitt durchaus korrespondiert. Wenn Schotte behauptet, „Normen setzten, faktisch wie begrifflich eine Instanz voraus, die sie erstens setzt und zweitens durchsetzt“ (S. 281), dann findet sich genau diese Position bei Schmitt (vgl. z. B. Schmitt: *Legalität und Legitimität*, S. 57). Das Fazit dieser Studie liegt in der detailliert belegten These, dass die Religion für Hobbes ein politisches Problem dargestellt habe, da die Religion „wie keine andere Praxisform [...] in der Lage [sei], politische Ordnungen zu destabilisieren“ (S. 302). Dies erkläre dann auch, warum Hobbes sich so dezidiert mit der Religion auseinandersetze. All das ist zugegebenermaßen nicht neu, aber es wurde bislang noch nicht so gründlich und umfassend dargestellt wie Schotte das in seiner Studie nun getan hat.

Man wird im Anschluss an Schottes Interpretation wohl auch sagen können, dass Hobbes' Anliegen im „Leviathan“ nicht darin bestand einen allmächtigen, quasi totalitären Staat zu begründen, sondern zu zeigen, wie schwach der frühmoderne Staat war. Hobbes hatte erlebt wie leicht und wie schnell der Staat jedwede Macht verlieren konnte, die zur Friedenswahrung nötig war. Hobbes größte und begründete Sorge war die Schwäche des „Leviathan“. Das ist eine Perspektive, die wir heute nur sehr widerstrebend einzunehmen bereit sind.

London

Peter Schröder

Die vielfältige öffentlich-privat Unterscheidung

Geuss, Raymond: *Privatheit. Eine Genealogie*, 142 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2013.

Derzeit gibt es kontroverse öffentliche Debatten um die Privatsphäre im Internet oder um die Privatisierung öffentlicher Güter. Vor diesem Hintergrund hat Suhrkamp den polit-philosophischen Essay „Privatheit“ von Raymond Geuss als

Taschenbuch neu herausgegeben. Diese grundlegende Erörterung darüber, was sozial und politisch als privat und öffentlich angesehen wird, enttäuscht jene, die hoffen, dass in der derzeit unübersichtlichen Debatte über die Markierung der öffentlich-privat-Grenze eine feste Argumentationsgrundlage für deren Fixierung zu identifizieren wäre. Geuss behauptet, „dass es nicht *eine* einzige klare Unterscheidung zwischen öffentlich und privat gibt, sondern vielmehr eine Reihe überlappender Gegensätze, und dass der Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten daher nicht die Bedeutung zugemessen werden sollte, die ihr oft zugeschrieben wird“ (S. 17). Die Unterscheidung sei vielmehr „ein verworrenes Gemisch sehr unterschiedlicher begrifflicher Reaktionen auf *verschiedene* Probleme und Fragen der Menschen“ (S. 133). Das liberale Schema einer Verteidigung des Privaten gegen das Öffentliche sei „das höchst beschränkte Problem eines bestimmten Gesellschaftstyps“ (S. 135).

Der Autor greift den Mythos einer stabilen öffentlich-privat-Grenzziehung an. Damit gehört das Buch „zu einem größeren Projekt, den Liberalismus zu kritisieren“ (S. 21). Dies geschieht auf zweierlei Weise; nämlich erstens, indem die historische Pluralität dieser Unterscheidung dargestellt und ihre sozialphilosophische Grundlegung verworfen wird. Geuss' Genealogie der öffentlich-privat-Unterscheidung mündet dann, zweitens, in eine pragmatische Aufforderung: „Damit wir zwischen öffentlich und privat eine *praktisch bedeutsame* Unterscheidung machen können, also eine Entscheidung, die einen moralischen, existenziellen, sozialen und politischen Status verdient, müssen wir zuerst immer eine klare Idee von dem beabsichtigten Gebrauch dieser Entscheidung verfügen. Die erste Frage lautet: *Warum* genau wollen wir privat und öffentlich unterscheiden?“ (S. 131f., Hervorhebungen im Original). Insofern brauchen Debatten über *surveillance* oder Marktliberalisierung eine deutlich tiefer gehende normativ-sozialphilosophische Grundlage als das schlichte (und mitunter hilflose) Behaupten einer ‚gegebenen‘ öffentlich-privaten Grenze.

Geuss argumentiert in vier Schritten: Am Beispiel der öffentlichen Masturbation von Diogenes verfolgt er die Frage, warum diese Handlung anstößig ist (S. 34). Das Öffentliche wird hier als ein Raum verstanden, in dem sich Personen nicht beachten müssen und Selbstbeherrschung erforderlich ist. Insofern physiologische Phänomene bei anderen Ekel und Scham auslösen, sollen diese privat bleiben. Das Verhalten des Diogenes beeinträchtigt aus zwei Gründen: Der öffentliche Raum

ist für jedermann offen und es gilt das „Prinzip der Nichtbeachtbarkeit“ (S. 55). Darüber hinaus ist besondere Sorgfalt walten zu lassen, „um nicht durch potenziell verunreinigende Handlungen“ den Unmut von Fremden zu erregen (ebd.). Hier stellt der Verfasser eine auf sozialen Konventionen fußende, körperpolitische öffentlich-privat-Trennung vor. Eine zweite Unterscheidung findet im Rahmen der *res publica* (zu Zeiten Julius Cäsars) statt: Wesentlich sind hier zwei Dimensionen, nämlich das Gut und das Amt. Differenziert wird in der erstgenannten Dimension zwischen gemeinsamem Eigentum, Angelegenheiten und Wohl einerseits und der privaten Interessenverfolgung andererseits. In der zweitgenannten Dimension, dem Amt, wird – um Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu diskutieren – zu regeln und umzusetzen, zwischen öffentlichem Amt und privater Person unterschieden: Öffentlich ist „Autorität über irgend eine Sache, die das ganze Volk angeht“. Damit leite sie „sich in einem gewissen Sinn von dem gesamten Volk her“ (S. 66). Die Quelle legitimer Macht öffentlicher Autorität kommt somit aus einem Delegationsverhältnis, das der Herstellung kollektiver Güter dient. Während in der römischen Republik die Unterscheidung zwischen Amt und Amtsinhaber persönlich war, etablierte sich dieses Delegationsverhältnis im Zuge der Entstehung von Staaten organisatorisch (S. 70–74). In einem dritten Schritt werden Spiritualität und der Zugang zu Gott als das „private Gut par excellence“ (S. 85) dargestellt. Geuss entwickelt diese Form der öffentlich-privat-Unterscheidung am Beispiel von Aurelius Augustinus. Das Private ist hier „ein ontologisch privilegierter Rückzugsraum in seinem eigenen Denken“ (S. 93) und eine Form der Selbsterkenntnis. Diese Abgrenzung des Privaten liege somit auf einer gänzlich anderen ontologischen Ebene als die bisherigen Unterscheidungen (S. 95).

Viertens wendet sich der Autor dem Liberalismus zu. Dieser „befasst sich in erster Linie mit der Unterscheidung öffentlich/privat, weil er ein Interesse daran hat, das, was er ‚die Privatsphäre‘ oder den ‚privaten Bereich‘ nennt, nicht nur vor der religiösen Inquisition, sondern vor allen Arten unerbetener Einmischung zu verteidigen“ (S. 96). Es handele sich wesentlich um ein normatives Postulat. Geuss kritisiert im Folgenden einerseits „das liberale Ideal einer individuellen Subjektivität, die Teile ihrer selbst in Abgrenzung gegen alle anderen verbarrikiert“ (S. 112). Er setzt diesem Ideal eine Vorstellung von Solidarität entgegen (S. 113). Andererseits stellt er infrage, dass es *einen* öffentlichen Raum gäbe. Dieser Einwand setzt, erstens, die „Vielzahl

überlappender Öffentlichkeiten“ (S. 114) als empirisch evident und basiert, zweitens, auf der Beobachtung, dass die jeweilige Öffentlichkeit kein gemeinsames Wohl habe (S. 115). Vielmehr herrsche sozialräumliche und ideologische Pluralität vor. Die Zusammensetzung der Welt aus „höchst disparaten Teilen“ (S. 120) mache die Idee eines umsetzbaren Gemeinwohls für die Welt obsolet. Angesichts globaler Ungleichheiten treibt Geuss die Kritik am Liberalismus noch ein Stück weiter insoweit dieser „selbst Teil des Problems [sei], zumindest in dem Umfang, wie er in seiner gegenwärtigen Form auf nicht zu rechtfertigende private Eigentumsrechte als Kern einer ‚Privatsphäre‘ verpflichtet ist“ (S. 122).

Auf Grundlage dieser vier öffentlich privat Unterscheidungen kommt der Verfasser, wie bereits beschrieben, zu einem weit gehenden Schluss: „So etwas wie *die* Unterscheidung von öffentlich/privat gibt es nicht, oder es zumindest ein erheblicher Fehler, zu glauben das es hier eine einzige substantielle Unterscheidung gibt, die man für eine wirklich philosophische oder politische Arbeit heranziehen kann“ (S. 124f.). Die Überlegungen von Geuss reihen sich in die Kritiken an kosmopolitischen und deliberativ-habermasianischen Politikentwürfen ein. Sein Essay hat seine Reichweite darin, die gängige öffentlich-privat Unterscheidung sowohl hinsichtlich ihrer pluralen Formen als auch hinsichtlich ihres grundlegenden Charakters zu hinterfragen.

Kritisch ist, dass Raymond Geuss eine von der feministischen politischen Theorie hervorgehobene öffentlich-privat-Trennung nicht beachtet, nämlich den Bereich familiärer Fürsorge und Gewalt. Bezieht man diese ein, wird das Spektrum der Unterscheidungen breiter. Nichtsdestotrotz ist der theoretische Essay in den aktuellen Debatten hilfreich und inspirierend, um die auf wackligen Füßen stehende Behauptung eines gegebenen Raumes des Privaten abzulösen von dem Streit um alternative Gesellschaftsentwürfe und normative Überzeugungen.

Bielefeld

Detlef Sack

Vernehmungen eines unscharfen Begriffs

Martinsen, Franziska/Flügel-Martinsen, Oliver (Hrsg.): *Gewaltbefragungen*. Beiträge zur Theorie von Politik und Gewalt, 234 S., transcript, Bielefeld 2013.

„Gewaltbefragungen“ versammelt elf Beiträge zum Verhältnis von Politik und Gewalt, die sich durch Bündigkeit und Pointiertheit auszeichnen. Den Herausgebern Franziska Martinsen und Oliver Flügel-Martinsen ist es in ihrer Einleitung gelungen, den recht heterogenen Beiträgen einen allgemeinen Rahmen zu geben, der die Arbeit am Begriff der Gewalt sowie die Frage ihrer Rechtfertigung als übergreifende Themen hervorhebt. Ähnlich wie der unscharfe Begriff der Gewalt nur mit Blick auf einzelne Gewaltphänomene an Gestalt gewinnt, lässt sich ein adäquates Bild des Sammelbandes nur vermitteln, wenn man die Beiträge als einzelne berücksichtigt.

Im ersten Beitrag entwickelt Katrin Meyer im Anschluss an Hannah Arendt ein Konzept der „dramatisierenden Gewalt“. Obgleich Politik und Gewalt für Arendt unvereinbare Gegensätze darstellen, lassen sich, so Meyer, im Rückgriff auf ihre Theorie bestimmte Formen von Gewalt rechtfertigen. Gewalt ist nicht dazu verdammt, stummer Zwang zu bleiben, sondern kann als „dramatisierende Gewalt“ auch kommunikativ wirksam werden. An dieser Stelle wäre ein Vergleich zu terroristischen Akten instruktiv gewesen, die ebenfalls die Kriterien der „Öffentlichkeit“ und „Sinnhaftigkeit“ erfüllen – allerdings nicht das dritte Kriterium der dramatisierenden Gewalt: „Affektivität“. Allein die emotional-spontane Gewalt der Empörung darf gegenüber der planenden Gewalt des Staates (und des Terrorismus) eine – wenngleich eingeschränkte – Legitimität beanspruchen.

Der Aufsatz von Oliver Eberl beschäftigt sich mit Gewalt gegen ‚Barbaren‘ im Kontext von Zivilisationstheorien. Neben der imperialistischen Gewalt gegen äußere ‚Barbaren‘ schenkt er dem Kampf gegen innere ‚Barbaren‘ am Beispiel des „Pauperismus“ besondere Beachtung. Im Anschluss beschäftigt sich Eberl mit der Frage, inwieweit ‚zivilisierte‘ Gesellschaften Gewalt gegen vermeintliche ‚Barbaren‘ anwenden können ohne sich dabei der „Gefahr der Selbstbarbarisierung“ auszusetzen. Am Ende steht die Forderung, dass sich ‚zivilisierte‘ Gesellschaften an den eigenen Normen messen lassen müssen und dass – im Anschluss an Zygmunt Bauman – der sogenannte „Rückfall in die Barbarei“ als ein zivilisatorisches Phänomen zu entlarven ist.

Anna Geis stellt in ihrem Beitrag die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur Rechtfertigung von Kriegen in Demokratien vor. Während klassische Demokratietheorien eine schwindende Bereitschaft zum kriegerischen Engagement vorsahen, zeigen die militärischen Interventionen

der letzten Jahre, dass Kriege in Demokratien zwar einer besonderen Begründungsverpflichtung unterliegen, aber dennoch oft mit öffentlicher Zustimmung rechnen können. Geis zufolge sind völkerrechtliche Normen und kollektive – Identitäten – obgleich deutungs offen und von Befürwortern wie Gegnern gleichermaßen mobilisiert – für die Legitimierung von Kriegen entscheidend.

Hannes Kuch beschäftigt sich im Anschluss an G.W.F Hegel mit dem Phänomen sprachlicher Gewalt. Er unterscheidet zwischen einer materialen und einer symbolischen Dimension von Macht, denen auf sprachlicher Ebene der Befehl beziehungsweise die Beleidigung entsprechen. Sprachliche Gewalt unterscheidet sich von den in der Alltagssprache verankerten dauerhaften Machtbeziehungen durch ihren intentionalen, punktuellen und verletzenden Charakter. Im Anschluss daran thematisiert David Strecker die Verschränkung von Macht und Gewalt am Beispiel von Sklavenhaltergesellschaften. Ihm zufolge ist Gewalt als ein konstitutiver Bestandteil von Macht und Herrschaft zu begreifen – auch in liberalen Gesellschaften.

Detlef Sack und Julia-Nadine Wirsinna analysieren in ihrem Beitrag verschiedene quantitative Messinstrumente für Menschenrechte, genauer: die Art und Weise, wie diese den „feminicidio“ im mexikanischen Ciudad Juárez abbilden. Sie kritisieren die Verschleierungsfunktion von Zahlen aber auch die „Staatsfixierung der Instrumente“, wobei letzteres sicherlich auch der ‚Staatsfixierung‘ der UN-Menschenrechtserklärung geschuldet sein dürfte.

Der Aufsatz über Feigheit von Andreas Vasilache, der auf den ersten Blick aus dem Rahmen des Bandes fällt (was sich allerdings schnell als Trugschluss erweist), besticht durch seine Originalität. Eindrücklich beschreibt der Autor den semantischen Wandel der Feigheit in einer postheroischen Sicherheitsgesellschaft von der „Feigheit vor dem Feind“ hin zu einer „Feigheit des Feindes“ in asymmetrischen Kriegen, die den Unterschied zwischen zivilen und militärischen Zielen zu verwischen droht.

Die Beiträge von Thore Prien und Francesca Raimondi setzen sich mit der Bedeutung der Theorie des historischen Materialismus für das Verständnis von politischer Gewalt auseinander. Während Prien am Phänomen des „Landgrabbing“ die Bedeutung von Gewalt in kapitalistischen Zusammenhängen thematisiert und mit Jürgen Habermas' kosmopolitischer Theorie konfrontiert, geht es Raimondi im Anschluss an

Johan Galtung und den frühen Karl Marx um eine Analyse der „strukturellen Gewalt“ des Staates.

Der Aufsatz von Daniel Loick legt in Auseinandersetzung mit Immanuel Kant, Hermann Cohen und Habermas überzeugend dar, dass Gewalt und Zwang für den Begriff des Rechts nicht nur entbehrlich sind, sondern diesem auch widersprechen. Robin Celikates schlägt mit dem letzten Beitrag über zivilen Ungehorsam, begriffen als kollektive politische Praxis, eine Brücke zum ersten Beitrag. Ziviler Ungehorsam zeichnet sich durch eine symbolische Dimension aus, von der allerdings die potentielle Anwendung von Gewalt nicht definitorisch ausgeschlossen werden darf.

In der Lektüre von „Gewaltbefragungen“ werden die begrifflichen Schwierigkeiten im Umgang mit Gewalt sowie die unvermeidlichen Ambivalenzen ihrer Rechtfertigung deutlich. Den einzelnen Studien gelingt es, bisher wenig beachtete Gewaltphänomene ins Licht zu rücken und vertrauten Fragestellungen eine neue Wendung zu geben. Dabei fördern sie Antworten zutage, die nicht nur eine theoretische Relevanz besitzen. Vermisst wird höchstens ein Beitrag zur staatlichen Gewalt der Folter – gerade in Anbetracht des Titels.

Brünn

Werner Binder

Versäumte Klärungsarbeit zur Republik

Assmann, Heinz-Dieter/Baasner, Frank/Wertheimer, Jürgen (Hrsg.): Republik. Ursprünge, Ausgestaltungen, Repräsentationen eines scheinbar universellen Begriffs, 227 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Die republikanische Politiktheorie wird zurzeit intensiv als eine Alternative zu liberalen Leitbildern rezipiert, die offenbar für die Begründungen eines zeitgemäßen Wohlfahrtsstaats, für das Verständnis der Werteumbrüche und für die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Integration in multikulturellen Gesellschaften unzulänglich erscheinen. Es gibt im englischsprachigen und auch im deutschsprachigen Raum eine Reihe von Publikationen, Fachdebatten und öffentlichen Veranstaltungen zum Thema „Republikanismus“, die das neuerwachte Interesse an dem Themenhorizont dokumentieren. Deshalb merkt man auf, wenn ein Buch den „Ursprüngen“, „Ausgestaltungen“ und „Repräsentationen“ des Begriffs der „Republik“ gewidmet ist. Der Titel verspricht

Aufschlüsse über eine instrumentelle Begriffspolitik, die sich beispielsweise an dem Missbrauch des Gütesiegels „Republik“ für alle Arten von Staatsverfassungen – bis hin zu autoritären Herrschaftsformen – ablesen lässt. Insofern ist man für jede Klärungsarbeit dankbar.

Ausgestattet mit dieser Erwartungshaltung wird man von dem Buch jedoch herb enttäuscht. Niemand fühlt sich verantwortlich, einleitend irgendeinen Hinweis auf den Themenhorizont des Buches, auf leitende Fragestellungen oder gar auf die aktuelle fachwissenschaftliche oder öffentliche Diskussion zur „Republik“ und zum „Republikanismus“ zu geben. Nach detektivischer Sucharbeit in den einzelnen Beiträgen findet man heraus, dass der Band die Beiträge eines kulturwissenschaftlichen Kolloquiums im November 2012 an der Universität Tübingen im Rahmen des Projekts „Wertewelten“ zum Thema „Republik“ versammelt. Blickt man in das Inhaltsverzeichnis, dann sticht einem eine verwirrende Themenvielfalt ins Auge, die nur sporadische und ephemere Anknüpfungspunkte an das Leitthema in Aussicht stellt: Es geht, in bunter Mischung, mehrfach um den Universalismus der Menschenrechte, insbesondere in der Spannung zwischen westlichen und außerwestlichen Konzeptionen, um neuere verfassungspolitische Entwicklungen in Tunesien, in der Türkei, in Paraguay, in Thailand oder Korea, und schließlich auch um Autoren der fiktionalen Literatur, wie Johann Wolfgang von Goethes Ansichten zur kosmopolitischen Funktion einer „Weltliteratur“ oder um Christian Krachts schwarze und schräge Utopie einer „schweizerischen Sowjetrepublik“ in Ostafrika. Anstelle einer soliden Einleitung bildet ein Beitrag des Figaro-Mitherausgebers Alexandre Adler den Auftakt des Buches, in dem er, man kann es leider nicht freundlicher ausdrücken, gelehrt über Menschenrechtsfragen in der Neuzeit schwadroniert und zu apodiktischen, in der Attitüde des autoritativen Geschichtslehrers vorgebrachten Generalaussagen über alle möglichen Nebenthemen gelangt.

Die dringend erforderliche Klärungsarbeit zu den Themenfeldern „Republik“ und „Republikanismus“ findet nicht nur nicht statt, sondern wird auch noch konterkariert. Um nur einige Beispiele zu nennen: In Leo Kreuzers Beitrag zu Goethe wird versäumt, die Facetten des Bezugspunkts der „Weltrepublik“ auszubreiten, eine Berufung auf Otfried Höffes einschlägiges – seinerseits hoch umstrittenes – Buch genügt ihm als konzeptionelle Referenz, Immanuel Kant findet keine Erwähnung. Jörg Wertheimer legt in seinem

Beitrag „Die Kunst der Republik“, in dem es vor allem um William Shakespeare und Friedrich Schiller geht, offenkundig keinerlei Wert auf ein seriöses Republik-Verständnis, sondern auf eine aufmüpfige Provokation, die sich in der Kostprobe veranschaulichen lässt: „In Republiken wird möglicherweise etwas weniger gebaut, doch sehr viel mehr geredet“ (S. 37). Gret Haller versäumt es, in ihrem immerhin thematisch einschlägigen Beitrag, der sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Republik, Demokratie, staatlichem Regulierungspotenzial und Recht in verschiedenen Kulturkreisen auseinandersetzt, an die intensive fachliche Debatte über die maßgeblichen europäischen und amerikanischen Republik-Verständnisse anzuschließen, und einschlägige Leitautoren von den *federalist papers* bis zu Philip Pettit finden keinerlei Erwähnung. Ridha Chenouffi und Amadou Ba führen in ihren Beiträgen vor, wie man den analytischen Umgang mit den Leitbegriffen „Republik“ und „Republikanismus“ durch eine hermeneutische Engführung zugrunde richtet: Sie beklagen sich über die definitorische Konturenlosigkeit des „Republik-Begriffes“, dessen Gegenstandsreich sie anhand von Lexika und Wörterbüchern rekonstruieren, um entsprechend schwammige Begriffsverständnisse dann auf ihre Forschungsobjekte zu projizieren – heraus kommt, wen kann es wundern, die im Buch vielfach reproduzierte Aussage, der „Republik“ könnten ganz unterschiedliche Merkmale zugeschrieben werden.

Das interdisziplinäre Potenzial, das in jenem Kolloquium, aus dem die Buchbeiträge hervorgegangen sind, ganz sicherlich in Gestalt eines Dialogs zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen, Ländern und Kulturen angelegt war, wird nicht entfaltet. Man trifft sich nicht in einer Verständigung über die heuristischen Potenziale, die in dem Leitbegriff „Republik“ schlummern könnten, um die Befunde aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen untereinander kommunizierbar, vergleichbar und vielleicht sogar anschlussfähig zu machen, sondern man begnügt sich mit der Ausgangskonstellation einer willkürlichen Begriffspolitik, deren Triftigkeit dann anhand der unbedachten Anwendung auf den eigenen Gegenstandsbereich bestätigt wird.

Was als Lesegewinn bleibt, schöpft vor allem aus jenen Beiträgen, die sehr luzide über neuere gesellschaftliche, politische und verfassungsrechtliche Entwicklungen in Transformationsstaaten aufklären, zumeist geschrieben von Landeskennern und Landeskindern. So liefert Fawzi Boubia eine spannende Auseinandersetzung mit der

Bedeutung von „Irhal“ in der arabischen Revolution, einem emotionsgeladenen Pendant zum westlichen Demokratiebegriff, das inhaltlich aber viel stärker auf die Beendigung autokratischer Herrschaft gerichtet ist und von Boubia als „Destitutio-kratie“ (S. 87) übersetzt wird. Levent Tezcan trägt einen detailreichen, in die großen historischen Spannungsbögen eingeordneten Überblick über die neueren verfassungspolitischen Entwicklungen in der Türkei bei. Chetana Nagavajara vollzieht eine kluge, kulturtheoretisch, soziologisch und politiktheoretisch unterfütterte Analyse der Theaterkultur in Thailand. Gildong Hong vergleicht kenntnisreich und verständlich das verfassungspolitische Selbstverständnis Nord- und Südkoreas. So entstehen tiefgreifende und kultursensible Länderportraits, in denen freilich wiederum keine triftigen Aussagen über den Erklärungswert der Kategorie „Republik“ aufzufinden sind.

Jenseits der inhaltlichen Schwachstellen stören redaktionelle Nachlässigkeiten. Die Textedition ist uneinheitlich und fehlerhaft, die Zitierweise ist nicht einheitlich gestaltet. In dem Beitrag von Ridha Chenouffi zur neuen tunesischen Verfassung wird man mit einem einzigartigen multilingualen Verwirrspiel konfrontiert, denn der Beitrag beginnt auf Französisch (nicht gerade eine Verkehrssprache im jüngeren fachwissenschaftlichen Leserkreis), wechselt dann unvermittelt und ohne ersichtlichen Grund ins Deutsche, und wiederholt diese Prozedur des Sprachwechsels dann noch einmal im Verlauf des Textes. Ob das eine Demonstration von Weltläufigkeit sein soll, die freilich nur den Zweck erfüllt, den weniger sprachmächtigen Leser zu desavouieren? Eine solche Absonderlichkeit stärkt jedenfalls den Eindruck, dass dieses Buch keine kompakte, homogen präsentierte Botschaft an die Leserinnen und Leser anzielt, sondern nur einen kumulierten, eilig erstellten Abdruck von Einzelreferaten zu einem unspezifisch gehaltenen Oberthema umfasst.

Aachen

Emanuel Richter

Informelle politische Institutionen

Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess, 512 S., Oldenbourg, München 2014.

Was haben Brasilien, China und die Türkei gemeinsam? Was nach der Einleitung zu einem

geschmacklosen Scherz klingt, ist die Frage, die sich beim Überfliegen des Inhaltsverzeichnisses dieses Bandes aufdrängt. Ginge es – wie der Buchtitel suggeriert – tatsächlich um den Vergleich ihrer politischen Systeme, wäre Skepsis ob der Vergleichbarkeit angebracht. Doch von dem Titel sollte sich der Leser nicht irritieren lassen, denn erstens sind lediglich zwei der 13 inhaltlichen Beiträge komparativ angelegt: der von Sven Jochem zu den skandinavischen Staaten und der von Marianne Kneuer zu Südeuropa (Portugal, Spanien, Griechenland). Bei den übrigen Analysen handelt es sich um Einzelfallstudien zu in politischer Sicht höchst unterschiedlichen Ländern. Zweitens: Ziel des Bandes sind nicht unbedingt die empirischen Erkenntnisse, die üblicherweise aus einem Vergleich (wenn auch implizit) zu ziehen sind, sondern ist die Präsentation einer „kohärente[n] Analysekonzeption“ (S. 3) für den Vergleich politischer Systeme. Ihr ist das erste, vom Herausgeber Hans-Joachim Lauth verfasste Kapitel gewidmet – gewissermaßen das Herzstück des Bandes. Die Länderportraits fungieren gleichsam als Lackmустest für die interkulturelle Validität. Aus diesem Grund ist die heterogene Fallauswahl nicht nur verständlich, sondern auch wünschenswert.

Als theoretische Blaupause dient Lauth der erstmals 1978 vorgestellte, systemtheoretische Ansatz von Gabriel Almond und G. Bingham Powell, wie er mittlerweile in der elften Ausgabe von „Comparative Politics Today“ seinen empirischen (und vielbeachteten) Niederschlag gefunden hat. Die Fußstapfen, in die der Würzburger Politikwissenschaftler treten will, sind mithin groß – zumal er den althergebrachten Ansatz, der ausschließlich die formelle Dimension von Politik in Augenschein nimmt, um die informelle erweitern möchte. Gemeint sind sanktionsfähige, jedoch nicht vor Gericht einklagbare Institutionen. Kurzum: ungeschriebene Gesetze (etwa Klientelismus).

Der Analyserahmen fragt nach der Staatlichkeit, nach dem Regimetyp, dem Regierungssystem, nach Mehrheits- und Konsensdemokratie sowie nach Interaktionsmustern formeller wie informeller Institutionen im Bereich der politischen Partizipation (in Parteien und im Parteien- bzw. Wahlsystem, bei plebiszitären Verfahren, bei Teilhaberechten), der Entscheidungsfindung (formelle wie informelle Vetospieler) und -implementation (Ressourcen und Performanz) sowie der Rechtsanwendung.

Die Kategorien des Analyserahmens bewegen sich auf einem generellen Niveau – müssen

sie auch, wenn sie interkulturelle Systemvergleiche anleiten sollen. Eine Ausnahme bildet die Rechtsanwendung. Der Herausgeber verwechselt sie nicht nur mit Rechtsstaatlichkeit, die normativ wie empirisch deutlich enger gefasst ist. Seine Argumentation, sie bilde eine zentrale Grundlage für die Funktionsweise aller Bereiche des politischen Systems (S. 37), steht auch auf sprödem empirischem Fundament. Nicht einverstanden sein muss der Leser überdies mit Lauths Vorstellung von einem Rechtsstaat, der von der Allgemeinheit der Gesetze über deren klare und verständliche Fassung bis hin zur Staatshaftung einen ganzen Strauß normativer Prinzipien repräsentiert. Da allenfalls Demokratien die demokratische Gesetzgebung über Exekutive und Judikative stellen können (S. 38), präjudiziert die Art der Rechtsanwendung den Regimetyp. Das Rechtsstaatskriterium überzeugt aufgrund mangelnder Trennschärfe folglich ebenso wenig wie die von Lauth angebotene Regimetypologie, die etwa zwischen hybriden Regimen, defizitären Demokratien und „soften autoritären“ (S. 12) Regimen unterscheidet – dieser Vorwurf richtet sich jedoch gegen jede Typologie, die reguläre und verminderte Subtypen gleichermaßen geltend macht. Schwerer wiegt der Einwand, die Regierungssystemtypologien sind außerhalb von Demokratien nicht anwendbar. Diese Summe der Monita spricht für eine gewisse Demokratielastigkeit des Konzepts. Fehlende (Staatlichkeit) und zirkuläre Definitionen unterhöhlen die intersubjektive Nachvollziehbarkeit, etwa wenn es heißt, „informelle Handlungen sind Handlungen, die nicht formal geregelt sind“ (S. 20).

Den Einwänden zum Trotz: Das Konzept bahnt den Weg für eine vergleichende Messung von Verfassungswirklichkeit. Die Aufmerksamkeit, die ihr im Rahmen einer realistischen Systemanalyse gebührt und die das Fach ihr dennoch lange verwehrt hat, erhält sie hier. Dazu trägt der Umstand bei, dass der Dualismus aus informellen und formellen politischen Institutionen keine gesonderte Analysekategorie bildet, sondern den Ansatz durchzieht.

Um den empirischen Nutzen des Analysekonzepts vor Augen zu führen, wären eine einheitliche Gliederung der Länderbeiträge und präzise editorische Vorgaben sinnvoll gewesen. So erhalten aber die Staatlichkeit und die Frage nach Konsens- oder Mehrheitsdemokratie kaum Aufmerksamkeit, so wird die Trennung zwischen informellen Institutionen und routinisierten Handlungsmustern bisweilen aufgegeben, so verschwimmen hin und wieder die Grenzen

zwischen den für ein politisches System und den für eine bestimmte Regierung typischen Institutionen. Gleichwohl: Die Länderstudien sind mehr als nur ein Veranschaulichungsmittel des Analyserahmens. Dass sie über den Verfassungstext hinausgehen, verleiht ihnen im Vergleich zur Mehrheit der kursierenden Länderstudien einen höheren empirischen Nutzen.

„Gut gedacht, schlecht gemacht“? Keineswegs: Hans-Joachim Lauth hat einen in Ausschnitten verbesserungswürdigen, im Ganzen jedoch höchst instruktiven Ansatz zur Beschreibung formeller und informeller politischer Prozesse vorgelegt. Auf das Fehlen geeigneter analytischer Instrumente kann nicht mehr verweisen, wer sich bei der (komparativen) Deskription immer noch auf kodifizierte Verfassungstexte kapriziert.

Chemnitz

Tom Mannewitz

Zur Bedeutung des Internationalen Rechts

Dupuy, Pierre-Marie/Chetail, Vincent (Hrsg.): The Roots of International Law/Les fondements du droit international. Liber Amicorum Peter Haggenmacher, 764 S., Brill, Leiden/Boston 2013.

Diese Festschrift für Peter Haggenmacher versammelt ein weites Spektrum von wichtigen und originellen Beiträgen zu Fragen der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts. Dabei wird die Bedeutung von Peter Haggenmacher durch diesen vorzüglichen Band einmal mehr bestätigt. Der Band ist in vier systematische Teile gegliedert. Die 24 Beiträge – in Englisch oder Französisch – untersuchen von unterschiedlichen Standpunkten die Bedeutung des internationalen Rechts und die Versuche, die internationalen Beziehungen durch Rechtsinstrumente zu ordnen und damit zu befrieden. Der erste Teil, „The Legacy of Grotius and his Forerunners“, widmet sich dem Thema, welches für Peter Haggenmachers eigene Forschung zentral war.

Martti Koskeniemi geht in seinem Beitrag „International Law and the emergence of Mercantile Capitalism: Grotius to Smith“ der Bedeutung von Hugo Grotius' Naturrechtstheorie nach. Diese Analyse steht mit gutem Grund zu Beginn dieses Sammelbandes, denn Koskeniemi versteht es, ausgehend von Grotius, die

Entwicklung von individuellen Rechten, die nur unter dem Schutz souveräner Staatsherrschaft gesichert werden können, zu zeigen und wie diese Entwicklung Handel und wirtschaftlichen Fortschritt befördert. In diesem ersten Teil finden sich noch sechs weitere Aufsätze, die sich zumeist mit Grotius, Alberico Gentili und der spanischen Scholastik befassen. Besonders hervorzuheben ist hier der Beitrag von Diego Panizza, der die substantiellen Unterschiede zwischen Grotius und Gentili hervorhebt (S. 245). Grotius habe, im Gegensatz zu Gentili und eher Francisco de Vitoria folgend, „the principle of ‚international punishment‘ into a conspicuously central pillar of his system“ (S. 246) erhoben. Diese ideengeschichtliche Analyse zeigt, dass die Fragen und Probleme, denen sich Gentili und Grotius stellten, nach wie vor zentraler Gegenstand internationaler Politik und Jurisprudenz sind.

Der zweite Teil, „The Positivist Tradition in the History of International Law“, fällt mit nur vier Beiträgen deutlich knapper aus. Stephen C. Neff untersucht die unterschiedlichen Varianten des sich im 19. Jahrhundert herausbildenden Positivismus. Diese kompetente Überblicksdarstellung unterscheidet drei verschiedene Entwicklungen innerhalb des Positivismus, die sich dann in einer Synthese zusammengefunden hätten. Keine dieser drei Varianten habe als reine Form fortbestanden, sondern die von Neff als empirische Variante charakterisierte Schule des Positivismus sei „heavily encumbered by the various contributions of its sister schools of thought“ (S. 334), die von Neff als „common will“ und „voluntarist versions“ bezeichnet werden. Die explizite Wendung gegen die Naturrechtstradition warf auch die Frage auf, ob es in den zwischenstaatlichen Beziehungen überhaupt verbindliche Rechtsbeziehungen geben könne. Es wäre aber verfehlt anzunehmen, dass diese Diskussion nicht bereits detailliert und leidenschaftlich innerhalb der Naturrechtstradition geführt worden wäre. Wenn Neff John Austin als einen der frühesten und prominentesten Rechtsphilosophen des Positivismus bezeichnet, dessen zentrale These darin bestanden hätte, dass „law properly speaking was the command of a sovereign to its subjects, backed by a sanction [...] in the event of disobedience“ (S. 302), dann wird man zum Beispiel sagen müssen, Thomas Hobbes habe diese Argumentation bereits im 17. Jahrhundert angeführt. Und selbst Grotius hatte – auf Carneades verweisend, der freilich den frühneuzeitlichen Souveränitätsbegriff nicht verwandte – das Problem der Rechtsverbindlichkeit innerhalb der zwischenstaatlichen

Beziehungen formuliert. Neu, und von Neff zutreffend hervorgehoben, innerhalb der rechtspositivistischen Tradition ist die Überlegung, „that international law must be regarded as fundamentally a law of coordination rather than of subordination. In what became the common expression, international law must be seen as a law *between* States rather than a law *above* States“ (S. 328, Hervorhebung im Original).

Der dritte Teil untersucht „Origin and Evolution of the international legal Order“. Bruno Arcidiacono kritisiert in seinem Aufsatz das sogenannte westfälische System. Das geschieht, angesichts der in der sogenannten *international relations theory* vielfältig vertretenen Meinung mit dem Westfälischen Frieden sei ein System internationaler Beziehungen souveräner Staaten in Europa etabliert worden, mit gutem Grund. Die Geschichtsforschung hat allerdings seit langem ein deutlich detailliertes Bild entworfen. Zunächst muss gerade für die Kollegen, die kaum mit der deutschen Forschung vertraut sind, darauf hingewiesen werden, dass die Friedensschlüsse von Osnabrück und Münster nicht nur zwischenstaatliche Verträge zur Befriedigung Europas darstellten, sondern auch Teil der Reichsverfassung wurden und das komplexe System des Heiligen Römischen Reiches mit Formelkompromissen wie der Normaljahrsregelung und dem Instrument der *itio in partes* neu regelten. Kein ernstzunehmender Historiker wird behaupten, dass mit dem Westfälischen Frieden die Moderne der internationalen Beziehungen in Europa Einzug hielt. Aber darüber sollte nicht vergessen werden, dass der Westfälische Frieden über Jahrzehnte als Referenz für spätere europäische Friedensschlüsse diente und das Heilige Römische Reich wie Europa, wenn nicht Frieden, so doch einen neuen Modus zwischenstaatlicher Stabilität durch diese Friedensschlüsse fanden. Arcidiacono zeigt in seiner überblicksartigen Fallstudie, dass sowohl Tommaso Campanella als auch Sully und Émeric Crucé die „multiplicité des princes souverains“ (S. 469) als eine seit jeher in Europa gegebene Tatsache ansahen, die den Frieden in Europa eher bedroht als gefördert habe. Insofern, so Arcidiaconos Argument, sei es historisch nicht haltbar davon zu sprechen, dass erst mit dem Frieden von 1648 ein multipolares System souveräner Staaten entstanden sei. Vielmehr sei dies von den Zeitgenossen bereits vor 1648 konstatiert worden, wie die Schriften dieser drei bewiesen. Angesichts der Bedeutung von Campanella, Sully und Crucé kann diese kurze Fallstudie nur begrüßt werden.

Im vierten Teil wird den „Non-Western Traditions and the Fate of Colonisation“ nachgegangen. Dass überblicksartige Aufsätze, von denen es in diesem Sammelband auffallend viele gibt, an Trennschärfe und letztlich an Aussagekraft verlieren können, zeigt der ambitionöse Beitrag von Yasuaki Onuma. Hier wird nicht weniger versucht, als „to elucidate the process of globalisation of European international law and its acceptance as global international law by non-Europeans during the modern period“ (S. 602). Auf jeweils zwei bis drei Seiten werden die von Onuma als regionale normative Systeme bezeichneten Organisationsformen in Ostasien, der islamischen Welt und Europa kurz skizziert. Das wirkliche Problem dieses Aufsatzes besteht aber nicht in diesen oberflächlichen Darstellungen der bekannten Entwicklungslinien. Wer bestreitet die zunehmende Dominanz europäischer Expansion vom 15. bis zum 19. Jahrhundert? Unklar bleibt, was Onuma mit seiner Kritik an eurozentrischen oder westlichen Werten tatsächlich erreichen will und was er an die Stelle dieser westlichen Werte und Normen zu setzen gedenkt. Die auch von ihm vertretenen Ideen der Menschenrechte verlieren wohl kaum ihre Bedeutung, weil sie zuerst in Europa formuliert worden sind. Dass dies ein gradueller keinesfalls ohne Rückschläge und Irrwege verlaufender Prozess war, wird niemand bestreiten. Aber wenn man, wie Onuma prononciert, von Normen spricht (vgl. z. B. S. 606, 610, 636) und ein weltweit gültiges normatives System (S. 616) etablieren möchte, dann sollte Klarheit über die anvisierten Alternativen beziehungsweise Normen bestehen. Wenig hilfreich ist es da, nur (fast schon als Mantra) zu fordern, sich vom „West-centrism“ (S. 640) zu befreien. Welche Werte und Normen möchte Onuma verwirklicht sehen, die durch seine Forderung der Transformierung von durch den Westen bestimmtem Recht zu einem „law of humanity“ (S. 639) erreicht werden sollen? Und trifft Onumas Prämisse zu, dass dieses aus der westlichen Tradition hervorgegangene Recht die Menschheit (*humanity*) nicht im Blick habe und keine heterogenen „multi-civilizational“ (S. 639) Perspektiven zulasse?

Interessant ist der Vergleich mit dem revisionistisch gehaltenen Beitrag von Shotaro Hamamoto, der gegen die landläufige Auffassung, die vor allem von Politikwissenschaftlern der internationalen Beziehungen vertreten werde, konstatiert, dass es historisch nicht haltbar sei, die von den westlichen Mächten in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit China und Japan

geschlossenen Verträge als ungleich und oktroyiert aufzufassen. Vielmehr seien „les premiers traités conclus par la Chine et le Japon [...] considérés comme ‚inégaux‘ et ‚imposé‘ parce que le ‚discours‘ de ‚traité inégal‘ était politiquement nécessaire en Chine et au Japon aux 19^e et 20^e siècles“ (S. 756). Eine genauere historische Untersuchung zeige, dass China und Japan sich bis weit in das 19. Jahrhundert als den westlichen Staaten politisch und kulturell überlegen gefühlt habe. „Avec le développement spectaculaire du commerce international“ (S. 747) habe China seine auswertigen Beziehungen nicht mehr nur anhand tributpflichtiger und hierarchisch organisierter Beziehungen entwickelt, sondern sei zunehmend Handelsbeziehungen mit anderen Staaten eingegangen (vgl. ebd.). Diese kommerziellen Beziehungen zwischen China und der westlichen Welt, hätten China erlaubt „d’accepter le droit des gens, ou le ‚droit public de l’Europe‘, de manière graduelle et progressive“ (S. 748). Einmal mehr zeigt der Aufsatz von Hamamoto eindrucksvoll, dass erstens die kaum noch überschaubare Literatur dessen was heute modisch unter *international relations theory* firmiert dringend die etablierten Klischees anhand verlässlicher historischer Interpretation überdenken sollte. Und zweitens, dass der neuerdings ebenfalls zur Mode gewordene und selbstkritisch gemeinte Begriff des „Eurozentrismus“ an sich noch kein Garant für eine kritischere oder solidere Forschung ist. Aber Onuma hat bereits vorgesorgt, denn Hamamoto würde nach Onuma zu jenen „non-Western intellectuals“ gehören, die die „West-centric modernity“ (S. 639) vergöttern (*to deify*). Es geht, so wird man schließen müssen, Onuma nicht darum die Perspektiven zu erweitern, sondern die Gewichte zu Gunsten der nur diffus bestimmten nicht-westlichen Welt zu verändern.

Insofern hält der Band aber, was er verspricht. Anhand der unterschiedlichen Fundamente des internationalen Rechts werden die Probleme der heutigen Herausforderungen diskutiert. Bedauerlich ist, dass in diesem eindrucksvollen Band nicht auf Peter Haggens Forschungen zu Carl Schmitt eingegangen wurde. Sein Vorwort zu der französischen Ausgabe von Schmitts „Der Nomos der Erde“ stellt immer noch eine der besten und hellstichtigsten Interpretationen von Schmitts „itinéraire internationaliste“ dar. Haggens hat gezeigt, wie Schmitt sich die Tradition der Frühen Neuzeit angeeignet und für seine eigenen politischen Überzeugungen fruchtbar gemacht hatte. Eine Würdigung und

Auseinandersetzung mit Haggenmachers Interpretation von Schmitt hätte ein interessantes Licht auf die jüngste politische Ideengeschichte geworfen. Aber auch ohne diesen Aspekt zu behandeln, vereinigt der vorliegende Band ein beeindruckendes Spektrum zu den Grundlagen des internationalen Rechts.

London

Peter Schröder

Was wir nicht über Armut wissen

Duflo, Esther: Kampf gegen die Armut, 182 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2013.

In den letzten 60 Jahren wurden mehr als 2,3 Billionen US-Dollar für Entwicklungshilfe ausgegeben. Dennoch leben immer noch eine Milliarde Menschen, etwa ein Siebtel der Weltbevölkerung, in extremster Armut und fast ein Drittel aller Staaten weltweit gehört zu den *least developed countries*. Wie kann das sein? Was ist da schief gelaufen? Diese Fragen stellen sich inzwischen auch zahlreiche Entwicklungsökonomien.

Während Jeffrey Sachs zusammen mit Bono dafür wirbt, mehr Geld in wirkungsvolle, aber preiswerte Maßnahmen wie Malarienetze, einfache Handys und Solarkochtöpfe zu investieren, wächst die Zahl derer, die gegenüber Entwicklungshilfe grundsätzlich skeptisch gestimmt sind. Für William Easterly ist die Entwicklungshilfe-Industrie selbst Teil des Problems. Große, geradezu utopische Pläne würden am grünen Tisch entworfen, deren Umsetzung an den verschiedenen Realitäten vor Ort scheitern. Und Dambai Moyo schlägt gleich eine ökonomische Schocktherapie vor, bei der über Nacht die unmündig machende Entwicklungshilfe eingestellt werden sollte, um afrikanische Länder und deren Bürger zu zwingen, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten und sich auf diese Weise selbst aus der Armut zu befreien.

Die französische Ökonomin Esther Duflo, die am Massachusetts Institute of Technology (MIT) forscht, schlägt einen anderen, dritten Weg vor, von dem man hätte annehmen können, er sei schon längst begangen worden. Erstaunlicherweise betritt sie aber mit ihrer Forschung tatsächlich Neuland. Sie und ihr Forschungsteam stellten fest, dass bisherige Annahmen zur Armutsbekämpfung auf empirisch wackeligen Füßen stehen. Zwar wurden und werden umfangreiche Theoriearbeiten geschrieben, zahllose Rettungsvorschläge unterbreitet und gut ausgestattete

Projekte auf den Weg gebracht: meistens aber ohne belastbare, empirische Datenlage. Genau hier setzt Duflos Arbeit an. Sie verbindet Mikroökonomie mit Verhaltensforschung und sozialwissenschaftlichen Analysemethoden. Und sie möchte wissen, wieso die Armen so entscheiden, wie sie entscheiden, und warum dies manchmal gegen ihre genuinen Interessen gerichtet zu sein scheint. Warum beispielsweise schicken Arme ihre Kinder nicht zur Schule, entscheiden sich gegen einen Mikrokredit oder nehmen nicht an Gemeindeveranstaltungen teil, in denen über ihre Anliegen gesprochen wird? Erst wenn man auf diese ganz konkreten Fragen Antworten hat, so Duflo, kann man vielleicht daran denken, Wege zu einer effizienteren Politik aufzuzeigen.

Ihre Vorgehensweise lässt sich am besten an einem Beispiel demonstrieren. Ein wichtiges Thema in der Entwicklungstheorie, dem sich auch Duflo widmet, ist die Schulausbildung von Kindern und Jugendlichen. Der Anteil der Kinder, die zur Grundschule gehen, hat im Laufe der letzten zwanzig Jahre in den Entwicklungsländern deutlich zugenommen. Aber Duflo fragt weiter: Welche genauen Faktoren haben zur Zunahme beigetragen? Und wie aussagekräftig sind diese Zahlen eigentlich? Sind die Kinder tatsächlich in der Schule anwesend? Und lernen sie etwas? Um diese Fragen beantworten zu können, unternimmt sie ein Experiment – eine Standardmethode in ihren Untersuchungen. Sie möchte herausfinden, wie sich in Kenia die kostenlose Verteilung von Schuluniformen auf den Schulbesuch auswirkt. Nach dem Zufallsprinzip werden unter 327 Schulen 163 ausgewählt. In jeder sechsten Schule wurden an die Kinder Uniformen kostenlos verteilt. Zwei Jahre nach der Verteilung sank die Abbruchrate der Mädchen von 18% in den Kontrollschulen auf 15% in den Testschulen und die der Jungen von 13% auf 10%. Kosten, so ein erstes Ergebnis, sind also ein direktes Hindernis für Bildung.

Aber damit nicht genug. Sie konnte durch eine Untersuchung in Mexiko auch nachweisen, dass die Einschulungsrate auf eine weiterführende Schule um 10% bei den Mädchen und 6% bei den Jungen anstieg, wenn die Mütter eine finanzielle Zuwendung erhielten, die den Verdienstaufschlag ausglich, weil die Kinder nicht arbeiteten, sondern zur weiterführenden Schule gingen. Ein weiteres Ergebnis war auch, dass Schüler dann die Schule eher abbrechen, wenn sie und ihre Eltern die Vorteile von Bildung unterschätzten, das heißt wenn sie selbst zu wenig über die gesellschaftliche Rolle von Bildung

wussten. Und schließlich ist auch die gesundheitliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen ein entscheidender Aspekt, der über einen regelmäßigen Schulbesuch entscheidet. Doch selbst wenn die Kinder in der Schule angemeldet, regelmäßig anwesend, von Parasiten befreit und sich der Vorteile bewusst sind, die eine Schulausbildung mit sich bringt, heißt dies noch lange nicht, dass sie auch tatsächlich etwas lernen.

Duflo fand heraus, was man sich zwar schon denken konnte, was aber zuvor noch nicht so gründlich untersucht wurde. Allein die finanziellen Mittel aufzustocken (neue Lehrer einstellen, Schulbücher verteilen usw.) verbessert noch nicht die Qualität der Bildung. In Kenia beispielsweise sind die Schulbücher häufig auf Englisch, obgleich viele Schüler gar nicht flüssig Englisch sprechen, und die Lehrpläne entsprechen meist stets noch in erster Linie den Anforderungen der Elite des Landes. Und auch die Motivation der Lehrer ist nicht sonderlich ausgeprägt. Sämtliche Vorurteile, die man im „Westen“ haben kann, werden auf den ersten Blick bestätigt: In Bangladesch waren 16% der Lehrer abwesend, in Indien 25% und in Uganda sogar 27%. Bei genauerem Hinsehen aber wird deutlich, dass die Lehrer, meistens die Einzigen mit etwas Bildung im Dorf, einer Reihe anderer Verpflichtungen nachgehen. Ihr Fehlen war keineswegs stets mangelnder Motivation geschuldet, sondern lag an ihrer Prioritätensetzung.

Als gezielte Maßnahme wurde bei einem Programm in Indien jede Lehrkraft zwei Mal in der Woche mit einem zuvor ausgeteilten Fotoapparat aufgefordert, ein Foto von der Klasse zu machen. Zugleich erhielten die Lehrer ein monatliches Fixgehalt und nach zehn Arbeitstagen bekamen sie einen Bonus für jeden weiteren Tag in der Schule. In 60 Pilotschulen hat sich danach die Abwesenheitszeit halbiert und die Lehrer gewannen zudem den Eindruck, ihre Arbeit werde von Eltern und Dorfbewohnern mehr geachtet als zuvor.

Duflo setzt dieses systematische Vorgehen, bei dem möglichst viele Faktoren in eine Analyse mit einbezogen werden, auch bei zahlreichen anderen Forschungsfeldern ein. Ihre Untersuchungen ergaben, dass die viel beschworenen Mikrokredite für Arme zwar einen gewissen Erfolg aufweisen und Arme tatsächlich mehr Kleinunternehmen gründen als ohne einen solchen Kredit. Aber ihr Einfluss auf das Familieneinkommen ist wesentlich geringer als lange Jahre gedacht. Häufig genug sind diese Kredite nur eine besonders teure Variante des Sparens. Sie fand zudem heraus, dass Arme selbst dann, wenn ihnen eine

Versicherung gegen Krankheit, Klimarisiken oder schwankende Agrarpreise angeboten wird, selten dazu bereit sind diese abzuschließen. Die Gründe dafür sind noch offen, jedoch neigen die Betroffenen dazu, gegenwärtige Investitionen für etwas, was vielleicht nicht eintritt, zu meiden, und dieses Geld anderweitig einzusetzen. Die Armen sind uns Reichen, was diese Art von Kalkulationen anbelangt, nämlich sehr ähnlich.

Schließlich geht Duflo der Frage nach, ob politischer Dezentrierung, also der Einbeziehung von Betroffenen vor Ort, überhaupt ein Mehrwert zukommt. Auch hier fällt ihre Einschätzung differenziert aus. Es ist enorm wichtig genau zu untersuchen, wer in einer Ortsversammlung tatsächlich spricht. Meist sind es Männer und meist die gebildeteren. Quotenregelungen helfen, die Diskriminierung in der Öffentlichkeit gegenüber Frauen abzubauen, führen aber nicht unbedingt dazu, dass insgesamt eher im Sinne des Gemeinwohls entschieden wird. Frauen bevorzugen dann eben Frauen. Und auch gegen die weitverbreitete Korruption – eines der spannendsten Untersuchungen – gibt es kein Patentrezept. Auch hier gilt es, situativ zu experimentieren und eine Kontrolle von „oben“ (der Verwaltung) mit einer Kontrolle von „unten“ (Überwachung durch die Nutzer) zu kombinieren.

Das gipfelt in der These, dass nicht etwa gute *governance* für die Bekämpfung der Armut grundlegend ist. Diese üblicherweise vertretene Annahme muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Der Kampf gegen die Armut ist grundlegend für gute *governance*. Denn wenn die Armen sich von einem hochabstrakten, universalistischen politischen Diskurs abwenden, dann nicht, weil sie käuflich sind oder lieber einfach ihrer Arbeit nachgehen. Vielmehr können sie hohlen Versprechen keinen Glauben mehr schenken. Duflos Schlussfolgerung ist, dass es einer permanenten Suche nach effizienten, lokalen Lösungen der kleinen Schritte bedarf, die man nur durch ebenso kleinteilige Untersuchungen finden kann.

Über diese Art von Effizienzsteigerung ein Buch zu lesen, könnte eine langweilige und gar langwierige Lektüre sein. Ist es aber nicht. Das gut geschriebene Buch liest sich fast wie ein Krimi, allerdings mit offenem Ausgang. Fest steht indessen, dass die Armen nicht, wie von Entwicklungsskeptikern gefordert, vom Staat alleine gelassen werden sollten. Sie sind keinesfalls passiv, sondern bereits um ein Vielfaches aktiver als wir, die wir unser Leben weich gebettet und mit institutioneller Hilfe leben können. Man fragt sich allerdings, ob man zu diesen Ergebnissen nicht

schneller und einfacher gelangt wäre, wenn man statt aufwändiger empirischer Untersuchungen anhand eines theoretischen Samples qualitative Interviews durchgeführt hätte. Die „Armen“ wären dann auch nicht allein in der Rolle der „Versuchskaninchen“ als Teil einer klinischen Studie, sondern Gesprächspartner, die über ihre Situation erzählen. An der Antwort auf Duflos Ausgangsfrage würde dies allerdings nichts ändern:

Wieso braucht es so lange, bis in der Armutsbekämpfung Fortschritte zu sehen sind? Weil wir nicht den Blick auf die kleinen, aber effizienten Verbesserungen lenken. Das ist und bleibt ein zähes und sehr mühsames Geschäft.

Gießen

Regina Kreide